

# Dornbirner Schriften

Beiträge zur Stadtkunde 49

Die Schriftenreihe „Dornbirner Schriften“ wird vom Stadtarchiv Dornbirn unter der Leitung von Stadtarchivar Mag. Werner Matt gemeinsam mit Mag. Harald Rhomberg herausgegeben.

# Dornbirns „Blaue“ in der Ersten Republik

Die Großdeutschen als Partei  
des städtischen Bürgertums

Bernd Vogel

Medieninhaber und Vertrieb:  
Stadt Dornbirn  
Stadtarchiv, Marktplatz 11, A-6850 Dornbirn

Schriftleitung:  
Mag. Werner Matt  
Univ.-Prof. Dr. Alois Niederstätter  
Dr. Ulrike Unterthurner  
Dr. Petra Zudrell

Lektorat:  
Mag. Harald Rhomberg

Abonnentenbetreuung und Bestellwesen:  
Christian Tumler

Bildredaktion:  
Mag. Harald Rhomberg, Mag. Philipp Wittwer

Autor:  
Dr. Bernd Vogel, Marktstraße 37/26, 6850 Dornbirn

© Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Medieninhabers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Die teilweise oder vollständige Wiedergabe von Texten oder Abbildungen aus dem Heft ist nur mit Genehmigung der Schriftleitung nach Genehmigung durch die Autoren gestattet.

Umschlagbild: Foto Heim. Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv

Gestaltung: Luger Grafik, Bregenz  
Druck: Vorarlberger Verlagsanstalt GmbH, Dornbirn

ISBN 978-3-901900-60-0

Dornbirn 2020

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	8
<b>Einleitung</b>	10
<b>Vorarlbergs Liberal-Deutschnationale in der Monarchie</b>	12
<b>Die „Blauen“ in der Ersten Republik</b>	17
Der Auftakt ins Abenteuer Republik	19
Das allgemeine Frauenwahlrecht ergibt Handlungsbedarf	20
Erste politische Bewährungsproben – die Wahlen 1919	28
Die Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung	29
Die Landtagswahl 1919	34
Die Gemeinderatswahl 1919	41
<b>Eine kurze Blüte – die Jahre 1920 bis 1922</b>	44
Die Nationalratswahl 1920	44
Der Deutsche Frauenverein Dornbirn 1920 bis 1922	51
Der Deutsche Volksverein Dornbirn 1920 bis 1922	55
<b>Eine lange Krise – die Jahre 1923 bis 1927</b>	61
Der Auslöser	61
Die National- und Landtagswahlen 1923	63
Der Streitfall „Landesregierungs-Beteiligung“	71
Die Gemeinderatswahl 1924	75
Strategien wider den Niedergang	79
Die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene – ein Hin zum „Nein danke“	79
Das Deutsche Haus	83
Der Gemeindevertreterverband	87
Das Ziel: mehr Veranstaltungen	90
Der Deutsche Frauenverein Dornbirn 1923 bis 1927	91
Der Deutsche Volksverein Dornbirn 1923 bis 1927	96
Die Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft	98
Die Nationalratswahl 1927	101
<b>Eine Phase der Konsolidierung – die Jahre 1928 bis 1930</b>	107
Die Landtagswahl 1928	107
Die Gemeinderatswahl 1929	113

Der Deutsche Frauenverein Dornbirn 1928 bis 1930	119
Der Deutsche Volksverein Dornbirn 1928 bis 1930	122
Die Nationalratswahl 1930	126
Die Sozialstruktur der Dornbirner Großdeutschen	133
Die Verteilung der Großdeutschen auf das Stadtgebiet	141
Die Konkurrenz wird stärker – die Jahre 1931 und 1932	142
Der Deutsche Frauenverein Dornbirn 1931 und 1932	142
Der Deutsche Volksverein Dornbirn 1931 und 1932	144
Die Landtagswahl 1932	147
<b>Die „Blauen“ in ständestaatlicher Zeit</b>	155
Die Selbstaufgabe	155
Die Deutschen Frauenvereine 1933 bis 1938	160
Die großdeutschen Mandatare und Männerortsgruppen 1933 bis 1938	165
<b>Zusammenfassung</b>	173
<b>Anmerkungen</b>	178
<b>Abkürzungen</b>	201
<b>Quellen- und Literaturverzeichnis</b>	202
<b>Bildnachweis</b>	207
<b>Personenregister</b>	208



# Vorwort der Herausgeber

„Partei ist organisierte Meinung“. Dieses Zitat von Benjamin Disraeli (1804 – 1881) stammt aus dem Jahre 1857 und damit weit vor dem Zeitraum, den Bernd Vogel mit seinem Thema, „Dornbirns ‚Blaue‘ in der Ersten Republik. Die Großdeutschen als Partei des städtischen Bürgertums“, abdeckt. Und dennoch ist dieser Ausspruch zutreffend, umreißt er doch den Untersuchungsgegenstand in einfachen Worten. Eine Partei, meist als Verein organisiert, ist als Vermittler zwischen der Gesellschaft und dem Staat tätig. Parteien ermöglichen Personen, Ideen oder auch Ideologien öffentliche Aufmerksamkeit bis hin zu konkreter Beeinflussung von Entscheidungsprozessen. Eine Rolle, die für eine moderne Demokratie unverzichtbar ist. Umso wichtiger ist die Kenntnis der Mechanismen, Abläufe und Zustände in den Parteien. Diskussionslinien, Streitthemen oder auch Bruchlinien weisen auf die unterschiedlichen Interessensgruppen hin sowie zeigen gesamtgesellschaftliche Entwicklungen auf.

Um zum Ziel einer „organisierten Meinung“ zu gelangen, musste die Dornbirner Ortsgruppe sich intern und mit anderen Ortgruppen, mit der Landespartei und natürlich auch mit der „blauen“ Bundespartei abstimmen. All diese z.T. heftigen Auseinandersetzungen zeigt Vogel auf und nützt sie, um die Partei zu porträtieren. Lange Jahre war Dr. Anton Zumtobel Landesparteiobmann und Abgeordneter im Landtag, ein Beleg für das persönliche und politische Geschick Zumtobels sowie die Bedeutung der Dornbirner Ortsgruppe für die Vorarlberger Politik. Bernd Vogel liefert eine kenntnisreiche und akribische Darstellung der Wahlkämpfe und der wechselnden Bündnisse mit anderen Parteien. Genauso wichtig ist aber auch seine Analyse der Auswirkungen internationaler Geschehnisse.

Die Geschichte der Großdeutschen Partei in Dornbirn der Zwischenkriegszeit ist geprägt von weltweit wichtigen Ereignissen. Vogel untersucht die Reaktion der „Blauen“ und der anderen Parteien detailliert und liefert so eine eindruckliche Beschreibung der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Zu außergewöhnlichen Erfolgen führte etwa

die Reaktion der Partei auf die Einführung des Frauenwahlrechts. Engagierte Frauen um Melitta Albrich (später Zumtobel) und Martina Moosbrugger schafften es, eine beeindruckende Vielfalt an Angeboten zu kreieren. Vorträge und Kurse, bei denen hauswirtschaftliche Fähigkeiten wie Nähen, Sparsamkeit, Heizung und Beleuchtung im Vordergrund standen, wurden durch Themen wie Gesundheitspflege und Gymnastik ergänzt. Abgerundet wurde das Angebot durch zugkräftige Veranstaltungen wie Julfeiern, Kaffeekränzchen und Deutsche Abende. Geschickt wurde dabei auch mit etablierten liberalen bzw. deutschnationalen Vereinen, wie dem Turnverein sowie den beiden Gesangsvereinen Liederhort und Frohsinn, zusammengearbeitet. Der Lohn für diesen Aufwand war die größte „blaue“ Ortsgruppe Vorarlbergs und – für die damalige Zeit ganz untypisch – mehr Frauen als Männer engagierten sich als Mitglied.

Ein anderes, außenpolitisches Ereignis war die „Machtergreifung“ Hitlers Ende Jänner 1933. Nun bekamen die „Braunen“ als Konkurrent im rechten Parteienspektrum Aufwind und viele Mitglieder, darunter auch die finanzstarke Industriellen, wechselten zur NSDAP.

Die akribische Recherche von Bernd Vogel umfasst weiter eine Geschichte der Parteizeitung, des Vorarlberger Volksfreunds bzw. des Vorarlberger Tagblatts und liefert durch die Erstellung von Sozialprofilen der Parteimitglieder eine bislang unbekannte Innensicht der Partei. Ein wichtiger Beitrag für die Stadtgeschichte Dornbirns.

Die vorliegende Monographie wurde von Grafiker Reinhold Luger gestaltet, Harald Rhomberg war für die redaktionellen Belange zuständig sowie gemeinsam mit Philipp Wittwer für die Bildrecherchen. Ein Dank gilt der Schriftleitung für die inhaltliche Begleitung sowie Christian Tumler für den Vertrieb. Unterstützt wurde die Publikation wie immer von der Raiffeisenbank Im Rheintal.

Werner Matt und Harald Rhomberg

## Einleitung

Ende Mai 2019 stürzte die Bundesregierung. Die Tage danach waren unübersichtlich. Was kommt als nächstes? Schließlich wurde es eine Experten- bzw. Beamtenregierung. Geht das? Können die das? Ist das eine Staatskrise? Gemach, gemach! Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Österreich hat damit Erfahrung, wenn auch nicht in der Zweiten Republik. In der Ersten Republik, zwar nicht als Hort politischer Stabilität bekannt, gab es derartiges bereits. Johannes Schober führte eine solche Regierung. In seine Regierung holte er im Juni 1921 vorwiegend Beamte. Nach sieben Monaten trat er als Bundeskanzler zurück, um nach einem Tag wieder in dieses Amt zurückzukehren. Auch im Kabinett Schober II bildeten Beamte die Mehrheit. Es regierte bis Ende Mai 1922. Damit hatte Österreich ein knappes Jahr eine Beamtenregierung. Die sieben Monate bis Jänner 2020, als Österreich ebensolches widerfuhr, erscheinen vor diesem Hintergrund weit weniger dramatisch, gar als spannende Ausnahme.

Der Blick in die Vergangenheit eröffnet vielfach Interessantes. Darüber hinaus bietet sich die Möglichkeit, Aktuelles in einem anderen Licht zu sehen und Zusammenhänge zu erkennen. Ob diese Publikation hierzu beiträgt, muss ich dahingestellt lassen. Aber hoffen sei erlaubt.

Zum Beitrag sei im Vorfeld so viel gesagt: Gegenstand der Betrachtung ist insbesondere die „blaue“ Ortspartei Dornbirn in der Ersten Republik. Dabei wird dem Deutschen Volksverein und dem Deutschen Frauenverein in gleichem Maße Aufmerksamkeit geschenkt. Aufgrund der Person Dr. Anton Zumtobel liegt es jedoch nahe, den Blick auch über die Stadtgrenzen hinaus schweifen zu lassen. Zumtobel saß für die Großdeutsche Volkspartei von 1919 bis 1932 im Vorarlberger Landtag. Überdies war der Dornbirner von 1912 bis 1930 deren Landesparteiobmann. Damit prägte Zumtobel die großdeutsche Landespolitik in diesen Jahren wie kein anderer.<sup>1</sup>

Da Bundespolitik auch Einfluss auf die Entwicklung in Land und Stadt haben kann, wird diese – wo angezeigt – thematisiert. Hierzu nur ein Beispiel: 1922 erfasste die Großdeutschen in Stadt und Land eine mehrere Jahre währende Negativentwicklung. Dies erhellt sich erst mit

einem Blick auf die Genfer Protokolle.

An Quellen erwiesen sich das „Dornbirner Gemeindeblatt“ und das „Vorarlberger Tagblatt“ als ergiebig. Akten aus dem Vorarlberger Landesarchiv und insbesondere solche aus dem Österreichischen Staatsarchiv lassen so manche Meldung des großdeutschen Presseorgans in einem anderen Licht erscheinen oder erschüttern gar deren Glaubwürdigkeit. Auch bieten sie die Möglichkeit, einen Blick hinter den Politvorhang zu werfen, quasi authentische Politik mit ihren Finten, ihrer Taktik und den Umgang unter „Parteifreunden“ zu erleben.

Der Beitrag widmet sich ausführlich den zwölf in der Zwischenkriegszeit abgehaltenen Wahlen. Der ehemalige Wiener Bürgermeister Michael Häupl sprach einst vom Wahlkampf als *Zeit fokussierter Unintelligenz*. Meiner Meinung nach ist der Wahlkampf aber eben auch eine Zeit konzentrierter Politik. Den Parteien Wichtiges wird in den Vordergrund gerückt, der politische Gegner möglichst an der schwächsten Stelle zu treffen versucht. Wahltaktik hat Hochkonjunktur, zum Teil mit entlarvender Wirkung. Deshalb der Fokus auch auf dieses Thema.

Des Weiteren seien zwei Punkte angesprochen. Zunächst: Im Text wird eine große Anzahl von Namen genannt. Diese sollen am Themenkomplex „Deutschnationalismus“ und der Dornbirner Stadtgeschichte Interessierten und Forschenden Anknüpfungspunkte sein. Die Detailgenauigkeit, so etwa im Bereich von Kursen und Ausflügen, ist nicht Selbstzweck, sondern soll einen Eindruck von der „kleinen Welt“, vom Alltäglichen geben, vom damals Benötigten bzw. Gewünschten.

Zuletzt möchte ich meine einleitenden Worte dazu nützen, Stadtarchivar Mag. Werner Matt meinen Dank auszusprechen. Vorbesprechungen vor mehreren Jahren führten zu ersten Ansätzen der Arbeit. Erst auf eine weitere Anfrage hin kam das „Werkl“ zum Laufen. Vielen Dank für die Möglichkeit, dessen Ergebnis in den „Dornbirner Schriften“ zu publizieren. Vielen Dank auch an Mag. Harald Rhomberg, der das Werk in seiner Endphase begleitete. Am Herzen liegt mir der Dank an Maria Linder. Ihr Rückhalt ist immer da, wenn ich ihn benötige.

Zudem haben mich ihre profunden Deutschkenntnisse manche sprachliche Klippe überspringen lassen.

## Vorarlbergs Liberal-Deutschnationale in der Monarchie

In der Zeit der Revolution 1848/1849 zeichneten sich erstmals die Konturen der späteren politischen Lager ab. Die erste offizielle politische Vereinigung Vorarlbergs, der Patriotische Verein der Volksfreunde, konstituierte sich im April 1848. Daran beteiligt: der Dornbirner Fabrikant Johann Georg Ulmer und der ebenfalls dort ansässige Arzt Dr. Mathäus Schmidt. Derart versuchte das bürgerliche Patriziat, seine ökonomische Stärke in politische Macht umzumünzen. Die Dornbirner Liberalen unter Dr. Schmidt sind den slawenfeindlichen „Deuschtümlern“ zuzurechnen. Deren Ziel war ein großes, starkes und vereintes Deutschland.

Nach der Niederwerfung der Revolution wurden die errungenen bürgerlichen Freiheiten nach und nach wieder eingeschränkt. Der Patriotische Verein der Volksfreunde wurde in einen Leseverein umgewandelt.<sup>2</sup>

In der Folge ruhte dieser Prozess rund ein Jahrzehnt, ehe sich in den 1860er Jahren – in der Regel angestoßen durch soziale Spannungen – in einigen Gemeinden Ansätze politischer Gruppierungen bildeten.<sup>3</sup> Wesentlich befördert wurde diese Entwicklung durch das Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867. Dieses bildete die rechtliche Grundlage, welche die Gründung politischer Vereine erst möglich machte und so zur Formierung des liberalen als auch konservativen Lagers beitrug.<sup>4</sup> Begünstigt durch Unstimmigkeiten Vorarlbergs mit den Wiener Zentralstellen in Verfassungsfragen konstituierte sich 1868 der Verein der Verfassungsfreunde. Er war ein Sammelbecken für Liberale aus dem ganzen Land. Im Gründungsjahr zählte der Verein 509 Mitglieder, davon 105 aus Dornbirn. Obwohl mit Staatsanwalt Guntram Hämmerle ein Mitglied des engeren Führungszirkels aus Dornbirn stammte – dominiert wurde der Verein der Verfassungsfreunde vorerst von Kreisen rund um den Feldkircher Fabrikbesitzer Karl Ganahl.

Vermutlich in Reaktion auf diese oberländer Vormachtstellung, gewiss aber befördert durch die Gründung des Dornbirner Kasinos am 25. Juli 1868, schufen sich die Liberalen Dornbirns alsbald einen eigenen

Verein. Dem Konstitutionellen Verein – so sein Name – gehörten bei seiner Gründung 66 Mitglieder an, 1870/1871 waren es 250. Die Funktionsträger des Vereins entstammten Dornbirns bürgerlicher Oberschicht.<sup>5</sup>

Trotz derartigem organisatorischem Bemühen gelang es den Liberalen nicht, ihre traditionelle Rekrutierungsbasis wesentlich zu erweitern. Fabrikanten, Beamte, Lehrer, Freiberufler und Handwerker blieben deren Kernschicht.

Als in dieser Hinsicht deutlich erfolgreicher erwies sich ihre politische Konkurrenz: Den „Schwarzen“ gelang es, eine Massenbewegung ins Leben zu rufen. Deren Mitgliederzahlen lagen in Dornbirn um ein Vielfaches über jenen der Liberalen. Zur Zeit der Konstituierung belief sich die Mitgliederzahl des Kasinos auf 260, steigerte sich bis 1870 auf 500 und erreichte 1873 die Zahl von 606 Mitgliedern.<sup>6</sup>

Dieser große Zuspruch für die Kasiner schlug sich alsbald auch in Wahlergebnissen nieder. Die Landtagswahl 1870 bescherte ihnen einen triumphalen Erfolg: Sie, die bis dahin – den Bischof nicht mitgerechnet – fünf Mandate innegehabt hatten, kamen neu auf deren 15. Die Liberalen, seit Errichtung des Landtages 1861 dort tonangebend, wurden dagegen geradezu „zerlegt“, mussten sich statt ihrer bisherigen 14 Mandate nunmehr mit vier begnügen.<sup>7</sup>

Nach diesem Verlust der Landtagsmehrheit gelang es den Liberalen nicht mehr, sich ihrer Defensivposition zu entledigen. Was ihnen blieb war die Verwaltung einiger zumeist größerer Kommunen,<sup>8</sup> unter ihnen Dornbirn.

Die liberale Blütezeit neigte sich 1872 – und dies nach nur wenigen Jahren – ihrem Ende zu. Deren Mitgliederzahlen sanken oder stagnierten bestenfalls. Der Börsenkrach im Mai 1873 stand nicht nur am Beginn einer rund zwei Jahrzehnte währenden wirtschaftlichen Depression. Auch erschütterte er die Grundlagen des Liberalismus. In der Folgezeit profitierten neue Kräfte von dessen Zerfall, so etwa Teile von Adel und Kirche wie auch das Kleinbürgertum.<sup>9</sup>

Für die Liberalen ging mit den 1890er Jahren eine ideologische Transformation einher. Dieses Jahrzehnt brachte in Form von „[...] Emotionalisierung und Polarisierung entlang nationaler Trennlinien [...] die

Abenddämmerung des Liberalismus und den Siegeszug des Deutschnationalismus [...]“<sup>10</sup> mit sich. Von wesentlicher Bedeutung hierfür waren die Sprachenverordnungen von Badeni im April 1897. Laut diesen hatten sämtliche Ämter und Gerichte mit den Parteien in jener Sprache zu verkehren, in der sich diese an die Behörden wandten. Zudem hatten die Ansuchen in jener Sprache in die öffentlichen Bücher eingetragen zu werden, in welchen sie gestellt wurden. Und schließlich sollten alle Beamten und Richter, die ab dem 1. Juli 1901 angestellt werden, die Kenntnis der deutschen wie auch tschechischen Sprache in Wort und Schrift nachweisen.<sup>11</sup>

Die in weiterer Folge als „deutschnational“ Bezeichneten setzten nun organisatorische Schritte. Zum einen erwuchs ihnen die Notwendigkeit hierfür aus dem grundlegenden Strukturwandel, den das konservative Lager während der ersten Hälfte der 1890er Jahre vollzogen hatte. Damit waren die Deutschnationalen organisatorisch ins Hintertreffen geraten.

Zum anderen waren es parteiinterne Streitigkeiten, die Handlungsbedarf zeitigten. Dazu die Vorgeschichte: Bei der Reichsratswahl 1891 bemühte sich Dornbirns Bürgermeister Johann Georg Waibel um das Städtemandat des Landes. Um die Bregenzer Parteikollegen für eine Unterstützung dieser Kandidatur zu gewinnen, bot ihnen Dr. Leo Herburger, langjähriger Vorsitzender der Dornbirner Liberalen, an, bei der nächsten Wahl selbst den Kandidaten stellen zu können. Daraufhin votierten die Bregenzer für Waibel. Die Dornbirner wollten in weiterer Folge freilich nichts mehr von dieser Zusage wissen, brachen ihr Versprechen. Der daraus erwachsende Konflikt ließ eine Neuorganisation dringend notwendig werden.<sup>12</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es nicht frei von Pikanterie, dass 1895 ausgerechnet an Johann Georg Waibel die Aufforderung erging, „er solle im Laufe des Sommers zur endlichen Organisation der durch kirchthurmpolitische Bestrebungen zerfahrenen fortschrittlichen Partei des Landes Vorarlberg die Initiative ergreifen“.<sup>13</sup>

Und dennoch – sie gelang: Nach Jahren mit mehreren gescheiterten Versuchen kam es 1897 zur Neuorganisation der Landespartei. Wohl

begünstigt durch die einigende Wirkung der gemeinsamen Ablehnung von Badenis Sprachverordnungen versammelten sich am 27. Juni 1897, also keine drei Monate nach deren Erlass, über 500 Teilnehmer im Dornbirner Mohren. Nebst einstimmiger EntschlieÙung gegen die Sprachenverordnungen bestellte die Versammlung einen Ausschuss. Ihm fiel die Aufgabe zu, Satzungen auszuarbeiten sowie die konstituierende Versammlung vorzubereiten und einzuberufen.<sup>14</sup> Der Ausschuss arbeitete zügig. Bereits am 17. August 1897 waren die Satzungen des Deutschfreisinnigen Vereines für das Land Vorarlberg von der Statthalterei Innsbruck genehmigt.<sup>15</sup> Wiederum knapp drei Wochen später, man schrieb den 5. September 1897, kam es – abermals im Mohren in Dornbirn – zur konstituierenden Versammlung des Vereins. Zum ersten Obmann wurde der spätere Dornbirner Bürgermeister Dr. Karl Fußenegger gewählt.

Für Dornbirns Konstitutionellen Verein ging damit ein Wechsel an der Spitze einher. Auf den Vereinsvorsitzenden Fußenegger folgte Dr. Franz Josef Feierle.<sup>16</sup> Feierle stand sogleich großen Herausforderungen gegenüber. Der Zustand des Vereins war schlecht, geprägt von weit verbreiteter politischer Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit. Hinzu kamen – wie es hieß – *kleinliche* Programmdifferenzen. Diese Gemengelage brachte den Verein an die Grenzen seines Bestandes.<sup>17</sup>

In der Kontroverse um den künftigen Kurs des Vereins verliehen die Gräben insbesondere zwischen Jung und Alt. Feierle, als er die Obmannschaft antrat 36-jährig, sprach sich für die Adaptierung der Statuten in deutschnationaler Hinsicht aus. Sein Gegenspieler war der Altliberale Dr. Leo Herburger, zu dieser Zeit 55 Jahre alt. Die Auseinandersetzung schlug hohe Wellen, Feierle drohte mit Rücktritt. Letztlich verständigten sie sich auf den größten gemeinsamen Nenner, nämlich die Orientierung am Programm der im Reichsrat vertretenen Deutschen Volkspartei.<sup>18</sup> Dieses Programm war deutschnational, freiheitlich und antisemitisch. Mit ihm sprach sich die Deutsche Volkspartei für eine Vertiefung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich und den *Schutz des Deutschtums in Österreich* mittels Gesetzgebung und Verwaltung aus. Ferner forderte sie *die Beseitigung des slawischen Übergewichts sowie die Befreiung von dem auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens vorherrschenden*



Abb. 1: Dr. Leo Herburger. Langjährige Galionsfigur der Dornbirner Liberalen



den Einflüsse des Judentums.<sup>19</sup>

Wenig später sah sich auch die deutschnationale Landespartei zu Veränderungen veranlasst. Der Grund: Ihre Hoffnung, mit der Neugründung 1897 die Konflikte zwischen den Ortsgruppen zu beenden und derart den Landesverein zu einen, zerschlug sich schon nach kurzer Zeit.

1900 wurde gar überlegt, den Verein aufzulösen, eine Gedanke, den man letztlich aber verwarf. Stattdessen setzten die Deutschnationalen zwei andere Schritte. Zum einen benannten sie ihre Landespartei in Deutscher Volksverein für Vorarl-

berg um. Und zum anderen erhielt die Landesorganisation neue Satzungen, die sich ebenfalls an jene der Deutschen Volkspartei anlehnten.<sup>20</sup> Im November 1900 verteidigte Ignaz Rüschi, zu dieser Zeit Obmann des Konstitutionellen Vereins Dornbirn, diese Neuausrichtung. Kritischen Stimmen, die monierten, der Charakter des Programms der Deutschen Volkspartei sei mehr agrarisch als industrie- und gewerbefreundlich, hielt er entgegen, dass nur dieses Programm im Stande sei, die deutschnationalen Parteigänger in Vorarlberg *zusammen zu halten*.<sup>21</sup>

Obwohl die Vorarlberger Deutschnationalen damit an zwei Stellschrauben gedreht hatten: Der „große Wurf“ war es abermals nicht. Schon wenige Monate später wurden Klagen über die Untätigkeit der Vorarlberger Landesorganisation laut.<sup>22</sup> Auch an ihrer marginalen Bedeutung auf Landesebene änderte sich nichts. Über ihre vier Mandate von 1870 ka-

men die Deutschnationalen in den folgenden Jahrzehnten nicht hinaus. Im Gegenteil: Ab 1909 stellten sie gar nur noch zwei Abgeordnete.<sup>23</sup>

Eine Marginalisierung ihrer politischen Bedeutung hatten sie auch auf Ortsebene hinzunehmen. 1876/77 waren sie in neun Vorarlberger Gemeinden Mehrheitspartei, 1914 nur mehr in Lustenau. Und die Städte? Hier gelang es den Deutschnationalen, ihre Mehrheiten ziemlich lange zu verteidigen. Um dem ein Ende zu bereiten beschloss der christlichsozial dominierte Vorarlberger Landtag eine Erweiterung des Gemeindewahlrechts. Die Folgen waren gravierend: 1909/1910 verloren die Deutschnationalen die Bürgermeisterämter von Feldkirch, Bludenz und eben auch Dornbirn – hier nach 42 Jahren – an die Christlichsozialen. Zu halten vermochten sie alleine Bregenz.<sup>24</sup>

Damit stellten die Deutschnationalen am Ende der Habsburgermonarchie in Vorarlberg eine politisch schwache und überdies schlecht organisierte Gruppierung dar.

## Die „Blauen“ in der Ersten Republik

Die Vorarlberger Deutschnationalen erarbeiteten in den Dezembertagen 1918 ein neues Programm. Dessen Titel: Leitsätze der deutschen Volkspartei für Vorarlberg. Im Herbst 1920 wurden sie Teil der Großdeutschen Volkspartei, einem österreichweiten Zusammenschluss 17 deutschnationaler Gruppen. Damit übernahmen sie deren Programm, die Richtlinien deutscher Politik, besser bekannt unter dem Namen „Salzburger Programm“.

Beide Programme enthielten als zentralen Punkt die Forderung nach einem Anschluss an Deutschland. Das „Salzburger Programm“ nannte diesen Anschluss den *unverrückbare(n) Leitstern*<sup>25</sup> großdeutscher Außenpolitik. Dem „Ja“ zu dieser Anschlussoption lagen starke wirtschaftliche Motive zugrunde. Die „Blauen“ räumten Österreich als selbständigem Staat entweder gar keine Überlebenschance ein<sup>26</sup> oder sahen es auf einem dem deutschen Volk unangemessenen Niveau dahinvegetieren.<sup>27</sup> Als einziger Ausweg, dem zu entkommen, galt ihnen der

Anschluss an Deutschland. Davon versprachen sich die Großdeutschen – auch als „Blaue“ bezeichnet – eine wirkliche und dauernde Sanierung des Landes.<sup>28</sup>

In wirtschaftlichen Fragen vertraten die Deutschnationalen nach dem Ersten Weltkrieg vorerst gleich ihren politischen Mitbewerbern antilibérale Wirtschaftspositionen. Sie billigten dem Staat im Bereich der Wirtschaft Steuerungsfunktionen zu. In den frühen 1920er Jahren vollzog sich mit der Renaissance wirtschaftsliberaler Standpunkte ein Paradigmenwechsel. Der Eintritt in die Bundesregierung veranlasste die Großdeutschen zunächst, wirtschaftsliberale Ansichten der Christlichsozialen lediglich mitzutragen. Erst im weiteren Verlauf machten sich die „Blauen“ diese wirtschaftsliberalen Standpunkte zu eigen.<sup>29</sup> Vorarlbergs großdeutscher Landesparteiobmann Zumtobel vertrat folglich im Frühjahr 1930 die Ansicht, dass sich Bund und Land möglichst wenig um wirtschaftliche Belange kümmern sollten.<sup>30</sup>

Als Ideal des menschlichen Zusammenlebens schwebte den Großdeutschen die sogenannte „Volksgemeinschaft“ vor. Mit diesem Begriff artikulierten die „Blauen“ ihren Vertretungsanspruch für das gesamte Volk,<sup>31</sup> konkreter für das deutsche Volk beziehungsweise Personen „deutscher Rasse“.<sup>32</sup> Zugleich beinhaltete die Volksgemeinschafts-Ideologie die Abwehr „volksfremder, schädlicher Einflüsse“.<sup>33</sup> Des Konstrukts der Volksgemeinschaft bedienten sie sich bei ihrem Kampf gegen Klerikalismus, Sozialismus, Marxismus und Liberalismus.

Den konstitutiven Merkmalen großdeutscher Ideologie ist auch der Antisemitismus zuzurechnen. Der in den Leitsätzen der Deutschen Volkspartei für Vorarlberg formulierte Antisemitismus ist zwar knapp in seinen Ausführungen, aber radikal in seinem Wollen. Die „Blauen“ beanspruchten für sich, *entschiedene Gegner des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des Staats-, Wirtschafts- und Geistesleben* zu sein. Das wiederum veranlasste sie, *gesetzliche Maßnahmen gegen die Judengefahr zu fordern*.<sup>34</sup> Welcher Geisteshaltung sie waren, verdeutlicht auch interner Briefverkehr. Dort ist von *jüdischen Schmutzhänden und jüdischem Schmutze*<sup>35</sup> zu lesen. Die Ausführungen im „Salzburger Programm“ stehen dem um nichts nach. Sie sind „extrem“ und „völlig irrational“. Damit appel-

lierten die Großdeutschen an die „schlimmsten Vorurteile ihres Publikums“.<sup>36</sup> Den Antisemitismus benutzten sie nicht zuletzt als Vehikel zur Stimmenmaximierung bei Wahlen.

### Der Auftakt ins Abenteuer Republik

Mit dem Ersten Weltkrieg wurde aus der konstitutionellen Monarchie de facto eine Militärdiktatur. Diese Transformation vollzog sich innerhalb weniger Wochen.<sup>37</sup> Politischer Handlungsspielraum war kaum noch vorhanden. Unter diesen Umständen vermochten Vorarlbergs Deutschnationale bis gegen Ende des Ersten Weltkriegs keine Aktivitäten zu entfalten. Ihre Tätigkeit *ruhte*.<sup>38</sup>

Eines der ersten Zeichen neu aufkeimender Aktivität in Vorarlberg setzte der Deutschfreiheitliche Verein Dornbirn – der vormals Konstitutionelle Verein firmierte seit 1912 unter dieser Bezeichnung –, indem er seine Mitglieder für den 11. August 1918 zu einem Deutschen Volkstag einlud.<sup>39</sup> Diesen hielt er gemeinsam mit den Christlichsozialen ab. Bei der Veranstaltung zeigten sich beide bürgerlichen Parteien geeint im Willen, an der monarchistischen Staatsform festzuhalten und den Schulterschluss mit Deutschland anzustreben. Überdies gemeinsam waren ihnen der Antisemitismus und das Feindbild „Sozialdemokratie“.<sup>40</sup>

Ebenfalls noch vor der offiziellen Ausrufung der Republik – erfolgt am 12. November 1918 – luden Dornbirns „Blaue“ zur Jahreshauptversammlung ein. Diese fand am 12. Oktober 1918 im Gasthaus Weißes Kreuz statt.<sup>41</sup> Der Besuch war nicht stark. Den Vorsitz führte Obmann-Stellvertreter Josef Smetana. Ignaz Rüschi hielt einen Nachruf auf den laut deutschnationaler Lesart als *Held fürs Vaterland* gefallenen Obmann Dr. Erwin Fußenegger.<sup>42</sup> Die Kür einer neuen Vereinsleitung ging am 10. Dezember 1918 im großen Mohren-Saal vonstatten.<sup>43</sup> Die Wahl für die bis dahin vakante Stelle des Obmanns fiel auf Dr. Franz Josef Feierle. Ihm als Stellvertreter zur Seite gestellt wurde Hans Martin. Mit dem 57-jährigen Feierle und Hans Martin, der im Februar 1918 seinen 50sten Geburtstag begangen hatte, lagen die Geschicke des Vereins damit in

Abb. 2: Einladung des Deutschfreiheitlichen Vereins Dornbirn zur ersten Vereinsversammlung nach Kriegsende



den Händen bereits erfahrener Gemeindepolitiker.

Auf Landesebene starteten die „Blauen“ in das neue Abenteuer Republik am 26. Oktober 1918. An diesem Tag fanden sich auf Einladung des Reichsratsabgeordneten und Bregenzer Bürgermeisters Dr. Ferdinand Kinz die Vertrauensmänner der deutschnationalen Landespartei in der Landeshauptstadt ein. Bei einer weiteren derartigen Versammlung, abgehalten am 17. November 1918, kamen sie überein, dass die Deutschnationalen in Vorarlberg einer einheitlichen Parteigliederung sowie eines neuen, den geänderten Verhältnissen angepassten Parteiprogramms bedürften. Keinen Monat später – man schrieb den 15. Dezember 1918 – war beides, der von einem hierfür extra eingesetzten Ausschuss ausgearbeitete Organisationsentwurf und das neue Parteiprogramm, von einer Versammlung des Deutschen Volksvereins des Landes angenommen. Damit hatte Vorarlbergs „blaue“ Landesorganisation ihre Tätigkeit offiziell wieder aufgenommen.<sup>44</sup>

### Das allgemeine Frauenwahlrecht ergibt Handlungsbedarf

Bis zum Ende der Habsburgermonarchie blieb dem überwiegenden Teil der Frauen die Möglichkeit versagt, ihrer politischen Haltung per Teilnahme an Wahlen Ausdruck zu verleihen. Das 1861 eingeführte Zensuswahlrecht gestand zwar Personen beiderlei Geschlechts das aktive Stimmrecht zum Landtag zu. Aufgrund der Zusatzbestimmung,

wonach das Wahlrecht Personen mit einer direkten Steuerleistung von fünf Gulden und mehr pro Jahr vorbehalten war, fiel das Wahlrecht tatsächlich allerdings nur einer verschwindend kleinen Zahl von Frauen zu. Überdies war es diesen Wenigen vorerst nicht erlaubt, ihre Stimme persönlich abzugeben. Stattdessen hatten sie hierfür einen gesetzlichen Vertreter zu bestimmen. Des passiven Wahlrechts entbehrten die Frauen zu dieser Zeit gänzlich.<sup>45</sup>

In der Endphase der Habsburgermonarchie zeichnete sich ab, dass es bezüglich des Frauenwahlrechts zu gravierenden Veränderungen kommen würde. Für Vorarlbergs Deutschnationale, die bis dahin weder der Frauenfrage Aufmerksamkeit entgegengebracht noch Frauen in ihren Reihen vorzuweisen hatten,<sup>46</sup> erwuchs hieraus Handlungsbedarf. Bereits auf ihrer ersten Versammlung am 26. Oktober 1918 kamen die Vertrauensmänner des Landes darin überein, dass eine Frauenorganisation geschaffen werden müsse. Dieser Impetus wurde von einzelnen der deutschnationalen Männerortsgruppen aufgegriffen. In Bregenz mündeten die dahingehenden Vorarbeiten am 11. Jänner 1919 in der Konstituierung des Deutschen Frauenvereins Bregenz & Umgebung.<sup>47</sup> Zwölf Tage später folgte Lustenau mit einer eigenen deutschnationalen Frauenorganisation.<sup>48</sup>

In Dornbirn wurde für den 26. Jänner 1919, drei Uhr nachmittags, zur Gründungsfeier eines Deutschen Frauenvereins in den Mohren-Saal geladen.<sup>49</sup> Nach der Begrüßung durch Martina Moosbrugger, einer Nichte des Literaten Franz Michael Felder, kam es zur Verlesung und anschließenden Annahme der Satzungen und Leitsätze.<sup>50</sup> Laut Letzteren handelte es sich bei der „blauen“ Frauenortsgruppe Dornbirns um ein Glied des Deutschen Volksvereins für Vorarlberg. Ihren Zweck gab die deutschnationale Frauenorganisation mit der *geistige(n) Hebung der Frau* an. Hierfür wollte sie sich unter anderem für die Einführung und Errichtung staatlicher Fortbildungsschulen – etwa Haushaltungs-, Koch- und Nähschulen – einsetzen, öffentliche Handelskurse fördern und dem weiblichen Geschlecht den freien Zugang zu höheren und Hochschulen sichern.

Den Leitsätzen zufolge zielte der Deutsche Frauenverein Dorn-



birn ferner darauf ab, die Frauen zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten an(zu)regen und an(zu)leiten. An das Einführen der weiblichen Jugend in Kinderpflege, Krankendienst und Erste Hilfe war dabei ebenso gedacht wie die Errichtung von Hebammenschulen. Bezüglich des Themas „Frau in der Arbeitswelt“ trat der Verein für die – noch heute aktuelle – Forderung „Gleiche Leistung, gleicher Lohn“ ein. Den Abschluss der Leitsätze bildete die Willensbekundung, zur wirksamen Unterstützung der Fraueninteressen weibliche Vertreter in allen gesetzgebenden Körperschaften etablieren zu wollen.<sup>51</sup>

Aus der Vorstandswahl ging Melitta Albrich – ab Ende August 1921 Gattin von Rechtsanwalt Dr. Anton Zumtobel, der zentralen Figur der Vorarlberger Großdeutschen – als Obfrau hervor. Der ihr zur Seite gestellte Ausschuss umfasste 15 Frauen. Unter ihnen befanden sich so honorige Damen wie Katharina Bösch, Ehegattin von Fritz Bösch, dem Präsidenten der Vorarlberger Handelskammer, und die Fabrikantengattinnen Silvia Hämmerle und Pia Rhomberg.

Obwohl die Christlichsozialen zeitgleich mit dem Gründungsakt der „blauen“ Frauenortsgruppe eine eigene Frauenversammlung abhielten, erwies sich der Deutsche Frauenverein Dornbirn sogleich als veritabler Erfolg. Bereits bei seiner Gründung zählte die Ortsgruppe mehr Mitglieder als Dornbirns deutschnationaler Männerverein.<sup>52</sup> Etwas mehr als zwei Monate nach der Konstituierung gehörten dem Deutschen Frauenverein Dornbirn 471 Mitglieder an.<sup>53</sup> Nur fünf Tage nach Dornbirn folgte eine Ortsgruppengründung in Feldkirch, am 10. Februar war es in Bludenz so weit. Schon kurz nach ihrer Konstituierung gehörten Vorarlbergs fünf „blauen“ Frauenvereinen in etwa 1.350 Mitglieder<sup>54</sup> an.

Dornbirns deutschnationale Frauen zeigten sich sogleich vielfältig aktiv. Politische Aktivitäten wurden ebenso gesetzt wie Kurse abgehalten, gesellige Abende genauso veranstaltet wie Sozialarbeit geleistet. Ihrem politischen Engagement verlieh die deutschnationale Frauenschaft unter anderem im Ausschuss des Deutschen Volksvereins für Vorarlberg Ausdruck. Noch in der konstituierenden Sitzung des Deutschen Frauenvereins Dornbirn wurde entschieden, neben der Obfrau auch Martina Moosbrugger, Elke Soukup, Katharina Bösch, Paula Ertl



und Stefanie Rüsich in dieses Gremium zu entsenden. Des Weiteren unterstützte Dornbirns deutschnationaler Frauenverein ihre männlichen Kollegen bereits bei den ersten Wahlauseinandersetzungen. Explizit hervorgehoben wurde dessen Engagement anlässlich des Gemeinderatswahlkampfes 1919. Das trug ihm den Dank für *tatkräftige Hilfe* vonseiten des Deutschen Volksvereins Dornbirn ein.<sup>55</sup> Daneben wandten sich Dornbirns deutschnationale Frauen mit Eingaben an die Landesregierung, so wegen der Verschärfung der Einreisebestimmungen für *volksfremde Elemente* oder der Freigabe für Einsiedezucker. Zudem forderten sie von der Landesregierung Maßnahmen ein, die dem Aufkauf und Export einheimischer Produkte Einhalt gebieten sollten. Dornbirns Stadtvertretung wiederum war Adressat ihres Appells, Missstände bei der Brot- und Mehlausgabe zu beseitigen. Hierzu schlug der Deutsche Frauenverein Dornbirn vor, die Ausgabe von Lebensmittelkarten und die Öffnungszeiten der Brotfilialen auf den Nachmittag auszudehnen. Derart würden, so seine Überlegung, auch erwerbstätige Frauen in die Lage versetzt, ihre



Besorgungen zu erledigen.<sup>56</sup>

Ein zweites, weiteres, nein zentrales Betätigungsfeld war dem Deutschen Frauenverein Dornbirn sein Kursangebot. Dessen Schwerpunkt lag auf Kursen zur praktischen Haushaltsführung und Hausarbeit. Dabei konnte er an Traditionen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts anknüpfen. Schon damals hatten Dornbirner Arbeitgeber – hier vor allem Teilhaber von F.M. Hämmerle – Arbeiterinnen kostenlose Kurse angeboten, die diesen Möglichkeiten eröffneten, generell ihre häuslichen Fähigkeiten, aber insbesondere ihre Kochkünste zu erweitern.<sup>57</sup>

Dieses Engagement wurde von Dornbirns deutschnationalem Frauenverein fortgesetzt. Im Jahr 1919 hielt er einen Kurs zur Fabrikation und Verwendung von Kochkisten<sup>58</sup> und Kochbeuteln ab.<sup>59</sup> Des Weiteren fand ein Lehrgang zur Anfertigung von Spielsachen statt.<sup>60</sup> Das dort Hergestellte gefiel offenkundig. Auf vielfachen Wunsch hin stellte der Frauenverein die Objekte in den unteren Räumlichkeiten der Kochschule Oberdorf aus. Der Eintritt betrug 50 Heller.<sup>61</sup> Zudem reagierte Dornbirns deutschnationale Frauenschaft auf die mit weltweit bis zu 50 Millionen Toten größte Gefahr der damaligen Zeit, die Spanische Grippe. Ihr überhaupt erster Kurs widmete sich der häuslichen Krankenpflege. Dessen Schwerpunkt lag auf der Betreuung Grippekranker.<sup>62</sup> Das Jahr 1919 bildete den Auftakt zu kursintensiven knapp 15 Jahren. Die Dornbirner Ortsgruppe und ihre Schwesterorganisationen im „Ländle“ werden in dieser Zeit zwischen 400 und 500 Kurse angeboten haben.<sup>63</sup>

Für die Deutschen Frauenvereine lohnte es sich in mehrfacher Hinsicht, ein Kursangebot mit den Schwerpunkten praktische Haushaltsführung und Hausarbeit anzubieten. Zunächst: Während Christlichsoziale und Sozialdemokraten die von Frauen geleistete Hausarbeit kaum thematisierten, waren die Deutschnationalen bestrebt, traditionelle Hausfrauenarbeit mit neuem weiblichen Selbstbewusstsein zu verbinden. Neben schulischer Ausbildung im hauswirtschaftlichen Bereich trug auch ein in diesem Gebiet angesiedeltes Kursangebot dazu bei, den Beruf der Hausfrau aufzuwerten. Ein weiteres Argument, sein Kursangebot auf Haushaltsführung und Hausarbeit zu konzentrieren, lieferte

dem Deutschen Frauenverein Dornbirn die Beschäftigungsverteilung. Im Vorarlberg der Ersten Republik war die weibliche Bevölkerung zu knapp 72 % als unbezahlte Hausfrauen oder in der Hauswirtschaft tätig.<sup>64</sup>

Alleine deshalb boten Kurse zur praktischen Haushaltsführung und Hausarbeit den deutschnationalen Frauenvereinen gute Chancen, das Gros der Frauen anzusprechen, für viele attraktiv und interessant zu sein. Verstärkt wurde die Attraktivität dieses Angebots durch die in der Zwischenkriegszeit beinahe permanent herrschende ökonomische Krise. Auch wenn die Zahl der Hausbediensteten in Vorarlberg zwischen 1880 und 1938 um nur knapp 20 % sank<sup>65</sup> – für so manche Frau bedeutete dies, sich erstmals oder aber verstärkt in die Hausarbeit einbringen zu müssen. Dafür bedurften sie eines speziellen Haushaltsknow-hows, geliefert – nicht zuletzt – vom Deutschen Frauenverein Dornbirn. Von Interesse waren solche Kurse ferner für Frauen, die in weniger begüterten Verhältnissen lebten. Diese durften hoffen, von den Kursleiterinnen Kniffs und Tricks vermittelt zu bekommen, die es ihnen, zuhause angewandt, ermöglichten, mit dem Wenigen etwas besser auszukommen. Das Kursangebot des Deutschen Frauenvereins Dornbirn, das sich an letztgenannte Gruppe richtete, war vielfältig. Lehrgänge zur Umarbeitung von alten Hüten und Pelzen wurden ebenso offeriert wie die Verarbeitung von Stoffresten zu Lampenschirmen, Teepuppen und Sofakissen gelehrt. Auch gab es eine Vielzahl unterschiedlicher Nähkurse. Über brauchbares Wissen für den eigenen Haushalt hinaus konnten sich die Kursteilnehmerinnen auch Kenntnisse für die Heimarbeit – eine damals gängige Form, der Verarmung zu entgehen<sup>66</sup> – aneignen.

Mögen an der Spitze des Deutschen Frauenvereins Dornbirn fast ausnahmslos Angehörige der gehobenen Bürgerschicht gestanden haben – dass sich diese Sozialstruktur in gleichem Maße bei den „einfachen“ Mitgliedern wiederfand, ist auszuschließen. Die oben genannten Kurse legen den Schluss nahe, dass der Frauenverein versuchte, mit seinem Programm auch weniger begüterte Schichten anzusprechen und so für seine Sache zu gewinnen. Und, hat es geklappt? – Zahlen von mehreren Hundert Mitgliedern lassen es vermuten.

Um Frauen jenseits Dornbirns „High Society“ zu einer Mitglied-

schaft zu bewegen, begnügte sich Dornbirns Deutscher Frauenverein nicht mit der Vermittlung nützlichen Wissens. Darüber hinaus eröffnete er seinen Mitgliedern auch Absatzmöglichkeiten für die in Heimarbeit erzeugten Produkte. Wesentliche Bedeutung kam dabei Viktor Hämmerle zu. Er war es, der für die kunstgewerblichen Handarbeiten der deutsch-nationalen Frauen ein Absatzgebiet in Amerika ausfindig machte und den Weg dorthin ebnete. Auch das deutsch-nationale Bestreben, kunstgewerbliche Heimarbeit als Mittelstandshilfe in Vorarlberg einzubürgern, unterstützte er nicht nur mit Rat, sondern auch Tat, indem er den Bezug einer größeren Menge Leinengarns für die Spitzenklöppelei ermöglichte.<sup>67</sup>

Das Kursangebot brachte nicht nur den Mitgliedern Vorteile, sondern zahlte sich auch für die deutsch-nationale Frauenorganisation selbst aus. Nebst der damit erleichterten Rekrutierung von Mitgliedern trugen die Kurse über Umwege auch positiv zu deren Finanzen bei. Hierfür wurden Teile der in den Kursen erzeugten Produkte bei Veranstaltungen der Dornbirner Deutschnationalen als Tombolapreise verwendet und so zu Geld gemacht. Abzugeben waren die Tombolapreise im Vorfeld der Veranstaltungen bei Filippine Stattmüller. Die Verkäuferin des Kolonialwarengeschäfts August Zumtobel, Marktstraße 15, fungierte über mehrere Jahre hinweg als zentrale Abgabe- und Anmeldestelle des Deutschen Frauenvereins Dornbirn.

Zu Eintrittsgeldern und dem Gewinn aus dem Schankbetrieb gesellte sich mit dem Erlös aus Tombolas damit eine dritte Einkunftsart dazu, die Veranstaltungen – das dritte Aktionsfeld des Deutschen Frauenvereins Dornbirn, hier oftmals Hand in Hand mit ihren männlichen Kollegen agierend – zu einem lukrativen Geschäft machten. Daneben verfolgten die Deutschnationalen mit ihren geselligen Zusammenkünften noch ein weiteres Ziel: die Verbreitung ihrer Ideologie. Gleich ob Deutscher Abend oder Festabend, den Besucher erwarteten Begrüßungsworte, gefolgt von musikalischen Darbietungen, politische Reden im Wechsel mit sportlichen Einlagen und Theatervorführungen.<sup>68</sup> Damit wollten die „Blauen“ die *deutsche Art und deutsche Sitte* festigen, die von ihnen propagierte Idee der Volksgemeinschaft fördern und über Humor erfahrbar machen.<sup>69</sup> Aufgrund des Unterhaltungswerts durften die



Großdeutschen hoffen, mit diesen Veranstaltungen neben Mitgliedern auch ihrer Gesinnungsgemeinschaft Fernerstehende anzusprechen und mit ihrer Ideologie vertraut zu machen.

Gründe, Veranstaltungen zu organisieren, gab es damit genug – und der Deutsche Frauenverein Dornbirn handelte. Bereits kurz nach seiner Gründung – konkret für den 28. Februar 1919 – lud er zu einem ersten Kaffeekränzchen ins Hotel Rhomberg ein.<sup>70</sup> Am 5. Oktober des gleichen Jahres fand ein Konzert statt. Bestritten wurde die Veranstaltung von der Innsbrucker Alt-Mezzosopranistin Therese Spörr und dem Opernsänger Hans Ellensohn, seines Zeichens Heldentenor. Musikdirektor Xaver Westerop begleitete am Klavier. Die Konzerteinnahmen kamen Dornbirns deutsch-nationaler Frauenortsgruppe selbst zu.<sup>71</sup>

Neben Mitgliedsbeiträgen und Spenden waren es diese mit Veranstaltungen lukrierten Gelder, die die Deutschen Frauenvereine in die Lage versetzten, in ihrem vierten Bereich, dem Sozialen, aktiv zu sein. 1919 trat der Deutsche Frauenverein Dornbirn für die Eröffnung einer Studentenküche im Oberdorf ein. Mit ihr wollte er auswärtigen Schülern der Dornbirner Realschule, dem heutigen Bundesgymnasium, die infolge der großen Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung keine Kostplätze auftreiben konnten, *gute, kräftige und billige Verpflegung* verschaffen. Neben eigenen Finanzmitteln, der Unterstützung vonseiten der Stadt und Viktor Hämmerle<sup>72</sup> setzte die Ortsgruppe auch auf die Freigie-

bigkeit der Bevölkerung. Diese wurde per Gemeindeblatt dazu aufgerufen, der Studentenküche Spenden an Obst, Gemüse und anderen Lebensmitteln zukommen zu lassen.<sup>73</sup> Als sich im Herbst 1920 die Verpflegungslage besserte, schloss die Studentenküche nach etwas über einem Jahr ihre Pforten. Fortan unterstützten die deutschnationalen Frauen mittellose Schüler, indem sie ihnen Kostplätze verschafften und Beiträge zu den Verpflegungskosten zukommen ließen.<sup>74</sup>

Von der eben genannten Unterstützung, mehr noch, vom Gros ihres sozialen Engagements ist davon auszugehen, dass dieses milieugebunden erfolgte,<sup>75</sup> sprich, der eigenen Klientel zugutekam. Derart wird die deutschnationale Frauenorganisation manche Not gelindert, zugleich aber auch manche Frau in Form einer ökonomisch bedingten Abhängigkeit an sich „gefesselt“ haben. Zudem durfte der Verein davon erwarten, Frauen aus finanzschwachen Familien zu einer Mitgliedschaft zu bewegen. Die Möglichkeit, auf einfache Weise – in Form einer Beitrittserklärung – eine Entspannung der ökonomischen Situation zu erreichen, wird für manche Dornbirnerin und deren ideologisch nicht klar positionierte Familie verlockend gewesen sein.

### Erste politische Bewährungsproben – die Wahlen 1919

Im ersten Halbjahr 1919 standen innert dreier Monate drei Wahlen an – für die „Blauen“, die zu Beginn der republikanischen Phase infolge ihrer jahrelangen Untätigkeit während des Krieges vorarlbergweit über eine nur mangelhafte Organisation verfügten, eine immense organisatorische Herausforderung. Zur Behebung dieses Mankos sowie im Hinblick auf die anstehenden Urnengänge schufen sich Vorarlbergs Deutschnationale ein Parteisekretariat. Dr. Anton Zumtobel, Spross einer angesehenen Dornbirner Großkaufmannsfamilie und seit 1913 Landesparteiobmann der „Blauen“, stellte zu diesem Zweck vorerst seine im November 1918 wiedereröffnete Kanzlei zur Verfügung.<sup>76</sup> Deren Adresse: Marktstraße 17, Dornbirn. Erster Landespartei sekretär wurde Anton „Toni“ Rüb. Das Dornbirner Original, das sich insbesondere als Mundartdichter

und Laienschauspieler hervortat<sup>77</sup> und an den heute ein nach ihm benannter Weg in Dornbirn erinnert, soll diese Aufgabe mit *seltener Pflichttreue und Aufopferung* erfüllt haben.<sup>78</sup>

### Die Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung

Die erste Wahl, jene zur konstituierenden Nationalversammlung, war auf den 16. Februar 1919 terminiert. Den Auftakt hierzu setzte der Deutsche Volksverein für Vorarlberg mit einer außerordentlichen Vollversammlung. Diese ging am Dreikönigstag 1919 in Lustenau über die Bühne. Beim ersten Tagesordnungspunkt, der Kandidatenkür, kamen die Delegierten überein, von einer Wiederkandidatur ihres bisherigen Reichsratsabgeordneten Dr. Kinz abzusehen. Stattdessen hielt es die Mehrheit der Vorarlberger „Blauen“ für angezeigt, die Herausforderungen der „neuen Zeit“ mit eben solchen Männern in Angriff zu nehmen. Vielen waren diese *der beste Garant für eine geänderte, bessere Politik*.<sup>79</sup> Zum Spitzenkandidaten kürten die Delegierten schließlich Dr. Hermann Schmid. Trotz traditionell schwierigem Verhältnis zu ihren „Partei-freunden“ aus Bregenz akzeptierten die Dornbirner Deutschnationalen damit einen Mann aus der Landeshauptstadt, freilich einen solchen, der, wie spätere Jahre noch zeigen sollten, in strittigen Fragen durchaus in Opposition zur eigenen und auf Linie der Ortsgruppe Dornbirns war. Auf Schmid folgte als Nächstgereihter Hans Martin. Mit der Kandidatur des Direktors der Schule Dornbirn-Haselstauden war sowohl der Bedeutung der Dornbirner Ortsgruppe als auch der zahlenmäßigen Stärke der Lehrer- und Beamtschaft in den Reihen der Vorarlberger „Blauen“<sup>80</sup> Rechnung getragen. Für Martin selbst war absehbar, dass seine Bereitschaft zur Kandidatur keinen gravierenden Einschnitt in sein Leben zur Folge haben würde – die Chance, so gereiht ins Haus am Ring gewählt zu werden, stand gleich null. Neben Hans Martin schien mit Dr. Anton Zumtobel noch ein zweiter Dornbirner auf der Kandidatenliste auf. Letzterer war sechstgereiht.

Nebst ihrem neu geschaffenen Presseorgan, dem Vorarlberger Tagblatt, setzten die „Blauen“ in ihrer Wahlwerbung auf den massiven Einsatz von Flugblättern.<sup>81</sup> Zudem entwickelte die Partei im Vorfeld der

Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung eine Versammlungstätigkeit, die alles von ihr bis dahin Organisierte an Umfang überbot.<sup>82</sup> Am Wahltag konnte sie auf etwa 70 Wahlveranstaltungen in Vorarlberg zurückblicken. Alleine in Dornbirn kam es zu deren acht. Die Versammlungen fanden je zwei Mal im Saal des Mohren sowie den Gasthäusern zum Löwen, Hatlerdorf, der Oberdorfer Traube (Spiegelbäck) und im Haselstauder Hirschen statt.<sup>83</sup>

In ihrer Wahlagitation bemühten sich alle Gruppierungen um das neue Wählerpotential „Frau“. Dieses stellte kriegsbedingt – viele Männer waren gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft – beim ersten Urnengang eine deutliche Mehrheit von 53,69 % der Wahlberechtigten. Die Sozialdemokraten hoben ihre Verdienste um die Einführung des Frauenwahlrechts hervor. Ferner trachteten sie danach, das ihnen von der Gegnerschaft verpasste Attribut der Religionsfeindlichkeit zu korrigieren.<sup>84</sup> Insbesondere mit Blick auf die weibliche Wählerschaft bezichtigten sie die bürgerlichen Parteien der Kriegsschuld. Den Deutschnationalen legten sie zudem zur Last, mit ihrem Ruf nach einem Siegfrieden die Kriegsdauer verlängert und die schlussendliche Niederlage verschuldet zu haben. Mit dem Hinweis auf gefallene Söhne und Männer erklärten die „Roten“ die Frauen für geradezu verpflichtet, von einer Stimmabgabe zugunsten der kriegsbejahenden Parteien abzusehen und stattdessen die Sozialdemokratie zu wählen.<sup>85</sup>

Die Christlichsoziale Partei wiederum propagierte die *heilige Verbindung* von Frau-Kirche-Küche.<sup>86</sup> Des Weiteren forcierte sie mit Blick auf die weibliche Wählerschaft das zu dieser Zeit ohnedies brandaktuelle Thema „Zivilehe“. Die „Schwarzen“ sprachen sich dezidiert gegen deren Einführung und damit für die Unauflösbarkeit der Ehe aus. Neben religiösen Aspekten habe sie die Sorge, wonach durch die Möglichkeit zur Scheidung die Frau als *schwächere(r) Teil* der Willkür und Ausbeutung durch den Mann ausgesetzt sei, zu dieser Haltung bewegt.

Die Deutschnationalen, im Gegensatz zur bürgerlichen Konkurrenz Befürworter der Zivilehe, wollten ihr „Ja“ zur Scheidung demgegenüber als Einsatz für alle unglücklich Verheirateten verstanden wissen. Die Möglichkeit zur Ehescheidung galt ihnen ferner als Chance, das weit

verbreitete Konkubinat zurückzudrängen und das Problem der großen Zahl unehelicher Kinder einer Lösung zuzuführen. Damit ihnen die Forderung nach der Zivilehe nicht als Akt von Religionsfeindlichkeit ausgelegt würde, wiesen die Deutschnationalen darauf hin, dass die Zivilehe das kirchliche Ehebündnis, da dann freiwillig statt erzwungen geschlossen, zu einem sittlich wertvolleren Bund machen würde.<sup>87</sup>

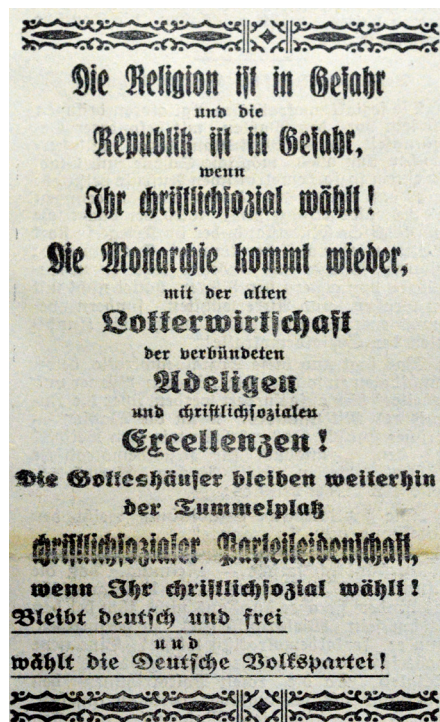
Auf die sozialdemokratischen Vorwürfe der Kriegstreiberei konterten die „Blauen“ mit der sogenannten „Dolchstoßlegende“, erklärten den politischen Kontrahenten kurzerhand zum Hauptverantwortlichen am Zusammenbruch der heimischen Kriegsfront.<sup>88</sup> Zugleich sprachen sie den „Roten“ aber auch ab, eine friedfertigeren Haltung als die bürgerlichen Parteien an den Tag gelegt zu haben.<sup>89</sup> Damit erklärte die Deutsche Volkspartei die Sozialdemokraten innerhalb nur weniger Tage sowohl zu Pazifisten als auch Kriegstreibern, ein Indiz dafür, wie hilflos sie diesen Angriffen gegenüberstand. Die „Blauen“ waren folglich erpicht, den Fokus auf anderes zu lenken. Antisemitische Angriffe lagen nahe. Diese waren zahlreich,<sup>90</sup> wurden von ihnen im darauf folgenden Nationalratswahlkampf aber noch intensiviert. Zudem prophezeite die Deutsche Volkspartei Österreich bei einer Machtübernahme durch die Sozialdemokratie Verhältnisse wie in anderen von „Linken“ regierten Ländern, sprich Not und Elend, Unruhen, Plünderungen bis hin zum Bürgerkrieg.<sup>91</sup>

Mag auch die Sozialdemokratie der ideologische Hauptgegner der bürgerlichen Parteien gewesen sein – der Kampf zwischen „Blauen“ und „Schwarzen“ nahm dennoch heftige Formen an. Die Deutschnationalen bezichtigten die bürgerliche Konkurrenz einer Kampfweise, die jeden gebildeten Menschen anwidern würde und mit Unaufrichtigkeit und Verdrehung operiere. Für den Fall einer Wiederkehr Christi prophezeiten die „Blauen“, dass dieser wahrscheinlich *erzürnt über die Bosheit der Beschützer der Kirche, wie weiland im Tempel zu Jerusalem verfahren und alle miteinander hinauspeitschen (würde)*.<sup>92</sup>

Hauptangriffsziel der christlichsozialen Angriffe war die Einstellung der Deutschen Volkspartei zu Kirche und Religion. Obwohl sich die „Blauen“ im Wahlkampf in dieser Hinsicht betont moderat gaben – nach Auffassung der Christlichsozialen Partei blieben sie *Feinde der Kirche*



Abb. 5: Wahlaufruf gegen die Christlichsozialen



und Kulturkämpfer. Eine „blaue“ Kandidatenliste, auf der zwei der sechs Gereihten, namentlich Spitzenkandidat Dr. Schmid und der als Ersatzmann aufgestellte Dornbirner Dr. Anton Zumtobel, aus der Kirche ausgetreten waren, gab nach christlichsozialem Dafürhalten beredtes Zeugnis davon. Dass eben jener Zumtobel in seiner Heimatgemeinde 1911 den ersten Feuerbestattungsverein in Vorarlberg initiiert hatte, er dessen erster Obmann wurde und im Verein der deutschnationale Einfluss überwog,<sup>93</sup> verlieh der christlichsozialen Darstellung weiter an Glaubwürdigkeit.

Die Deutschnationalen ihrerseits warfen den „Schwar-

zen“ vor, rückwärtsgewandt und der Monarchie verhaftet zu sein. Christlichsoziale Versuche, sich dem Wahlvolk als überzeugte Republikaner zu präsentieren, tat die Deutsche Volkspartei als *scheinheilig* ab und erklärte sie zum *ungeheuerlichste(n) politische(n) Betrug unserer Zeit*.<sup>94</sup> Dass in dieser Frühphase der Republik auch in ihren Reihen mancher eine innere Nähe zur Monarchie verspürte,<sup>95</sup> verschwiegen die „Blauen“ wohlweislich.

Jenseits des Kampfes gegen „Rot“ und „Schwarz“ versuchte sich die Deutsche Volkspartei der Wählerschaft als die Vorarlberger Wirtschaftspartei zu präsentieren. Adressat dieser Selbstinszenierung war insbesondere der Mittelstand. Dessen massiven Rückhalts bedurften die „Blauen“ für ein gutes Abschneiden. Des Weiteren bot eine solche Positionierung die Aussicht, die Demokratische Wirtschaftspartei – einen neuen, erst im Jänner 1919 gegründeten Konkurrenten – als *politische*

*Kinderei*<sup>96</sup> und *höchst überflüssig*<sup>97</sup> erscheinen zu lassen. Für die „Blauen“ eignete sich das Thema „Wirtschaft“ überdies weit besser als kulturelle Fragen zur Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie. Infolge des christlichsozialen Wahlkampfes tat solche dringend not, zielte dieser doch darauf ab, die Deutschnationalen als bürgerliche *Ausgabe der Sozialdemokratie*<sup>98</sup> und *unmittelbare Schrittmacher der roten Umsturz- und Klassenpartei*<sup>99</sup> hinzustellen.

Der Mühen waren viele, der Ertrag hierfür ein Bescheidener. Die „Blauen“ erhielten 13,50 % der in Vorarlberg gültig abgegebenen Stimmen. Die etwas mehr als 9.000 Stimmen und ein damit klar verfehltes Mandat wurden von Vorarlbergs Deutschnationalen mit Enttäuschung aufgenommen, ließen sie davon sprechen, in diesem Wahlgang unterlegen<sup>100</sup> zu sein. Eine Mitschuld für diese Niederlage sahen sie den Frauen zukommen. Der Wahlsieg der Christlichsozialen Partei sei in erster Linie das Ergebnis der *politische(n) Befangenheit und Unaufgeklärtheit der weiblichen Massen, die sich durch mittelalterliche Kampfmittel und mittelalterlichen Gewissenszwang für die politischen Geschäfte unserer klerikalen Hetzpriester mißbrauchen ließen*,<sup>101</sup> so der deutschnationale Kommentar. „Blaue“ Selbstkritik, sich zu wenig um diese Wählergruppe bemüht zu haben, blieb dagegen aus – angesichts der Zahlen ein Versäumnis. Im Vorfeld der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung und der Landtagswahl hatten sich die Christlichsozialen mit knapp 30 und die Sozialdemokraten mit zehn Veranstaltungen explizit an die Frauen gewandt. Bei der Deutschen Volkspartei waren es deren fünf gewesen.

In Dornbirn bescherte die Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung der Deutschen Volkspartei ein Ergebnis von 20,97 %. Damit kam sie deutlich abgeschlagen auf Platz drei zu liegen. Die dominante politische Kraft hier wie im Land waren die Christlichsozialen. Ihnen, die landesweit 61,99 % der Stimmen auf sich vereinten, kamen in Dornbirn nur 48,19 % zu. Damit unterboten die „Schwarzen“ in Dornbirn ihr Landesergebnis um nicht weniger als 13,80 %. Anders die Sozialdemokraten: Sie, die vorarlbergweit auf einen Anteil von 21,80 % kamen, konnten dieses Ergebnis in Dornbirn um 7,76 % toppen, erhielten 29,56 % der gültigen Stimmen. Noch spannend war, wie sich der

neueste politische Player, die Demokratische Wirtschaftspartei, schlagen würde. Der Wahltag machte deutlich, dass das bescheiden war. In Vorarlberg brachte ihr die erste Wahl 2,71 % ein. Noch deutlich geringer fiel ihr Zuspruch in Dornbirn aus. Hier hatte sie sich mit 1,28 % der gültigen Stimmen zu begnügen.

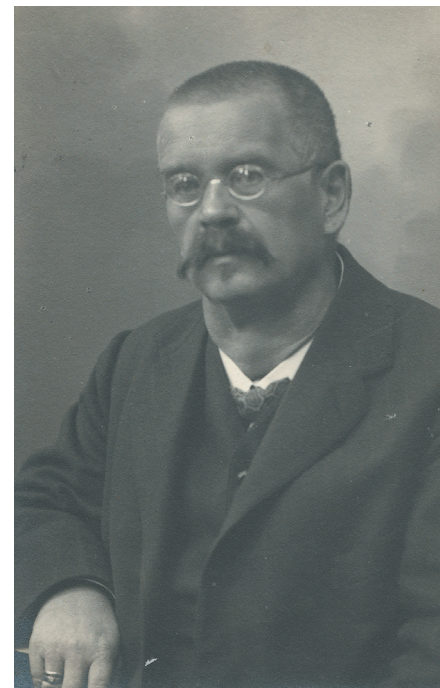
#### Die Landtagswahl 1919

Am 3. November 1918 trat die provisorische Vorarlberger Landesversammlung nach Jahren erstmals wieder zusammen. Ihre Zusammensetzung erfolgte entsprechend des Wahlergebnisses der Reichsratswahl 1911. Die Deutschnationalen stellten folglich sechs der 30 Abgeordneten. Mit Dr. Franz Josef Feierle stammte einer der sechs aus Dornbirn. Feierle fungierte zudem als Landesrat.<sup>102</sup> Die provisorische Landesversammlung hatte eine etwas mehr als siebenmonatige Lebensdauer.

Die erste Landtagswahl der Zwischenkriegszeit fand in Vorarlberg am 27. April 1919 statt. In deren Vorfeld versuchte die Deutsche Volkspartei, mit dem Unabhängigen Bauernbund und der Demokratischen Wirtschaftspartei Wahlgemeinschaften abzuschließen – jedoch ohne Erfolg.<sup>103</sup> Hierauf gingen die „Blauen“ an die Erstellung der Kandidatenlisten. Ihre Wahlwerberliste für den Bezirk Feldkirch, Dornbirn inklusive, umfasste 14 Namen. Die ersten beiden Listenplätze boten die Aussicht, in den Landtag einzuziehen. Einen der beiden, nämlich die Spitzenposition, nahm Landesparteiobmann Zumtobel ein. Weitere Kandidaten aus Dornbirn waren die fünftgerihte Martina Moosbrugger sowie Friedrich Türtscher und Adolf Hemrich. Franz Josef Feierle schien auf der Kandidatenliste dagegen nicht auf. Zurückzuführen ist das auf Feierles in der Zwischenzeit erfolgte Übernahme der Obmannschaft der „blauen“ Männerortsgruppe Dornbirn, die ihn neben seinem Amt als Stadtrat in Anspruch nahm.

Neben Martina Moosbrugger schienen auf der Wahlwerberliste der Deutschen Volkspartei für den Bezirk Bregenz mit Gebhardine Krauand und Josefine Wolf – die beiden Letztgenannten stammten aus der Landeshauptstadt – zwei weitere Kandidatinnen auf. Damit waren drei der insgesamt 30 von den „Blauen“ für die Landtagswahl 1919 Nomi-

Abb. 6: Franz Josef Feierle



nierten weiblichen Geschlechts. Obwohl für keine der drei Frauen die Aussicht bestand, in den Landtag einzuziehen – zahlenmäßig lag das von den „Blauen“ der weiblichen Wählerschaft unterbreitete Angebot über jenen der politischen Konkurrenten. Die Sozialdemokraten warteten bei 30 Kandidaten mit zwei gleichfalls aussichtslos gereihten Frauen auf. Die Christlichsozialen verzichteten gänzlich auf die Kandidatur von Frauen. Deren Wahlwerberlisten umfassten 48 Männer. Letzteres veranlasste das Parteiorgan der Deutschnationalen zum pointierten Kommentar, dass *die Christlichsozialen*

*[...] wohl den Satz „mulier taceat in ecclesia“ (das Weib soll in der Kirche schweigen) auch auf den Landtag an(wenden).<sup>104</sup>*

Anfang April 1919 waren diese Kandidatenlisten erstellt. Der Wahlkampf konnte beginnen – tat es aber nur auf Umwegen. Die auf den 12. und 13. April 1919 angesetzten Wahlveranstaltungen sagte die Deutsche Volkspartei ab. Stattdessen lud sie gemeinsam mit den Christlichsozialen zu sogenannten „antibolschewistischen Versammlungen“ ein. Deren erste ging am 10. April 1919 in Bregenz über die Bühne. Drei Tage später, am Palmsonntag, folgten 16 weitere solche Veranstaltungen, eine davon in Dornbirn. Sie sollen jeweils massenhaften Besuch aufgewiesen haben.<sup>105</sup> Mit diesen Versammlungen reagierten die bürgerlichen Parteien auf Vorgänge der vorangegangenen Wochen. Kurz dazu: Die Lebensmittelversorgung im Land war äußerst prekär. Vor diesem Hintergrund ließ ein für Oberösterreich bestimmter Transport von Nutzvieh<sup>106</sup> die Wogen hochgehen. Erstmals traten die Arbeiter-, Bauern- und

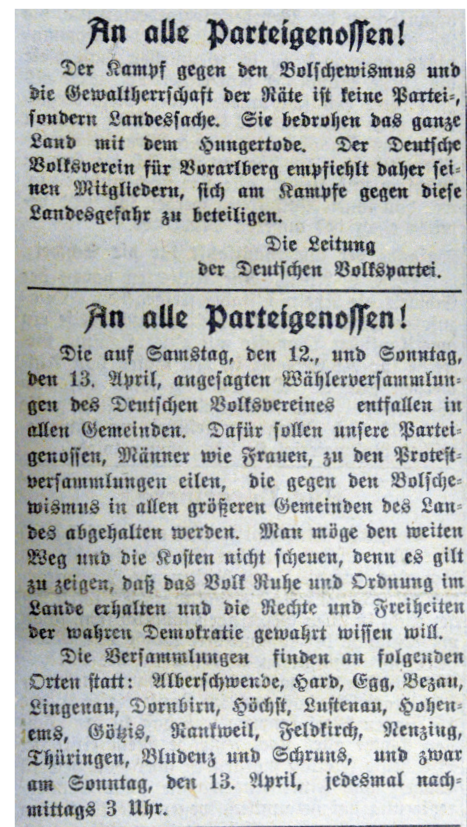


Soldatenräte, kurz ABS-Räte, in Vorarlberg öffentlich in Erscheinung. Diese Causa mobilisierte die Massen. Am 10. März 1919 sollen sich 4.000 Menschen auf dem Dornbirner Marktplatz eingefunden und den „roten“ Rednern zugehört haben. Drei Tage später kam es zwischen der Vorarlberger Landesregierung und dem Dornbirner ABS-Rat zum Kompromiss. Acht Stück des für Oberösterreich bestimmten Nutzviehs verblieben im Land. Der Rest trat seine Reise Richtung Osten an. Am 25. März 1919 entschied eine Landeskonzferenz in Dornbirn, die ABS-Räte als Teilorganisationen der sozialdemokratischen Partei anzuerkennen.<sup>107</sup>

Mit diesen antibolschewistischen Versammlungen gelang es den bürgerlichen Parteien, den Sozialdemokraten im Kampf um die öffentliche Wahrnehmung Paroli zu bieten. Die folgenden Wahlkampfveranstaltungen nahmen sich dagegen bescheiden aus und setzten erst spät ein. Überwiegend fanden sie in der letzten Woche vor dem Urnengang statt. Vorarlbergweit brachten es die „Blauen“ auf 47 Versammlungen, ein Drittel weniger als vor der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung. In Dornbirn halbierte sich die Zahl der Wahlkampfveranstaltungen auf vier. Die Versammlungsorte blieben die gleichen, nämlich der Mohren-Saal, der Löwen im Hatlerdorf, die Traube im Oberdorf sowie der Haselstauder Hirschen.<sup>108</sup>

Einen thematischen Schwerpunkt des Wahlkampfes bildete abermals die von beiden bürgerlichen Parteien vielbeschworene Gefahr einer bolschewistischen Machtübernahme. Sie betonten die Nähe der Sozialdemokraten zum Bolschewismus,<sup>109</sup> erklärten den Bolschewismus zum *wilden Bruder* der „Roten“.<sup>110</sup> Dabei zeichneten sie die Bolschewismusgefahr in grellen Farben. Klar, derart ließ sich gegen die Sozialdemokraten wunderbar Wahlkampf führen. Die Christlichsozialen verbanden damit aber auch die Hoffnung, die Siegermächte des Ersten Weltkriegs von der Notwendigkeit einer maßvollen Politik gegenüber den Verliererstaaten überzeugen zu können. In diesem Sinn schrieb das christlichsoziale Presseorgan davon, dass auch der *verblendetste Staatsmann* die Bedrohung Mittel- und Westeuropas durch den Bolschewismus einzusehen habe. Dieses Szenario sei *eine deutliche Warnung an die Pariser Friedenskonferenz, die Stellung nicht ungebührlich auszunützen und die wüsten*

Abb. 7: Aufruf zur Kundgebung gegen die Räte



*Instinkte des überlegenen Sieges nicht in ausschweifendster Weise ausleben zu lassen.*<sup>111</sup>

Zweites großes Thema in der Vorwahlzeit war die Frage, welchem Staatswesen Vorarlberg in der Zukunft angehören sollte. Die Deutsche Volkspartei sprach sich in diesem Zusammenhang in aller Deutlichkeit gegen einen Anschluss an die Schweiz aus. Der Grund dafür lag nahe: Ein Anschluss an die Schweiz hätte die von ihr angestrebte *Vereinigung aller geschlossenen, deutschen Siedlungsgebiete zu einem auf gesunder demokratischer Grundlage aufzubauenden deutschen Volksstaate*<sup>112</sup> verunmöglicht. Zugleich damit wäre ein für das Selbstverständnis der „Blauen“ zentraler Punkt zur Makulatur verkommen.

Der 27. April 1919 bescherte den Deutschnationalen 10,65 % der vorarlbergweit gültig abgegebenen Stimmen, gegenüber der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung ein Minus von 2,85 %. Abermals hatten sie sich einzugestehen, den *erhofften* bzw. *erwarteten Erfolg* nicht erzielt zu haben.<sup>113</sup> Hauptgrund für das im Vergleich zur Bundeswahl deutlich schlechtere Abschneiden war das geänderte Wahlgesetz. Bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung waren deutsche Staatsbürger mit einem Wohnsitz in Österreich wahlberechtigt gewesen. Die Landtagswahlordnung enthielt ihnen dieses Recht dagegen vor. Diese geänderte Bestimmung ließ die Zahl der gültig abgegebenen Stimmen von der Februar- zur Aprilwahl 1919 um 5.391 sinken. Deren



Abb. 8: Eine Kundgebung auf dem Dornbirner Marktplatz im Jahre 1919

Hälfte soll bei der vorigen Wahl zugunsten der Deutschen Volkspartei votiert haben.<sup>114</sup> Stimmt das, würde diese Wahlrechtsänderung die „blauen“ Einbußen in Höhe von 2.494 Stimmen zur Gänze erklären. Im Vergleich zum Urnengang im Februar 1919 deutlich bescheidenere Wahlkampfaktivitäten der Deutschnationalen trugen ein Übriges zu deren geringerem Wählerrückhalt bei. Dabei zeigte sich die Deutsche Volkspartei selbst unzufrieden mit ihrer Wahlkampfperformance. In ihrem Presseorgan ließ sie verlauten, dass, wenn *überall wie in Bludenz gearbeitet worden wäre, [...] unsere Partei besser abgeschnitten (hätte).*<sup>115</sup> In der Stadt Bludenz erzielten die „Blauen“ einen Zugewinn in der Höhe von 4,19 %. Damit kamen sie auf 20,32 %. Ebenfalls den Positiven zuzurechnen ist Lustenau. Dort ließen Zuwächse von 3,34 % die Deutschnationalen auf 18,95 % anwachsen.

In Dornbirn sah das anders aus. Hier bescherte ihnen der Urnengang 18,00 % der gültigen Stimmen, im Vergleich zur vorigen Wahl ein Minus von 2,97 %. Zum Vergleich: Im ganzen Wahlbezirk Feldkirch belief sich ihr Verlust auf 1,87 %. Hätte die Dornbirner Bevölkerung

den „Blauen“ lediglich in diesem Ausmaß den Rücken gekehrt, wären ihnen 76 Stimmen mehr zugefallen. Nicht viel, könnte man sagen, aber von wesentlicher Bedeutung. So hätten sie, wie von ihnen vermutet, im Wahlbezirk Feldkirch ein zweites Mandat errungen. Nun aber verpassten sie dieses um 37 Stimmen. Statt der aufgrund des Ausgangs der Bundeswahl erwarteten drei Mandate holten die „Blauen“ zwei Landtagsitze. Trug die Dornbirner Ortsgruppe wegen ihres bescheidenen Einsatzes – mit den bereits erwähnten vier Wahlkampfveranstaltungen war die größte Stadt Vorarlbergs ja nicht eben der Hotspot deutschnationalen Engagements – zu dieser Enttäuschung bei? Es ist davon auszugehen. Zum Tobel mag dieses Resultat als Landesparteiobmann geärgert haben, persönliche Konsequenzen hatte es nicht für ihn. Er, Erstgereihter der „Blauen“ im Wahlbezirk Feldkirch, zog dessen ungeachtet in den Landtag ein.

Daneben machte der Ausgang der Landtagswahl eindrücklich klar: je größer die Ortschaft, desto höher die Zustimmung für die „Blauen“. Sie waren eine Partei der Städte und Marktgemeinden. Obwohl in diesen neun Orten<sup>116</sup> bei der Wahl zum Landtag lediglich 40,12 % der gültigen Stimmen Vorarlbergs abgegeben wurden, errang die Deutsche Volkspartei dort 70,43 % ihrer Stimmen. In Vorarlbergs Städten und Marktgemeinden kam sie damit im Durchschnitt auf 18,69 %.

Damit es nicht unerwähnt bleibt: Die Wahl brachte auch Gewinner hervor, insbesondere die Christlichsozialen. Ihr Stimmenanteil stieg landesweit um 1,79 % auf 63,78 %. Damit waren 22 ihrer Kandidaten gewählt. Ein ungleich höheres Plus, nämlich 6,76 %, fuhren sie in Dornbirn ein. Das bedeutete 54,95 % der gültigen Stimmen. Es scheint, als ob die „Schwarzen“ der Dornbirner Bevölkerung weit besser als die „Blauen“ zu vermitteln vermochten, Bollwerk gegen den Bolschewismus zu sein. Die Sozialdemokraten hatten dagegen auf Landesebene Einbußen in der Höhe von 2,96 % hinzunehmen. 21,80 % bescherten ihnen fünf Landtagsitze. Die Deutsche Volkspartei meinte dazu, den Sozialdemokraten wären die Wählermassen abhandengekommen,<sup>117</sup> angesichts der eigenen Verluste, die sich in ähnlichen Dimensionen bewegten, eine gewagte Aussage.



In Dornbirn verloren die „Roten“ noch stärker. Sie kamen auf 24,95 %, ein Minus von 4,61 %. Die Demokratische Wirtschaftspartei wiederum erzielte landesweit gegenüber der vorigen Wahl ein leichtes Plus von 0,51 %. Damit errang sie – obwohl im Bezirk Bludenz aufgrund desaströser 0,52 % vom Februar 1919 gleich gar nicht mehr angetreten – 3,22 %. Auch in Dornbirn legte die Demokratische Wirtschaftspartei zu. Ein Plus von 0,81 % ließ sie 2,09 % erreichen. Trotz dieser Zugewinne kam sie hier wie da nicht über den Status einer politischen Nichtigkeit hinaus. Einen Mandatsgewinn verfehlte sie deutlich. Daraus zogen deren Protagonisten die Konsequenz: Eine dritte Kandidatur der Demokratische Wirtschaftspartei blieb aus, deren Geschichte endete hier. Der Unabhängige Bauernbund, später als Landbund bekannt, stand dagegen am Anfang seiner Geschichte. Im Februar 1919 war er noch nicht zum Urnengang angetreten, nun kandidierte er ausschließlich im Wahlbezirk Bludenz. Dort erreichte er auf Anhieb 18,62 % und ein Mandat. Bei dieser Wahl gewannen die „Grünen“, so eine weitere Bezeichnung für die neue Konkurrenz, vor allem auf Kosten der Christlichsozialen.<sup>118</sup> In weiterer Folge sollten sie auch für die „Blauen“ zur politischen Gefahr werden. Die Landtagswahl 1919 ließ solches bereits erahnen, kam doch die Deutsche Volkspartei in Gemeinden, in denen der Unabhängige Bauernbund über 15 % der gültigen Stimmen erhielt, auf nur mehr 4,39 %. Zwei Monate davor hatte sie dort noch 14,76 % erreicht.

Die Landtagswahl war also vorüber, zog aber noch ein spätes Donnerhallen nach sich. Die „Blauen“ brachten einen Wahlprotest ein. Er richtete sich gegen Vorgänge im Wahlbezirk Feldkirch, also genau jenem Bezirk, wo sie nur hauchdünn das zweite Mandat verpasst hatten. Laut Darstellung der Deutschen Volkspartei hatten in den Wahlzellen mehrerer Lustenauer Wahllokale christlichsoziale Stimmzettel in größerer Zahl gelegen. Für die „Blauen“ hatten ihre politischen Widersacher damit gesetzeswidrig gehandelt. Der Wahlgerichtshof sah das auch so. Anders als die Deutsche Volkspartei ging er allerdings nicht davon aus, dass dadurch das Ergebnis der Wahl beeinflusst worden war. Demzufolge wies der Wahlgerichtshof die Beschwerde ab.<sup>119</sup> Die letzte Chance der Deutschen Volkspartei, doch noch einen dritten Vertreter in den Land-

tag entsenden zu können, war damit dahin, die Enttäuschung damit endgültig besiegelt.

#### Die Gemeinderatswahl 1919

Drei Wochen nach der Landtagswahl war die Bevölkerung erneut an die Wahlurnen gerufen: Die Gemeinderatswahlen standen an. Ortsparteiobmann Dr. Franz Josef Feierle führte die Wahlwerberliste der Deutschen Volkspartei Dornbirn an. Die Liste umfasste 40 Personen, darunter zwei Frauen. Agnes Rüf schien auf Listenplatz zwölf auf, Melitta Albrich war an 21. Stelle gereiht.

Insgesamt nahm die Wahlauseinandersetzung – von wenigen Orten wie Lustenau, Hohenems, Höchst und Bludenz abgesehen – einen sehr ruhigen Verlauf, so auch in Dornbirn. Hier hielt die Deutsche Volkspartei im Vorfeld der Gemeinderatswahl zwei sogenannte „Plauderabende“ und eine Wählerversammlung ab. Die Plauderabende gingen im Hatler Adler und dem Gasthaus Herburger im Oberdorf über die Bühne. Die Wählerversammlung fand im Saal des Mohren statt.<sup>120</sup> Daneben brachten sich die Mitglieder des Deutschen Frauenvereins sehr engagiert in den Dornbirner Wahlkampf ein.

Laut sozialdemokratischem Wahlkampf sollte die Bevölkerung den Urnengang dazu nützen, mit dem am Krieg Schuldigen abzurechnen. Eine Stimmabgabe zugunsten der „Roten“ würde geradezu genugtuend wirken, so ihre Darstellung. Daneben erhoben sie eine Reihe von Forderungen, so jene nach unentgeltlichen Lehr- und Lernmitteln für alle Kinder, nach Schulküchen, -bädern und -ärzten, nach Säuglings- und Mutterschutz und einer angemessenen Invaliden- und Altenversorgung. Zudem verlangten sie den Bau von Volkswohnungen, den Erwerb von Grund und Boden durch die Gemeinde und eine gute Entlohnung der Gemeindebediensteten.<sup>121</sup> Auch die problematische Lebensmittelversorgung thematisierten sie. Zu Letzterem äußerten sich auch die Christlichsozialen – und streuten sich selbst Rosen. Die Arbeit ihrer Mandatäre auf Landesebene wie auch in den Gemeinden galt ihnen als Grund, weshalb *Vorarlberg weit und breit, in Innerösterreich und im Ausland den guten Ruf (hat), dass seine Verpflegungsverhältnisse trotz allem geordnet und er-*

Abb. 9: Ein Stimmzettel zum Ausschneiden

# Nur jener Stimmzettel

der **so** 

aussteht, trägt am 17. Oktober  
zur Ueberwindung der christlich-  
sozialen-sozialdemokratischen  
Koalitionswirtschaft bei!

(Ausschneiden und als Stimmzettel verwenden.)

## Großdeutsche Volkspartei.

1. Karl Bösch, Lehrer, Lustenau.
2. Mathias Längle, Sattler und  
Tapezierer, Bludenz.
3. Karl Gutser, Grundbesitzer,  
Bregenz.
4. Adolf Heinrich, Privatbeamter,  
Dornbirn.

träglich, im Vergleich zu anderen Gegenden sogar gut sind.<sup>122</sup> Die gleiche Taktik wandten die „Blauen“ mit Blick auf die von ihnen regierte Landeshauptstadt Bregenz an. Laut deutschnationalen Ausführungen lebte die Bregenzer Bevölkerung in der landesweit bestverwalteten, vor allem aber in der mit Lebensmitteln bestversorgten Gemeinde. Der Slogan *Die Wahl geht durch den Magen* wurde kreiert,<sup>123</sup> die Person des deutschnationalen Bürgermeisters Dr. Ferdinand Kinz und dessen Verdienste um die Lebensmittelversorgung in den Vordergrund gerückt. Mit dieser Taktik zielten die Deutschnationalen darauf ab, die Gemeinderatswahlen 1919 von einer Abstimmung über Parteikonzepte zu einer Dankesbekundung für Kinz umzufunktionieren. Daneben griffen sie bei diesem Thema die „Schwarzen“ an, indem sie die Fruchteverwertungsanstalt samt deren Leiter Dr. Emil Schneider – dieser war zugleich Obmann der katholischen Vereinshausgesellschaft Dornbirn – kritisierten.<sup>124</sup>

Am 18. Mai 1919 war Wahltag. Zur damaligen Wahlpraxis: Wie bei den beiden Urnengängen zuvor richteten die Dornbirner Deutschna-

tionalen auch am Tag der Gemeinderatswahl in Hotels und Gasthäusern Auskunftsstellen ein. Bei diesen, 13 an der Zahl, erhielt man Informationen und – aus heutiger Sicht reichlich ungewöhnlich – Stimmzettel. Kurz zu den Stimmzetteln: In der Ersten Republik gab es bereits amtliche Stimmzettel. Allerdings waren es primär die Parteien, die ihre Wähler mit Stimmzettel ausstatteten.<sup>125</sup> Die Parteiblätter etwa druckten Stimmzettel ab, die vom Wähler ausgeschnitten werden konnten. Diese enthielten nicht sämtliche Wahlvorschläge, sondern nur den Namen jener Partei, dem der Wähler durch Einwerfen in die Urne seine Stimme gab. Aus heutiger Sicht geradezu kurios: Es stand jedermann frei, Stimmzettel selbst zu fabrizieren. Als gültig anerkannt wurden allerdings nur solche, die die vorgeschriebene Größe hatten, *aus weißem Papier, nicht Pappendeckel* gefertigt und mit Tinte *deutlich, leserlich und säuberlich* beschriftet waren.<sup>126</sup> Um einen geordneten Wahlgang zu erzielen und Wartezeiten bei der Stimmabgabe zu vermeiden, war die Bevölkerung dazu angehalten, einem veröffentlichten Plan folgend, während einer bestimmten Stunde zur Urne zu schreiten. Im Umkreis von 50 bis 100 Meter um jedes Wahllokal galt ein Agitationsverbot. Auch untersagten die Bestimmungen dort das Tragen von Waffen jeglicher Art. Und schließlich, und wohl zum Verdruss von so manchem, hatte am Wahltag sowie am Tag davor der Ausschank von „geistigen Getränken“ zu unterbleiben.<sup>127</sup> Das *Unpäßlichen* anlässlich der Landtagswahl unterbreitete Service, mittels Fuhrwerk zum Wahllokal gebracht zu werden,<sup>128</sup> bot die Stadtpartei zur Gemeinderatswahl nicht an.<sup>129</sup>

Am Wahltag zeigte sich, dass der deutschnationale Wahlkampf insbesondere in Bregenz enorme Wirkung entfaltet hatte. Dort, wo den „Blauen“ anlässlich der Landtagswahl 25,30 % der Stimmen zugekommen waren, votierten nun 45,68 % für sie. Dr. Ferdinand Kinz hatte seine Popularität und den Amtsbonus damit voll auszuspielen vermocht. Insbesondere diesem fulminanten Erfolg in der Landeshauptstadt verdankten die Deutschnationalen ein im Vergleich zur Landtagswahl deutlich besseres Gesamtergebnis. In zehn Gemeinden traten sie Mitte Mai 1919 alleine zum Urnengang an.<sup>130</sup> Ihr dortiges Durchschnittsergebnis belief sich auf 26,86 %. Der Zugewinn gegenüber der Landtagswahl: 8,90 %.

Damit gelang es den „Blauen“, die Bürgermeisterposten von Bregenz und Hard zu verteidigen. Dr. Ferdinand Kinz und Johann Mager blieben Gemeindeoberhäupter. Zudem stellten sie mit Dr. Otto Bertel neu den Bürgermeister in Bludenz. Der Verlust des Lustenauer Bürgermeisteramtes – aufgrund der beiden vorangegangenen Wahlgänge ohnedies zu erwarten – war damit kompensiert.

Weit davon entfernt, zu Bürgermeisterehren zu gelangen, waren die Dornbirner „Blauen“. Sie gingen abermals als schwächste der drei Parteien aus dem Urnengang hervor. Primus blieben die Christlichsozialen. Sie erhielten 53,15 % der gültigen Stimmen. Engelbert Luger wurde im Bürgermeisteramt bestätigt. Die Sozialdemokraten kamen auf 25,46 %. Die Deutsche Volkspartei hatte sich mit 21,39 % zu begnügen. Das Ergebnis der Aprilwahl übertraf sie um 3,39 %. Damit gewann sie acht der insgesamt 40 Dornbirner Stadtvertretungs-Sitze. Zuvor hatten die Deutschnationalen zehn Mann hoch in diesem Gremium gesessen. Eingenommen wurden diese acht Plätze von Dr. Franz Josef Feierle, Friedrich Türtscher, Hubert Rhomberg, Hans Martin, Vitus Zehrer, Eugen Thurnher, Ing. Ludwig Bröll und Edwin Winder. In den Stadtrat entsandte die Deutsche Volkspartei Dr. Franz Josef Feierle und Hans Martin.<sup>131</sup> Deren Ersatzkandidaten für die Stadtvertretung waren Arthur Blum und Agnes Rüt.<sup>132</sup>

## Eine kurze Blüte – die Jahre 1920 bis 1922

### Die Nationalratswahl 1920

Auf Bundesebene hatten sich nach der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 Sozialdemokraten und Christlichsoziale – obwohl beide politisch ein tiefer Graben trennte – auf eine Koalition verständigt.<sup>133</sup> Die Staatsnot hatte sie zu dieser Vernunfttete bewogen. Wie es mit der Vernunft aber vielfach ist: Sie trägt nicht lange. Bereits im Herbst 1919 war die Koalition fast zerfallen. Beinahe jedes Thema gab Anlass für Streit. Der christlichsoziale Vizekanzler Jodok Fink sprach folglich im Februar 1920 von der Koalition als einem *Übel*.<sup>134</sup>

Im Juni 1920 kam es in der Nationalversammlung schließlich zum Eklat, der die Christlichsoziale Partei veranlasste, die Koalition per sofort aufzukündigen. Von den Parlamentariern beider Fraktionen wurde dieser Schritt mit stürmischem Beifall bedacht.<sup>135</sup> Daraufhin trat die Regierung Renner zurück. Neuwahltermin wurde der 17. Oktober 1920. Damit hatte die Großdeutsche Volkspartei bereits etwas mehr als einen Monat nach ihrer Gründung eine erste Bewährungsprobe zu bestehen.

Die Vorarlberger „Blauen“ versuchten, mit dem Unabhängigen Bauernbund eine Wahlgemeinschaft abzuschließen. Intensiv werden ihre dahingehenden Bemühungen aber nicht ausgefallen sein, da Dr. Anton Zumtobel von Anbeginn weg nicht an eine solche gemeinsame Kandidatur glaubte. Als Grund führte er inhaltliche Differenzen bei der Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln an.<sup>136</sup> Dementsprechend endeten diese Gespräche ohne Übereinkunft.

Die Großdeutschen ihrerseits sahen sich einer Initiative des Vorarlberger Bauernbundes, der christlichsozialen Bauernorganisation, gegenüberstehen, die sie für eine Kooperation mit den „Schwarzen“ zu gewinnen versuchte. Auch dieser blieb der Erfolg verwehrt. Landesparteiobmann Zumtobel erteilte einem solchen Ansinnen eine klare Absage. Folglich traten die „Blauen“ alleine zur Wahl an.

Im Anschluss hatten sich Vorarlbergs Großdeutsche auf eine Wahlwerberliste zu verständigen. Die parteiinternen Verhandlungen erwiesen sich als langwierig und zum Teil schwierig. Zum offiziellen Wahlkampfauftakt konnten Vorarlbergs Großdeutsche ihren Delegierten erst drei der vier Kandidaten präsentieren. Angeführt wurde die Wahlwerberliste vom Lustenauer Lehrer Karl Bösch. Diesem als Zweitgeordneten folgte ein Gewerbetreibender aus dem Oberland. Mit der dritten Stelle, eingenommen von einem Grundbesitzer aus Lauterach, wollten die „Blauen“ signalisieren, auch für die Belange der Landwirte eintreten zu wollen.<sup>137</sup> Und Dornbirn, ging die Stadt leer aus? – nein. Mehr als ein Zählkandidat wurde es freilich nicht. Wenige Tage nach dem Wahlkampfstart komplettierte die Landesparteileitung die Wahlwerberliste mit Adolf Hemrich, Buchhalter aus Dornbirn. Dessen Kandidatur sollte insbesondere die Festangestellten zu einer Stimmabgabe zugunsten der



Großdeutschen Volkspartei bewegen.<sup>138</sup>

In der Vorwahlzeit hielten die „Blauen“ in Dornbirn zwei Großveranstaltungen ab. Daneben fanden Wahlsprengelversammlungen und Plauderabende statt. Aufgrund des großen Anklangs beschloss die Ortspartei, Letztere zu einer ständigen Einrichtung zu machen.<sup>139</sup> Unterstützung von auswärts erhielten die Großdeutschen vom Württembergischen Landtagsabgeordneten Dr. Beißwänger. Er sprach in Dornbirn zum Thema „Nationale Politik und Wiederaufbau des deutschen Volkstums“.<sup>140</sup>

Politisch ungleich Schwergewichtigeres hatten die Vorarlberger Sozialdemokraten zu bieten: Für sie warf sich mit Dr. Karl Renner der Staatssekretär des Äußeren und vormalige Staatskanzler in die Wahlausinandersetzung. Am 12. September 1920 führte ihn einer seiner drei Auftritte im „Ländle“ nach Dornbirn. Dort füllte er nicht nur die Mohren-Halle, sondern auch den daran anschließenden Garten.<sup>141</sup> *Es muß um die sozialdemokratische Partei sehr schlecht stehen, wenn sie ihren obersten Häuptling für Wahlwerbereden bis nach Vorarlberg kommen lassen muß,*<sup>142</sup> so der Kommentar der Großdeutschen zum „roten“ Wahlkampf coup – angesichts deren eigener, allerdings erfolgloser Bemühungen, ihren Reichsparteiobmann Kandler vor dem Urnengang ins „Ländle“ zu lotsen, eine Anmerkung nicht frei von Komik.

Abermals warben die „Blauen“ im Wahlkampf mit Flugblättern für ihre Sache. Um diese unter das Wahlvolk zu bringen, setzte die Dornbirner Ortspartei auf Unterstützung vonseiten der deutschvölkischen Jugend. Per Gemeindeblatt wurde diese aufgefordert, sich dem Sekretariat für Arbeiten zum Versand von Flugschriften zur Verfügung zu stellen.<sup>143</sup> Der Aufruf dürfte gefruchtet haben: Laut sozialdemokratischem Parteiblatt kamen in größeren Orten Vorarlbergs *Meterzentner* von großdeutschen *Phrasen- und Lugflutblättern* zur Verteilung.<sup>144</sup>

Während die Deutschnationalen auf Bundesebene vorwiegend anti-sozialistische Angriffe fuhren, richtete sich der politische Kampf ihrer westlichsten Landesorganisation primär gegen die Christlichsozialen. Die Einigkeit zwischen „Blau“ und „Schwarz“ beschränkte sich in Vorarlberg im Wesentlichen darauf, die Sozialdemokratie mit antisemitischen Ausfällen zu attackieren. Diese Angriffe zielten insbesondere



Abb. 10: Antisemitische Wahlwerbung gegen die Sozialdemokratie

in den Anfängen der Ersten Republik, als die „Roten“ Teil der Bundesregierung waren, auf die vermeintliche Dominanz der Juden in Wien und der Bundesregierung ab.<sup>145</sup> Für Ersteres zeichneten die Bürgerlichen von Wien das Bild einer sich zu einem bedrohlichen *verjudeten Moloch* entwickelnden Stadt. So war das Judentum als veritable Bedrohung dargestellt und dem Antisemitismus Zugkraft verliehen. Die Verhältnisse in Vorarlberg – dort wohnten laut der Volkszählung 1934 lediglich 42 Personen jüdischen Glaubens, ein Anteil von 0,03 % an der Gesamtbevölkerung – waren dazu ungeeignet. Zudem bot das Feindbild „sozialdemokratisch-jüdisches Wien“ den bürgerlichen Parteien die Aussicht auf Wählermaximierung, indem es Ressentiments der Peripherie gegenüber der Metropole bediente.<sup>146</sup>

Zwischen Großdeutschen und Christlichsozialen strittig war dagegen die Frage, welche der beiden Parteien eine überzeugter antisemitische Einstellung ihr eigen nennen durfte. Zuweilen verkam der Wahlkampf zu einem Wetteifern um diese Position.<sup>147</sup>

Vorarlbergs Sozialdemokraten konterten, dass sowohl Großdeutsche als auch Christlichsoziale ihren *Hauptschlager* Antisemitismus in *Ermangelung besserer Argumente* verwenden würden, um *Dumme zu locken*. Zudem hielten sie den bürgerlichen Parteien vor, lediglich einen *Antisemitismus des Wortes* zu betreiben. Deren Taten sähen anders aus.<sup>148</sup> Den Großdeutschen warfen sie zudem vor – dabei selbst auf ein antisemitisches Stereotyp zurückgreifend –, mit *Geldjuden* zusammengearbeitet zu haben.<sup>149</sup>

Das zweite große Thema des Nationalratswahlkampfes 1920 bildete die Frage nach der für Österreich besten Anschlussvariante. In diesem Zusammenhang hielten die Großdeutschen der christlichsozialen Konkurrenz eine unklare Haltung zum Anschluss an Deutschland vor. Dadurch würde, so die Auffassung der „Blauen“, die Annäherung an den nördlichen Nachbarn behindert und mit ihr das einzige Rettungsszenario für Österreich gefährdet. Auch wollte Vorarlbergs „blaues“ Presseorgan von einem *mächtigen klerikalen Flügel* innerhalb der Christlichsozialen Partei mit Bestrebungen hin zu einer Donauföderation wissen. An die Adresse der Vorarlberger „Schwarzen“ erging ferner der Vorwurf, aus ihrer wohlwollenden Haltung zum Schweiz-Anschluss politisches Kapital schlagen zu wollen, wohlwissend, dass, sollte diese Variante realisiert werden, dies zum Schaden des Volkes sein würde.

Zum Dritten räumten Vorarlbergs Großdeutsche – gleich ihren Gesinnungsfreunden im Bund<sup>150</sup> – in der Wahlauseinandersetzung 1920 ihrer Ideologie der Volksgemeinschaft einiges an Platz ein. Mit ihr versuchten sie, das eigene Profil zu schärfen und derart eine deutliche Abgrenzung von den anderen Parteien zu bewerkstelligen. Solches tat insbesondere beim Unabhängigen Bauernbund not. Mit ihm stieg eine weitere Partei mit deutschnationaler Ausrichtung in den „Wahlring“. Waren die Unabhängigen Bauernbündler womöglich gar eine naheliegende Wahlalternative zur Großdeutschen Volkspartei? – Diesem

Anschein galt es vonseiten der „Blauen“ tunlichst entgegenzuwirken. Hierfür zeichneten sie von den „Grünen“ – ansonsten im Wahlkampf der Großdeutschen nur als Bedrohung für die Christlichsozialen charakterisiert – das Bild einer ausschließlich bäuerlichen Standesvertretung. Damit war der Gegensatz zu den Großdeutschen mit ihrer Politik der Volksgemeinschaft deutlich herausgearbeitet.

Darüber hinaus wollte sich die Großdeutsche Volkspartei mit Hilfe der Volksgemeinschaft auch als alternativlose Wahlmöglichkeit für all jene positionieren, denen ein friedfertiges Zusammenleben sämtlicher Bevölkerungsschichten ein Anliegen war. Das Votum zu ihren Gunsten galt ihr folglich als Entscheid pro Rettung des Staates. Im Gegensatz dazu kam eine Stimmabgabe für Christlichsoziale und Sozialdemokraten in der Darstellung der „Blauen“ einem „Ja“ zur *Entfesselung des Bürgerkrieges* gleich.<sup>151</sup>

Am 17. Oktober 1920 ging ein hart geführter Wahlkampf, in dem Angriffe mit Untergriffen nicht ausgeblieben waren, zu Ende. Der Dornbirner Volksverein lud seine Parteifreunde für den Abend des Wahltages zur Bekanntgabe der einlaufenden Wahlergebnisse in den Mohren ein. Was sie dort zu hören bekamen, wird wohl die Mehrheit enttäuscht haben: Die vom Parteiblatt geschürte Erwartung von einem großdeutschen Direktmandat im „Ländle“ erfüllte sich nicht. Das vermeintlich sichere Mandat verfehlten die „Blauen“ um annähernd 3.800 Stimmen. Vorarlbergweit votierten 7.887 Personen für sie – ein Anteil von 12,40 %. Wesentlicher Grund für ihr unerwartet schwaches Resultat war das Abschneiden der „Roten“. Die Prognose von Landesparteiobmann Zumtobel, wonach den Sozialdemokraten eine *beträchtliche Abkehr* von Wählern bevorstünde, deren Profiteur seine Partei sein würde, erwies sich als falsch. Die Sozialdemokraten blieben im Land nur geringfügig hinter ihrem Ergebnis des letzten landesweiten Urnengangs zurück.

Ähnlich stellte sich die Situation in Dornbirn dar. Von einem Wahldebakel der Sozialdemokraten konnte keine Rede sein. Ganz im Gegenteil: Gegenüber den letzten beiden Wahlen – jenen zum Landtag und Gemeinderat im Frühjahr 1919 – legten sie um über zwei Prozent zu. Die großdeutschen Bäume wuchsen folglich auch in Dornbirn nicht

in den (Wahl-)Himmel. Gegenüber der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung und jener zum Gemeinderat hatten sie rund drei Prozent an Wählerzuspruch eingebüßt. Zudem lagen Dornbirns „Blaue“ mit ihrem Resultat um 1,64 % unter dem von den Großdeutschen in Vorarlberger Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern erzielten Durchschnittsergebnis. Bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung waren sie in Vorarlbergs größter Stadt noch um 1,01 % über dem damaligen Durchschnittswert gelegen.

Die Möglichkeiten, dem Dornbirner Wahlergebnis Positives abzugewinnen, waren rar gesät. Hierzu zählte der Aspekt, mit 19,09 % das Ergebnis der Landtagswahl 1919 um knapp mehr als einen Prozentpunkt übertroffen zu haben. Zudem verzeichneten die „Blauen“ in Dornbirn bei der Nationalratswahl 1920 einen überdurchschnittlichen Zuspruch seitens der weiblichen Bevölkerung.

Vorarlbergweit votierten 555 mehr Männer als Frauen für die Großdeutschen. Das Verhältnis von Männer- zu Frauenstimmen belief sich damit auf 53,52 % zu 46,48 %. In Dornbirn war das anders. Dort hatten 29 Frauen mehr als Männer die „Blauen“ gewählt.<sup>152</sup> Dieses Mehr an weiblicher Zustimmung ist auf die Agilität des deutschnationalen Frauenvereins zurückzuführen. Trotz derartigem Engagement übertraf die anteilmäßige Unterstützung der Männer weiterhin jene der Frauen. In Dornbirn gültig wählende Männer hatten zu 20,14 % ihre Stimme zugunsten der Großdeutschen Volkspartei abgegeben. Bei den Frauen betrug dieser Wert 17,63 %.

Große Profiteure des Frauenwahlrechts blieben die Christlichsozialen. Auf sie entfielen in Dornbirn 3.088 Stimmen – 62,01 %<sup>153</sup> davon gaben Frauen ab. Bei den Großdeutschen betrug dieser Wert 51,27 %. Im Hinblick auf die Frauenunterstützung deutlich abgeschlagen die Sozialdemokraten: Lediglich 44,09 % ihrer insgesamt 1.776 Stimmen kamen ihnen von Frauen zu.

Auch wenn Vorarlbergs Großdeutsche gleich dem Jahr davor ein für sie dürftiges Abschneiden zu verzeichnen hatten – eine Nachwahldepression à la 1919, die in Inaktivität gemündet hatte, blieb aus. Verantwortlich hierfür war ein Erfolg, der am Wahlabend – das Direktmandat

war ja verpasst – noch nicht festgestanden hatte, nämlich der Einzug eines der Ihren in den Nationalrat. Wie war solches möglich? – dazu der Hintergrund: Bei der Nationalratswahl 1920 war erstmals ein zweites Ermittlungsverfahren zur Verwertung der Reststimmen vorgesehen. In diesem Verfahren kamen 15 der insgesamt 183 Mandate zur Verteilung.<sup>154</sup> Zu verdanken hatten Vorarlbergs Großdeutsche den Mandatsgewinn im Wesentlichen dem Engagement ihres Landesparteiobmanns Dr. Anton Zumtobel. Insbesondere dessen Skepsis bezüglich Gewinn eines Direktmandats ließ ihn engagiert für eine gute Reihung des Vorarlberger Spitzenkandidaten auf der „blauen“ Reststimmenliste eintreten.

Zum Zwecke, die Reichspartei – so die Bezeichnung für die „blaue“ Bundesorganisation – von der Notwendigkeit eines großdeutschen Vertreters aus Vorarlberg im Nationalrat zu überzeugen, wies Zumtobel auf die Anschlussbestrebungen an die Schweiz hin. Aufgrund dieser Bestrebungen sei – so die Diktion des Landesparteiobmanns – Vorarlberg ein *für Großdeutschland gefährdetes Gebiet*. Eine dieser Situation angemessene Reihung des Vorarlberger Vertreters auf der Reststimmenliste böte der „blauen“ Reichspartei die Chance, einen eindrücklichen Beweis für deren großdeutsche Gesinnung abzulegen, so der Dornbirner weiter.<sup>155</sup> Bei einzelnen Vertretern fand diese Argumentation derartigen Anklang, dass sie Vorarlberg den ersten Platz auf der bundesweiten Reststimmenliste zukommen lassen wollten. Schließlich wurde dem „Ländle“ der vierte Platz zugestanden, eine Reihung, die Zumtobel noch immer von einem *Erfolg* sprechen ließ<sup>156</sup> und Karl Bösch auf Umwegen zu einem von 20 großdeutschen Nationalräten machte.

#### Der Deutsche Frauenverein Dornbirn 1920 bis 1922

Aus der Zugkraft, welche die 1919 konstituierten „blauen“ Frauenvereine entwickelten, erwuchs den Christlichsozialen – bis dahin offenkundig desinteressiert, das weibliche Geschlecht in ihre Parteiangelegenheiten einzubeziehen – Zugzwang. Als Gegengewicht zur deutschnationalen Frauenorganisation angelegt, gründeten die Konservativen im Frühjahr 1920 ihrerseits katholische Frauenbünde.<sup>157</sup> Der Deutsche Frauenverein Dornbirn konnte der neuen Konkurrenz durchaus Positives abgewinnen.



Er sah es gar als seinen Erfolg an, dass sich, durch ihn angeregt, auch Frauen aus den anderen politischen Lagern zu *scheinbar recht lebhaft(e)r Tätigkeit* entschlossen hätten. Nicht ohne Süffisanz fügte er allerdings hinzu: *Wir wollen nur hoffen, daß sich die Arbeit unserer Konkurrenz künftighin nicht wie bisher auf die Nachahmungen von Unternehmen beschränke, die die Marke „Deutscher Frauenverein“ tragen.*<sup>158</sup>

Vorarlbergs fünf deutschnationale Frauenvereine schufen sich 1920 einen organisatorischen Überbau. Mit dem Ziel, bei den Frauenvereinen zu koordinierter Zusammenarbeit und Impulsen für die Organisationsarbeit zu gelangen, konstituierte sich am 11. November 1920 die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Frauenvereine Vorarlbergs. Die in den neuen Dachverband gesetzten Erwartungen erfüllten sich. Die Forderung nach einer stärkeren Verbindung zwischen den einzelnen Frauenvereinen vermochte die Arbeitsgemeinschaft mit regem Schriftverkehr zu befriedigen. Auch gelangen ihr Erfolge im organisatorischen Bereich. Innerhalb des ersten Jahres ihres Bestehens konstituierten sich zwei Ortsgruppen. Es waren dies Götzis – dieser Verein sollte auch deutschnational gesinnten Frauen aus Altach, Mäder, Koblach, Klaus und Weiler politische Heimstätte sein – und Höchst.<sup>159</sup>

Die Arbeitsgemeinschaft wird ihres dazu beigetragen haben, dass – wie Emmy Stradal, Führungsfigur der großdeutschen Frauen auf Bundesebene, attestierte – Vorarlbergs „blaue“ Frauenvereine im Vergleich mit den anderen Bundesländern *weit voraus* und *beispielgebend*<sup>160</sup> waren.

Nimmt sich auch die Zahl von sieben Frauenvereinen im Spätherbst 1921 im Vergleich zu 13 Standorten von Männerortsgruppen bescheiden aus – deren Bedeutung war es keineswegs: Den Vorarlberger Frauenvereinen gehörten zu dieser wie auch in späterer Zeit mehr Mitglieder als der „blauen“ Männerorganisation an. Alleine dem Deutschen Frauenverein Dornbirn gelang es, seine Mitgliederzahl vom April 1919 bis Mai 1921 von 471<sup>161</sup> auf 631<sup>162</sup> zu steigern.

Die deutschnationale Frauenortsgruppe zeigte sich weiter agil. Ihr politisches Engagement manifestierte sich in der Teilnahme mehrerer Dornbirnerinnen an Sitzungen der großdeutschen Landespartei-

leitung. Auch in der Gemeindestube waren sie mehrfach vertreten: Die nunmehrige Frau Dr. Zumtobel war im Sanitätsausschuss und in der Tuberkulosefürsorge tätig. In Letzterer wirkte auch Silvia Hämmerle. Zudem gehörte diese dem Kochschulausschuss an. Dort ebenfalls vertreten war Katharina Bösch. Agnes Rüf agierte als Stellvertreterin im Gemeindeausschuss.<sup>163</sup>

An der „Fest-Front“ gelang es dem Deutschen Frauenverein Dornbirn, das Tee- bzw. Kaffeekränzchen zu einem beinahe jährlich wiederkehrenden Ereignis der Faschingszeit zu entwickeln. Heute nicht mehr üblich: Zur Veranstaltung im Februar 1922 hatten die Frauen ihr *Kaffee-Beckele*, Löffel und Zucker selbst mitzubringen.<sup>164</sup> In späteren Jahren musste nur noch die eigene Tasse mitgenommen werden.<sup>165</sup> Daneben lud die Frauenorganisation gemeinsam mit der großdeutschen Männerortsgruppe Mitglieder und deren engste Angehörige zum Deutschen Trachtenabend ein. Die Besucher sollten hierzu in deutschen Gebirgs- bzw. Almtrachten, in Dirndl oder als Bergsteiger gekleidet erscheinen.<sup>166</sup> Ferner wurde Mitgliedern des Deutschen Frauenvereins zu ermäßigten Preisen ein Richard Wagner-Abend geboten, bestritten von Amalie Merz-Thurner.<sup>167</sup> Neben Hochkultur gab es auch zwanglose Ausflüge. Ziele waren die Rütte bei Götzis, die Dornbirner Rickatschwende und Höchst. Zudem stattete die Deutsche Frauenortsgruppe dem Kindertheater Götzis einen Besuch ab.<sup>168</sup>

Die vom Verein organisierten Vorträge widmeten sich ebenso Feingeistigem wie Politischem. Ersteres wurde mit einem Zyklus literarischer Referate, gehalten vom an der Realschule Dornbirn tätigen Professor Elias Banaletti, abgedeckt. Zu Zweitem meldete sich Karl Bösch mit seinen Ausführungen zur Arbeit des Nationalrats zu Wort. Weitere Vorträge widmeten sich der Frauenbewegung und der sozialpolitischen Frauenarbeit. Auch ein Vortragender aus Übersee war zu Gast – Dr. Franz Pfister referierte zum Thema „Deutschamerikaner“.

War die Themenpalette an Vorträgen damit breit, beim Kursangebot blieb der Fokus weiter auf das handwerklich Nützliche gerichtet. In den Jahren 1920 bis 1922 fanden Lehrgänge sonder Zahl statt. Die Technik für feine Handarbeiten und Klöppeln wurden ebenso vermittelt

wie Spielwaren hergestellt, Wäsche-, Näh- und Flickkurse genauso erteilt wie ein Bügelkurs angeboten. Des Weiteren kam es zur Anfertigung von *Batschen*, also Hausschuhen, Frauenkleidern, Männer- und Knabenhosen wie zur Umarbeitung von Hüten und Pelzen. Damit waren abermals Kurse dabei, die finanziell schwächer gestellten Mitgliedern einen Weg eröffneten, mit dem Wenigen ihnen zur Verfügung stehenden besser das Auslangen zu finden.

Ausschließlich an diese Gruppe wandte sich der Deutsche Frauenverein Dornbirn im Dezember 1920: Aus der Sachdemobilisierung war ihm ein *kleiner Posten Waren* zugekommen. Diesen gab er zum Selbstkostenpreis an seine Mitglieder weiter. Der beschränkten Menge an Waren wegen schloss er allerdings jene von der Verteilung aus, die bereits von einer anderen Hilfsaktion profitiert hatten. Die Ausgabe erfolgte in der Kochschule Oberdorf. Mitzubringen war die Mitgliederkarte.<sup>169</sup> Im Jahr darauf verteilte die Frauenortsgruppe unter ihren Mitgliedern billige Stoffe.<sup>170</sup>

Auch wenn der Frauenverein bereits ein beträchtliches Kursangebot aufwies – im Frühjahr 1921 erweiterte er dieses noch. Den Ausschlag hierfür gab Viktor Hämmerle mit seiner Entscheidung, Dornbirns deutschnationalen Frauen die Räumlichkeiten der Haushaltungsschule Oberdorf samt vorhandener Einrichtung kostenlos zu überlassen. Nach längeren, von der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Frauenvereine



Abb. 11: Inserat zur Übernahme der Haushaltungsschule

geführten Verhandlungen gelang es ihnen, eine – wie es hieß – *sehr tüchtige und erprobte Lehrerin* zu gewinnen.<sup>171</sup> Damit war es möglich, das Provisorium von Wanderkursen in anderen Orten des Landes zu beenden.<sup>172</sup> Der erste dreimonatige Koch- und Haushaltungskurs startete am 1. März 1921. Mit ihm sollte den Teilnehmerinnen alles Notwendige für die Führung einer gutbürgerlichen Küche vermittelt, ihnen der Umgang mit Wäsche, aber auch Nähen und Flickern samt Kinderpflege gelehrt werden. Agnes Rüb, wohnhaft in der Mozartstraße, und Ida Ulmer, nach ihrer Hochzeit 1923 Ida Bammert-Ulmer, Sekretärin in der Kanzlei von Dr. Anton Zumtobel, nahmen die Anmeldungen entgegen.<sup>173</sup> Der Deutsche Frauenverein Dornbirn führte die Haushaltungsschule allerdings nur etwas mehr als eineinhalb Jahre. Mit Beschluss vom November 1922 wurde die Schule zur städtischen Einrichtung.<sup>174</sup> Neben dem Verlust des Betätigungsfeldes „Haushaltungsschule“ gingen für die deutschnationale Frauenschaft weitere Konsequenzen einher: Sie verlor damit ihr Vereinsheim und das Benützungrecht verschiedener Lehrbehelfe der Haushaltungsschule. Auf Ersteres reagierte Obfrau Melitta Zumtobel mit der Anmietung eines geräumigen Zimmers im Gasthaus Schlossbräu. Zweiteres vermochte der Frauenverein mit der Anschaffung von zwei Nähmaschinen, einem elektrischen Bügeleisen und einer Büste zu kompensieren. Der Erwerb erfolgte mittels Einsatz von Vereinsmitteln und Spenden von Hedwig Rhomberg, Paula Ertl, Theodor Liebisch, Alfred Rüsich und Dr. Plakolm. Zudem setzte *Frl. Stefanie Rüsich das Gold ihrer Kehle zu Gunsten dieser Anschaffungen in klingende Münze um [...]*.<sup>175</sup>

#### Der Deutsche Volksverein Dornbirn 1920 bis 1922

Im Juni 1921 traten die „Blauen“ in die Bundesregierung ein. Derart steigerten sie, die insbesondere zu Zeiten der großen Koalition von Sozialdemokraten und Christlichsozialen eine politische Randnotiz dargestellt hatten, ihren Einfluss auf die österreichische Innenpolitik. Damit einher ging ein Mehr an Publizität – für eine Gruppierung wie die Großdeutsche Volkspartei, der auf Bundesebene keine auf Dauer schlagkräftige Parteizeitung zur Verfügung stand,<sup>176</sup> ein wesentlicher Gewinn. Für Vorarlbergs Großdeutsche ebenfalls positiv: Es „drohten“ keine Wahlen.



Dieser Art von Gefahr für ihre Stabilität waren sie erst wieder im Oktober 1923 ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund nahm die westlichste „blaue“ Landesorganisation einen Aufschwung. Während sie 1919 rund 2.650 Mitglieder gehabt haben dürfte, waren es 1921 zwischen etwas über 4.000 und 4.500 in Deutschen Volks- und Frauenvereinen Organisierte. Im Mai 1922 wurde ihre Mitgliederzahl mit 4.700 beziffert – für die Großdeutsche Volkspartei Vorarlberg das Allzeithoch. Auch der Deutsche Volksverein Dornbirn verzeichnete in dieser Phase ein, allerdings nicht genauer beziffertes, Mitgliederplus.<sup>177</sup>

Nach der ersten Jahreshauptversammlung der deutschnationalen Männerortsgruppe Dornbirns im Oktober 1918 vergingen 18 Monate, ehe sich deren Mitglieder wieder aus gleichem Anlass einfanden. Die im April 1920 im Weißen Kreuz präsentierte Bilanz fiel durchwachsen aus. Kritische Stimmen beklagten die *Untätigkeit des Vereines*. Obmann Dr. Feierle hielt dem entgegen, dass binnen eineinhalb Jahren 28 Ausschusssitzungen und zwei große Volksversammlungen abgehalten worden waren. Düster fiel der Bericht des nach vierzehn Jahren als Kassenwart scheidenden Karl Ulmer aus. Bei einer Gebarung in Höhe von 8.363 Kronen wies der Deutsche Volksverein Dornbirn einen Fehlbetrag von rund 3.000 Kronen auf. Zur Behebung dieser Malaise wurde eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge gefordert sowie an die Opferbereitschaft der Mitglieder appelliert.<sup>178</sup> Allerdings: Ersteres bot nur wenig Aussicht auf erkleckliche Mehreinnahmen und war – wie die „Blauen“ Jahre später zu spüren bekamen – riskant. Denn: Als sich ihre Vorarlberger Ortsgruppen infolge erhöhter pekuniärer Forderungen vonseiten der Reichspartei 1923 veranlasst sahen, die Mitgliedsbeiträge anzuheben, soll ihnen in Form eines *große(n) Mitgliederabfall(es)* sogleich die Rechnung präsentiert worden sein.<sup>179</sup> Bei Zweiterem, nämlich dem Appell an die Opferbereitschaft der Mitglieder, war man vom Wohlwollen Einzelner abhängig, eine nicht eben sichere Art, die Ortsgruppe finanziell zu gesunden. Daher bedienten sich Dornbirns „Blauer“ der Einnahmequelle „Veranstaltungen“. Der zu diesem Zweck eingesetzte und von Heinrich Ginzler geleitete Festausschuss hielt binnen neun Monaten 20 Sitzungen ab. Das

Resultat konnte sich sehen lassen. Für Ende August 1920 luden Deutscher Volks- und Frauenverein die Dornbirner Bevölkerung zu einem Sommerfest ein. Traditioneller Veranstaltungsort war der Zanzenberg. Nicht zuletzt aufgrund der dort stattfindenden Tombola versprach diese Veranstaltung üppige Einnahmen. Zudem organisierten die beiden Vereine Hand in Hand Deutsche Abende. Innerhalb von zwei Jahren fanden deren sechs statt.

Derart gelang es dem Deutschen Volksverein Dornbirn, sich seiner Schuldenlast zu entledigen, ja mehr noch: Das Vereinsjahr 1920/1921 schloss die „blaue“ Ortsgruppe mit einer *nennenswerten Summe an Barvermögen* ab. Die Ausführungen des neuen Finanzverantwortlichen Ernst Zumtobel wurden zum *wohl [...] besten(n) aller bisherigen Säckelwartberichte* gekürt.<sup>180</sup>

Neben positiven Effekten für ihre Finanzen und der Verbreitung ihrer Ideologie zeitigten die Deutschen Abende noch eine dritte, so nicht intendierte Wirkung. Wohl animiert durch die positive Resonanz auf ihre dortigen Auftritte schlossen sich Mitglieder der Großdeutschen zu eigenen Theatergemeinschaften, den sogenannten Deutschen Vereinsbühnen, zusammen. Nebst Auftritten bei Deutschen Abenden bestritten sie auch öffentliche Vorstellungen. Ihr Repertoire war ausschließlich auf *deutsche Stücke* beschränkt.<sup>181</sup> Dornbirns großdeutscher Theaterverein gab im Frühwinter 1921 das Lustspiel „Die zärtlichen Verwandten“ zum Besten. Im Oktober 1922 brachte er das Stück „Der Raub der Sabinerinnen“ zur Aufführung. In beiden Fällen oblag die Leitung Musikdirektor Xaver Westerop.<sup>182</sup> Nebst den Deutschen Abenden luden Dornbirns „blauer“ Männer- und Frauenverein ihre Mitglieder und deren engste Angehörige unter dem Titel „Deutscher Trachtenabend“ zum Tanz ein.<sup>183</sup>

Ansonsten nehmen sich die Aktivitäten des Deutschen Volksvereins Dornbirn – insbesondere, wenn man diese mit jenen des großdeutschen Frauenvereins vergleicht – bescheiden aus. Er beschränkte sich weitgehend darauf, politische Interessensvertretung zu sein. Serviceorientierung war bei der Männerortsgruppe dagegen nicht eben großgeschrieben. Die wesentliche Ausnahme hierzu bildete die vom



Abb. 12: Aufruf zur Rückgabe entlehnter Bücher

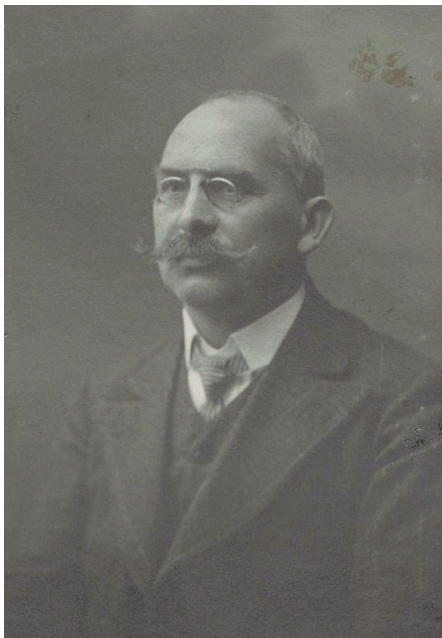
Deutschen Volksverein betriebene Bücherei. Deren Existenz war Ausdruck des großdeutschen Selbstverständnisses, Partei der *aufgeklärten und gebildeten Stände*<sup>184</sup> zu sein. Zudem galt den „Blauen“ die Bücherei als probates Mittel, *vertiefte Geistesbildung*<sup>185</sup> zu erzielen. Diese wiederum erachteten sie als vorzügliches Vehikel zur Stärkung der eigenen Partei. Ein Engagement in diesem Bereich tat auch insofern not, als die von ihnen zu Zeiten der Monarchie ins Leben gerufene Einrichtung durch den Krieg beträchtlich in Mitleidenschaft gezogen worden war. Die Bücherei Dornbirns „Blauer“, 1913 mit knapp 1.200 Büchern bestückt,<sup>186</sup> wurde infolge der Kriegswirren um rund ein Viertel dezimiert.<sup>187</sup> Mit der Absicht, diesem Umstand Abhilfe zu schaffen, wurden im Juni 1919 per Dornbirner Gemeindeblatt all jene, die seinerzeit Bücher entlehnt, diese aber noch nicht retourniert hatten, aufgefordert, dieselben *ehebaldigst* zurückzugeben<sup>188</sup>. Der Erfolg dieses Aufrufs: wohl eher bescheiden. Zwar kam es bereits im Oktober 1919 zur vorläufigen Wiedereröffnung der Bücherei im Parterre der Schillerstraße 4.<sup>189</sup> Noch weit über ein Jahr später – im Jänner 1921 – beklagte Alois Schmid in seiner Funktion als Bücherwart jedoch die fehlenden Fortschritte beim Wiederaufbau der Bibliothek.<sup>190</sup> Gestiegene Preise führten dazu, dass die Bibliothek nicht mehr kostendeckend zu wirtschaften vermochte. Dornbirns „Blaue“

reagierten darauf mit einer Verdoppelung der Leihgebühren. Der zunehmend lascher werdenden Rückgabemoral begegnete sie mit Strafgebühren auf zu spät retournierte Bücher. Und schließlich wandte sich der Deutsche Volksverein Dornbirn nochmals an all jene, die es verabsäumt hatten, ihre seit langer Zeit entlehnten Bücher zurückzubringen – diesmal allerdings in schärferem Ton. Sollten sie die Frist, den 1. März 1921, ungenutzt verstreichen lassen, würden die Bücher vom Verein kostenpflichtig abgeholt und die Strafgebühren in vollem Umfang eingehoben.<sup>191</sup> Auch diese Maßnahmen zeitigten nicht den gewünschten Effekt. Die Konsequenz: Im August 1921 schloss die Bücherei für rund fünf Monate<sup>192</sup> ihre Pforten. Erst ab Jänner 1922 konnten wieder – wie es hieß vorläufig – Bücher entlehnt werden. Die Öffnungszeit der Bibliothek war nach heutigen Maßstäben sehr bescheiden, nämlich jeweils sonntags zwischen 19.00 Uhr und 21.00 Uhr.<sup>193</sup> Die weitere Entwicklung dürfte sich etwas positiver dargestellt haben. Immerhin blieben Klagen über den Zustand der Bücherei auf der Jahreshauptversammlung der „blauen“ Männerortsgruppe Dornbirns im März 1922 aus. Stattdessen wurde dem nunmehrigen Bücherwart Süß für seine in *anerkannter Weise* vollbrachte Tätigkeit gedankt.<sup>194</sup>

Mit der Bücherei und dem ihr angeschlossenen Lesezimmer ist das wesentlichste Service des Deutschen Volksvereins Dornbirn genannt. Daneben offerierte die „blaue“ Ortsgruppe ihren Mitgliedern noch Unterstützung beim Thema „Vermögensabgabe“. Dazu bestritt Emerich Viktorin – ein Mann aus ihren Reihen und als Steuer-Oberverwalter ausgewiesener Experte auf diesem Gebiet<sup>195</sup> – drei Abende. Im Anschluss daran bestand die Möglichkeit, sich bei Fachmännern während dreier Stunden unentgeltlich zu informieren.<sup>196</sup>

Mit der finanziellen Sanierung gewann die großdeutsche Ortsgruppe Dornbirns wieder an Handlungsspielraum. Diesen nutzte sie, um ihr im Juni 1919 in der Schillerstraße 4 eröffnetes Parteisekretariat<sup>197</sup> schlagkräftiger zu gestalten. Hierfür stellten Dornbirns „Blaue“ einen Parteisekretär ein. Die Wahl fiel auf Alois Schmid. Schmid brachte Erfahrung in diesem Bereich mit. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges hatte er in Wien bereits für die nationalsozialistische Partei gearbeitet.

Abb. 13: Hans Martin



Zudem fungierte er ab Juni 1920 für wenige Monate als Landesparteisekretär der Vorarlberger Großdeutschen.<sup>198</sup> Durch das, wie es hieß, *uneigennützig* *Entgegenkommen* von Ausschussmitglied Beda Widmer war es den „Blauen“ überdies möglich, ihr Sekretariat mit einer Schreibmaschine auszustatten.<sup>199</sup>

Beda Widmer war nebst Sponsor und Ausschussmitglied des Deutschen Volksvereins Dornbirn auch einer von sieben Männern, den die Ortsgruppe 1920 in den Landesverein entsandte. Als weitere Vertreter des „blauen“ Männerortsvereins Dornbirn auf

Landesebene fungierten Dr. Franz Josef Feierle und Hans Martin, sprich Obmann und stellvertretender Obmann, sowie Ing. Ludwig Bröll, Martin Hämmerle, Friedrich Türtscher und Franz Hämmerle.<sup>200</sup>

Die „blaue“ Männerortsgruppe der größten Stadt Vorarlbergs präsentierte sich in dieser Phase als ein – *nach erfreulichem Aufschwung* – prosperierender Verein. Der Tanker „Deutscher Volksverein Dornbirn“ war also auf Kurs, als sich dessen Kapitän zurückzog, sprich Dr. Franz Josef Feierle als Ortsparteiobmann zurücktrat. An Gründen für diesen Schritt führte der knapp 60-jährige Arbeitsüberbürdung und sein fortgeschrittenes Alter an. Zum Nachfolger Feierles wurde Hans Martin vorgeschlagen. Martin sprach hierauf davon, dass für ihn die Obmannschaft wegen seines *weit entlegenen Wohnortes* – er wohnte in der Dornachgasse 8 nahe dem Haselstauder Zentrum – ein großes Opfer bedeute, erklärte sich aber bereit, dieses zu bringen. Ihm zur Seite gestellt wurden Dr. Franz Josef Feierle als Obmann-Stellvertreter sowie ein 16-köpfiger Ausschuss.<sup>201</sup>

## Eine lange Krise – die Jahre 1923 bis 1927

### Der Auslöser

Der Erste Weltkrieg stellte in vielerlei Hinsicht ein Desaster dar, so auch in wirtschaftlich-finanzieller. Der Krieg ließ die Erwerbsbevölkerung massiv schrumpfen und vernichtete Sachkapital in großem Stil. Erschwerend hinzu kamen die immensen Kriegskosten.<sup>202</sup>

Nach dem Kriegsende sah sich die junge Republik Deutschösterreich folglich mit gewaltigen Problemen konfrontiert. Der Staatshaushalt war desolat, die soziale Not drückend. Die Notenpresse lief auf Hochtouren. Derart finanzierte sich der neue Staat kostspielige Preisstützungsmaßnahmen sowie einen überdimensionierten Beamtenapparat, der noch Monarchie-Größe aufwies. Als Gift für eine niedrige Inflationsrate erwiesen sich 1919 ferner die Währungstrennung zwischen den Nachfolgestaaten der Monarchie und die Friedensbedingungen von St. Germain, die in jenem Sommer publik wurden. Hinzu kamen Börsenspekulationen gegen die Krone und Massen von Personen, die ihr Ersparnis abhoben und stattdessen in Sachwerten anlegten, um es so vor der Entwertung zu schützen.<sup>203</sup>

Dieser Cocktail von Inflationstreibern zeitigte Wirkung: 1919 stieg die Verbraucherpreis-inflation auf 149 %. Nach einem Rückgang auf 99 % im Folgejahr erklomm sie 1921 die Marke von 205 %. 1922 schließlich verzeichnete Österreich eine Teuerungsrate von 2.877 %.<sup>204</sup> Die galoppierende Inflation führte zu einer Verarmung großer Teile der österreichischen Bevölkerung. Zudem warf sie die Staatsfinanzen aus der Bahn – im zweiten Halbjahr 1921 deckten die Staatseinnahmen die Ausgaben nur mehr zu 36 %. Die Pleite stand bevor.<sup>205</sup> Deshalb wandte sich Bundeskanzler Seipel in einer flammenden Rede an den Völkerbund – und fand Gehör. Am 4. Oktober 1922 unterzeichnete Österreich die Genfer Protokolle und mit ihnen den zentralen Auslöser für die mehrjährige Talfahrt der Großdeutschen. Diese Unterschriften sicherten dem Land eine Anleihe von 650 Millionen Goldkronen,<sup>206</sup> allerdings unter harten Bedingungen: Österreich hatte ein striktes Sparprogramm zu schnüren. Die Hilfe ging mit einer strengen internationalen Überwa-

chung der österreichischen Wirtschaftspolitik einher.<sup>207</sup>

Ungleich schwerer als die bereits genannten Bedingungen traf die Großdeutsche Volkspartei, eine Partei, in der öffentlich Bedienstete – auch in Vorarlberg – deutlich überdurchschnittlich repräsentiert waren, der vom Völkerbund geforderte Abbau des Beamtenapparats. Vorgesehen war die Entlassung von 100.000 öffentlich Bediensteten. Das entsprach mehr als einem Drittel der österreichischen Beamtenschaft. Letztlich wurden 84.252 Beamte abgebaut.<sup>208</sup> Auch die gegen ihren Widerstand in den Genfer Protokollen verankerte Bestimmung, wonach für die Laufzeit der Anleihe von 20 Jahren ein Anschlussverbot Österreichs an Deutschland galt, stellte für die „Blauen“ eine Hypothek dar.

Trotzdem die Großdeutsche Volkspartei, seit Juni 1921 Teil der Bundesregierung, derartige „Kröten“ zu schlucken hatte, trug sie diese Form der Sanierung mit. Auch Vorarlbergs Großdeutsche sprachen sich für die Annahme der Genfer Vereinbarungen aus. Ihre Zustimmung zur Anleihe argumentierten sie im Wesentlichen damit, dass es der Genfer Anleihe bedürfe, um Österreich der Gefahr einer Zerschlagung durch fremde Mächte zu entreißen. Die Selbständigkeit des Landes wiederum galt ihnen als unabdingbare Voraussetzung, um ihren Leitstern, den Anschluss an Deutschland, realisieren zu können.<sup>209</sup>

Obwohl die „Blauen“ intensiv für ihre Entscheidung pro Genfer Anleihe warben und die Inflationsrate in Österreich in der Folge stark sank<sup>210</sup> – der Unmut der großdeutschen Anhängerschaft fiel beträchtlich aus. Auf der Jahreshauptversammlung des Deutschen Volksvereins Dornbirn im März 1923 konstatierte Georg Dietrich, Schriftleiter des Vorarlberger Tagblatt, Kritik aus den eigenen Reihen an verschiedenen Regierungsmaßnahmen. An die Kritiker gewandt fügte er hinzu, dass aber keiner Alternativen hierzu nenne. Die Sanierungsaktion würde nicht auf Kosten des Volkes, sondern für das Volk gemacht, und eine solche könne niemals ohne Opfer erfolgen, so sein Fazit.<sup>211</sup>

In der Folge sollte die Großdeutsche Volkspartei von diesen Opfern ein „schauriges“ Lied singen können. Österreichweit büßte sie von 1922 bis 1924 19.372 oder 19,04 % ihrer Mitglieder ein.<sup>212</sup> Anteilsmäßig noch deutlich schwerer traf es die „blaue“ Landesorganisation Vorarl-

berg. Binnen dieser zwei Jahre reduzierte sich deren Mitgliederstand um knapp ein Drittel. Während ihr 1922 noch 4.700 Mitglieder angehört hatten,<sup>213</sup> waren es 1924 nur mehr 3.148.<sup>214</sup> Auch die Dornbirner Ortspartei konnte sich diesem Negativtrend nicht entziehen. Der Deutsche Frauenverein, im Mai 1922 *nahezu 700* Mitglieder stark,<sup>215</sup> zählte 1924 noch 520 Frauen<sup>216</sup> – ein Minus von rund einem Viertel.

### Die National- und Landtagswahlen 1923

Infolge stark rückgängiger Mitgliederzahlen waren die Großdeutschen bei den am 21. Oktober 1923 anstehenden Urnengängen – es fanden an diesem Tag sowohl Nationalrats- als auch Landtagswahlen statt – in die Defensive gedrängt. Auf ein starkes Abschneiden durften sie nicht hoffen. Diese bescheidene Erwartungshaltung veranlasste die „Blauen“, sich im Vorfeld der beiden Urnengänge um Wahlbündnisse umzusehen. In einigen Bundesländern – insbesondere in Kärnten, der Steiermark und dem Burgenland, aber auch Oberösterreich und Salzburg – stand die Großdeutsche Volkspartei auch einer Wahlgemeinschaft mit den Christlichsozialen positiv gegenüber,<sup>217</sup> nicht so in Vorarlberg. Hier sprach man sich deutlich gegen ein gemeinsames Vorgehen mit der Christlichsozialen Partei aus. In Reaktion auf eine Initiative der großdeutschen Landesorganisation Oberösterreich, die auf ein solches Wahlbündnis abzielte, stellte Vorarlbergs „blauer“ Landesparteiobmann Zumbel unmissverständlich klar, dass ein solcher *Plan von unserer Landespartei jeder Zeit und auch jetzt bestimmt [...] abgelehnt wird.*<sup>218</sup>

Dennoch nahmen Vorarlbergs „Blaue“ gleich Christlichsozialen und Hausbesitzerorganisation – Letztere kandidierte gemeinsam mit den „Grünen“ – an einem vom Landbund initiierten Treffen zur Bildung der sogenannten „Einheitsliste“ teil. Der Hintergrund dazu: Auf großdeutscher Seite konstatierte man, dass sich insbesondere die *bemittelten Kreise* als Anhänger eines solch breiten Wahlbündnisses unter Mitwirkung der Christlichsozialen deklarierten.<sup>219</sup> Von eben dieser finanzstarken Klientel erhofften sich die Großdeutschen bedeutende Spenden für ihren Wahlkampffond. Diese Gruppe zu verprellen war damit nicht opportun, das Signal, in Sachen Wahlgemeinschaft verhandlungsbereit



zu sein, vermutlich Geld wert.

Den Schein aufrechtzuerhalten, an einer Einheitsliste interessiert zu sein, fiel Vorarlbergs Großdeutschen nicht schwer. Schon im Vorfeld des Treffens gingen sie nämlich davon aus, dass dieses ohne Übereinkunft enden würde. Maßgeblich dafür war die Haltung der „Schwarzen“. Zumtobel glaubte zu wissen, dass *es bei den Christlichsozialen an einem Verständnis für die Einheitsliste völlig fehlt*. Er sollte recht behalten. Zumtobel, Teil einer vierköpfigen großdeutschen Delegation, erlebte Vorarlberger „Schwarze“, die sich nicht kompromissbereit zeigten. Forderungen nach dem dritten Listenplatz, von Landbündlern und vermutlich auch Großdeutschen erhoben, wies deren christlichsozialer Konterpart Mittelberger zurück. Damit waren die Verhandlungen, noch bevor sie Fahrt aufnehmen konnten, auch schon beendet. Was aber blieb: Mit diesem Austausch unversöhnlicher Standpunkte war der Schein gewahrt, die Fraktion jener, der eine Kooperation mit den Christlichsozialen vorschwebte, offenkundig besänftigt. Während der großdeutsche Hauptgeschäftsführer auf Bundesebene Geldmangel beklagte,<sup>220</sup> hatte deren Landesorganisation im „Ländle“ nämlich keinen eingeschränkten Wahlkampf aufgrund finanzieller Engpässe zu verzeichnen. Beredtes Zeugnis davon gibt Vorarlbergs „blauer“ Landesgeschäftsführer Hugo Grahammer. Er attestierte seiner Partei, sogar in kleinen Gemeinden *jedes Haus [...] reichlich mit Stimmzetteln und Flugblättern versehen*<sup>221</sup> zu haben.

Statt eines Bündnisses mit christlichsozialer Beteiligung verfolgte die Großdeutsche Volkspartei Vorarlberg das Ziel, ihre schwierige Situation mit Hilfe einer Wahlgemeinschaft mit Nationalsozialisten oder Landbündlern zu entschärfen. Über Monate hinweg hatten die „Ländle“-Großdeutschen Hoffnung – dabei mehrfach genährt durch Signale aus den Reihen der Nationalsozialisten<sup>222</sup> –, mit diesen gemeinsam in die Wahlauseinandersetzung ziehen zu können. Letztlich zerschlug sich diese Aussicht. Ein vom nationalsozialistischen Parteitag im August 1923 eingesetzter *Führerausschuss* fasste den Beschluss, sich beim anstehenden Urnengang in Wahlenthaltung zu üben. Hitler soll diese Entscheidung maßgeblich beeinflusst haben.<sup>223</sup>

Und wie war es in Vorarlberg um die Chancen für ein Wahlbündnis von Großdeutscher Volkspartei und Landbund bestellt? Schlecht. Im „Ländle“ standen sich die beiden Parteien distanziert gegenüber. Vor allem vonseiten des Landbundes wurden anderweitige Kooperationen einer solchen alleine mit den Großdeutschen vorgezogen.<sup>224</sup>

Erschwerend kam hinzu, dass beide Gruppierungen für den Fall einer gemeinsamen Liste bei der Nationalratswahl die Spitzenkandidatur jeweils für sich beanspruchten.

Unterredungen zwischen den beiden Parteien fanden statt, brachten aber keine Fortschritte. Am 2. September 1923 kam es zum Showdown im Verhandlungsmarathon. Den Schauplatz bildete eine vom Landbund nach Dornbirn einberufene außerordentliche Hauptversammlung. Auch Vorarlbergs Großdeutsche waren hierzu geladen – und entsandten vier Unterhändler. Drei der vier, nämlich Landesparteiobermann Zumtobel, Hans Martin und Dr. Feierle stammten aus Dornbirn. Bezüglich Verhandlungsspielraums hatte sie die Landesparteileitung mit *völlige(r) Freiheit* ausgestattet.<sup>225</sup> Zu neuen Angeboten an den Landbund führte das nicht. Wieder prallten die altbekannten Positionen aufeinander. Daraufhin sprach sich die Delegiertenversammlung des Landbundes *mit großer Mehrheit* dafür aus, die anstehenden Wahlen lediglich in Kooperation mit der Organisation der Hausbesitzer zu bestreiten.<sup>226</sup> Damit war die endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit gefallen und zugleich besiegelt, dass die Großdeutsche Volkspartei die anstehenden Nationalrats- und Landtagswahlen alleine bestreiten würde.

Die Kandidatenreihung für die beiden Urnengänge verhiess nur einem der fünf Dornbirner Kandidaten gute Chancen auf ein Mandat. Es war dies Dr. Anton Zumtobel. Er führte die für die Landtagswahl erstellte großdeutsche Kandidatenliste für den Bezirk Feldkirch an. Zumtobels Wiedereinzug in den Landtag schien damit so gut wie sicher. Die auf dieser Liste Dritt- und Siebtgereihten, der Privatbeamte Vitus Zehrer und Fabrikant Martin Hämmerle, waren dagegen chancenlos. Gleiches galt für die Zweit- und Viertgereihten auf der Liste Vorarlbergs Großdeutscher für die Nationalratswahl, Malermeister Friedrich Türtscher und Adolf Hemrich, seines Zeichens Buchhalter.

Abb. 14: Links Schillerstraße 4, die Geschäftsstelle der Vorarlberger Großdeutschen



Der an die Kandidatenkür anschließende Wahlkampf verlief nicht reibungslos: Unterstützung vonseiten der Reichspartei in Form von Rednern blieb Mangelware und auf die Frühphase des Wahlkampfes beschränkt. Die „heiße Phase“ der Wahlauseinandersetzung bestritten ausschließlich Wahlredner aus dem „Ländle“. Es waren sieben Männer, unter ihnen zwei aus Dornbirn. Dr. Anton Zumtobel sprach auf elf Veranstaltungen, Hans Martin auf zwei. Insgesamt brachten es die sieben Männer auf 70 Wahlkampfauftritte.<sup>227</sup> In Dornbirn kam es zu zwei „blauen“ Großveranstaltungen. Beide fanden im Saal des Mohren statt. In den Schatten gestellt wurden die Großdeutschen von den Christlichsozialen. Mitte Oktober 1923 gastierte in Dornbirns großer Markthalle der – wie es in der Ankündigung hieß – *in der ganzen politischen Welt hochgeachtete Staatsmann und Retter Oesterreichs*, Bundeskanzler Dr. Ignaz Seipel.<sup>228</sup>

Ihre dünne „Wahlredner-Decke“ versuchten die Vorarlberger Großdeutschen im Wahlkampf 1923 mit dem massiven Einsatz von Flugblättern zu kompensieren. Im Wesentlichen richteten sich ihre Angriffe gegen die Sozialdemokratie. Die Stoßrichtung der westlichsten großdeutschen Landesorganisation hatte sich damit im Vergleich zur National-

ratswahl 1920 deutlich geändert. Der Grund dafür: Deren vormaliger Hauptgegner, die Christlichsozialen, war nunmehriger Koalitionspartner auf Bundesebene. Um die *ruhige und sachliche Führung des Wahlkampfes* zwischen den Koalitionspartnern zu gewährleisten, schlossen die beiden Reichsparteien – offenkundig hielten sie das für notwendig – ein dementsprechendes Übereinkommen ab.<sup>229</sup> Die Vorarlberger Großdeutschen hielten sich weitgehend daran. Einer der seltenen Ausritte gegen die Christlichsozialen – quasi die bestätigende Ausnahme zur Regel – und zugleich eine der wenigen Aussagen, mit der alleine auf ein gutes Abschneiden bei der Landtagswahl hingewirkt wurde, stammt von Alfred Wehner. Der Lustenauer Handelsschuldirektor war bei der Landtagswahl nach Zumtobel Zweitgereihter im Bezirk Feldkirch. Als solcher hatte er, ein gutes Resultat vorausgesetzt, die Chance, in den Landtag einzuziehen. Offenkundig motivierte ihn das, rhetorisch schwere Geschütze aufzufahren. Wehner sprach davon, dass sich Landeshauptmann Ender *einem kleinen Mussolini gleich, zum Diktator von Vorarlberg*<sup>230</sup> emporgeschwungen habe und den Landtag als *gut geschmierte Abstimmungsmaschine* benütze.<sup>231</sup> Beim so Gescholtenen wirkte das nach: Noch im Juni 1924 war Ender der Ansicht, dass Wehner *den Wahlkampf persönlicher und gehässiger führte, als es sonst hierzulande bei den letzten Wahlen üblich war*.<sup>232</sup> Daher begrüßte der Landeshauptmann das Vorgehen des Unterrichtsministeriums, mit der Verleihung des Titels eines Studienrats an Wehner zugewartet zu haben. Hege er auch keine grundsätzlichen Bedenken gegen diese Titelvergabe, so wäre dieser Akt zu Zeiten der Herbstwahlen 1923 und der Gemeinderatswahl im Februar 1924 – anlässlich dieser soll sich Wehner *bübisch aufgeführt, gejohlt und geschrien* haben<sup>233</sup> – in Lustenau doch *unangenehm aufgefallen*, so Ender weiter.<sup>234</sup> Ansonsten dominierten bundespolitische Themen die Wahlauseinandersetzung. Der Antisemitismus, „Wahlschlager“ des vorigen Nationalratswahlkampfes, spielte eine nur untergeordnete Rolle. Stattdessen avancierte die Genfer Anleihe zum zentralen Thema. Vorarlbergs Großdeutsche Volkspartei erklärte – gleich den Christlichsozialen – den Urnengang zur Volksabstimmung für oder wider Genf.<sup>235</sup> Die „Blauen“ stellten das Genfer Abkommen als Erfolg dar. Sie argumentierten mit der so wieder-

erlangten Wertbeständigkeit des Geldes und priesen diese als *unermeßliche(n) volkswirtschaftliche(n) Wert*.<sup>236</sup> Das Gegenbild, ein Österreich ohne solcher Anleihe, fiel düster aus: ein Land in Hungersnot, Bürgerkrieg, ein Österreich unter fremder Militärherrschaft, gar aufgeteilt unter den Nachbarstaaten.<sup>237</sup> Derart war die von der Regierung eingeschlagene Politik als – sofern das Wohl Österreichs im Auge – alternativlos dargestellt und die vom Hauptgegner Sozialdemokratie erhobene Kritik daran als deplatziert gebrandmarkt. Die Wirkung, welche die Sozialdemokraten mit ihrer Kritik an der Genfer Anleihe auf die Wählerschaft zu erzielen vermochten, mag so vermindert worden sein, diese völlig auszuschalten gelang jedoch nicht. Für die „Blauen“ blieb Genf eine Hypothek. Neben der Genfer Anleihe standen auch die Verhältnisse in Deutschland einem großdeutschen Erfolg bei den Herbstwahlen 1923 entgegen. Die Ruhrbesetzung, der dortige militärische Ausnahmezustand und eine Hyperinflation verringerten die Wahlchancen einer Partei, deren Hauptziel im Anschluss an Deutschland bestand.

Die mehrwöchige Wahlauseinandersetzung fand am 21. Oktober 1923 ihr Ende. Bei der Landtagswahl entfielen auf die Großdeutschen 9,12 % der vorarlbergweit gültig abgegebenen Stimmen, bei der Nationalratswahl 8,88 %. In beiden Fällen bedeutete das ein Minus. Im Vergleich zur Landtagswahl 1919 belief sich dieses auf 1,53 %, zum nationalen Urnengang 1920 gar auf 3,52 %.

Trotz Stimmenverlusten gewannen die „Blauen“ abermals zwei Landtagsmandate. Auch die Mandatsträger blieben dieselben. Aus dem Bezirk Feldkirch zog erneut Dr. Anton Zumtobel in den Landtag ein, aus dem Bezirk Bregenz sein „Parteifreund“ Franz Natter. Der Gewinn eines dritten Landtagsmandats, der den Vorarlberger Großdeutschen vorschwebt hatte, war damit freilich in weite Ferne gerückt. Im Bezirk Feldkirch, wo sie einem zusätzlichen Mandat noch am nächsten kamen, fehlten ihnen über 700 Stimmen.

Zu keinem Mandatsgewinn reichte es für die großdeutsche Landesorganisation Vorarlberg bei der Nationalratswahl. Solches hatte sich allerdings schon vor der Wahl abgezeichnet. Ein Direktmandat bei großdeutscher Alleinkandidatur war illusorisch. Zudem hatten die Verhand-

lungen um die Reihung auf der Reststimmenliste einen für Vorarlbergs Großdeutsche ungünstigen Verlauf genommen. Im Juli 1923 signalisierte die Bundesebene, den Vorarlberger „Blauen“ den dritten Platz auf der Reststimmenliste einräumen zu wollen. Keine zwei Monate später sollte der westlichsten Landesorganisation nur noch die sechste Stelle zukommen. Vorarlbergs Großdeutsche reagierten darauf unverzüglich mit einem Protest an die Reichsparteileitung. Die Reihung an aussichtsloser Stelle nannten sie eine *schwere Schädigung der Lebensinteressen*.<sup>238</sup> Obwohl sie derart pointiert formulierten – es brachte nichts. Letztlich fanden sich Vorarlbergs „Blau“ auf Reststimmenplatz acht<sup>239</sup> und damit chancenloser Stelle wieder.

Mögen auch die (Nicht-)Mandatsgewinne dem Erwartbaren entsprechen haben, die Dimension des Aderlasses war es nicht. Landesparteiobmann Zumtobel stellte in aller Kürze fest, dass die Wahlen *nicht nur keinen Erfolg, sondern einen Stimmenrückgang brachten*. Hatte er 1920 noch erfolgreiche Teilergebnisse hervorgehoben, nun blieb das aus. Das großdeutsche Presseorgan wähte die Großdeutsche Volkspartei gar in einem Zustand, der den Wiederaufbau der Partei erfordere.<sup>240</sup>

In Dornbirn verloren die Großdeutschen rund ein Drittel an Zustimmung. Dort, wo sie anlässlich der Landtagswahl 1919 18,00 % der gültigen Stimmen auf sich vereint hatten, kamen ihnen 1923 nur mehr 12,47 % zu. Einen geringfügig noch höheren Rückgang brachte den „Blauen“ die Nationalratswahl. Hatte ihnen jene von 1920 19,09 % der gültigen Stimmen beschert, so sank dieser Wert im Jahr 1923 auf 12,02 %.

Mit diesem Resultat von 12,02 % lag die großdeutsche Ortspartei Dornbirn zwar um 2,68 % unter dem von den „Blauen“ in allen vier Städten Vorarlbergs erzielten Durchschnittsergebnis. Das Minus von 7,07 % wies Dornbirn indes als typische Vorarlberger Stadt aus. Lediglich Bludenz hielt sich besser, verlor „nur“ 4,12 %. In Bregenz belief sich das großdeutsche Minus dagegen auf 8,03 %, getoppt von Feldkirch mit 9,19 %. Diese letztgenannten Zahlen verdeutlichen, dass ortsspezifische Gegebenheiten das Wahlverhalten zu beeinflussen, den insgesamt negativen Trend für die Großdeutschen aber nur in Einzelfällen – wie Höchst und Hard – aufzuheben vermochten.



Wie bereits erwähnt gab es mehrere Faktoren, die das schwache Abschneiden der Großdeutschen bedingten. Manche wirkten sich bundesweit aus – hier zu nennen die Genfer Anleihe und die schwierigen Verhältnisse in Deutschland –, manche landesweit, wie etwa die unter Vorarlbergs „Blauen“ weitverbreitete Ablehnung der Rolle ihrer Partei als christlichsozialer Juniorpartner in der Bundesregierung. Und das schlechte Abschneiden in den Städten? Einen wesentlichen Beitrag hierzu wird die Haltung der großdeutschen Reichspartei in Sachen Mietgesetzgebung geleistet haben. Zum Hintergrund: Nach ersten Mieterschutzbestimmungen 1917 folgte ein Mietengesetz. Dieses trat Ende 1922 in Kraft und markiert den eigentlichen Beginn des Mieterschutzes in Österreich.<sup>241</sup> Widerstand gegen dieses Gesetz kam vonseiten der organisierten Hausbesitzer. Ihnen galt es als *Zwangsgesetzgebung*, geschaffen von den Regierungsparteien – also Christlichsozialen und Großdeutschen – Hand in Hand mit der Sozialdemokratie. Der Landbund seinerseits stimmte gegen das Mietengesetz. In weiterer Folge forderte die Hausbesitzerorganisation von jenen Parteien, die für das Mietengesetz votiert hatten, die Zusage ein, das Gesetz nach der Wahl wieder *abzubauen*. Diese Zusage blieb aus. Daraufhin entschlossen sich vier Landesverbände der Hausbesitzer, ein Wahlbündnis mit dem Landbund einzugehen. Unter ihnen befand sich Vorarlberg, wo das Mietengesetz unter den Hausbesitzern *außerordentliche Erregung* ausgelöst hatte.<sup>242</sup>

Für den Vorarlberger Landbund zahlte sich dieses Bündnis aus. Ihm, der bei den Wahlen 1923 selbst nur wenig Zugkraft entwickelte,<sup>243</sup> gelang es dank der Kooperation mit den Hausbesitzern, in ein für die Großdeutschen bedeutendes Wählersegment einzudringen. Das Ergebnis der Wahlgemeinschaft in Vorarlbergs Städten legt solches nahe. Während bei der Nationalratswahl 1920 dort 214 Personen für die deutschnationale Bauernschaft gestimmt hatten, erhielt die Wahlgemeinschaft nun 913 Stimmen. In Dornbirn gelang es dem Landbund dank Wahlbündnis, seine Stimmenzahl knapp zu versiebenfachen. Hier hatten sich die „Grünen“ bei der Nationalratswahl 1920 mit 63 Stimmen zu begnügen gehabt. Drei Jahre später votierten 420 Dornbirner für die Wahlgemeinschaft.

Abb. 15: Dr. Anton Zumtobel. Die zentrale Figur der Vorarlberger Großdeutschen



eingesetzt hatten<sup>246</sup> – letztlich konstatieren, von den Hausbesitzern *im Stich gelassen* worden zu sein.<sup>247</sup>

#### Der Streitfall „Landesregierungs-Beteiligung“

Im Jahr 1919 galt der Proporz. Dadurch zog Franz Natter für Vorarlbergs Deutschnationale in die Landesregierung ein. Er, Mitglied des Deutschen Volksvereins Bregenz, fungierte als Landesrat für Finanzen. Im Herbst 1923 waren die Vorzeichen andere: Die neue Landesverfassung, vom Landtag am 30. Juli 1923 angenommen, bescherte Vorarlberg das Ende des Proporzsystems.<sup>248</sup> Das ließ bei den „Blauen“ die Frage virulent werden, ob sie sich weiterhin an der Landesregierung beteiligen sollten. In einer Landesparteileitungssitzung sprachen sich die Debattenteilnehmer mehrheitlich gegen eine weitere Legislaturperiode mit großdeutscher Regierungsbeteiligung aus. Sie argumentierten, dass Natters Arbeit nur den Christlichsozialen zugutegekommen sei, den Großdeutschen selbst aber geschadet habe. Mit Letzterem spielten sie auf den Konflikt Zumtobel gegen Natter im Dezember 1921 an.<sup>249</sup>

Die Hausbesitzerorganisation selbst schätzte, dass in Bundesländern mit einer solchen Kooperation 50 % der – wohl organisierten – Hausbesitzer für die Wahlgemeinschaft gestimmt hätten. Die andere Hälfte der Hausbesitzerstimmen soll den Regierungsparteien zugefallen sein.<sup>244</sup> Vorarlbergs Großdeutsche mussten – und das, obwohl sie selbst sich schon früh gegen den gesetzlichen Mieterschutz ausgesprochen<sup>245</sup> und in weiterer Folge in Person ihres Nationalratsabgeordneten Karl Bösch parteiintern für einen weniger weitreichenden Mieterschutz



Abb. 16: Franz Natter. Der innerparteiliche Gegenspieler Zumtobels



Damals hatten sich die beiden Großdeutschen im Landtag auf keine einheitliche Linie hinsichtlich der Lohnabgabe einigen können. Natter vertrat gleich den übrigen – vorwiegend christlichsozialen – Mitgliedern der Landesregierung die Auffassung, dass die Einführung der Lohnabgabe ein probates Mittel sei, der schwierigen Finanzlage des Landes zu begegnen. Für Zumtobel war die neue Lohnabgabe dagegen primär eine *bedeutende Gefahr* für die weitere Entwicklung des Vorarlberger Erwerbslebens. Durch die Verteuerung des Faktors Arbeit würden

die Unternehmen einen Teil ihrer Belegschaft abbauen und das Land mit höherer Arbeitslosigkeit konfrontiert sein. Neben wirtschaftspolitischen Überlegungen veranlassten den Dornbirner auch parteipolitische Erwägungen, sich im Landtag mit aller Deutlichkeit gegen diesen Gesetzentwurf auszusprechen. Mit seiner *demonstrativ(en)* Neinstimme dokumentierte er öffentlich, dass, auch wenn Franz Natter der Referent in dieser Angelegenheit war, der Gesetzentwurf nicht von großdeutscher Seite stammte. Abgerundet wurde dieses für das öffentliche Erscheinungsbild der Vorarlberger Großdeutschen abträgliche Schauspiel mit der Uneinigkeit der beiden „Blauen“ hinsichtlich der Höhe der Lohnabgabe.<sup>250</sup>

Des Weiteren galt den Gegnern einer weiteren Regierungsbeteiligung der Wiedereintritt als Schwächung der eigenen Partei. In manchen Fällen könnte nur ein Abgeordneter den großdeutschen Standpunkt vertreten, da der andere durch seinen Sitz in der Landesregierung anderweitig gebunden wäre, so ihre Argumentation.

Einen möglichen Ausweg aus diesem Dilemma skizzierte Dr. Feierle. Er schlug vor, dass die Großdeutschen nicht einen ihrer zwei

Abgeordneten, sondern einen anderen Parteikollegen in die Regierung entsenden sollten. Dr. Feierles Vorschlag ist als Brückenbau zwischen den sich unversöhnlich gegenüberstehenden Lagern zu verstehen. Allerdings: Die Befürworter einer Regierungsbeteiligung zeigten sich nicht gewillt, diese Brücke zu überqueren. Natters Einschätzung zufolge würden die Christlichsozialen auf einen solchen Vorschlag nicht eingehen. Die Fraktion pro abermaligem Regierungseintritt führte ihrerseits ins Feld, dass die Partei dadurch weiterhin wüsste, was in der Landesregierung vor sich gehe. Auch brächte eine Regierungsbeteiligung Vorteile für die großdeutschen Parteiangehörigen. Dadurch würden sie – offenkundig im Hinblick auf Posten- und Auftragsvergaben – *oftmals Berücksichtigung finden*.

Auf Seiten der Befürworter legte sich insbesondere Landesrat Natter ins Zeug. Die Wähler würden es ihm verübeln, wenn er nicht abermals in die Landesregierung eintreten würde, hätten sie ihm doch in dieser Überzeugung ihre Stimme gegeben. Sollte ihn die Landesparteilitung zwingen, sein Regierungsmandat niederzulegen, würde er vor die Wähler treten. Die Reaktion Zumtobels fiel scharf aus. Für den Fall einer Regierungsbeteiligung der Großdeutschen drohte er, sein Mandat zurückzulegen. Er sähe sich nicht in der Lage, die ganze Landtagsarbeit erneut alleine zu machen, so Zumtobels Begründung und Spitze gegen Natter. In weiterer Folge erklärte Wehner – gleich dem Landesparteiobmann Gegner eines abermaligen Regierungseintritts –, das ihm bei einem Verzicht Zumtobels zufallende Landtagsmandat nicht anzunehmen. Damit war der Höhepunkt des Konflikts erreicht und die Partei dem Chaos nahe. Kurz darauf entschied sich die großdeutsche Landesparteilitung, das Thema von der Tagesordnung zu streichen. Stattdessen sollte es nochmals in einer eigens dafür einberufenen Sitzung behandelt werden.<sup>251</sup>

Und wieder trafen gegensätzliche Standpunkte aufeinander. Die großdeutschen Ortsvereine Hohenems und Bludenz sprachen sich deziert gegen eine Regierungsbeteiligung aus. De facto ebenfalls dagegen waren Lustenau und Feldkirch. Die beiden Letztgenannten machten ihre Zustimmung zu einer Regierungsbeteiligung von der Kooperations-

bereitschaft des Landbundes abhängig – und diese fehlte.<sup>252</sup> Dornbirn trat bei dieser Sitzung nur in Person von Dr. Anton Zumtobel auf – und dessen Position war hinlänglich bekannt und hatte sich nicht geändert.

Auf der Gegenseite war es alleine Hard, das sich ohne Wenn und Aber für eine Teilnahme an der Landesregierung aussprach. Bregenz und Lauterach wollten das großdeutsche „Ja“ für eine Teilnahme an der Regierung an Bedingungen geknüpft sehen. Aufgrund dieser Konstellation musste Natter klar sein, in der Landesparteileitung eine nicht mehrheitsfähige Meinung zu vertreten. Daher sprach er sich, obwohl er nicht an eine Bereitschaft der Christlichsozialen zu Zugeständnissen glaubte, für eine Regierungsbeteiligung unter Bedingungen aus. Damit war der Kompromiss gefunden, die Bedingungen sogleich erstellt und angenommen. Sie lauteten:

- Bei der Ausschreibung von öffentlichen Stellen müssen großdeutsche Bewerber nach der Schlüsselzahl der Wähler, zumindest aber nach den Mandaten im Landtag, berücksichtigt werden.
- Bei öffentlichen Arbeiten haben die großdeutschen gleich den christlichsozialen Gewerbetreibenden berücksichtigt zu werden.
- In der kommenden Legislaturperiode muss die Landtagswahlordnung derart geändert werden, dass Vorarlberg entweder einem Wahlkreis entspricht oder ein zweites Ermittlungsverfahren geschaffen ist.
- Die Großdeutsche Volkspartei muss auch in den Bezirksschulräten vertreten sein.<sup>253</sup>

Wie Franz Natter vermutet hatte und es den Dornbirner „Blauen“ zu pass kam: Vorarlbergs Christlichsoziale waren nicht bereit, sich den Regierungseintritt der Großdeutschen Volkspartei durch Akzeptanz ihres Forderungskatalogs zu „erkaufen“. Folglich gehörte der Landesregierung des XII. Vorarlberger Landtags kein Großdeutscher an. Gebildet wurde sie nunmehr von sechs Christlichsozialen und einem Vertreter der Sozialdemokratie.

Natter hatte damit keine Regierungsarbeit mehr zu verrichten. Das animierte ihn allerdings nicht, vermehrt ans Rednerpult des Vorarlberger Landtags zu treten. Ganz im Gegenteil, die Zahl seiner Auftrit-

te ging zurück. In der XI. Legislaturperiode des Vorarlberger Landtags (1919 bis 1923) hatte sich Natter rund 15 Mal für die Partei zu Wort gemeldet, in den folgenden viereinhalb Jahren keine zehn Mal mehr. Und Zumtobel? Auch dessen Anzahl an Auftritten vor dem Plenum des Vorarlberger Landtags ging zurück – und das drastisch. In der vorigen Legislaturperiode hatte der Dornbirner noch in rund 80 Fällen für die „Blauen“ Partei ergriffen. Nunmehr meldete er sich keine 30 Mal mehr zu Wort. Die Großdeutschen boten für diesen Rückgang keine Erklärung. Nahe liegend ist, dass Zumtobel die Überzeugung, im Plenum des Landtags so gut wie nichts ausrichten zu können, oftmals von Stellungnahmen absehen ließ. Beredtes Zeugnis davon, wie gering Vorarlbergs Großdeutsche ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten im Vorarlberger Landtag einschätzten, gibt Georg Dietrich. Bei seinem Auftritt auf dem Reichsparteitag 1925 merkte er an, dass die Herren *aus den grossen Ländern mit den grossen Landtagen, in denen es alle möglichen politischen Konstellationen gibt, [...] nicht (wissen), was es heisst, eine christlichsoziale Zweidrittel- oder Dreiviertelmajorität über sich zu haben, die schaltet und waltet, wie sie will.*<sup>254</sup> Von einer schärferen Opposition im Landtag, wie sie Landesparteiobmann Zumtobel im November 1923 noch selbst gefordert hatte, war damit nichts übrig. Am Ende der Legislaturperiode blieb ihm nur, die sachliche Mitarbeit der Großdeutschen zu betonen.<sup>255</sup>

#### Die Gemeinderatswahl 1924

Im Dezember 1923 entschied sich die Landtagsmehrheit, die Gemeinderatswahlen vorzeitig auszuschreiben. Für die „Blauen“, die im Herbst 1923 deutliche Einbußen hinzunehmen gehabt hatten, galt es dem Abwärtstrend in Form eines gelungenen Wahlkampfes entgegenzusteuern – und dies schien ihnen mit diesem vorgezogenen Wahltermin verunmöglicht. Daher wandten sich Vorarlbergs großdeutsche Gemeindevorteiler mit einer Beschwerde an das Innenministerium, um die ihrer Auffassung nach gesetzeswidrige Wahlausschreibung zu Fall zu bringen. Auch vonseiten der großdeutschen Reichspartei fehlte es ihnen nicht an prominenter Unterstützung. Vizekanzler Dr. Felix Frank und Nationalratsabgeordneter Heinrich Clessin traten für die Sache ein –

und das erfolglos. Das Gericht stellte fest, dass dem Bund, wenn es um die Anwendung der Vorarlberger Gemeindevahlordnung gehe, kein Aufsichtsrecht zukomme.<sup>256</sup> Zum Wahltag wurde der 10. Februar 1924 bestimmt.

Wohl veranlasst durch die schlechten Wahlaussichten bemühten sich die Großdeutschen um Wahlgemeinschaften. Die Gesprächsangebote an unterschiedliche Parteien unterstreichen den Eindruck, den die Vorarlberger Großdeutschen anlässlich der zwei Monate davor erfolgten Diskussion um die Regierungsbeteiligung hinterlassen hatten: Sie waren weit davon entfernt, ein monolithischer Block zu sein. Hards „Blauen“ gingen in Verhandlungen mit den Christlichsozialen. Namentlich in Götzis, darüber hinaus aber auch noch *in dem einen und anderen Orte*,<sup>257</sup> fassten die Großdeutschen eine Kandidatur mit den „Roten“ ins Auge. In drei anderen Gemeinden – nämlich Bregenz, Feldkirch und Rankweil – suchten die „blauen“ Ortsgruppen den Schulterschluss mit den Nationalsozialisten. In Bludenz war es umgekehrt. Dort strebten die Nationalsozialisten – allerdings erfolglos – eine Wahlgemeinschaft mit den „Blauen“ an. Und in Dornbirn? Dort versuchten die Großdeutschen gleich wie in Götzis,<sup>258</sup> Hohenems und Höchst, zu einer Wahlgemeinschaft mit dem Landbund zu gelangen. Der Weg zu einer Wahlgemeinschaft erwies sich vielfach als steinig, oft waren die Brocken zu groß. Die Großdeutschen traten landesweit in zwölf Gemeinden an, in fünf davon in Kooperation mit einer anderen Partei. In Hard brachten die Verhandlungen die anvisierte Wahlgemeinschaft von Großdeutschen und Christlichsozialen. In zwei Fällen – Feldkirch und Rankweil – war es eine mit den Nationalsozialisten. In Götzis buhlten die „Blauen“ gemeinsam mit dem Landbund um Wählerstimmen und auch in Hohenems kandidierten drei Landbündler auf der großdeutschen Liste.

In Dornbirn endeten die Gespräche dagegen ohne Übereinkunft. Folglich gingen die Großdeutschen hier wie schon bei den beiden Wahlgängen im Herbst 1923 alleine auf Stimmenfang. Dazu hielten sie zwei größere Veranstaltungen ab, die eine im Gasthaus zum Löwen, die andere im Mohren-Saal.<sup>259</sup> Die Wahlauseinandersetzung in Dornbirn verlief laut Einschätzung von Dr. Erich Feierle *ruhig*. Besondere Vorkommnisse

erwähnte er gegenüber seinen Kollegen der Landesparteileitung keine. Ganz anders stellte sich die Situation in Götzis, Lustenau und Bregenz dar. Dort wurde der Wahlkampf zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen mit harten Bandagen geführt. In der Landeshauptstadt spielte mit Dr. Anton Zumtobel auch ein Dornbirner eine Rolle. Die Bregenzer Christlichsozialen warfen ihren „blauen“ Kontrahenten vor, verdiente Männer aus der Gemeindestube expediert und durch radikale Elemente, nämlich Freunde des Dr. Zumtobel, ersetzt zu haben. Auch anderweitig hätten die Christlichsozialen die Großdeutschen in der *gehässigsten Weise* attackiert.<sup>260</sup> Zu reüssieren vermochten die Bregenzer „Schwarzen“ dennoch nicht. Ihr Ergebnis entsprach in etwa jenem der Gemeinderatswahl 1919. Die Großdeutschen blieben trotz Einbußen von 5,20 % stärkste Kraft. Damit verteidigten sie den Bürgermeisterposten der Landeshauptstadt. Kinz wurde abermals zum Stadtoberhaupt gewählt. Auch gelang es den Großdeutschen dank Wahlgemeinschaft mit den Christlichsozialen, „ihrem“ Johann Mager in Hard zu weiteren fünf Jahren als Bürgermeister zu verhelfen. Das Bürgermeisteramt in Bludenz ging ihnen dagegen verloren. Auf den Großdeutschen Matthias Längle<sup>261</sup> folgte mit Josef Schmidt ein Christlichsozialer. Trotz dieses Verlusts – insgesamt fuhren die Großdeutschen ein respektables, nein, angesichts der negativen Entwicklung, der sie sich ansonsten gegenüber sahen, ein sogar gutes Ergebnis ein. So kamen die „Blauen“ in jenen sieben Gemeinden, in denen sie alleine angetreten waren,<sup>262</sup> im Durchschnitt auf 27,12 % der gültigen Stimmen. Das Resultat der keine vier Monate zurückliegenden Landtagswahl übertrafen sie damit um 9,82 %. Dies bewog Vorarlbergs großdeutsche Landespartei, ihr Abschneiden als *ausserordentlich befriedigendes Ergebnis* zu werten.<sup>263</sup>

Dieses Lebenszeichen bei der Gemeinderatswahl 1924 hinterließ auch auf Bundesebene Eindruck. Die „blaue“ Hauptgeschäftsstelle wies ihre Redner an, bei jeder sich bietenden Gelegenheit über den Ausgang der Vorarlberger Gemeinderatswahlen zu berichten. Dies galt ihr als Chance, *den sinkenden Kampfesmut unserer Parteigenossen zu heben*.<sup>264</sup>

Bei all diesem Erfolgstaumel: Das Ergebnis der Dornbirner „Blauen“ anlässlich der Gemeinderatswahl 1924 ist zurückhaltender zu be-

werten. Zwar votierten – von Dr. Feierle für Wert befunden, in der Landesparteileitungssitzung hervorgehoben zu werden – über 400 Personen mehr als bei den Nationalrats- und Landtagswahlen im Oktober 1923 für die Großdeutschen. Unerwähnt blieb dagegen, dass sie mit 17,58 % um 3,81 % hinter ihrem Resultat von der Gemeinderatswahl 1919 zurückblieben. Derart gelang es Dornbirns „Blauen“ weder, die absolute Mehrheit der Christlichsozialen zu brechen, noch ihren Mandatsstand zu halten. Sie, die bis dahin acht Stadtvertreter gestellt hatten, kamen neu auf sechs Mandate. Neben den „alten Haudegen“ Hans Martin, Friedrich Türtscher, Hubert Rhomberg und Eugen Thurnher zogen neu Albert Niederer und Edwin Schedler in die Stadtvertretung ein.<sup>265</sup>

Zurückführen lässt sich dieses vergleichsweise schwache Resultat der „Blauen“ in Dornbirn auf eine erschwerte Ausgangslage. Zwar war es Dornbirns Großdeutschen erspart geblieben, gegen eine eigene Liste des Gewerbebundes antreten zu müssen. Dieser hatte ursprünglich einen solchen Plan ventiliert, ihn später aber verworfen. Letztlich enthielt sich der Gewerbebund einer Wahlempfehlung und gab seinen Mitgliedern die Abstimmung frei. Allerdings stand den „Blauen“ in Dornbirn im Vergleich zur Gemeinderatswahl 1919 mit dem Landbund ein neuer sowie – nebst Christlichsozialen und Sozialdemokraten – zusätzlicher Konkurrent gegenüber. Insbesondere für die Großdeutschen wog diese Kandidatur schwer, da die Landbündler, insbesondere, weil sie erneut gemeinsam mit der Hausbesitzerorganisation antraten, in einem ihnen ähnlichen Wählerareal wilderten. In Dornbirn kam diese Wahlgemeinschaft im Februar 1924 auf 7,38 % und zwei Mandate.

Landesparteiobmann Zumtobel führte die großdeutschen Mandatsverluste auf zwei Ursachen zurück. Einer der zwei Sitze sei der Mandatsreduktion der Dornbirner Gemeindevertretung – sie wurde von 40 Sitzen auf 36 verkleinert – zum Opfer gefallen, der andere an den Landbund verloren gegangen. Letzteres erschien Zumtobel allerdings als Bagatelle, da einer der beiden Landbund-Vertreter in der Dornbirner Gemeindestube der Großdeutschen Volkspartei so nahe stehe, dass er fast als einer der Ihren betrachtet werden könne.<sup>266</sup>

Für Dornbirns „Blaue“ nicht eben günstig entwickelte sich auch

die unmittelbare Nachwahlphase. Großdeutsche und Landbündler vertraten unisono die Auffassung, dass ihre Stimmen bei der Wahl der Stadtratsmitglieder zusammengezählt gehörten. Dadurch hätten sie größeres Gewicht erhalten – was Christlichsoziale und Sozialdemokraten mit ihrem „Nein“ zu diesem Vorstoß vereitelten. Den „Blauen“ kam damit ein Stadtratssitz zu. Diesen besetzten sie abermals mit Hans Martin. Der zweite Sitz im Dornbirner Spitzengremium ging ihnen verloren. Martins Ersatzkandidat war Adolf Hemrich.<sup>267</sup>

Großzügig erwiesen sich die Christlichsozialen dagegen bei der Besetzung der Unterausschüsse, indem sie den Großdeutschen freiwillig einen Posten überließen. Die „Schwarzen“ stellten trotz solcher Kulanz nach wie vor die Mehrheit in den Unterausschüssen.<sup>268</sup> Damit liefen sie nicht Gefahr, von den anderen Parteien überstimmt zu werden, ein Umstand, der ihnen diese Freigiebigkeit deutlich erleichterte.

#### Strategien wider den Niedergang

Die drei Wahlen im Herbst 1923 und Frühjahr 1924 hatten – auch wenn Letztere zumindest ein wenig Licht ins Dunkel der großdeutschen Entwicklung brachte – den Vorarlberger „Blauen“ ihre missliche Lage deutlich vor Augen geführt. Veränderungen taten not. Keine Aussicht auf solche bot die Genfer Anleihe, da Österreich dringend der damit lukrierten Gelder bedurfte. Daher bemühten sich die „Ländle“-Großdeutschen, ihre Organisation per anderweitiger Impulse auf Vordermann zu bringen. Die nächsten Seiten zeichnen die verschiedenen Versuche nach.

#### Die Regierungsbeteiligung auf Bundesebene – ein Hin zum „Nein danke“

Die Großdeutsche Volkspartei sträubte sich über längere Zeit, formell in eine Koalition auf Bundesebene einzutreten. Ihre Schritte hin zu einer Regierungsbeteiligung fielen klein aus. Im Juni 1921 setzten sie einen solchen, indem sie mit einem Minister in das Beamtenkabinett Schober I eintraten.<sup>269</sup> Der Großdeutsche Leopold Waber fungierte als Innenminister, allerdings nur für knapp sieben Monate. Der Grund: Schobers Unterschrift unter den Vertrag von Lana. Den Großdeutschen galt dieses Übereinkommen als Verrat an den Interessen der Sudetendeutschen.<sup>270</sup>



Die „blaue“ Reichsparteileitung fasste daraufhin am 15. Jänner 1922 einstimmig einen Beschluss, der nicht nur den Vertrag von Lana ablehnte, sondern auch eine *entschiedene Absage* an Bundeskanzler Schober beinhaltete.<sup>271</sup> Am Tag darauf trat „ihr“ Minister Waber zurück. Für die Großdeutschen, nunmehr in Opposition, galt es die weiteren Schritte zu planen. Dabei klar: Eine Neuwahl galt es zu vermeiden. Stattdessen zeigten sie, die bis dahin nicht bereit gewesen waren, offiziell Regierungsverantwortung zu übernehmen, sich offen, in Koalitionsverhandlungen mit den Christlichsozialen einzutreten. Nach der Demission Schobers Ende Mai 1922 ließen sie diesem Signal Taten folgen. Sie wurden formell Koalitionspartner der „Schwarzen“. Unter Bundeskanzler Seipel, seines Zeichens Prälat und Christlichsozialer, stellten die „Blauen“ drei Minister. Vizekanzler Felix Frank war mit der Leitung des Bundesministeriums für Inneres und Unterricht betraut, Leopold Waber stand dem Justizministerium vor, Emil Kraft dem Ministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten. Vorarlbergs Großdeutsche trugen diesen Koalitionseintritt mit. Monate später, im September 1922, erklärte Dr. Anton Zumtobel im Zuge des Landesparteitages Vorarlbergs Großdeutscher, dass dieser Entscheid für den Erhalt des Staates unabdingbar gewesen sei. Und Kritik? – keine.<sup>272</sup>

Knapp eineinhalb Jahre, die Genfer Anleihe, sinkende Mitgliederzahlen und verlorene Wahlen später, sah die Welt ein wenig anders aus: Im „Ländle“ mehrte sich großdeutsche Kritik an der Koalition ihrer Partei mit den Christlichsozialen auf Bundesebene. Für Georg Dietrich, Exponent der äußersten Rechten unter Vorarlbergs „Blauen“, war es die ihnen von Bundesseite für den Wahlkampf aufgezwungene Zurückhaltung gegenüber dem Koalitionspartner, der ein *Großteil der Schuld* am schwachen Ausgang der Nationalratswahl 1923 zukam.<sup>273</sup>

Im Mai 1924 legte Dietrich in einer Reichsparteileitungssitzung nach. Zwar sprach er sich grundsätzlich für die Koalition aus, fügte dem aber hinzu, dass die Opfer, die den Großdeutschen hierdurch erwüchsen, *allmählich zu gross* würden. Einer Regierungsbeteiligung um jeden Preis erteilte er im Namen der Vorarlberg Landespartei eine Absage. Stattdessen plädierte er für eine Lockerung des Koalitionsverhältnisses.

Erst dadurch würde das von ihm eingeforderte Mehr an Grundsatztreue realisierbar, so Dietrichs Überzeugung.<sup>274</sup>

Vorarlbergs Großdeutsche waren mit ihrer zunehmend kritischeren Haltung zur Koalition auf Bundesebene nicht alleine. Zahlen unterstreichen das: Auf dem großdeutschen Reichsparteitag im Mai 1922 hatten sich knapp über 84 % dafür ausgesprochen, in eine formelle Koalition mit den Christlichsozialen einzutreten.<sup>275</sup> Zwei Jahre später, ebenfalls im Zuge eines Reichsparteitages, war der Anteil jener, die für eine Fortsetzung der Regierungszusammenarbeit mit den „Schwarzen“ votierten, auf Zweidrittel gesunken.<sup>276</sup>

Nach dem Rücktritt Seipels im November 1924 wurde Rudolf Ramek Bundeskanzler. Weit schwerer wog jedoch die Ernennung von Heinrich Mataja zum Außenminister. In Vorarlberg standen die Großdeutschen Mataja von Anbeginn weg mit größter Skepsis gegenüber. Landesparteiobmann Zumtobel etwa betonte, dass Mataja *uns nie sympathisch sein (kann), weil er sich als Burschenschaftler zu den Christlichsozialen begeben hat und also um der politischen Karriere willen, seine Gesinnung geändert hat.*<sup>277</sup> Zudem war Mataja – für das Außenamt eine besondere Bürde – denkbar undiplomatisch.<sup>278</sup> Ob Mataja kam es bei den „Blauen“ gar zur innerparteilichen Verstimmung. Anlass war ein Artikel im Vorarlberger Tagblatt, in dem Dietrich – im Einklang mit der Stimmung, die unter Vorarlbergs großdeutschen Parteigängern gegenüber dem Außenminister herrschte – Mataja scharf anging. Vorausgegangen war diesem Artikel ein Besuch von Mataja in Rom. Dort hatte sich der Außenminister bezüglich der Anschlussfrage, nun ja, nennen wir es einmal „nicht eindeutig“ positioniert. Eine italienische Nachrichtenagentur jedenfalls berichtete, dass der Anschlussgedanke an Deutschland durch den Außenminister eine *scharfe Ablehnung* erfahren habe. Hochrangige großdeutsche Bundespolitiker stellten Mataja daraufhin zur Rede. Dieser ruderte zurück, wollte solches nicht gesagt haben und führte falsche Wiedergabe und Übersetzungsfehler ins Feld. Dietrich schenkte dem keinen Glauben und forderte Mataja, dessen persönliche Haltung er *ausgesprochen anschlussgegnerisch* nannte, in seinem Leitartikel mehrfach zum Rücktritt auf. Zudem richtete er der eigenen Reichspartei aus, sich

durch die Beseitigung Matajas aus der Regierung große Meriten um den Anschlussgedanken erwerben zu können.<sup>279</sup> Der Aufruf war eindeutig: Handelt! Bundesgeschäftsführer Ehrlich wandte sich auf diesen Artikel hin an Dietrich, warf ihm vor, mit dieser klaren Positionierung die Stellung der Parteispitze untergraben und einer einheitlichen Parteipolitik einen Bärendienst erwiesen zu haben.<sup>280</sup> Georg Dietrich legte dieses Schreiben Landesparteiobmann Zumtobel vor. Und der reagierte – heftig. Aus dem Brief des Dornbirners an Ehrlich folgender Auszug: *Befremdlich ist für mich, dass Sie sich berufen halten, Herrn Schriftleiter Dietrich wegen dieses Artikels zu rüffeln. Das wollen sie gütigst mir überlassen, wenn Sie es für notwendig halten, denn ich werde nie dulden, dass das Vorarlberger Tagblatt von Wien aus dirigiert wird. Dafür fehlt Ihnen in Wien die Kenntnis der hiesigen Verhältnisse, und dafür fehlt Ihnen in Wien auch jede Berechtigung. Wenn Sie einmal in Wien ein Parteiblatt zustande gebracht haben, dann werden auch wir dort keine Direktiven geben, sondern das Ihnen überlassen.*<sup>281</sup> Zum Verständnis: Die Großdeutschen konnten in Wien lediglich auf die von alten Schönerianern geleitete Deutsch-Österreichische Tageszeitung, kurz Dötz, zurückgreifen – und das nur bis 1923. Später wandte sich das Blatt den Nationalsozialisten zu.<sup>282</sup>

Kurze Zeit später, im Juni 1925, fragte der „Blauen“ westlichste Landesorganisation nach, weshalb die *Ära Mataja* – seit dessen Amtsantritt waren sieben Monate vergangen – nicht beendet werde. Vorarlbergs großdeutsche Anhängerschaft sei ob dieser Person *fuchsteufelswild*, eine Einschätzung, die, so wurde betont, *alles eher denn eine Übertreibung* sei.<sup>283</sup>

Im Jänner 1926 war es dann soweit: Mataja verlor im Zuge einer Regierungsumbildung sein Amt. Und Vorarlbergs Großdeutsche? Ihnen blieb die Skepsis, ja Ablehnung gegenüber der Regierungsbeteiligung. Nur wenige Monate später erschütterte eine Finanz- und Bankaffäre, hervorgerufen durch Börsenspekulationen und zwielichtige Transaktionen, Österreich. Neben Riesenverlusten, die mit öffentlichen Geldern ausgeglichen wurden, beförderte der Bankenskandal auch politische Korruption und die Verquickung von Geschäft und Politik zutage.<sup>284</sup> Daraufhin demissionierte im Oktober 1926 die Regierung Ramek II.

Die Großdeutschen hatten damit die Frage zu klären, ob sie neuerlich in die Regierung eintreten sollten. Die Befürworter eines solchen Schritts gaben zu bedenken, dass, sollte dieser unterbleiben, den Großdeutschen der „Schwarze Peter“ für die *Zertrümmerung* der bürgerlichen Mehrheit zufiele. Zudem drohte den Großdeutschen aus Sicht dieser Gruppierung bei Koalitionsaustritt ein alleine zu bewältigender Wahlgang samt geändertem Wahlrecht ohne Reststimmenverwertung. Bei Ersterem zweifelten sie, ob ihnen hierfür genügend Mittel zur Verfügung stünden, bei Zweiterem waren der Großdeutschen Volkspartei herbe Mandatsverluste sicher.

Die Gegner eines Wiedereintritts hielten dem entgegen, dass die Großdeutschen durch die mehrjährige Koalition in der Öffentlichkeit bereits Zweifel an ihrer Existenzberechtigung heraufbeschworen hätten, eine neuerliche Regierungsbeteiligung daher dem Ende der Partei gleichkäme. Der Gang in die Opposition böte indes die Aussicht, schärfer konturierte Politik zu betreiben. Damit hofften sie, alte Deutschnationale, die sich während der Koalitionsjahre verärgert von den Großdeutschen abgewandt hatten, wiederzugewinnen. Hierzu gilt es zu wissen: Nach den starken Mitgliederverlusten der Jahre 1922 bis 1924 vermochten sich die Großdeutschen zu stabilisieren. Bis 1926 blieb die Mitgliederzahl annähernd stabil, mehr aber auch nicht.

Dr. Anton Zumtobels Stellungnahme zu diesem Thema fiel kurz aus. Namens der Vorarlberger Landesparteileitung sprach er sich gegen einen weiteren Verbleib in der Koalition aus. Wie sich wenig später herausstellte, vertrat Vorarlberg damit eine Minderheitenposition: 60 Mitglieder der Reichsparteileitung votierten für ein weitere Koalitionsbeteiligung, nur 24 dagegen.<sup>285</sup>

### Das Deutsche Haus

Im Jahr 1924 starteten die Dornbirner Großdeutschen mit Vorarbeiten für ein Deutsches Haus. Vorbild waren ihnen ihre Parteikollegen in Bludenz und Bregenz. In der Alpenstadt hatten im Frühjahr 1923 *sechs großdeutsche Männer durch uneigennütziges, opferbereites und entschlossenes*

nes Handeln<sup>286</sup> den Erwerb der Gastwirtschaft Zum Arlberg, gelegen am Bahnhofplatz, ermöglicht. Zudem zeichnete der „kleine Mann“ Anteilscheine – und dies in für die Deutschnationalen *unerwartet opferwilliger Weise*. Derart finanziert gelang es den Gasthof innert weniger Monate umzubauen und ihn am 1. Dezember 1923 als „Deutsches Haus“ zu eröffnen.<sup>287</sup>

In Bregenz waren es gleichfalls *opferwillige Parteifreunde*, die das vormalige Café Central erwarben. Am 6. März 1924 eröffnete das Deutsche Haus – heute, sprich im Jahr 2020, als Gasthaus Gösserbräu bekannt – mit einer Feier anlässlich der Wiederwahl des Großdeutschen Dr. Ferdinand Kinz zum Bregenzer Bürgermeister.<sup>288</sup>

In Dornbirn waren es die Vorarlberger Buchdruckereigesellschaft sowie Arthur und Ferdinand Rhomberg, die die Großdeutschen durch den Erwerb zweier Häuser an der Marktstraße samt rückwärtigen Grundstücken von Großem träumen ließen. Das im Dezember 1924 veröffentlichte Konzept sah vor, das Deutsche Haus zur Marktstraße hin zu errichten. Vorrangiges Ziel war es, damit Dornbirns deutschnationalen Vereinen eine zentrale Heimstätte zu schaffen. Im Erdgeschoss des Deutschen Hauses waren Geschäftslokale vorgesehen, im ersten Stock ein Kaffeehaus mit angeschlossener Bücherei bzw. Lesezimmer. In den *Oberstockwerken* sollten Vereinsräume Platz finden. Zudem waren Mansardenwohnungen geplant. Ferner beabsichtigten die Großdeutschen, eine 35 Jahre alte Idee der Gesellschaft der Musikfreunde zu realisieren: den Bau eines Konzerthauses. Dieses sollte sowohl für Konzerte genutzt werden, aber auch Theaterbühne sein. Neben einem großen war auch an einen kleinen Saal gedacht. Für Letzteren waren mehrere Funktionen vorgesehen. Dieser sollte für Kammermusikkonzerte, Vorträge und dergleichen mehr zur Verfügung stehen und als Erfrischungsraum bei Theatervorführungen und Festveranstaltungen dienen. Ausgestattet sein sollte er mit der Technik für Lichtbildervorträge. Auch war vorgesehen, das Konzerthaus, ausgerichtet auf den *großen Platz hinter den Häusern in der Marktstraße*, mit dem Deutschen Haus in Form eines basarartigen Durchgangs zu verbinden. Während das Deutsche Haus konzipiert war, deutschnationalen Bedürfnissen gerecht zu werden, wollten die Groß-



deutschen das Konzerthaus als ein *außerhalb der Parteien stehendes Heim für Kunst, Volksbildung und Geselligkeit*<sup>289</sup> verstanden wissen. Solches sollte die Mitwirkung öffentlicher Körperschaften, insbesondere der Stadt Dornbirn, nach sich ziehen. Mag auch das Ausmaß, in welchem finanzielle Überlegungen zu dieser Positionierung beitrugen, nicht exakt benannt werden können – von Relevanz war der Gedanke mit Sicherheit. Überdies ließ diese Überparteilichkeit eines Teils des Projekts die Hoffnung zu, dass der Aufruf zu Spenden nicht nur beim deutschnationalen Kern, sondern auch bei anderen Bevölkerungsgruppen ein positives Echo finden würde. Jedenfalls wurde im großdeutschen Presseorgan dazu aufgerufen, Gründer bzw. Stifter zu werden. Ab 100 Goldkronen konnte man sich als Solchen bezeichnen. Die ordentliche Mitgliedschaft war mit 10 Goldkronen pro Jahr deutlich günstiger zu haben. Zu erhalten waren die Zeichnungsscheine bei den Mitgliedern des vorbereitenden Ausschusses, namentlich Robert Bertolini, Dr. Feierle, Martin Hämmerle, Ignaz Rüschi, Ludwig Wratzfeld und Dr. Anton Zumtobel.



Abb. 18: Einladungen zu den Gründungsversammlungen des Dornbirner Konzerthausvereins und des Vereins Deutsches Haus



Ende Dezember 1924 war man der Ansicht, einen Teil des Weges bereits zurückgelegt zu haben, sprach aber auch noch von weit gesteckten Zielen. In einem nächsten Schritt ging es an die Gründung zweier Trägervereine, nämlich das Deutsche Haus und den Dornbirner Konzerthausverein. Damit sollte den bisherigen Vorarbeiten die rechtliche Grundlage geschaffen werden.<sup>290</sup> Deren konstituierende Sitzungen fanden am 9. Februar 1925 im Gasthof Zum Kreuz statt, jene des Dornbirner Konzerthausvereins um 20.00 Uhr und die des Vereins Deutsches Haus eine Stunde später.<sup>291</sup> Gleich wie in den beiden anderen Städten war der Verein Deutsches Haus auch in Dornbirn aufs engste mit der großdeutschen Ortsgruppe verbunden, bildete quasi einen Ausschuss des Deutschen Volksvereins Dornbirn mit eigenen Satzungen. Den Vorsitz im Aufsichtsrat des neuen Vereins hatte Dr. Anton Zumtobel inne.<sup>292</sup>

Die Vorstellungen waren zu dieser Zeit hochtrabend. Und was

kam danach? – vermutlich nichts. Die beiden Vereine existierten zwar über mehrere Jahre hinweg, dürften aber keine Aktivitäten entfaltet haben. Jedenfalls sind solche nicht überliefert. Auch auf Veranstaltungen in einem Deutschen Haus in Dornbirn – wie in Bludenz und Bregenz überliefert – gibt es keinen Hinweis. Stattdessen fanden Theateraufführungen in den folgenden Jahren vielfach im Schlossbräu statt, Veranstaltungen der Dornbirner „Blauen“ zumeist im Saal des Mohren.

#### Der Gemeindevertreterverband

Ihrer ungünstigen Entwicklung begegnete die Großdeutsche Volkspartei auch mit organisatorischen Maßnahmen. Eine davon war der Gemeindevertreterverband. Auf dem Reichsparteitag 1921 wurde gefordert, in allen Gemeinden eine möglichst einheitliche Politik zu vertreten.<sup>293</sup> Der Wunsch war artikuliert, dessen Umsetzung ließ allerdings auf sich warten. Drei Jahre später, es war 1924, bestand gegenüber Christlichsozialen und Sozialdemokraten Aufholbedarf. Die Großdeutschen hatten zu konstatieren, dass ihre beiden politischen Kontrahenten auf diesem Gebiet schon *seit langem ausserordentlich rege* tätig seien. Bei ihnen selbst würden Gemeinderäte dagegen vielfach *ziemlich planlos arbeiten* und von Ort zu Ort unterschiedliche Positionen vertreten. Diese Widersprüche würden es der Konkurrenz erleichtern, gegen die Großdeutschen zu agitieren. Mit dem Ziel, dem ein Ende zu bereiten, fasste die Großdeutsche Volkspartei im Zuge ihres 5. Reichsparteitages Mitte 1924 den Beschluss, dass in jedem Bundesland ein Gemeindevertreterverband zu gründen sei.<sup>294</sup>

Auch in Vorarlberg waren die Ortsgruppen weit davon entfernt, gleiche Standpunkte zu vertreten.<sup>295</sup> Von so manchem Großdeutschen wurde Kirchturmpolitik betrieben. Einheitliche Positionen über den einzelnen Ortsverein hinaus? – wünschenswert, aber nicht um den Preis, im eigenen Machtbereich „Ortsgruppe“ eingeschränkt zu werden. Im Wissen um diese Gemengelage erklärte Landesparteiobmann Zumtobel anlässlich der ersten Zusammenkunft zu dieser Frage – sie fand am 6. September 1924 statt<sup>296</sup> –, dass es das Bedürfnis nach einem Gemeindevertreterverband erst einmal wachzurufen gelte. Offenkundig nahm man sich hierfür rund drei Monate Zeit.



Die konstituierende Sitzung des Gemeindevertreterverbandes der Vorarlberger Großdeutschen ging am 14. Dezember 1924 im Gasthaus Weißes Kreuz in Dornbirn über die Bühne. Acht Ortsgruppen entsandten Delegationen, 44 der insgesamt rund 80<sup>297</sup> großdeutschen Gemeindevertreter Vorarlbergs nahmen teil. Dornbirn war mit neun Gemeindevertretern vor Ort. Zudem wohnte Dr. Anton Zumtobel in seiner Funktion als Landesparteiobmann der Zusammenkunft bei.

In der Diskussion argumentierten Großdeutsche aus Bregenz, Lustenau, Feldkirch und Dornbirn – also insbesondere Vertreter größerer Ortsgruppen, die sich ausrechnen konnten, in der Neugründung tonangebend zu sein – pro Verband. Dieser würde speziell für Gemeindevertreter kleinerer Ortschaften eine Hilfe darstellen und auch die Stoßkraft der Partei stärken. Zudem rechneten sie sich aus, mit dieser Neugründung mehr Einfluss auf *obere Behörden* gewinnen zu können. Dornbirns Großdeutsche hoben insbesondere die Vorteile für Jungmandatare hervor. Edwin Schedler, selbst erst seit Februar 1924 Gemeindevertreter und zu diesem Zeitpunkt 34-jährig, hoffte, über den Verband mit guten Ratschlägen versorgt zu werden. Friedrich Türtscher – 25 Jahre älter als Schedler und seit mehreren Jahren Gemeindevertreter – leitete die Notwendigkeit für einen Gemeindevertreterverband aus der Vielzahl von Jungen ab, die nach der vorangegangenen Gemeinderatswahl in die Ortsstuben eingezogen waren.

Deutlich kritischer fielen die Stellungnahmen von Götzis und Bludenz aus. Der Götzner Vertreter betonte, offenkundig in Reaktion auf die vom Bregenzer Bürgermeister Kinz erhobene Forderung nach einheitlicher Gemeindepolitik, dass die Freiheit der einzelnen Ortsgruppe nicht beschnitten werden dürfe. Ins gleiche Horn stieß der Bludener Altbürgermeister Matthias Längle. Richtlinien für das ganze Land – für ihn nicht vorstellbar. Zudem erteilte er einer Bevormundung eine klare Absage.

Diese Einwände zeitigten Wirkung: Nur wenige Minuten davor hatte Dr. Hermann Schmid, Mitglied der Bregenzer Ortsgruppe, die geschlossene Vorgehensweise der Gemeindevertreter zu einem „Muss“ erklärt. Danach galt ihm das gestärkte Zusammengehörigkeitsgefühl als primäres Ziel des Verbandes.

Die „Gefahr“, dass Ortsgruppen wegen dieses Verbandes an Eigenständigkeit verlieren würden, war damit gebannt, die Skeptiker beruhigt. Der Antrag auf Schaffung eines Verbandes großdeutscher Gemeindevertreter als Pflichtverband wurde letzten Endes einstimmig angenommen. Zum ersten Obmann wählten die Delegierten den Lustenauer Karl Bösch. Hans Martin, Dornbirn, wurde dessen Stellvertreter.<sup>298</sup>

Besonders in den ersten Monaten seines Bestehens zeigte sich Vorarlbergs „blauer“ Gemeindevertreterverband rege. In der Überzeugung, dass die Großdeutschen alleine auf Orts-, nicht aber auf Landesebene Stoßkraft besäßen, wehrte er sich gegen einen weiteren Abbau von Gemeindekompetenzen und deren finanziellen Ressourcen.<sup>299</sup> Auch gelang es der „blauen“ Gemeindevertreterorganisation Vorarlbergs innert der ersten Monate nach ihrer Gründung, Mandatare aus kleinen und entlegenen Orten in den Verband zu integrieren.<sup>300</sup> Die großdeutsche Reichspartei zollte ihrer westlichsten Landesorganisation hierfür Respekt. Auf dem Reichsparteitag 1925 erklärte sie den Vorarlberger Gemeindevertreterverband zur von allen Bundesländern *am weitesten vorgeschrittene(n) Organisation*.<sup>301</sup>

Für die Folgezeit finden sich allerdings nur mehr wenige Anhaltspunkte für das Wirken des Gemeindevertreterverbandes. 1926 trat er abermals für eine finanzielle Besserstellung der Gemeinden ein. Seine Forderung ging dahin, den Kommunen wieder ein beschränktes Zuschlagsrecht auf bestimmte Steuern zukommen zu lassen. Das würde die – insbesondere durch die *ungeheure Höhe* der Schulkosten belasteten – Gemeinden in die Lage versetzen, ein ordentliches Budget zu erstellen.<sup>302</sup> Ebenfalls 1926 attestierten die Vorarlberger „Blauen“ ihrer nun knapp zwei Jahre alten Vereinigung, sich bestens bewährt zu haben. Ihre Mandatare würden in den Gemeindestuben sehr gut arbeiten und in allen größeren Orten eine geschlossene Fraktion bilden.<sup>303</sup>

Danach ließ es der Gemeindevertreterverband offenkundig an Elan fehlen. 1928 erachteten es Vorarlbergs Großdeutsche für notwendig, dessen Ausbau in den Mittelpunkt ihrer organisatorischen Bemühungen zu stellen.<sup>304</sup> Lohnte sich dieser Einsatz? – fraglich. Bekannt ist lediglich, dass der Verband im Frühjahr 1929 noch existierte.<sup>305</sup> Informa-

tionen aus späteren Jahren über Zusammenkünfte oder gar im Zuge von Verbandssitzungen entwickelte vorarlbergweite Initiativen und Aktionen liegen dagegen nicht vor.

#### Das Ziel: mehr Veranstaltungen

Einen weiteren Hebel, um der Krise Herr zu werden, erblickten die „Blauen“ in der Intensivierung ihrer Versammlungstätigkeit. Mitte 1925, inmitten der Krise, sah die Vorarlberger Landespartei ihre Ortsgruppen eine *befriedigende Tätigkeit* entfalten.<sup>306</sup> Auch erblickte sie überall neuen Arbeitswillen. Demzufolge meinte sie, mit Zuversicht in die Zukunft schauen zu können.<sup>307</sup> Allerdings: Der Realität entsprach diese Darstellung nicht. Optimismus wurde primär öffentlich zur Schau getragen. Parteiintern sicherten sie ihrer Bundesorganisation zu, das Möglichste zu tun, um der Partei im „Ländle“ wieder neues Leben einzuhauchen.<sup>308</sup>

Um dieses Ziel zu erreichen, beschloss Vorarlbergs großdeutsche Landesparteileitung, eine rege Versammlungstätigkeit zu entwickeln. Angesichts der eigenen Leute, die zwar in ihrer Mehrheit treue Wähler waren, sich aber nur in bescheidenem Maße in die praktische Parteiarbeit einbrachten,<sup>309</sup> war dieses Unterfangen von den „Ländle“-Großdeutschen alleine nicht zu stemmen. Unterstützung vonseiten der Reichspartei tat not. Zunächst wandte sich Vorarlbergs „blauer“ Landesgeschäftsführer Grahammer direkt an potentielle Redner wie die beiden Nationalratsabgeordneten Dr. Ernst Hampel, Niederösterreich, und Dr. Hans Angerer aus Kärnten. Der Erfolg blieb aus. Hierauf kontaktierte Grahammer die großdeutsche Bundesgeschäftsstelle in Wien mit der Bitte um Unterstützung in dieser Angelegenheit. Seine Wünsche waren konkret: Zunächst, mit lediglich zwei bis drei Auftritten auswärtiger Redner sei Vorarlbergs Großdeutschen *selbstverständlich [...] nicht geholfen*, dies umso weniger, als den eigenen Rednern aufgrund ihrer steten Versammlungstätigkeit nur mehr eine geminderte Zugkraft attestiert wurde. Zudem lege die Vorarlberger Landespartei besonders Wert darauf, dass ihr Nationalratsabgeordnete oder, wenn dies nicht möglich sei, so doch wenigstens der Öffentlichkeit einigermaßen bekannte Persönlichkeiten geschickt würden.<sup>310</sup>

Die Bundesgeschäftsstelle zeigte vermutlich nur wenig Engagement beim Versuch, die Wünsche aus Vorarlberg zu erfüllen.<sup>311</sup> Und die sehr rege Versammlungstätigkeit, die Vorarlbergs Landespartei ihren Ortsgruppen für das Vereinsjahr 1925/1926 attestierte?<sup>312</sup> In Dornbirn war davon nur wenig zu spüren. Neben zwei Festveranstaltungen – einem Deutschen Abend und einer, von den Deutschnationalen auch unter der Bezeichnung „Julfeier“ begangenen, Weihnachtsfeier – vermochte der Deutsche Volksverein in dieser Zeitspanne lediglich zwei öffentliche Versammlungen auf die Beine zu stellen. Und, wurden zumindest diese von Nationalratsabgeordneten bestritten? – keine Spur. Stattdessen griffen Vorarlbergs Großdeutsche auf zwei Herren zurück, die ihnen schon Jahre davor als Redner zur Verfügung gestanden hatten.<sup>313</sup> Dabei handelte es sich um Dr. Walter Pembauer, er ein führender Vertreter des Andreas-Hofer-Bundes Tirol, und Dr. Walter Hölscher, erster Obmann des Andreas-Hofer-Südmarkbundes in Schwaben<sup>314</sup> und Mitglied des württembergischen Landtages für die Deutschnationale Volkspartei.

#### Der Deutsche Frauenverein Dornbirn 1923 bis 1927

Ende 1922 war dem Deutschen Frauenverein Dornbirn mit der Haushaltungsschule ein Arbeitsgebiet abhandengekommen. Nur kurz danach eröffnete sich ihm mit einer großangelegten Hilfsaktion schon ein neues Betätigungsfeld. Am 19. Februar 1923, nur wenige Wochen nach dem Einmarsch französischer und belgischer Soldaten in das Ruhrgebiet, stieß Annemarie Heinzle, Obfrau des Deutschen Frauenvereins Götzis, eine letztlich österreichweite<sup>315</sup> und auch von der politischen Konkurrenz unterstützte<sup>316</sup> Aktion an: die Ruhrkinderhilfe. Ihr Ziel war es, Kindern aus dem Ruhrgebiet mittels Erholungsaufenthalt in Vorarlberg zu helfen. Eine weitere Motivation, sich in diesem Bereich zu engagieren, zogen die deutschnationalen Frauen aus der Überzeugung, damit auch *praktische Anschlussarbeit* zu leisten. Unter Dornbirns deutschnationalen Frauen waren es speziell Melitta Zumtobel und Katharina Bösch, die sich um die Ruhrkinderhilfe verdient machten.<sup>317</sup> Vom Deutschen Volksverein Dornbirn engagierte sich insbesondere Hans Martin für diese Sache.<sup>318</sup> Darüber hinaus spendete der Deutsche Frauenverein eine Million

Kronen zugunsten der Ruhrhilfe.<sup>319</sup> Auch im Vereinsjahr 1923/1924 blieb die Ruhrkinderhilfe beim Deutschen Frauenverein Dornbirn ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit.<sup>320</sup> Letztlich nahm Vorarlberg im Zuge dieses Projekts über 2.000 Kinder auf, viele davon ein halbes, manche sogar bis zu einem Jahr. Mit dem Rücktransport von rund 200 Kindern im September 1924 fand die Aktion ihr offizielles Ende.<sup>321</sup> Für die von großdeutscher Seite daran Beteiligten sicher von großer Bedeutung: Die politische Botschaft, dass die Staatsgrenze keine Grenze für die Volksgemeinschaft darstelle, war deutlich ausgefallen und auch in Deutschland auf positive Resonanz gestoßen.<sup>322</sup>

Hatten Vorarlbergs großdeutsche Frauenvereine damit dem deutschen *Brudervolk* im Norden ihre Verbundenheit signalisiert, so blieb ein solches Bekenntnis auch gegenüber den Deutschsprachigen südlich des Brenners nicht aus. Von Vorarlberg – namentlich Emma Marquart, Obfrau der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Frauenvereine Vorarlbergs – initiiert, wandte sich der Reichsfrauenausschuss im Juni 1926 per deutsch-nationaler Presseorgane an die *Deutsch-Südtirolerinnen*, um ihnen für ihre Anstrengungen für den Erhalt des *schwer bedrohten Volkstums* zu danken.<sup>323</sup> Schon davor hatten die großdeutschen Frauenorganisationen von Dornbirn und Bregenz ihrer Solidarität mit der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols in Form einer Sammlung für vertriebene Südtiroler Lehrer Ausdruck verliehen. Dabei kam ein Betrag von über 1.000 Schilling zusammen.<sup>324</sup>

Politisches Engagement zeigte Dornbirns Deutscher Frauenverein ferner mit der Unterstützung seiner Männerortsgruppe bei den Wahlauseinandersetzungen der Jahre 1923 und 1924. Zudem nahmen dessen Vertreterinnen regelmäßig an Sitzungen der großdeutschen Landesparteileitung teil. 1923 wählte die „blaue“ Frauenortsgruppe Melitta Zumtobel, Katharina Bösch, Agnes Rüb, Josefine Ertl und Martina Moosbrugger in dieses Gremium.<sup>325</sup>

Nebst politischen Akzenten setzte Dornbirns „blauer“ Frauenverein in anderen Bereichen auf Bewährtes: An Veranstaltungen bot er wiederum Deutsche Abende und Julfeiern, wie schon in den Jahren davor gemeinsam organisiert mit dem Deutschen Volksverein. Auch an der



Tradition des Kaffeekränzchens hielt er fest.

Ebenso blieben Ausflüge Teil des Repertoires. Deren Ziele waren weiterhin auf die nächste Umgebung, etwa Götzis und Höchst, beschränkt. Eine „Reise“ über die Landesgrenzen hinweg, konkret ins schweizerische Rheineck, wie sie 20 Frauen antraten, bildete die Ausnahme. Des Weiteren nahmen Mitglieder des Deutschen Frauenverein Dornbirn gesellige Unterhaltungen von Schwesternvereinen wie Bregenz, Götzis, Hohenems und Lustenau zum Anlass, die Stadtgrenzen hinter sich zu lassen. Einmal war Dornbirn selbst Ziel einer solchen Zusammenkunft. Im Juni 1924 trafen sich über 200 Frauen aller Deutschen Frauenvereine des Landes im Gütle.

Geistige Anregung bot der Deutsche Frauenverein Dornbirn seinen Mitgliedern mittels Vorträgen. Hierfür konnten auch Redner jenseits der Landesgrenzen gewonnen werden, so die beiden Wienerinnen Lotte Furegg und Elvira Rott sowie Dr. Ludwig Finckh aus Schwaben. Einen weiteren Vortrag hielt die Fachlehrerin Josefine Schmid. In ihren



Ausführungen widmete sich die Bregenzerin den praktischen und sparsamen Neuerungen im Haushalt. Wie in den Jahren davor vergaß der Deutsche Frauenverein damit auch in dieser Phase nicht auf seine weniger betuchten Mitglieder. Diese Gruppe profitierte auch in besonderem Maße von Spenden Viktor Hämmerles. Zu Weihnachten 1923 hatte Hämmerle Dornbirns großdeutscher Frauenortsgruppe 500.000 Kronen zukommen lassen. Dank dieser Spende sah sich der Verein in der Lage, den Besucherinnen der Winterkurse Beheizung und Licht unter dem Selbstkostenpreis zu berechnen.

Eine weitere Zuwendung Hämmerles, diesmal 300.000 Kronen anlässlich des Osterfestes 1924, wird mit dazu beigetragen haben, die Nähstube der „blauen“ Frauenortsgruppe Dornbirns besser auszustatten. Im Vereinsjahr 1924/1925 vermochte der Verein eine weitere Nähmaschine anzuschaffen. Damit standen den stets zahlreichen Kursteilnehmerinnen nunmehr drei Nähmaschinen, ein elektrisches Bügeleisen, eine Büste und eine Mode- und Wäschezeitung zur Verfügung – und

**Der deutsche Frauenverein**  
 gibt in der Volksschule Markt am Dienstag, den 3. Juni,  
 nachmittags 2 Uhr, einen allgemein zugänglichen  
**Sparjamfeits-Vortrag**  
 von Frau Fachlehrerin Schmid in Bregenz.

1. Wie kleiden wir uns und unsere Kinder anständig, schön und billig.
2. Gründliche Erlernung des Schnittzeichnens aller einfachen und modernen Kleider und Wäsche auf leichteste Art.
3. Die Mädchen- und Knabenkleidung, sowie die modernen Schürzenschnitte.
4. Strumpfpreparatur mit passenden Schnitten.
5. Die chemische Reinigung aller Kleidungsstücke, Seide und Spitzen, sowie Stoffe mit den empfindlichsten Farben, Fleckenentfernung.
6. Reinigung der Wäsche mit wenig Geld und Mühe, oder das kleine Wäschewunder. 2461

Mitzubringen ist ein Bogen Packpapier und Bleistift.  
 Eintritt zur Deckung der Auslagen 8000 Kr.

Abb. 20: Ankündigung eines Vortrags zur zeitgemäßen Haushaltsführung

dies alles gegen geringes Entgelt. Diese Ausstattung nützte der Verein in altbewährter Manier: Des Öfteren wurden mehrwöchige Nähkurse abgehalten, zum einen solche, die der Herstellung von Kleidern dienten, zum anderen welche, in denen Weißwäsche entstand. Zur Verschönerung der eigenen vier Wände wurden in Kursen Lampenschirme und Teepuppen hergestellt.

Dornbirns deutschnationaler Frauenverein setzte also im Wesentlichen auf Altbekanntes. Daneben ventilierte er in dieser Phase eine neue Idee, die ihn, als realisiert, zum Vorreiter unter Vorarlbergs „blauen“ Frauenortsgruppen werden ließ: Turnkurse für Frauen und Mädchen.<sup>326</sup>

Dieser Plan trug durchaus Konfliktpotenzial in sich. Vorgänge Mitte der 1920er Jahre an der Dornbirner Realschule zeugen davon. Kritisiert wurde insbesondere, dass Mädchen der Realschule bei der sportlichen Betätigung im Freien vielfach Hosen trugen. Auf Drängen des Religionslehrers beschloss der Lehrkörper hierauf, den Schülerinnen das Turnen in Hosen zu untersagen.<sup>327</sup> Noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein sorgten „Mannweiber“, die sich sportlich betätigten, Fahrrad fahren oder Hosen trugen, für katholische Entrüstung.<sup>328</sup>

Dornbirns großdeutsche Frauenorganisation ließ sich davon nicht beirren. Ihrem Turnangebot für Mädchen und Frauen lag die Überzeugung zugrunde, dass Gesundheitspflege und Körpergymnastik unerlässliche Vorbedingungen zur Ertüchtigung des Volkes<sup>329</sup> seien. Die für Mädchen und Frauen getrennten Kurse umfassten Haltungs-, Lockerungs- und Dehnübungen. Auch rhythmische Übungen und Geräteübungen standen auf dem Programm. Die Leitung der Kurse lag in den Händen des akademischen Turnlehrers Theo Bildstein. Das Angebot, angenommen von 24 Mädchen und 15 Frauen, startete am 12. Jänner 1925. Geturnt wurde an jeweils zwei Abenden pro Woche in der Turnhalle des Turnvereins Dornbirn 1862.<sup>330</sup>

Am 27. April 1925 fand im Gasthaus Zum Kreuz die Jahreshauptversammlung des Deutschen Frauenvereins Dornbirn statt. Im Zuge dieser Veranstaltung teilte Dr. Anton Zumtobel den Frauen mit, ihnen bis zur Inbetriebnahme des Deutschen Hauses – zu der, wie wir heute wissen, es niemals kam – ein Heim zur Verfügung zu stellen.<sup>331</sup> Damit



gingen knapp zweieinhalb Jahre Heimlosigkeit, die die Frauenortsgruppe mit der Anmietung eines Raums im Gasthaus Schlossbräu überbrückt hatte, zu Ende. Der Deutsche Frauenverein Dornbirn war unter Vorarlbergs „blauen“ Frauenortsgruppen der einzige mit einer eigenen Heimstätte.<sup>332</sup>

Und dennoch: Die Mitgliederzahl sank. Der Deutsche Frauenverein Dornbirn, in der Spitze im Mai 1922 nahezu 700 Mitglieder stark<sup>333</sup> und Ende Mai 1924 mit noch immer 520 Anhängerinnen,<sup>334</sup> zählte Mitte 1927 nur mehr 350 Frauen.<sup>335</sup> Trotzdem blieb Dornbirns deutschnationale Frauenortsgruppe die zweitgrößte unter Vorarlbergs neun Mitte 1927 existierenden Frauenvereinen. Lediglich Bregenz gehörten mit 400 Frauen mehr Mitglieder an. Vorarlbergweit waren zu diesem Zeitpunkt 1.455 Frauen in großdeutschen Ortsgruppen organisiert.<sup>336</sup>

#### Der Deutsche Volksverein Dornbirn 1923 bis 1927

Mit der Unterzeichnung der Genfer Protokolle im Oktober 1922 und den daran geknüpften Bedingungen änderte sich für die Großdeutschen die politische Großwetterlage. Heftiger Gegenwind schlug ihnen entgegen, unter ihrer Anhängerschaft rumorte es. Gegenmaßnahmen, Mitglieder verstärkt an sich zu binden, etwa in Form von Serviceleistungen, setzte der Deutsche Volksverein Dornbirn dennoch nicht. Er bot weiterhin Altbekanntes. Die Weihnachtsfeier fand jährlich Anfang Jänner statt, die Deutschen Abende in unregelmäßigen Abständen. Bevorzugter Veranstaltungsort für die Festabende war der Saal des Mohren. Im Jänner 1923 enthielt die Einladung zu einem Deutschen Abend den Hinweis auf dessen gutgeheizte Räumlichkeiten.<sup>337</sup> Auch wenn sich die Energieversorgung im Vergleich zu den ersten Jahren nach dem Krieg entspannt hatte, war ein wohltemperierter Saal im Winter 1922/1923 noch nicht selbstverständlich und daher wert, hervorgehoben zu werden.

Musikalisch umrahmt wurden die Feiern vom Salonorchester der Gesellschaft der Musikfreunde unter der – wie es hieß – *vielgepriesenen Leitung* Xaver Westerops.<sup>338</sup> Der gemischte Chor des Liederkranzes Bludenz trug zudem Volkslieder vor. Geleitet wurde der Chor von Fachlehrer Franz Karl Geiger,<sup>339</sup> seines Zeichens Mitglied der Großdeutschen

Volkspartei und Anfang der 1920er Jahre Angehöriger der „blauen“ Reichsparteileitung.<sup>340</sup> Dornbirns großdeutscher Theaterverein gab im Zuge dieser Veranstaltungen den Einakter „Das Schwert des Damokles“<sup>341</sup> und ein Spiel in Versen, nämlich den „Vetter aus Bremen“, zum Besten. Bei Letzterem wurden insbesondere die schauspielerischen Leistungen von Gusti Rhomberg, Dr. Robert Wratzfeld und Willi Bertolini hervorgehoben.<sup>342</sup> Neben diesen Aufführungen lud der Dornbirner Theaterverein 1924 noch zum Schwank „Die Großstadtluft“ ein. Das Stück wurde viermal gespielt.<sup>343</sup>

Nebst zu Unterhaltensmem lud der Deutsche Volksverein Dornbirn in dieser Phase jährlich noch zu ein bis zwei öffentlich zugänglichen Vorträgen ein. Bestritten wurden sie mehrheitlich von auswärtigen Rednern. Die Palette an Themen reichte von der „Besetzung des Ruhrgebiets“, von ihnen als *französischer Raubkrieg* titulierte,<sup>344</sup> über „Unser Volk und die Schule“<sup>345</sup> bis hin zu „Das Schicksal der Deutschen in Südtirol und im Banat“.<sup>346</sup>

Anstrengungen, die darauf abzielten, die Zahl der Vorträge zu erhöhen, scheiterten. Stattdessen konzentrierte sich Dornbirns großdeutscher Männerverein 1925/1926 auf den – wie er es nannte – *inneren Ausbau der Ortsgruppe*. Ein konkretes Resultat dieser Arbeit bildete die neue Sprengelinteilung. Die Sprengel waren nunmehr kleiner und aus Sicht Dornbirns Großdeutscher in sich geschlossener. Davon versprachen sie sich wesentliche Vorteile bei der zukünftigen Werbe- und Wahlarbeit. Daneben führte der Verein noch eine Werbeaktion durch. Deren Resultat: 30 neue Mitglieder.<sup>347</sup>

Rund ein Jahr später, Mitte 1927, gehörtem dem Deutschen Volksverein in Vorarlbergs größter Stadt 210 oder 21,56 % aller im Land organisierten großdeutschen Männer an. Dornbirn war zu diesem Zeitpunkt die größte „blaue“ Männerortsgruppe Vorarlbergs. Ihr zahlenmäßig am nächsten kamen Lustenau mit 190 und Bregenz mit 170 organisierten Anhängern. Landesweit gehörten den elf „blauen“ Männervereinen 974 Mitglieder an. Insgesamt zählten Vorarlbergs großdeutsche Männer- und Frauenvereine 2.429 Mitglieder. Die Männer waren folglich deutlich in der Unterzahl – deren Anteil lag bei 40 %. Ähnlich das Bild

in Dornbirn: Hier stellten die Männer 37,50 % der 560 organisierten Parteigänger, die Frauen demnach 62,50 %.<sup>348</sup>

Obwohl die Frauen an den Wahlurnen ein konservativeres Stimmverhalten an den Tag legten als die Männer – sprich deutlich mehr als Männer für die Christlichsoziale Partei votierten –, bildeten sie die Mehrheit unter Vorarlbergs großdeutschen Mitgliedern. Führte das breitgefächerte wie zahlreiche Angebot des Frauenvereins bzw. dessen weitgehendes Fehlen auf Seiten des Deutschen Volksvereins Dornbirn zu diesen ungleichen Mitgliederzahlen? – Es liegt nahe.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass die großdeutsche Männerortsgruppe in dieser Phase einen gewichtigen Todesfall zu beklagen hatte: Rechtsanwalt Dr. Franz Josef Feierle verstarb am 10. Februar 1926. Er wurde 64 Jahre alt. Feierle hatte der Dornbirner Ortsgruppe von 1897 bis 1899 vorgestanden und dieses Amt nochmals von 1918 bis 1921 inne. In den folgenden zwei Jahren fungierte er als Stellvertreter von Obmann Hans Martin. Des Weiteren saß Feierle für die „Blauen“ 1918/1919 in der provisorischen Landesversammlung und war in dieser Zeit auch Landesrat. Dem Dornbirner Stadtrat gehörte er von 1910 bis 1924 an.<sup>349</sup> Dem nicht genug, wählte ihn die Vorarlberger Landespartei im September 1920 als einen von sechs Männern – unter ihnen auch Dr. Anton Zumtobel – in die großdeutsche Reichsparteileitung.<sup>350</sup>

#### Die Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft

Im Jahr 1925 ergab sich für die „Blauen“ eine relevante Veränderung. Diese betraf nicht die Dornbirner Ortsgruppe selbst, sondern mit der Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft einen großdeutschen Betrieb mit Schwerpunkt in Dornbirn. Grund für die Änderung war eine neue gesetzliche Bestimmung im Bereich des Gesellschaftsrechts. Diese sah vor, dass Gesellschaften mit beschränkter Haftung zukünftig körperschaftssteuerpflichtig sein würden. Die Bundesregierung reagierte damit auf schlecht fundierte Betriebe mit eben dieser Rechtsform, die in der Inflationszeit *allenthalben* entstanden waren.<sup>351</sup>

Um dieser Steuer zu entgehen, fasste das Unternehmen – es hatte zu diesem Zeitpunkt 150 Gesellschafter – den Entschluss, ihre bisherige

Gesellschaftsform zugunsten jener der Kommanditgesellschaft aufzugeben. Der nunmehr neuen Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft stellten sich Dr. Anton Zumtobel und der Lithograph Otto Albrich, beide aus Dornbirn, sowie der Leiter der Buchdruckerei in Bregenz, Albin Rusch, als persönlich haftende Gesellschafter zur Verfügung.<sup>352</sup>

Damit fanden zwölf Jahre, in denen der Betrieb als Gesellschaft m.b.H. existiert hatte, ihr Ende. Der Grundstein für die alte Rechtsform war 1913 gelegt worden. Bis dahin hatte die Finanzierung der „blauen“ Zeitung in erheblichem Maße von der finanziellen Freigiebigkeit von Parteifreunden, hauptsächlich der Dornbirner Industriellen, abgehängt.<sup>353</sup> Um die Gesellschaft m.b.H. mit genügend finanziellen Mitteln auszustatten, wurden in Dornbirn und Lustenau Anteilsscheine zum Erwerb angeboten – und das erfolgreich. In nur zwei Tagen war das anvisierte Kapital in Höhe von 25.000 Kronen zusammengebracht. Damit erwarben die Deutschnationalen am 24. November 1913 die Lustenauer Buchdruckerei Hans Acherer. Am 13. November 1914, also ein knappes Jahr nach dem Kauf der Buchdruckerei, kam es zur formellen Gründung der Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft m.b.H.. Deren Eintrag ins Handelsregister erfolgte am 23. März 1915. Die Geschäftsführung lag in den Händen von Alfred Wehner, Lustenau, sowie den beiden Dornbirnern Dr. Anton Zumtobel und Dr. Erwin Fußenegger. Nach dem Tod Fußeneggers am 6. August 1917 wurde Ludwig Wratzfeld, ebenfalls Dornbirn, in die Geschäftsführung gewählt. Ein weiterer Dornbirner, Dr. Franz Josef Feierle, stand dem am 16. Jänner 1916 gegründeten Aufsichtsrat als Obmann vor.

Bereits einige Monate davor, ab dem 3. Mai 1915, hatte die Gesellschaft damit begonnen, den Vorarlberger Volksfreund – den Vorgänger des Vorarlberger Tagblatt – selbst zu drucken. Am 3. Februar 1917 erwarb die Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft die Buchdruckerei Richter und Psotta in Bregenz. In weiterer Folge wurden noch die Lithographische Anstalt des Otto Albrich und die Buchhandlung Friedrich Rusch, beide in Dornbirn, gekauft.<sup>354</sup> 1923 waren in der Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft insgesamt 75 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.<sup>355</sup>



Abb. 21: Werbung für die Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft

Im Dezember 1925 wuchs das Unternehmen nochmals, indem es in Bregenz eine Buchhandlung eröffnete. Diese schrieb in den ersten beiden Jahren rote Zahlen. Diese Verluste und die Ende der 1920er Jahre einsetzende Wirtschaftskrise ließen die Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft von ihrer bis dahin an den Tag gelegten expansiven Unternehmenspolitik Abstand nehmen. Stattdessen beschränkte sie sich darauf, durch interne Umstrukturierungsmaßnahmen sowie Investitionen in neue technische Maschinen den Betrieb zu konsolidieren.<sup>356</sup>

Ob anfängliche Expansion oder spätere Konsolidierung – die Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft schuf über die Jahre hinweg jene solide wirtschaftliche Grundlage, auf der die völkische Presse im

Land fußte. So gelang es den „Blauen“, ihre Parteizeitung, das Vorarlberger Tagblatt, als *Waffe* – so mehrfach bezeichnet, unter anderem von Dr. Anton Zumtobel<sup>357</sup> – gegen den politischen Gegner zu etablieren. Die Auflage des Blatts schwankte, nachdem zu dessen Start 5.000 Stück gedruckt und gratis unters Volk gebracht worden waren, in den folgenden Jahren zwischen knapp 2.000 und 2.400 Exemplaren.<sup>358</sup> Da vor allem in großdeutschen Hochburgen, also Städten wie Dornbirn und großen Gemeinden, als Lektüre zur Hand genommen, soll die *beste österreichische Provinzzeitung*<sup>359</sup> dort sogar einen breiteren Leserkreis als die christlichsoziale und sozialdemokratische Presse aufgewiesen haben.<sup>360</sup>

Die Bedeutung der Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft beschränkte sich freilich nicht auf die Parteipresse. Auch im Bereich der Organisation kam ihr Relevanz zu. Mit Ausnahme des Gehalts für den Landesgeschäftsführer<sup>361</sup> trug das Unternehmen Anfang der 1920er Jahre sämtliche Kosten der Landesgeschäftsstelle. Dies ermöglichte es der Landesgeschäftsstelle, fortlaufend einen politischen Zettelkasten<sup>362</sup> zu führen und zu ergänzen, ihre Bibliothek aufzustocken sowie sechs Tageszeitungen und drei Wochenblätter anzubieten. Darüber hinaus beglich die Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft die Ausgaben, die der Landesgeschäftsstelle durch Drucksachen, Plakate und dergleichen mehr entstanden.<sup>363</sup>

#### Die Nationalratswahl 1927

Für die Großdeutschen stellte die Nationalratswahl im April 1927 eine große Herausforderung dar. In den letzten Jahren war ihnen rund die Hälfte ihrer Mitglieder verloren gegangen. Wie also bei der kommenden Wahl vorgehen? Um der Gefahr zu entkommen, ganz von der politischen Bildfläche zu verschwinden, gab es nur einen Ausweg: eine Wahlgemeinschaft. Bereits ein halbes Jahr vor dem Urnengang sprachen sich die Großdeutschen für die *nationale Einheitsfront*, also eine Kooperation von „Blauen“, Nationalsozialisten der Schulz-Richtung und Landbündlern, aus. Alleine, die „Grünen“ verweigerten sich dieser – womit die für Landesparteiobmann Zumtobel nächstliegende Konstellation, in den kommenden Wahlkampf zu ziehen,<sup>364</sup> schon früh ausgeschlossen war.

Hierauf forcierte die Wirtschaft<sup>365</sup> – auch in Vorarlberg<sup>366</sup> – eine alternative Wahlgemeinschaft, nämlich eine solche zwischen den bundespolitischen Koalitionären von Großdeutschen und Christlichsozialen. Die „schwarze“ Galionsfigur Seipel, seit 20. Oktober 1926 wieder Bundeskanzler, zeigte sich hierfür offen. Er strebte eine Wahlgemeinschaft aller antimarxistischen Parteien an. Diese Verbreiterung der Wählerbasis eröffnete den Christlichsozialen die Aussicht, die infolge von Bankenskandalen absehbaren massiven Stimmenverluste zu kompensieren.<sup>367</sup>

Die „blaue“ Reichspartei stand einer solchen Wahlgemeinschaft reserviert gegenüber. Noch deutlichere Vorbehalte gegenüber einer solchen Kooperation hatten einzelne ihrer Landesorganisationen.<sup>368</sup> Die Verhandlungen, da insbesondere auf Landesebene und in den Wahlkreisverbänden geführt,<sup>369</sup> erwiesen sich folglich als schwierig.<sup>370</sup>

Dies gilt auch für Vorarlberg. Zwar signalisierten die beiden christlichsozialen Verhandlungsführer – es waren dies Landeshauptmann Ender und Johann Mittelberger, Obmann der Christlichsozialen Partei Vorarlberg – ihrem großdeutschen Pendant Zumtobel, keine grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber der Einheitsliste zu haben. Auch zeigten sie sich gewillt, die „blaue“ Forderung nach dem vierten Mandat in Vorarlberg samt Ersatzmandat zu akzeptieren. Laut Zumtobel *unangenehm berührt* waren die beiden christlichsozialen Politiker allerdings ob der von ihm mit Nachdruck erhobenen Forderung nach einer Änderung des Landtagswahlrechts. Statt Vorarlberg bei Landtagswahlen in drei Wahlbezirke zu unterteilen, sollte das Land – gleich wie bei Nationalratswahlen – einem Wahlkreis entsprechen. Einer der Profiteure einer solchen Neuregelung – mit großer Wahrscheinlichkeit die „Blauen“ selbst. Sie durften bei der kommenden Landtagswahl mit einem Mandatzugewinn rechnen. Aus großdeutscher Sicht war das nur billig, da Kompensation für das durch die Einheitsliste Erwartbare. So ließ sich absehen, dass die Einheitsliste einem Teil der großdeutschen Anhängerschaft, insbesondere den *radikal-freiheitlichen Elementen*, nur schwer bis gar nicht vermittelbar sein würde. Unruhe innerhalb der Partei schien vorprogrammiert, negative Folgen über den anstehenden Wahlgang hinaus konnten nicht ausgeschlossen werden.

**Dornbirner! Achtung!** Heute abends 8 Uhr spricht der großdeutsche Wahlwerber **Direktor Wehner** im **Mohrensaale**.

Die Wahlpflicht bringt auch die Pflicht mit sich, sich darüber zu unterrichten, worum es bei den nächsten Wahlen geht. Kommt daher und hört unseren Wahlwerber!

Die Entscheidung pro Einheitsliste fiel am 26. März 1927. Der Großdeutschen Volkspartei kam – hier ihrer Forderung entsprechend – das vierte Mandat und dessen Ersatzmandat, sprich die achte Stelle auf der Kandidatenliste, zu.<sup>371</sup> Die Wahlrechtsänderung – von ihnen noch Anfang des Monats zur unabdingbaren Voraussetzung für ihre Zustimmung erklärt – vermochten die Großdeutschen dagegen nicht durchzusetzen. Später schlossen sich noch die Schulz'schen Nationalsozialisten dem Wahlbündnis von Christlichsozialen und Großdeutschen an.<sup>372</sup>

Den Auftakt zur „heißen Phase“ des großdeutschen Wahlkampfes bildete der Landesparteitag. Dieser ging am 30. März 1927 im Gasthaus Weißes Kreuz in Dornbirn über die Bühne. Nachdem der ehemalige Nationalratsabgeordnete Karl Bösch eine abermalige Kandidatur für das Hohe Haus abgelehnt hatte, stellte sich sein Lustenauer Parteikollege Alfred Wehner zur Wahl. Obwohl offenkundig umstritten, kürten ihn die Delegierten letztlich zum großdeutschen Spitzenkandidaten,<sup>373</sup> heißt Viertgereihten auf der Vorarlberger Einheitsliste. Damit hatte Lustenau, das die drittgrößte „blaue“ Ortspartei des Landes aufwies, abermals von der Rivalität zwischen Dornbirn und Bregenz profitiert. Dornbirn stellte diesmal keinen Kandidaten. Dessen ungeachtet traten auch diesmal Dornbirner als Wahlredner in Erscheinung. Auf den großen Wählerversammlungen in Dornbirn – drei an der Zahl – gab sich einmal Spitzenkandidat Wehner die Ehre, zweimal trat Dr. Anton Zumtobel auf. Die Veranstaltungen fanden im Gasthaus Hirschen in Haselstauden, im Hatlerdorfer Gasthaus Löwen und im Saal des Mohren statt. Die vier sogenannten Plauderabende bestritten dagegen ausschließlich Lokalmatadore, namentlich Dr. Anton Zumtobel, Dr. Erich Feierle und Hans Martin.<sup>374</sup> Redner aus anderen Bundesländern, gar aus dem Ausland, kamen diesmal nicht zum Einsatz.

Im Wahlkampf versuchten die Großdeutschen ein ums andere Mal, der negativen Stimmung entgegenzuwirken, die der Abschluss der



Einheitsliste unter der eigenen Klientel hervorgerufen hatte. Hierfür bemühten sie sich, ihre Anhänger von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieser Übereinkunft zu überzeugen.<sup>375</sup> Auch die Dornbirner Plauderabende thematisierten den Zweck der Einheitsliste.<sup>376</sup>

Neben dem Mobilisierungsgrad der eigenen Parteigänger gab es aus „blauer“ Sicht nur mehr ein ernstzunehmendes Kriterium, das über die Vergabe des vierten Mandats in Vorarlberg entschied: das Abschneiden der Sozialdemokratie. Dementsprechend richteten sich die großdeutschen Angriffe fast ausschließlich gegen die „Roten“ – und fielen heftig aus. Die Wahl wurde zur weltanschaulichen Entscheidungsschlacht, quasi zu einer Entscheidung zwischen Gut und Böse,<sup>377</sup> zwischen einem unter der bisherigen Koalition prosperierenden Österreich und einem durch sozialdemokratische Herrschaft ruinierten Land hochstilisiert. Auch versuchten die Großdeutschen im „roten“ Wählerreservoir zu fischen. Zu diesem Zweck strichen sie die Verdienste der Regierung um das Kleinrentengesetz sowie die Alters- und Invaliditätsversicherung heraus.<sup>378</sup>

Die drei anderen Parteien, die in Vorarlberg zur Wahl 1927 antraten – es waren das der Landbund für Österreich, der Völkisch-soziale Block<sup>379</sup> und der Ude-Verband –, schienen den Großdeutschen dagegen kaum eine Erwähnung wert. Sie bedachten diese Kontrahenten lediglich mit dem Etikett „Splittergruppe“ und verwiesen auf deren Chancenlosigkeit hinsichtlich eines Mandatsgewinns.<sup>380</sup>

Beim Landbund für Österreich nährten zwei Punkte die großdeutsche Annahme: Der Urnengang fand keine drei Monate nach der vermeintlichen Auflösung des Vorarlberger Landesbundes im Jänner 1927 statt. Die Zeit, sich von einem solchen Schlag zu erholen, war folglich kurz bemessen. Zudem fehlte den „Grünen“, anders als bei vorigen Wahlgängen, die Unterstützung vonseiten der organisierten Hausbesitzer. Stattdessen forderte die Vorarlberger Landesorganisation des Reichsbundes der Haus- und Grundbesitzer Österreichs ihre Mitglieder zu einer Stimmabgabe zugunsten der Einheitsliste auf.

Dieser Aufruf fand allerdings nicht ungeteilte Akzeptanz. In Dornbirn wehrte sich Landbund-Ortsgruppenobmann Johann Rick dagegen, indem er von Haus zu Haus ging, Landbund-Stimmzettel verteilte

und zu dessen Wahl aufrief. Die Aktivitäten Ricks blieben nicht unkommentiert. Der Deutsche Volksverein Dornbirn veröffentlichte daraufhin im Gemeindeblatt eine Erklärung von Heinrich Markus Mäser, seines Zeichens Obmann des örtlichen Haus- und Grundbesitzervereins. Darin stellte Mäser, selbst Landbund-Mitglied,<sup>381</sup> klar, dass Rick nicht im Auftrag des Hausbesitzervereins, sondern selbsterherrlich handle. Allerdings, so Mäser weiter, könne man ihm diese Werbetätigkeit auch nicht verbieten, da sowohl die Einheitsliste als auch der Landbund bürgerliche Parteien seien. Dornbirns großdeutscher Männerverein fügte dem noch die Warnung vor einer Stimmenzersplitterung hinzu.<sup>382</sup>

Am Wahltag, dem 24. April 1927, richteten die Dornbirner Großdeutschen ihre obligaten Wahlagitationslokale ein. Was deren Anhänger dort nach Auszählung der Stimmen zu hören bekamen war ernüchternd. Die Einheitsliste kam in Vorarlberg auf 71,87 % der gültigen Stimmen. Damit verpasste die Wahlgemeinschaft den Gewinn des von den Großdeutschen erhofften und den Christlichsozialen erwarteten vierten Mandats.<sup>383</sup> Die Bereitschaft der Vorarlberger „Blauen“, in die ungeliebte Wahlgemeinschaft einzuwilligen, hatte sich damit nicht bezahlt gemacht. Sie blieben eine weitere Legislaturperiode ohne eigenen Nationalratsabgeordneten.

Auch in Dornbirn blieb die Einheitsliste – allerdings nur geringfügig – hinter den von den beiden Parteien 1923 erzielten Einzelergebnissen zurück. Während Christlichsoziale und Großdeutsche damals 67,25 % der Stimmen erhalten hatten, erzielte die Einheitsliste 66,49 %. Die Sozialdemokraten konnten hingegen zulegen. Sie, die 1923 in Dornbirn auf einen Stimmenanteil von 27,09 % gekommen waren, holten nun 30,02 %. Deren Plus, obwohl mit 2,93 % bereits beachtlich, lag aber unter dem landesweiten Durchschnitt. Vorarlbergweit vermochte die Sozialdemokratie ihr Ergebnis der Nationalratswahl 1923 um 4,09 % zu toppen. Neu kam sie auf 22,23 % – ihr Allzeithoch im „Ländle“ der Zwischenkriegszeit. Damit gewannen die Vorarlberger „Roten“ erneut ein Mandat, diesmal aber wieder, anders als 1923, ein Direktmandat.

Das unerwartet schwache Resultat der Einheitsliste war aber nicht nur dem starken Abschneiden der Sozialdemokraten geschuldet.

Daneben fuhr auch der Landbund ein bemerkenswert gutes Ergebnis ein. Während die Resultate des Ude-Verbandes und des Völkisch-sozialen Blocks dem Vorausgesagten entsprachen, sprich im Zehntelprozentbereich lagen, kamen die bereits totgesagten „Grünen“ auf 4,52 %. Die von den Großdeutschen vor der Wahl angestellte Rechnung, die 1923 für den Landbund abgegebenen Stimmen würden nunmehr der Einheitsliste zugutekommen, erwies sich damit als falsch.

Und schließlich: In Vorarlberg gab es 3,03 % leere und ungültige Stimmzettel. Dieser Wert lag über jedem anderen Wahlkreis Österreichs – ein Indikator für die bescheidene Zugkraft der Einheitsliste im „Ländle“.<sup>384</sup>

Das Ergebnis der Nationalratswahl 1927 bestätigte Dr. Anton Zumtobels Befürchtung aus dem Jahr 1923, wonach ein Teil der eigenen Anhänger die Kooperation mit der Christlichsozialen Partei mit einer ungültigen Stimmabgabe quittieren würde.<sup>385</sup> Neben den Vorbehalten gegenüber der Einheitsliste trug auch die geringe Zugkraft des großdeutschen Spitzenkandidaten – die Christlichsozialen nannten Wehner einen *Missgriff*<sup>386</sup> – zum schwachen Abschneiden der Einheitsliste bei.

Günstiger stellte sich die Situation für die Großdeutsche Volkspartei bundesweit dar. Bisher mit zehn Abgeordneten im Parlament vertreten, fielen den Großdeutschen diesmal zwölf Mandate zu. Für eine Partei, die in den vergangenen fünf Jahren bundesweit zirka 54 % ihrer organisierten Anhänger verloren hatte,<sup>387</sup> ein achtbares Ergebnis – und ohne die Einheitsliste nicht zu erzielen. Großer Verlierer dieses Urnengangs war die Christlichsoziale Partei. Sie blieb zwar mit 73 Parlamentsitzen knapp stärkste Kraft, hatte aber 9 Mandate verloren. Mit diesem Ausgang der Wahl verfügte die christlichsozial-großdeutsche Koalition über eine deutlich schwächere Majorität im Parlament, nämlich 85 von 165 Sitzen, als noch während der letzten Legislaturperiode. Ob dies ausreichen würde, die Regierung auf Dauer handlungsfähig zu halten, schien nicht sicher und Seipel auch keinen Versuch wert. Nur wenige Tage nach der Wahl gelang es ihm, den Landbund – dieser hatte davor über Jahre hinweg zum Teil scharfe Oppositionspolitik betrieben und stellte nun neun Mandatare – mit Zugeständnissen im agrarpolitischen Bereich zu einem Eintritt in die Regierung zu bewegen.<sup>388</sup>

## Eine Phase der Konsolidierung – die Jahre 1928 bis 1930

### Die Landtagswahl 1928

Gleich dem XI. sollte auch der XII. Landtag nicht die an sich vorgesehenen fünf Jahre bestehen. Statt der vollen Gesetzgebungsperiode war ihm diesmal eine „Lebensdauer“ von knapp viereinhalb Jahren beschieden. Die Großdeutschen bemühten sich sogleich in Person ihres Landesparteiobmanns Zumtobel um eine deutschnationale Wahlgemeinschaft. Er verhandelte mit Nationalsozialisten und Landbündlern *bis zum letzten Augenblicke*. Insbesondere beim Schulz-Flügel der NSDAP gab es ermutigende Signale, da deren Bludenzer Fraktion einer gemeinsamen Kandidatur aufgeschlossen gegenüberstand. Der Bregenzer Flügel lehnte selbige dagegen ab – und setzte sich am Ende durch.<sup>389</sup> Damit war Zumtobels Bemühungen um eine Wahlgemeinschaft ein weiteres Mal kein Erfolg beschieden. Sowohl Schulz-Nationalsozialisten als auch Landbündler traten eigenständig zur Wahl an. Die Hitler-Bewegung sah dagegen von einer eigenen Kandidatur und Wahlempfehlung ab.<sup>390</sup>

Vorarlbergs „Blaue“ bestritten somit abermals solo die Landtagswahl. Derart sollte es kein Problem sein, eine Wahlwerberliste zu erstellen – könnte man meinen. Weit gefehlt. Friktionsfrei verlief die Kandidatenkür nur in den Wahlbezirken Feldkirch und Bludenz. In Feldkirch nahm erneut Dr. Anton Zumtobel die Spitzenposition ein. Angesichts der massiv rückläufigen Mitgliederzahlen der vergangenen Jahre bot vermeintlich nur diese erste Position im Bezirk Aussicht, in den Landtag einzuziehen. Der Rest waren Zählkandidaten, unter ihnen der Dornbirner Adolf Hemrich als Neuntgereihter.

Im Wahlbezirk Bregenz kam es ob der Wahlwerberliste dagegen zu einem massiven Konflikt. Dieser entzündete sich an der Frage, ob die dortige Spitzenposition wieder Franz Natter zukommen sollte. Größter Gegner einer Wiederkandidatur des Landtagsvizepräsidenten war niemand geringerer als Landesparteiobmann Zumtobel. Der Dornbirner, auch schon in früheren Jahren Widersacher von Franz Natter, warf diesem vor, sein Mandat *über gute Sitten hinaus behalten zu wollen und in einer gewissen Abhängigkeit von den Christlichsozialen zu stehen*.<sup>391</sup>

Zumtobel legte sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale, indem er seinen Verbleib als Obmann der großdeutschen Landesorganisation von einem Wechsel an der Spitze der Bregenzer Wahlwerberliste abhängig gemacht haben soll. Diese Rücktrittsdrohung dürfte den Ausschlag gegeben haben. Die entscheidende Abstimmung der Bregenzer Ortsgruppe brachte eine Mehrheit von drei Stimmen gegen eine nochmalige Spitzenkandidatur Natters.<sup>392</sup> Zumtobel hatte sich durchgesetzt. Neuer Spitzenkandidat wurde Professor Eugen Sohm.

Insgesamt umfassten die großdeutschen Kandidatenlisten für die drei Wahlbezirke 27 Personen. Nur mehr zwei waren weiblichen Geschlechts, keine davon aus Dornbirn. Bei der vorigen Landtagswahl hatten die „Blauen“ vier Frauen aufgeboten gehabt. Dennoch blieben sie die Partei mit der größten Frauenpräsenz, da die Sozialdemokraten wiederum nur eine weibliche Kandidatin aufstellten und Christlichsoziale, Landbund und Schulz-Nationalsozialisten gänzlich auf Frauen verzichteten.

Gleich der Kandidatenreihung ging auch die Suche Vorarlbergs Großdeutscher nach Wahlrednern nicht problemlos vonstatten. Die überwiegende Zahl ihrer Versuche, Mitglieder für Wahlkampfauftritte zu gewinnen, scheiterte. Von der Aufbruchsstimmung kurz nach dem Krieg mit bis zu 20 „blauen“ Rednern war nichts geblieben. Stattdessen fanden sich diesmal nur noch sechs Vorarlberger Großdeutsche dazu bereit, eine solche Aufgabe zu übernehmen. Der einzige Dornbirner unter ihnen: Dr. Anton Zumtobel.

Unterstützung durch Wahlkampfredner aus anderen Bundesländern tat damit dringend not. Folglich wandte sich Zumtobel Ende Februar 1928 an die großdeutsche Reichsparteileitung. Sein Anliegen war konkret – zwei Redner mit Auftritten vom 10. bis 16. März, also im Wahlkampffinale.<sup>393</sup> Stattdessen wurde es einer, nämlich Dr. Sepp Straffner.<sup>394</sup> Mit sechs Auftritten von diesem unterstützt, kamen Vorarlbergs Großdeutsche insgesamt auf knapp 30 Wahlveranstaltungen. In Dornbirn wurde nur eine davon abgehalten. Sie fand im Mohren-Saal statt und wurde von Dr. Anton Zumtobel und Schriftleiter Dietrich bestritten.<sup>395</sup> Zum Vergleich: Der viel kleinere Schulz-Flügel der NSDAP lud in Dorn-

birn zu drei Versammlungen ein.<sup>396</sup>

Auch wenn die Christlichsozialen der Großdeutschen Volkspartei schon einmal vorhielten, *Ausläufer des alten Liberalismus* und Vertreterin eines *einseitigen Kapitalismus* zu sein und in gesellschaftspolitischen Fragen *immer an der Seite der Sozialdemokratie* zu marschieren<sup>397</sup> – von einem intensiven oder gar aggressiven Wahlkampf der „Schwarzen“ gegen die Großdeutschen kann keine Rede sein. Vielmehr verwendeten die Christlichsozialen ihren Wahlkampf, um gegen den Landbund Stimmung zu machen.

Für die Großdeutschen ergab sich damit eine günstige Konstellation, war doch das Hauptangriffsziel ihres Wahlkampfs, die „Schwarzen“, anderweitig beschäftigt. Der Grund für die Hauptstoßrichtung der „Blauen“: die zwischen ihnen und der Christlichsozialen Partei abgeschlossene Einheitsliste anlässlich der Nationalratswahl 1927. Die Großdeutschen fürchteten, dass alleine die Erinnerung an diese *schwere Belastung* ausreichen würde, nicht wenige der ihnen ansonsten Wohlgesonnenen von einem Votum zu ihren Gunsten abzuhalten. Daher galt es, sich möglichst deutlich abzugrenzen.

Das „blaue“ Hauptangriffsziel bildete der Vorarlberger Landeshaushalt. Landeshauptmann Ender hatte zum Wahlkampfauftakt seiner Christlichsozialen Partei das Budget des Landes zum einzig geordneten von ganz Österreich erklärt.<sup>398</sup> Sozialdemokraten,<sup>399</sup> Landbund<sup>400</sup> und Großdeutsche, also die Minderheitsparteien des Vorarlberger Landtags, sahen das anders. Die „Blauen“ kritisierten insbesondere den Überschuss im Landeshaushalt. Für sie war dieser nicht Ausdruck einer guten Landesverwaltung, sondern Ergebnis einer zu hohen Steuerbelastung.<sup>401</sup> Dem galt es aus großdeutscher Sicht dringend ein Ende zu setzen. Einsparungen bei der Verwaltung sollten eine Steuerentlastung möglich machen.<sup>402</sup> Konkrete Vorschläge hierzu blieben sie aber schuldig.

Nebst der zu hohen Steuerlast galt den Großdeutschen die Abgabenteilung als Grund für den Überschuss des Landeshaushalts. Dem Land komme zu viel, den Gemeinden zu wenig zu. Daher würde Ersteres im Überfluss leben, wohingegen Zweitere vor sich hinzudarben hätten. Auf diese Weise versuchten die „Blauen“, die Wählerschaft von einer

gewaltigen Kluft zwischen den christlichsozialen Landespolitikern auf der einen und dem „gemeinen“ Gemeindevolk auf der anderen Seite zu überzeugen. Sie selbst inszenierten die Großdeutschen im Gegensatz dazu als Anwalt des „kleinen Mannes“, indem sie sich für eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden einsetzten. Damit traten sie für eine pekuniäre Besserstellung gerade jener Verwaltungseinheit ein, in der sie weit mehr als auf Landesebene Einfluss besaßen – Eigentum war also auch eine Triebfeder ihres Einsatzes.

Dem Wahlkampf gegen die „Roten“ räumten die Großdeutschen vergleichsweise wenig Platz ein. Und wenn doch, führten sie den Justizpalastbrand gegen den politischen Kontrahenten ins Feld. Im Schein dieses Brandes wurde die Sozialdemokratie als *Partei des Terrors* stigmatisiert<sup>405</sup> und ihr *Methoden der Brandstiftung und Verwüstung* zugeschrieben. Gegenüber den beiden kleineren Parteien, dem Landbund und der NSDAP um Schulz, griffen die „Blauen“ auf ihre Taktik von der Nationalratswahl 1927 zurück. Sie erklärten sie für chancenlos, wodurch eine Stimme zu deren Gunsten einer verlorenen Stimme gleichkäme.<sup>406</sup>

Am Abend des Wahltags, dem 18. März 1928, versammelten sich die Dornbirner Großdeutschen im Hotel Mohren.<sup>407</sup> Dort erfuhren sie, dass landesweit 6.749 Personen für ihre Partei votiert hatten. Dies entspricht einem Anteil von 8,85 %. Damit blieb sie um 0,27 % hinter ihrem Ergebnis der vorangegangenen Landtagswahl zurück – angesichts einiger hundert Mitglieder weniger, die Vorarlbergs großdeutsche Landesorganisation im Frühjahr 1928 im Vergleich zum Herbst 1923 aufwies, ein ansprechendes Resultat. Und dennoch: Die „Blauen“ verloren ein Mandat. Neu verfügten sie nur mehr über einen Sitz im Vorarlberger Landtag.

Als deutlich günstiger erwies sich die Wahlarithmetik für die Christlichsozialen. Sie, die gegenüber der Landtagswahl 1923 ein empfindliches Minus in der Höhe von 4,26 % hinzunehmen hatten, errangen mit einem Stimmanteil von 59,46 % erneut 70 % der Mandate, nämlich deren 21. Wahlgewinner waren freilich andere, insbesondere der Landbund. Auf ihn entfielen 9,62 % der gültig abgegebenen Stimmen. Diese bescherten ihm wiederum zwei Mandate und ließen ihn von einem *durchschlagenden Wahlerfolg* sprechen,<sup>408</sup> angesichts einer mehr als Ver-



Abb. 23:  
Das Hotel Mohren  
war ein traditioneller  
Versammlungsort  
für die Dornbirner  
Großdeutschen

doppelung der Stimmen und einem Plus von 5,10 % gegenüber der nur elf Monate davor abgehaltenen Nationalratswahl verständlich. Auch die erst kurz vor dem Urnengang erfolgte Reorganisation des Landbunds<sup>409</sup> und dessen schwierige Finanzlage ließen dieses Abschneiden zur Überraschung werden. Damit stand fest: Der christlichsoziale Versuch, den Landbund mit Hilfe einer vorgezogenen Wahl kleinzuhalten, womöglich sogar aus dem Landtag zu expedieren, war fehlgeschlagen.

Ein starkes Ergebnis fuhr auch die Sozialdemokratie ein. Sie kam auf 21,07 %. Die „Roten“ blieben zwar um 1,16 % hinter ihrem Resultat von der Nationalratswahl 1927 zurück, eroberten damit, bis dahin mit jeweils fünf Abgeordneten im Landtag vertreten, aber ein sechstes Mandat. Die Schulz'schen Nationalsozialisten schließlich erhielten genau 1 % aller gültig abgegebenen Stimmen – und zeigten sich, von wenigen Teilergebnissen wie Bregenz und Dornbirn abgesehen, zufrieden.<sup>410</sup> Immer-



hin war es ihnen gelungen, das Ergebnis der mit ihnen rivalisierenden Hitler-Nationalsozialisten von der Nationalratswahl 1927 um 0,46 % zu überbieten.

Jetzt nochmals zum Abschneiden der Großdeutschen: Deren Mandatsstand hatte sich – und das nicht unerwartet – halbiert. Landesparteiobmann Zumtobel galt das „blaue“ Mandat im Wahlbezirk Bregenz aufgrund der Turbulenzen um die dortige Spitzenkandidatur bereits vor dem Urnengang als gefährdet.<sup>411</sup> Letztlich verfehlten sie das Mandat um über 360 Stimmen.

Für die Großdeutschen deutlich besser, ja sogar unvermutet gut, fiel das Ergebnis im Wahlbezirk Feldkirch aus. Im Vergleich zur vorigen Landtagswahl verzeichneten sie dort ein Plus von 0,83 %. Hauptverantwortlich hierfür war Lustenau, wo sie um 4,30 % auf nunmehr 32,24 % zulegen. Insbesondere dank dieses Resultats kamen sie dem Gewinn eines zweiten Mandats im Wahlbezirk Feldkirch bis auf knapp 130 Stimmen nahe. Aufgrund dessen haderte Zumtobel damit, die großdeutschen Anstrengungen nicht auf diesen Bezirk konzentriert zu haben.<sup>412</sup> In deutlich geringerem Maße als Lustenau trug das Dornbirner Resultat zu diesem Beinahe-Gewinn des zweiten Mandats bei. Die Großdeutsche Volkspartei kam in Dornbirn auf 11,72 %, gegenüber der Landtagswahl 1923 ein Minus von 0,75 %. Mit diesem Resultat blieb sie minimal, nämlich 0,01 %, unter ihrem Feldkircher Bezirksergebnis – angesichts der Tatsache, mit 560 Mitgliedern über die zweitgrößte „blaue“ Ortspartei des Landes zu verfügen, bemerkenswert. Bei den vorigen beiden Landtagswahlen hatten sie dieses Bezirksergebnis in der Stadt Dornbirn jeweils zu toppen vermocht, 1919 um 5,99 %, 1923 um 1,57 %. Mit ihrem bescheidenen Wahlkampf entwickelten die Großdeutschen in der größten Stadt Vorarlbergs kaum Zugkraft über die eigenen Parteimitglieder hinaus. Nur rund 500 Dornbirner ohne großdeutsche Parteizugehörigkeit votierten für sie. Damit rächte es sich, dass sich mit Zumtobel nur ein Lokalmatador als Redner zur Verfügung gestellt hatte. Derart trugen Dornbirns „Blaue“, selbst in Person Dr. Anton Zumtobels ein weiteres Mal im Landtag vertreten, mit zum Verfehlen des zweiten Mandats im Wahlbezirk Feldkirch bei.

Mag der Verlust eines der beiden Landtagssitze Zumtobel in seiner Funktion als großdeutscher Landesparteiobmann unzufrieden zurückgelassen haben, als Landtagsabgeordneter konnte er dem durchaus Positives abgewinnen. Als solcher begrüßte er es, auf keinen in einem *Abhängigkeitsverhältnis stehenden Kollegen* – gemeint war Franz Natter und seine Nähe zu den Christlichsozialen – mehr Rücksicht nehmen zu müssen und deshalb *vollkommen frei* agieren zu können.<sup>413</sup> Wer nun meinte, den großdeutschen Mandatar würde dies animieren, im Landtag vermehrt das Wort zu ergreifen, sah sich getäuscht. Statt mehr Auftritten wurden es weniger. In rund vier Jahren Vorarlberger Landtag kam er auf keine 20 Wortmeldungen mehr. Zumtobel bat dafür bei der großdeutschen Wählerschaft um Verständnis. Dazu führte er aus, dass die Entscheidungen zum Großteil in den Unterausschüssen des Landtages getroffen würden, *wo die christlichsoziale Mehrheit doch der oder jener unserer Forderungen und Anregungen folgen zu können glaubt – weil es niemand sieht und hört*.<sup>414</sup> Die Debatten im Landtag seien dagegen in den *allermeisten Fällen* nur mehr eine *aussichtslose Demonstration*. In der überwiegenden Zahl seiner Auftritte nahm Zumtobel zu Fragen der Wirtschaft und des Landeshaushalts Stellung.<sup>415</sup>

#### Die Gemeinderatswahl 1929

Wie schon anlässlich der Gemeinderatswahl 1924 strebten die Großdeutschen auch fünf Jahre später deutschnationale Wahlgemeinschaften an. War der Kooperationswille 1924 insbesondere durch die mit der Genfer Anleihe einsetzende großdeutsche Krise mit seinem massiven Mitgliederschwund befeuert worden, dürften sie 1929 – wie schon bei den National- und Landtagswahlen der beiden vorangegangenen Jahre – organisatorische Defizite hierzu veranlasst haben. Zum Hintergrund: Im Herbst 1926 entschlossen sich Vorarlbergs „Blaue“, auf einen Landesgeschäftsführer zu verzichten. Hugo Grahammer, seit Mai 1925 nicht mehr in Dornbirns Schillerstraße 4, sondern in der Marktstraße 8 tätig, wurde entlassen. Dr. Anton Zumtobel begründete diesen Schritt mit Einsparungsmöglichkeiten und der fehlenden Notwendigkeit eines Geschäftsführers für eine so kleine Organisationseinheit wie Vorarlberg.

Weit plausibler ist allerdings, dass sich Vorarlbergs Großdeutsche mit Hilfe dieses Vorwands eines unliebsamen Fremdkörpers entledigten. Die bis dahin vom Landesgeschäftsführer erledigten Geschäfte übernahm fortan Landesparteiobmann Zumtobel. Diese Lösung erwies sich aber auf Dauer als ungeeignet. Darauf reagierte die Großdeutsche Volkspartei Vorarlberg Mitte 1928 mit der Ankündigung, in der *nächsten Zeit* Bezirkssekretäre zu bestellen. Dies der Stand zur Zeit der Gemeinderatswahl 1929. Inwieweit diese Vorhersage umgesetzt wurde, muss unbeantwortet bleiben. Klar ist aber: Die Unzufriedenheit blieb. Folglich griffen die Vorarlberger „Blauen“ – die Gemeinderatswahl 1929 war längst geschlagen – in der zweiten Jahreshälfte 1930 wieder auf die Dienste eines Landesgeschäftsführers zurück, um deren Organisation schlagkräftiger zu machen.<sup>416</sup>

Nun zurück zur Gemeinderatswahl 1929 und dem großdeutschen Willen, mit deutschnationalen Gruppierungen Wahlgemeinschaften zu bilden. Die Hitler-Getreuen nahmen sich hierbei aus dem Rennen. Am 21. Jänner 1929 erklärten sie, am bevorstehenden Urnengang *desinteressiert* zu sein und ihren Anhängern die Wahl freizugeben.<sup>417</sup> Aufgeschlossen gegenüber einer solchen Kooperation zeigte sich dagegen die nationalsozialistische Gruppe um Schulz. Sie, von der Hitler-Bewegung in die Defensive gedrängt, versuchte auf diese Weise nochmals, mit einem politischen Lebenszeichen auf sich aufmerksam zu machen. Hierfür rief sie ihre Ortsgruppen zur Einigung mit den „Blauen“ auf.<sup>418</sup> Die Verhandlungen auf Gemeindeebene erwiesen sich aber als schwierig – und scheiterten mehrfach,<sup>419</sup> so auch in Dornbirn. Hier endeten diese Gespräche gar in einem groben Zerwürfnis. Die Schulz-Nationalsozialisten warfen den Großdeutschen vor, die Einigungsverhandlungen verzögert zu haben. Dadurch hätten sie nach dem Scheitern der Gespräche zu wenig Zeit gehabt, eine eigene Kandidatenliste zu erstellen und damit zur Wahl anzutreten. Dornbirns „Blaue“ widersprachen zwar öffentlich dieser Darstellung,<sup>420</sup> vermochten die Wogen aber nicht zu glätten. Johann Brodmann, Anfang der 1920er Jahre Ausschussmitglied des Deutschen Volksvereins Dornbirn und nun Obmann der Dornbirner Schulz-Nationalsozialisten, forderte hierauf – sehr zum Unmut der Großdeutschen –

mit einem Plakat zur Wahl der Christlichsozialen auf.<sup>421</sup>

Deutlich offener gegenüber Wahlgemeinschaften mit den „Blauen“ als in den vergangenen Jahren zeigte sich diesmal der Landbund. Dafür gab es mehrere Gründe. Die koalitionäre Zusammenarbeit der beiden Parteien auf Bundesebene trug ebenso dazu bei wie das stärker deutschnationale Gepräge des „neuen“ Vorarlberger Landbundes. Und schließlich: Dem Landbund fehlte es schlicht und einfach an Geld. Das veranlasste ihn Ende 1928, das Landessekretariat aufzulösen. Das wiederum hatte eine wesentliche Beschränkung seiner organisatorischen Möglichkeiten zur Folge.<sup>422</sup> Vor diesem Hintergrund einigten sich Großdeutsche und Landbündler – 1924 nur in zwei Orten gemeinsam angetreten – in fünf Gemeinden, vereint zu kandidieren. Unter diesen befand sich Dornbirn.<sup>423</sup>

Die Dornbirner Gemeindevertretung hatte in den fünf Jahren seit der letzten Gemeinderatswahl 95 % der Anträge einstimmig angenommen. Ein wesentlicher Grund hierfür waren die finanziellen Sachzwänge, denen die Entscheidungen unterlagen. Dennoch galt Bürgermeister Josef Rüf, er ein Christlichsozialer, dieser Lager übergreifende Konsens als Befund für selten gute Zusammenarbeit.<sup>424</sup> Einem ruhigen Wahlkampf stand damit nichts im Wege. Nichts? – Doch, die großdeutschen Vorbehalte gegenüber den Christlichsozialen. Die Vorarlberger „Blauen“ befanden sich zu dieser Zeit auf Konfrontationskurs zur Christlichsozialen Partei. Die Koalition mit den „Schwarzen“ auf Bundesebene bedachten sie mit scharfen Vorwürfen.<sup>425</sup> Zudem stießen sie sich am Verhalten der Vorarlberger Christlichsozialen. Deswegen baten die „Ländle“-Großdeutschen offenkundig ihre Reichspartei, die „Vorarlberger Verhältnisse“ auf höchster Ebene zu thematisieren. Diese Gespräche wurden zwar in Aussicht gestellt, allerdings wegen der Gemeinderatswahl auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Darin wollte Landesparteiobmann Zumtobel – öffentlich geäußert im Zuge einer Wahlveranstaltung in Dornbirn – den Beweis sehen, *dass unsere Klerikalen doch noch von Wien aus die Erlaubnis haben, während der Gemeindewahlen die Großdeutschen unter Mißbrauch von Kanzel und Druckerschwärze zu verunglimpfen.*<sup>426</sup> Nach Ansicht der „Blauen“ nützten Vorarlbergs Christlichso-

ziale diesen Blankoscheck weidlich aus, indem sie einen *gehässigen Kampf* gegen die Großdeutschen führten<sup>427</sup> und sie ein weiteres Mal zur großen Gefahr für die Religion erklärten. Auch hielten die „Blauen“ der Christlichsozialen Partei vor, mit im Parteiblatt platzierten Untergriffen gegen Kontrahenten und im Wahlkampf aktiven Geistlichen eine ruhige Wahlauseinandersetzung in Dornbirn verhindert zu haben.

Die Großdeutsche Volkspartei, *nicht gewillt, die zweite Backe hin(zu)halten, [...] haute energisch zurück.*<sup>428</sup> Das von den „Blauen“ gezeichnete Bild des bürgerlichen Kontrahenten als Aggressor ließ die Gegenseite legitim erscheinen, war genau genommen aber nur Vorwand. Die Christlichsozialen hätten ohnedies ihr Hauptangriffsziel gebildet – das Wahlziel der deutschnationalen Wahlgemeinschaft legt solches nahe. Es bestand darin, die absolute Mehrheit der Christlichsozialen Partei in der Dornbirner Gemeindevertretung zu brechen. Derart wollten Großdeutsche und Landbündler der ihrer Meinung nach geübten Praxis, wonach die vom Kasino eingebrachten Anträge von einer willfährigen Mehrheit abgenickt würden, ein Ende setzen. Zudem versprachen sie sich von einer gestärkten Opposition eine geänderte Praxis bei Stellenbesetzungen. Statt der Parteizugehörigkeit sollte fortan die Fähigkeit der Kandidaten Einstellungskriterium sein.<sup>429</sup>

Um ihr Wahlziel zu erreichen, organisierten die Dornbirner Deutschnationalen vier Versammlungen. Die Haselstauder Veranstaltung fand im Hirschen statt, jene im Hatlerdorf im Saal des Löwen. Ferner lud die Wahlgemeinschaft ins Schlossbräu und den Mohren-Saal ein. Als Redner traten der Erstgereichte Hans Martin von den Großdeutschen und Josef Diem, Obmann des Dornbirner Landbundes und Drittgereichter auf der gemeinsamen Liste, auf. Martin nutzte seine Auftritte, um über die Tätigkeit in der Gemeindestube zu referieren und die Parteiwirtschaft der Christlichsozialen anzuprangern.<sup>430</sup>

Am 3. Februar 1929 war Wahltag. Die guten Ergebnisse, welche die Sozialdemokraten in den beiden vorangegangenen Jahren zu erzielen vermocht hatten, machten deren Erstarken absehbar. Und so kam es auch: Landesweit gewannen sie 38 Mandate neu hinzu.<sup>431</sup> Für die Großdeutschen trug die Christlichsoziale Partei ein gerüttelt Maß Schuld am

starken Resultat der Sozialdemokraten. Sie soll die „Roten“ vor diesem Urnengang weitgehend unbehelligt gelassen haben. Stattdessen hätte sie hauptsächlich gegen die Großdeutschen agitiert, ein Gebaren, das sie schon seit Jahren an den Tag legen würde.<sup>432</sup> Der Gescholtenen bescherte die Gemeinderatswahl 1929 in Orten mit großdeutscher Wahlbeteiligung<sup>433</sup> geringfügige Einbußen. Statt 144 Gemeindevertretungssitzen brachte sie es neu auf 141.

Das größte Minus hatten die Großdeutschen und deren Wahlgemeinschafts-Partner hinzunehmen. Auf das Ergebnis der Gemeinderatswahl 1924 fehlten ihnen 3,06 %. Ihr neuer Wert: 25,73 %. Ihr Resultat der vorigen Landtagswahl übertrafen sie zwar um 5,40 %, blieben damit aber weit hinter den 9,70 % von 1924 zurück. So erhielten sie 76 Mandate, elf weniger als 1924.

Den stärksten Mandatsverlust verzeichneten die Großdeutschen in Bregenz. Dort, wo die „Blauen“ bei der letzten Gemeinderatswahl im Alleingang 15 der 36 Mandate erzielt hatten, gelang es ihnen, diesmal im Verband mit Landbund und Schulz-Nationalsozialisten, lediglich zehn Sitze in der Stadtvertretung zu gewinnen. Von diesen zehn Mandaten entfielen nur deren sechs auf die Großdeutschen, drei erhielt der Landbund und eines die Nationalsozialisten der Schulz-Richtung. Einer der Gründe für dieses großdeutsche Fiasko war die Erschütterung, welche die Kandidatenreihung für die Landtagswahl 1928 hervorgerufen hatte. Auch noch über elf Monate später wirkte sie nach. Jenseits der Landeshauptstadt und Schruns – dort verloren sie vier Sitze – erzielten die Großdeutschen passable Ergebnisse. Sie selbst rechneten insbesondere Hohenems und Lustenau den Positiva zu, wo sie zwei bzw. ein Mandat dazugewannen.

Dieses Urteil galt auch für Dornbirn.<sup>434</sup> Der Grund dafür: Dornbirns Großdeutsche erreichten ihr zentrales Wahlziel, indem die Christlichsozialen nach knapp 19 Jahren<sup>435</sup> ihre Mandatsmehrheit einbüßten. Auf die „Schwarzen“ entfielen 48,67 % der gültigen Stimmen. Im Vergleich zur vorigen Gemeinderatswahl bedeutete das ein Minus von 2,36 % oder den Verlust eines Gemeinderatssitzes. Dem Verlust eines zweiten Mandats entgingen sie nur um Haaresbreite. Zwei Stimmen weniger und

es wäre darum geschehen gewesen. Neu stand 18 Christlichsozialen eine zahlenmäßig ebenso starke Opposition gegenüber.

Dass die „schwarze“ Majorität ein Ende fand, verdankten die „Blauen“ allerdings anderen, konkret den Sozialdemokraten. Ihnen gelang mit einem Plus von 3,43 % der Gewinn eines zusätzlichen Mandats. Mit 27,17 % der Stimmen stellten sie fortan zehn Gemeindevertreter.

Die deutschnationale Wahlgemeinschaft kam in Dornbirn auf 24,15 %. 1924, als Großdeutsche und Landbund zur Gemeinderatswahl getrennt angetreten waren, Letztere unterstützt von der Hausbesitzerorganisation, hatten sie in Summe 24,96 % erzielt. Bei gemeinsamer Kandidatur hätte dieser Zuspruch den Deutschnationalen 1924 einen neunten Sitz in der Gemeindevertretung eingebracht. Fünf Jahre später blieb dieser Effekt aus. Zwar brachte die vermiedene Stimmenzersplitterung Großdeutsche und Landbund dem Gewinn eines zusätzlichen Mandats nahe, aber eben nur nahe. Letztlich fehlten ihnen 17 Stimmen auf das neunte Mandat.<sup>436</sup> Somit blieben es deren acht. Hans Martin zeigte sich ob des Wahlausgangs dennoch zufrieden.<sup>437</sup>

Bei der anschließenden Bürgermeisterwahl stellten sich – anders als 1919 und 1924 – auch zwei Kandidaten der Opposition der Abstimmung. Für die Sozialdemokraten trat Johann Sepp an, für die Deutschnationalen Hans Martin. Der erste Wahlgang brachte keine Entscheidung, der zweite musste, da von 36 Stadtvertretern 37 Stimmzettel abgegeben worden waren, wiederholt werden. Auf Martin entfielen in den ersten zwei gültigen Wahlgängen jeweils acht Stimmen, also jene der deutschnationalen Wahlgemeinschaft. Als Kandidat mit den wenigsten Stimmen verpasste er die Stichwahl. Im dritten und entscheidenden Wahlgang gaben sowohl Großdeutsche als auch Landbündler leere Stimmzettel ab. Folglich reichten dem christlichsozialen Amtsinhaber Josef Rüb die 18 Stimmen seiner Fraktion zum Sieg über Johann Sepp – er kam auf zehn Stimmen – und zur Wiederwahl. Die „Schwarzen“ stellten zudem fünf der neun Stadträte. Zwei Sitze kamen der deutschnationalen Wahlgemeinschaft zu. Für die Großdeutschen gehörte weiterhin Hans Martin dem Stadtrat an. Der Landbund entsandte Josef Diem ins Dornbirner Spitzengremium.<sup>438</sup>



Obwohl in den nächsten Jahren die Dornbirner Stadtvertretung eine numerische Pattsituation aufwies, änderte sich an den tatsächlichen Machtverhältnissen wenig. Indem die Christlichsozialen wesentliche Entscheidungen an „ihre“ beamtete Verwaltung auslagerten, hebelten sie die Kontrollfunktion der Opposition zu einem Gutteil aus.<sup>439</sup>

#### Der Deutsche Frauenverein Dornbirn 1928 bis 1930

Auch wenn der deutschnationale Frauenverein in Dornbirn von 1923 bis 1927 massiv an Mitgliedern verlor, setzte er seinen 1919 eingeschlagenen Weg fort. Wie die Jahre davor veranstaltete er gemeinsam mit dem Deutschen Volksverein Dornbirn Deutsche Abende und Julfeiern. Letztere wartete im Dezember 1930 allerdings mit einer Neuerung auf. Bis dahin ein Produkt der Zusammenarbeit von großdeutschen Frauen und Männern, wurde sie nun zu einer gemeinsamen Julfeier von „Blauen“, dem Turnverein Dornbirn 1862, dem Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverband sowie den beiden Gesangsvereinen Liederhort Hatlerdorf und Frohsinn Dornbirn-Oberdorf.<sup>440</sup> Die infolge der Weltwirtschaftskrise



schwierigen Verhältnisse werden die sich weltanschaulich nahestehenden Gruppen zu dieser Zusammenarbeit bewogen haben. Auch am jährlich wiederkehrenden Kaffeekränzchen hielt der Deutsche Frauenverein Dornbirn fest. Die Veranstaltung soll im „Ländle“ dank seines reichhaltigen Unterhaltungsprogramms seinesgleichen gesucht haben. Einer der dortigen Protagonisten ist auch nach Jahrzehnten noch nicht vergessen – Armin Diem. Nicht nur sein von Lotte Rief vorgebrachtes Gedicht „D’ Wibar“ soll für Stimmung gesorgt, sondern auch er selbst mit seinem Mundartvortrag viel Beifall erfahren haben.<sup>441</sup> Ein weiterer Pluspunkt des Kaffeekränzchens: Der Eintrittspreis – 1929 waren es 2,50 Schilling – inkludierte unbeschränkten Kaffeekonsum.<sup>442</sup> Die Erlöse der Kaffeekränzchen kamen in diesen Jahren vor allem dem Ferienheim Maien bei Schwarzenberg, dem Altersheim und dem Frauenhilfsverein Dornbirn zugute.<sup>443</sup> An diese Institutionen flossen auch die vom deutschnationalen Frauenverein mit einem für alle zugänglichen Bunten Abend lukrierten Gelder.<sup>444</sup> Darüber hinaus organisierten die „blauen“ Frauen noch zwei Wohltätigkeitsabende, deren Mittel alleine dem Frauenhilfsverein zukamen. Insbesondere die zweite Auflage der Veranstaltung im Februar 1929 schien den Organisatorinnen dringend notwendig, da sich die Mittel des Frauenhilfsvereins aufgrund des harten Winters – Teile des Bodensees froren zu – ihrem Ende zuneigten.<sup>445</sup>

Ausflüge ließen den großdeutschen Frauenverein in diesen Jahren nicht über die Stadtgrenzen hinauskommen. Ein Spaziergang führte die Frauen im Herbst 1928 nach Haselstauden, wo sie ihre Jause im Gasthaus Hirschen einnahmen.<sup>446</sup> Im Juni 1929 ging der Ausflug nach Watzenegg. Auch eine Zusammenkunft der Deutschen Frauenvereine des ganzen Landes drei Monate später sollte – gute Witterung vorausgesetzt – in dieser Dornbirner Parzelle stattfinden.<sup>447</sup> Warum lag Watzenegg auf einmal so hoch im Kurs? Der Obfrau der „blauen“ Frauenortsgruppe Dornbirns, Melitta Zumtobel, sei Dank. Zumtobel führte seit Frühjahr 1929 das Café Watzenegg.<sup>448</sup>

Wie ehemals kümmerte sich der Deutsche Frauenverein Dornbirn auch in dieser Zeit um seine weniger begüterten Mitglieder. Mit einem Teil der Gelder, die er mit Kaffeekränzchen eingenommen hatte,



ermöglichte er eben diesen eine verbilligte Teilnahme am Kursangebot. Dieses umfasste eine erkleckliche Zahl an Haushaltskursen, etwa Kleider- und Weißwäschekurse oder Flick- und Stopfkurse. An Kursleiterinnen namentlich genannt werden Marie Schwarzthans und Berta Birnbaumer. Zur Erweiterung des Küchenknow-hows dienten Tafeldeck- und Servierkurse ebenso wie Schulungen, die sich dem Garnieren von Torten- und Süßspeisen widmeten. Zudem offerierte der Verein im Gasthaus Weißes Kreuz einen Vortrag zum Thema „Kochen“. Anmeldungen für die Kurse nahm Martha Peter entgegen. Die Kurse fanden zu etwa gleichen Teilen am Nachmittag und Abend statt. Damit sollte einer größtmöglichen Zahl von Frauen, auch den Berufstätigen unter ihnen, die Teilnahme ermöglicht werden.

Aus dem eben Genannten ist das Resümee zu ziehen, dass sich der Deutsche Frauenverein Dornbirn auch in den Jahren 1928 bis 1930 aktiv zeigte. Er steigerte sogar die Zahl seiner Veranstaltungen. Zudem brachten sich die deutschnationalen Frauen – anders als beim nationalen Urnengang 1927, als sie aufgrund der ungeliebten Kooperation mit den Christlichsozialen richtigen Elan vermissen ließen – wieder sehr

aktiv in den Nationalratswahlkampf 1930 ein.<sup>449</sup> Und wie stand es um das Frauen- und Mädchenturnen? Hierzu fehlen Informationen. Belege für solche Kurse aus späteren Jahren legen freilich nahe, dass diese auch in dieser Zeit offeriert wurden.

#### Der Deutsche Volksverein Dornbirn 1928 bis 1930

Den Höhepunkt des Jahres 1928 bildeten zwei Großveranstaltungen. Deren erste war der neunte großdeutsche Reichsparteitag. Er fand vom 8. bis 10. Juni 1928 in Bregenz statt. Der Reichsparteitag endete mit einer Bodenseerundfahrt und der auf dem Lindauer Rathausplatz abgehaltenen Anschlusskundgebung. An dieser sollen an die 1.000 Österreicher teilgenommen haben.<sup>450</sup> Unter jenen wird sich so mancher Dornbirner befunden haben – die dortigen Großdeutschen hatten ihre Vereinsmitglieder jedenfalls gebeten, sich zahlreich daran zu beteiligen.<sup>451</sup> Zweieinhalb Monate später, am 28. August 1928, hätte Dr. Johann Georg Waibel – mit 39 Jahren der am längsten amtierende Bürgermeister Dornbirns – seinen 100. Geburtstag gefeiert. Der Ausschuss des Deutschen Volksvereins Dornbirn lud aus diesem Anlass für den 27. August 1928 zu einer *schlichten Gedenkfeier* am Fuße des Denkmals für den Verstorbenen ein. Den Abschluss der Feier bildete ein Konzert in der Mohren-Halle.<sup>452</sup> Hans Martin sprach im Rückblick auf diese Veranstaltung davon, dass *beinahe die gesamte Bevölkerung* an der Feierlichkeit teilgenommen habe. Einen besonderen Dank richtete er an den Landbund, der der Feierlichkeit offiziell beiwohnte. Damit signalisierten Dornbirns Landbündler, wohl im Hinblick auf die rund fünf Monate später anstehende Gemeinderatswahl, an einem guten Einvernehmen mit den Großdeutschen interessiert zu sein. Ganz anders die Reaktion der Christlichsozialen auf die Einladung – sie schlugen sie aus.<sup>453</sup> Damit fand Ausdruck, was das Verhältnis der beiden bürgerlichen Parteien in Dornbirn wie auch in Vorarlberg über Jahre hinweg prägte: große Distanz.

Nebst diesen beiden Großveranstaltungen luden Dornbirns „Blaue“ ihre Mitglieder zur jährlich wiederkehrenden Jahreshauptversammlung und zu sogenannten „Parteiabenden“ ein. In beiden Fällen kam Inhaltliches zur Sprache. Als Referent ein Stammgast bei diesen

Versammlungen war Georg Dietrich. Er, Schriftleiter des Vorarlberger Tagblatt, behandelte die „große Politik“, nannte Forderungen, die den Großdeutschen für einen Wiedereintritt in die Regierung erfüllt werden sollten. Zudem äußerte er sich zur aus seiner Sicht *keineswegs* erfolgreichen Verfassungsreform von 1929 oder sprach zum Thema „Reichsdeutsche Politik“.<sup>454</sup> Hans Martin widmete sich dagegen den Gemeindegangelegenheiten. Dr. Anton Zumtobel tat gleiches, allerdings vielfach im Zusammenhang mit der Landespolitik. So sprach Zumtobel im April 1929 vor versammelten Dornbirner Großdeutschen über sein Steckpferd, die Herabsetzung der Lohnabgabe. Drei Monate davor hatte der Vorarlberger Landtag die Lohnabgabe um einen halben Prozentpunkt auf dreieinhalb Prozent gesenkt. Zumtobel erachtete diesen Wert weiterhin als zu hoch. Er forderte eine Reduktion auf drei Prozent.

Daneben widmete sich der großdeutsche Landesparteiobmann dem Straßenbauprogramm der Landesregierung. Vom Standpunkt Dornbirns aus sei daran *sehr viel zu bemängeln*. Zumtobel kritisierte insbesondere, dass das Programm abermals den ganzen Verkehr aus dem Bregenzwald nach Bregenz lenke, Dornbirn mit seiner älteren und leichteren Verbindung dagegen unberücksichtigt bliebe. Auch den *alten Dornbirner Wünschen* nach einer Verbesserung der Höchster- und Lustenauerstraße – schon damals als wichtige Durchzugsstraßen bezeichnet – sei nicht entsprochen worden. Gleiches gelte für die Bundesbahn-Unterführung in der Lustenauerstraße und für den Weiterbau der Bödelestraße.<sup>455</sup> Im Jänner 1930 griff Hans Martin Letzteres nochmals auf und konnte vom Ausbau der Bödelestraße dank der Besitzer des Alpenhotels Bödele und F.M. Hämmerle berichten. Des Weiteren sprach er über die Wohnbaufürsorge. Die Siedlung „Im Steinat“ – sie umfasste acht Einfamilienhäuser und ein Doppelhaus – erachtete er als *vollkommen gelungen*, während ihm das Bauprojekt in Rüttensch mit seinen 20 Ein- und Zweifamilienhäusern<sup>456</sup> zu teuer gebaut erschien. Grundsätzlich stand Martin der Errichtung von Mehrfamilienhäusern ablehnend gegenüber. Aus seiner Sicht wurde damit nicht die Wohnungsnot – ein Dauerproblem der Zwischenkriegszeit – beseitigt, sondern lediglich das *unsinnige Mietengesetz* perpetuiert. Schließlich kam Hans Martin auf Schulthemen zu

sprechen. Den Bau des Schulbades in der Schule Markt hob er als für ganz Vorarlberg beispielgebend hervor. Der Schattenseite des Dornbirner Schulwesens zählte er die Haushaltungsschule zu. Diese sei nicht mehr das, was sie einst – unter Leitung des großdeutschen Frauenvereins Dornbirn, so der Subtext – war. Für Martin war sie zum *toten Körper* verkommen.<sup>457</sup>

An nunmehr bereits traditionsreichen Veranstaltungen wie Julfeiern und Deutschen Abenden hielt der Deutsche Volksverein Dornbirn auch in den Jahren 1928 bis 1930 fest. Einen der Deutschen Abende organisierte die Ortsgruppe als Teil einer Werbeaktion. Die „blaue“ Reichsparteileitung hatte ihre Ortsvereine für den November 1928 hierzu aufgerufen.<sup>458</sup> Jenseits des Deutschen Abends fanden keine weiteren Großveranstaltungen im Zuge dieser Werbemaßnahme statt. Die Gemeinderatswahl im Februar 1929 ließ die Großdeutschen davon Abstand nehmen. Aufgrund des ohnehin *verhältnismäßig gering(en)* Bedürfnisses nach Versammlungen hielten sie es für angebracht, sich diese für die Zeit des Wahlkampfes aufzusparen. Obwohl die großdeutsche Werbeaktion in Vorarlberg damit auf Sparflamme lief, brachte sie Erfolge mit sich. Die Abonnentenzahl für ihre Parteipresse konnte ebenso gesteigert wie Mitglieder dazugewonnen werden. Mitgliederzuwächse sollen die „blauen“ Ortsgruppen im Gros der Vorarlberger Städte verzeichnet haben,<sup>459</sup> auf jeden Fall in Dornbirn.<sup>460</sup> Auch im darauffolgenden Jahr schrieb die Großdeutsche Volkspartei Vorarlberg – damit im großdeutschen Bundestrend – ein Mitgliederplus. 1930 wird Vorarlberg in etwa 3.300 bis 3.400 organisierte Großdeutsche aufgewiesen haben – im Vergleich zum Jahr 1927 ein Plus von 38 %. Unter der Annahme, dass sich in Dornbirn ein ähnlicher Aufschwung einstellte, ist dort von rund 290 „blauen“ Männern und etwa 480 Frauen gleicher Couleur auszugehen.

Gründe für einen solchen Zuwachs gab es mehrere, unter ihnen den Justizpalastbrand vom 15. Juli 1927. Dieses Ereignis hatte eine verstärkte Polarisierung der österreichischen Innenpolitik zur Folge. Eine „Politisierungswelle“<sup>461</sup> überflutete das Land. Das erhöhte die Zahl jener, die ihrer Weltanschauung per Parteimitgliedschaft Ausdruck verliehen. Des Weiteren zog die Großdeutsche Volkspartei ihren Nutzen aus dem

langsamen Niedergang der Schulz'schen Nationalsozialisten. In Dornbirn hatte sich die NS-Ortsgruppenführung dafür ausgesprochen, sich den Nationalsozialisten um Schulz anzuschließen. Daraufhin sahen sich junge Mitglieder des Vereins veranlasst, diesen zu verlassen. Die Folge war der Zerfall der Ortsgruppe. Hier wie in anderen Orten Vorarlbergs schloss sich der ein oder andere, nun politisch heimatlos, den Großdeutschen an.<sup>462</sup> Zum Dritten dürfte die Weltwirtschaftskrise – an ihrem Anfang stand der New Yorker Börsencrash vom 24. Oktober 1929, auch bekannt als „Black Friday“ – dem Deutschen Volksverein Dornbirn den Beitritt einiger Mitglieder beschert haben. Vor dem Hintergrund einer sich stark eintrübenden Wirtschaftslage gewann ein Verein, in dessen Reihen sich eine Vielzahl von Arbeitgebern tummelte, an Attraktivität. Immerhin bot eine Mitgliedschaft bei den „Blauen“ die Aussicht, durch auf diese Weise geknüpfte Kontakte den Arbeitsplatz abzusichern oder die Chance auf eine Anstellung zu erhöhen.

Im April 1929 lud der Deutsche Volksverein Dornbirn ein weiteres Mal zu einer Jahreshauptversammlung ein. Dabei erklärte sich Obmann Hans Martin, der das Amt 1926 von Eugen Ulmer übernommen hatte,<sup>463</sup> nicht mehr bereit, ein weiteres Jahr an der Spitze der Ortspartei zu stehen. Nach so vielen Jahren und starker Inanspruchnahme müsse er, Martin, *mit allem Nachdrucke darauf beharren*, von einer jüngeren Kraft abgelöst zu werden. Die Suche hatte sich zuvor als schwierig erwiesen. Davon zeugen die Dankesworte Dr. Anton Zumtobels an den scheidenden Ortgruppenobmann. Martin habe die *schwere Last* der Obmannschaft *immer wieder geduldig weitergetragen [...], bis er endlich einmal einen fand, der sie abnahm.*<sup>464</sup>

Auf Hans Martin folgte Dr. Paul Waibel. Der Großneffe von Langzeit-Bürgermeister Johann Georg Waibel war zu diesem Zeitpunkt 26-jährig und in der Rechtsanwaltskanzlei von Dr. Anton Zumtobel als Anwärter eingestellt.<sup>465</sup> Dem neuen Obmann stand Hermann Rhomberg als Stellvertreter zur Seite. Als Zahlmeister fungierte Eugen Zumtobel, als Schriftführer Andre Peter. Bei den Rechnungsprüfern fiel die Wahl auf Rudolf Salzmann und Johann Lecher.<sup>466</sup>

Diese Führungsriege trat im darauffolgenden Jahr zur Wieder-

wahl an – mit einer Ausnahme, der des Obmanns. Waibel ließen persönliche Gründe – womöglich die bevorstehende Geburt seines ersten Kindes – von einer abermaligen Kandidatur Abstand nehmen. Daraufhin erklärte sich Martin ein weiteres Mal bereit, dem Deutschen Volksverein Dornbirn vorzustehen. Martin wollte seine Obmannschaft allerdings nur als Übergangslösung verstanden wissen. Umgehend nach der Wahl gab er der Hoffnung Ausdruck, im Laufe des Jahres eine *junge, frische Kraft* zu finden, bereit, seine Nachfolge anzutreten.<sup>467</sup> Der Wunsch erfüllte sich nicht so rasch. Martin blieb zwei weitere Jahre Obmann.

Mit Dr. Anton Zumtobel hatte Hans Martin einer gedankt, der die Vorarlberger Großdeutschen wie kein anderer geprägt hatte. Überspitzt formuliert: Zumtobel war die „blaue“ Landesorganisation. Seit 1912 stand er ihr vor. Am 30. März 1930 war damit Schluss. Zumtobels Wunsch, die Führung der Partei in andere Hände zu legen, wurde – wie er selbst sagte – *endlich* nachgekommen. Nachfolger Zumtobels wurde Alfred Wehner. Der Direktor der Handelsschule Lustenau und Obmann des Vorarlberger Turngauers trat die Stelle nur unter der Bedingung an, von mehreren in der Parteiarbeit erfahrenen Personen unterstützt zu werden. Hierauf konstituierte sich der Landesvollzugsausschuss. Diesem gehörten neben Wehner acht Personen an. Zwei der Acht kamen aus Dornbirn, nämlich Hans Martin und Dr. Anton Zumtobel.<sup>468</sup> Zumtobel betätigte sich zudem als Zahlmeister der Landespartei, ein Amt, das er tatsächlich auch schon davor zu verrichten gehabt hatte.<sup>469</sup>

### Die Nationalratswahl 1930

Im Sommer 1930 erörterte die Großdeutsche Volkspartei wahltaktische Fragen zur nächsten Nationalratswahl. Dabei erachteten sämtliche Landesorganisationen eine Solokandidatur als *unmöglich*. Diese hätte das Ende der großdeutschen Präsenz im Parlament zur Folge.<sup>470</sup> Aufgrund dieser wenig erbaulichen Perspektive wurde es erklärtes Ziel, die Partei auf breitere Grundlage zu stellen. Bundeskanzler Schober wollten sie hierbei eine entscheidende Rolle zukommen lassen, also eben jenem, den sie 1922 als Bundeskanzler zu Fall gebracht hatten.

Ende September 1930 wurde die Regierung Schober III – diesmal

von den Christlichsozialen – gestürzt. Daraufhin gingen Großdeutsche und Landbändler in Opposition. Am 1. Oktober 1930 schrieb der Nationalrat Neuwahlen aus. Als Wahltermin wurde der 9. November 1930 festgelegt.

Obwohl die großdeutsche Reichspartei sogleich den Versuch unternahm, für Schober eine große Wahlplattform aufzubauen,<sup>471</sup> entglitt ihr die Führungsrolle. Fortan kam sie der Wirtschaft zu.<sup>472</sup> Eine weitere Schwächung erfuhr die großdeutsche Position durch Schobers Haltung, einer Wahlgemeinschaft nur unter Einbezug der Landbändler vorzustehen. Am 11. Oktober 1930 endeten die Gespräche mit einer Übereinkunft. Die Wahlgemeinschaft nannte sich „Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund“ und gab sich den Untertitel „Führung: Dr. Johannes Schober“. Dieser gehörten neben der Großdeutschen Volkspartei der Reichsverband der öffentlichen Angestellten, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Unabhängige Arbeitspartei und der Ständebund an. Des Weiteren dort vertreten waren die Ude-Partei, der Schulz-Flügel der NSDAP, eine Anzahl wirtschaftlicher Verbände und Berufsvereinigungen sowie, wie von Schober ausbedungen, der Landbund,<sup>473</sup> zumindest die Mehrzahl von dessen Landesorganisationen. Nur in Oberösterreich und Salzburg schloss sich der Landbund dem so genannten „Schoberblock“ nicht an.

In Vorarlberg hatten die „Blauen“ Vorbehalte gegenüber der Wahlgemeinschaft. Alleine die Listenbezeichnung – bereits vor der Entscheidung in Vorarlberg fixiert – rief bei ihnen *grosse Verstimmung* hervor. Zudem war ihrer Ansicht nach die in der Wahlgemeinschaft engagierte Wirtschaft einseitig von Arbeitgeberkreisen dominiert. Damit sahen sie die Großdeutsche Volkspartei Gefahr laufen, zur Klassenpartei zu werden. Überdies befürchteten Vorarlbergs Großdeutsche, dass durch die verstärkte Kooperation mit diesen Wirtschaftskreisen liberale Tendenzen in ihre Gruppe importiert würden.<sup>474</sup>

Der Landbund seinerseits gab sich – wohl verhandlungstaktischer Überlegungen wegen – selbstbewusst und erklärte die Solokandidatur zur besten Variante.<sup>475</sup> Schwierige Verhandlungen waren absehbar, da beide Parteien die Spitzenposition auf der gemeinsamen Wahlwerberlis-



te für sich beanspruchten. Zur Erinnerung: Im Vorfeld der Nationalratswahl 1923 waren die Verhandlungen gerade an dieser Frage gescheitert.<sup>476</sup>

Trotz dieser Ausgangslage – nach sieben Treffen<sup>477</sup> stand die Einigung. Damit war der „Schoberblock“ auch in Vorarlberg Realität. Was den Großdeutschen sieben Jahre davor noch unannehmbar gewesen war, hatten sie nunmehr akzeptiert: einen Vertreter des Landbundes als de facto Spitzenkandidaten<sup>478</sup> der gemeinsamen Liste. Die großdeutsche Kulanz in dieser Frage erklärt sich mit deren Wahlerwartung. Vom Gewinn eines Direktmandats für die deutschnationale Wahlplattform in Vorarlberg gingen sie nicht aus.<sup>479</sup> Mit der Spitzenkandidatur war somit ein gewisses Renommee verbunden, nicht aber die Hoffnung, ins Haus am Ring gewählt zu werden. Die dritte Stelle auf der Reststimmenliste des westlichen Wahlkreisverbandes, die den „Blauen“ für ihren Verzicht auf die Spitzenkandidatur angeboten worden war, bot – sofern sich ihre Wahlprognose bewahrheiten sollte – ungleich bessere Aussichten auf einen Einzug in den Nationalrat.

Am 18. Oktober 1930 kamen Vorarlbergs großdeutsche Delegierte im Weißen Kreuz in Dornbirn zu einem außerordentlichen Landesparteitag zusammen. Dort stimmten sie der ausgehandelten Kandidatenliste zu. Damit führte Adolf Peter, Landesparteiobmann der Vorarlberger „Grünen“, die Wahlwerberliste des „Schoberblock“ de facto an. Neben Peter konnte sich insbesondere Dr. Bruno Karrer als Drittgereihter auf der Reststimmenliste Hoffnung auf ein Nationalratsmandat machen. Karrer stand der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Feldkirch als Direktor vor. Er war Großdeutscher und – im Zusammenhang mit seinem Antreten von noch größerer Bedeutung – Wunschkandidat der Vorarlberger Wirtschaft. Die übrigen Männer hatten keine Chance auf einen Mandatsgewinn. Unter diesen befanden sich auch zwei Dornbirner: Der eine war Theodor Scheuermayer. Der selbständige Baumeister stand zur Zeit dieser Kandidatur an der Spitze des Vorarlberger Handels- und Gewerbeverbandes. Zum anderen trat der Großdeutsche Adolf Hemrich nach 1920 und 1923 zum dritten Mal zu einer Nationalratswahl an. Bei ihm strichen die „Blauen“ sein Engagement für den Deutschen Handels- und Industrieangestellten-Verband, sprich die deutschnationale Ange-

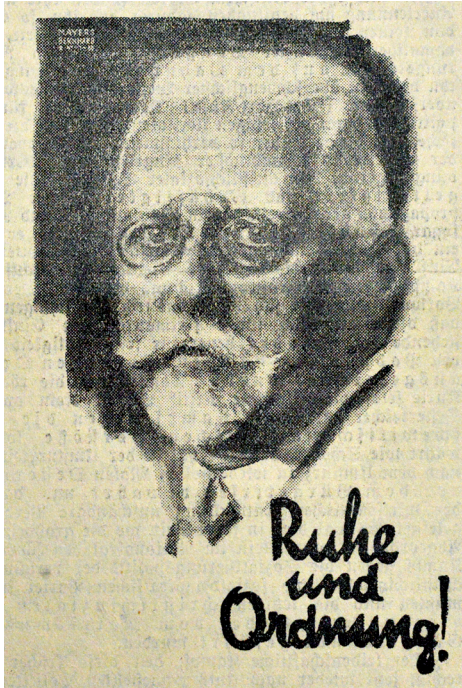
stellengewerkschaft, hervor.<sup>480</sup> Damit wollten Vorarlbergs Großdeutsche das Bild vom „Schoberblock“ als von Arbeitgebern bestimmtem Zusammenschluss korrigieren und den Privatangestellten signalisieren, für deren Interessen eintreten zu wollen.

Dank üppiger Spenden vonseiten der Wirtschaft war die Wahlkampfkassa des „Schoberblock“ gut gefüllt.<sup>481</sup> Nach einem holprigen Start in die Wahlauseinandersetzung übernahm die Großdeutsche Volkspartei die organisatorische Führung und damit die Hauptarbeit. Daraufhin verbesserte sich die Lage deutlich.<sup>482</sup>

Auch im „Ländle“ trugen die Großdeutschen – notgedrungen, da der Vorarlberger Landbund weiterhin über kein Landessekretariat verfügte – die Hauptlast, insbesondere die Geschäftsstelle des Deutschen Volksvereins Bregenz. Unter Führung des Dornbirners Helmut Lanzl versandte sie in der Vorwahlzeit 28.300 Schreiben per Post, weitere 7.000 durch Austräger. Auch 800 Telefongespräche fielen in diese Zeit.<sup>483</sup> Der Wahlkampf brummte – auch in Sachen Wählerversammlungen. Vorarlbergweit hielt der „Schoberblock“ 80 davon ab. Hinzu kamen eine *große Zahl* von Sprengelversammlungen und Sitzungen.<sup>484</sup> In Dornbirn kam es zu fünf Wählerversammlungen und ebenso vielen Plauderabenden. Letztere fanden in ländlich geprägten Ortsteilen Dornbirns wie Kehlen, dem Fallenberg, Mühlebach, Winsau und Watzenegg statt. Dort „beackerten“ insbesondere Redner des Landbundes die Bevölkerung. An Dornbirner Großdeutschen traten Hans Martin, Dr. Erich Feierle und Adolf Hemrich als Redner in Erscheinung. Den großen Glanzpunkt setzte aber ein anderer, nämlich Spitzenkandidat Dr. Johannes Schober. Am 7. November 1930, zwei Tage vor der Wahl, trat er binnen weniger Stunden dreimal in Vorarlberg auf. Seine zweite Rede führte ihn am frühen Abend nach Dornbirn. Der Mohren-Saal war dicht gefüllt und auch der Garten trotz Regens mit Interessierten bevölkert. Insgesamt sollen Schobers Auftritten in Feldkirch, Dornbirn und Bregenz über 6.000 Besucher beigewohnt haben.<sup>485</sup>

Der Wahlkampf der deutschnationalen Wahlgemeinschaft hatte ein zentrales Thema: Schober selbst. Eine Wahlagitation mit einer solchen Personenzentrierung hatte es bis dahin nicht gegeben.<sup>486</sup> Schobers

Abb. 26: Personenzentrierte Wahlwerbung mit dem Konterfei Schobers



Regierungstätigkeit wurde als makellose Erfolgsgeschichte dargestellt und er selbst zum *besten Mann des Bürgertums*<sup>487</sup> und *Retter Österreichs*<sup>488</sup> erklärt. Schober nannte sich bei Wahlkampfauftritten selbst – obwohl Mitglied der Sängerschaft Ghibellinen, einer schlagenden deutschnationalen Verbindung<sup>489</sup> – einen *unpolitischen Beamten altösterreichischer Tradition*.

Dementsprechend wollte der Nationale Wirtschaftsblock und Landbund nicht Partei, sondern vielmehr *überparteiliches Gebilde* sein, das es für höchste Zeit befand, der Partei-

herrschaft ein Ende zu setzen.<sup>490</sup> Ausdruck fand dieses Selbstverständnis von Überparteilichkeit in vergleichsweise wenigen deutschnationalen Angriffen auf politische Konkurrenten. Diese Strategie sollte unterstreichen, dass der „Schoberblock“ über dem altbekannten Parteienhader stand. Vor dem Hintergrund zunehmend blutigerer Zusammenstöße<sup>491</sup> – allerdings außerhalb der Vorarlberger Landesgrenzen – positionierte sich die deutschnationale Wahlgemeinschaft zudem als Garantin für Ruhe und Ordnung.<sup>492</sup> Auch diese Positionierung war aufs engste mit Schober, dem ehemaligen Polizeipräsidenten Wiens, verknüpft.

Daneben schlug sich die gewichtige Rolle der Wirtschaft innerhalb des „Schoberblock“ in dessen Wahlkampf nieder. Die ökonomischen Forderungen trugen unverkennbar die Handschrift der Arbeitgeberkreise. Zudem wurde – die seit Herbst 1929 herrschende Weltwirtschaftskrise legte das nahe – mehrfach die Bedeutung der Wirtschaft für das Wohl der Allgemeinheit hervorgehoben.<sup>493</sup> Gegen den damit

einhergehenden Eindruck, der Ökonomie käme das Primat gegenüber der Politik zu, verwehrten sich Vorarlbergs Großdeutsche.<sup>494</sup> Ohnedies missfiel ihnen die thematische Schwerpunktsetzung der Wahlgemeinschaft. Mit dem Anschluss ans Deutsche Reich wurde zwar die für ihr Selbstverständnis zentrale Forderung zum Ziel erklärt,<sup>495</sup> im gesamten Wahlkampf aber kaum thematisiert. Darüber hinaus hatten sich die Großdeutschen gegenüber Schober verpflichtet, auf Antisemitisches zu verzichten – woran sich die Vorarlberger „Blauen“ auch weitgehend hielten. Dementsprechend monierten sie, dass ihnen *alle Dinge, auf die wir vom nationalen und kulturellen Standpunkt Wert legten, gestrichen worden sind*.<sup>496</sup>

Am Abend des 9. November 1930 informierten Dornbirns Großdeutsche im kleinen Saal des Hotel Mohren über den Ausgang der Nationalratswahl.<sup>497</sup> Dort erfuhren die Anwesenden, dass die Christlichsozialen im Vergleich zum Urnengang 1928 Einbußen in der Höhe von 2,67 % hinnehmen mussten. Mit 56,79 % der gültigen Stimmen fuhren sie ihr deutlich schwächstes Resultat bei Landtags- und Nationalratswahlen ein. Damit einher ging der Verlust des dritten Direktmandats. Den „Schwarzen“ galten organisatorische Unzulänglichkeiten als Grund dafür.<sup>498</sup> Die Sozialdemokraten erreichten 20,92 %. Derart gewannen sie abermals ein Direktmandat. Ebenfalls zur Wahl waren Kommunisten und die Hitler nahestehenden Nationalsozialisten angetreten. Erstere erhielten 168 Stimmen oder 2,2 Promille. Auf Zweitere entfielen 881 oder 1,14 % der gültig abgegebenen Stimmen. Übrigens: In Dornbirn, wo die Nationalsozialisten in den Tagen um die Wahl zum zweiten Mal eine Ortsgruppe konstituierten,<sup>499</sup> lag deren Stimmenanteil mit 2,72 % mehr als doppelt so hoch. Mit diesen landesweit 1,14 % fuhren die Nationalsozialisten in Vorarlberg ihr zweitschlechtestes Ergebnis aller Bundesländer ein.<sup>500</sup> Das fulminante Erstarken der Nationalsozialisten in Deutschland hatte sie wohl mehr erwarten lassen. Zudem hatten sie entsprechend der großen Bedeutung, die Hitler dieser Wahl beimaß,<sup>501</sup> *eifrige Agitation* betrieben.<sup>502</sup>

Der „Schoberblock“ schließlich hatte sich gut geschlagenen, nein, sogar zu gut. Bei der Landtagswahl 1928 hatten Großdeutsche und Landbündler in Addition 18,47 % erhalten. Nun entfielen auf den Nationalen Wirtschaftsblock und Landbund 20,94 % der in Vorarlberg

gültig abgegebenen Stimmen. Damit war Vorarlberg für den „Schoberblock“ der viertstärkste der insgesamt 25 Wahlkreise. Das bundesweite Resultat, nämlich 11,6 %, übertraf er bei weitem.<sup>503</sup> Vorarlbergs „blaues“ Presseorgan schrieb folglich von einem Sieg der deutschnationalen Wahlgemeinschaft.<sup>504</sup> Ein Sieg? – zweifelsohne, allerdings ein solcher mit für die Großdeutschen bitterem Beigeschmack. Denn: Dieser Wählerzuspruch bescherte dem Nationalen Wirtschaftsblock und Landbund das Unerwartete, nämlich den Gewinn eines Direktmandats. Aufgrund dieses Direktmandats kamen dem „Schoberblock“ für das zweite Ermittlungsverfahren lediglich 726 Stimmen aus Vorarlberg zu. Deshalb gewann er im westlichen Wahlkreisverband nur zwei Reststimmenmandate. Für den Vorarlberger Großdeutschen Bruno Karrer – den Drittgereichten auf der Reststimmenliste – reichte es folglich nicht für den Nationalrat. Für die Großdeutschen ernüchternd: Hätte die Wahlgemeinschaft schwächer abgeschnitten, statt der tatsächlichen 16.229 Stimmen nur zwischen knapp über 10.400 und 15.502 Stimmen errungen – mit Karrer wäre einer der ihren ins Haus am Ring eingezogen. Stattdessen war solches nun dem Landbündler Adolf Peter beschieden.

Der Nationale Wirtschaftsblock und Landbund errang seine Zugewinne auf Kosten der „Schwarzen“ – und das im Land wie auch in Dornbirn. Die nackten Zahlen sprechen dafür. Vorarlbergweit hatten die Christlichsozialen Verluste in der Höhe von 2,67 % hinzunehmen. Das entsprach annähernd den Zugewinnen der deutschnationalen Wahlgemeinschaft. Die Sozialdemokraten vermochten ihr Ergebnis vom Urnengang 1928 bis auf 0,15 % zu wiederholen. Die Zahlen für Dornbirn: Auch hier blieben die „Roten“ annähernd konstant, verloren 0,84 %. Die Christlichsozialen hatten dagegen empfindliche Verluste in der Höhe von 6,02 % hinzunehmen. Diese werden zu einem Gutteil der Wahlgemeinschaft zugutegekommen sein, die auf 24,41 % kam. Damit übertraf sie das Ergebnis, welches Großdeutsche und Landbund zwei Jahre zuvor zusammen erzielt hatten, um 4,22 %.

Für eine Wählerwanderung von den Christlichsozialen zum Nationalen Wirtschaftsblock und Landbund spricht ferner Schobers Spitzenkandidatur. Der ehemalige Wiener Polizeipräsident galt den „Roten“

seit seinem Schussbefehl im Juli 1927<sup>505</sup> als *Arbeitermörder*. Das ließ die deutschnationale Wahlgemeinschaft für Sozialdemokraten zur denkbar unattraktivsten Wahloption werden. Bei den Bürgerlichen sah es anders aus. Immerhin war Schober dreimal Regierungschef, jeweils getragen von den „Schwarzen“. Naheliegender, dass der „Schoberblock“ durch ihn manchem vormals Christlichsozialen zur ersten Wahl wurde.

Vermochten die Großdeutschen auch in Vorarlberg kein Mandat zu erobern – österreichweit schafften sie das sehr wohl. Der „Schoberblock“ errang 19 Parlamentssitze, acht davon entfielen auf die „Blauen“. Dies bedeutete ein Minus von vier Mandaten, das allerdings für eine Partei, die sich ohne Wahlgemeinschaft keine Chancen auf einen Wiedereinzug ins Haus am Ring ausgerechnet hatte. Daher überwog bei der Großdeutschen Volkspartei Zufriedenheit angesichts des Erreichten.<sup>506</sup>

Zum großen Gewinner avancierte die Sozialdemokratie. Sie gewann ein Mandat dazu, stellte neu 72 Abgeordnete. Damit ging sie erstmals seit 1919 wieder als stärkste Kraft aus einer Bundeswahl hervor. Den Christlichsozialen gelang es, 66 ihrer bisherigen 73 Mandate zu verteidigen. Zusammen mit dem in Vorarlberg nicht zur Wahl angetretenen Heimatblock – auf diesen entfielen acht Mandate – kamen sie auf deren 74. Die Mandatsmehrheit von 83 Abgeordneten verfehlten sie so deutlich. Damit war die Christlichsoziale Partei, um weiterhin den Bundeskanzler stellen zu können, auf den Nationalen Wirtschaftsblock und Landbund angewiesen. Vorarlbergs Großdeutsche sprachen sich gegen eine Regierungsbeteiligung aus. Mit der Oppositionsrolle verknüpften sie die Erwartung, eine kantigere, von Koalitionswängen befreite Politik betreiben zu können und damit Wähler für sich zu gewinnen.<sup>507</sup> Die Mehrheit war allerdings anderer Ansicht, die Großdeutschen folglich abermals Teil der Regierung.

### Die Sozialstruktur der Dornbirner Großdeutschen

Über die soziale Zusammensetzung der Großdeutschen Volkspartei gaben die „Blauen“ selbst nur sehr allgemein und widersprüchlich Aus-

kunft. Sie nannten ihre Partei eine der *aufgeklärten und gebildeten Stände*,<sup>508</sup> ebenso *Intelligenzpartei*.<sup>509</sup> Auch von den *Kreisen des intelligentesten Mittelstandes* als dem Träger des deutschnationalen Gedankens<sup>510</sup> ist in diesem Zusammenhang zu lesen. Widersprüchliches findet sich in den Quellen zur beruflichen Zusammensetzung der Großdeutschen Volkspartei. Im Mai 1931 wurde davon gesprochen, dass die Partei zu 90 % aus Beamten bestehe.<sup>511</sup> Nur zwei Jahre davor hatte der Parteivorstand den Beamtenanteil für die Landesorganisationen von Wien und Niederösterreich dagegen mit 28,5 % bzw. 17 % beziffert.<sup>512</sup> Die große Differenz zwischen Wien und Niederösterreich zeigt überdies, dass sich die einzelnen Landesorganisationen bezüglich der beruflichen Zusammensetzung ihrer Mitglieder deutlich voneinander unterschieden.

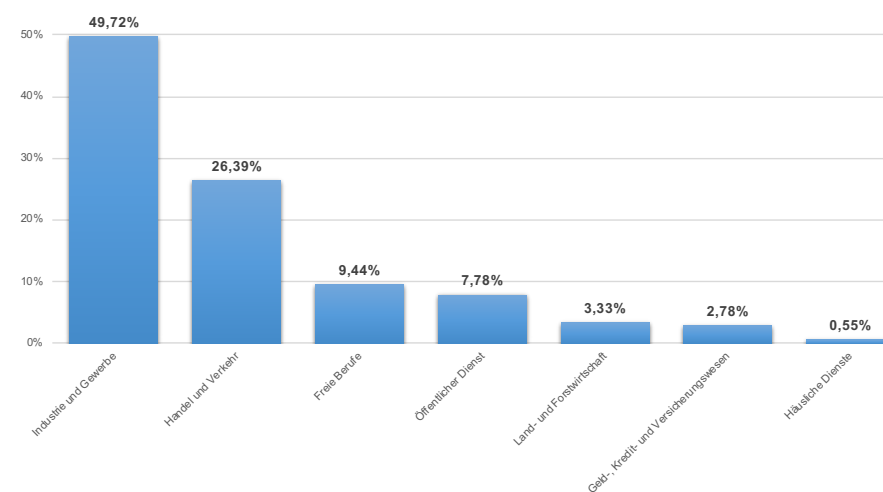
Um über Allgemeinplätze und Widersprüchlichkeiten hinauszukommen, erstellte der Autor vor mehreren Jahren unter Zuhilfenahme einer Vielzahl von Quellen ein Sozialprofil der Großdeutschen Volkspartei Vorarlberg.<sup>513</sup> Hier nun soll die berufliche Zusammensetzung der großdeutschen Ortspartei Dornbirn Gegenstand der Betrachtung sein.

Insgesamt konnten 265 Dornbirner Großdeutsche eruiert werden. Nur 39 davon sind weiblichen Geschlechts. Damit spiegelt die Liste die zahlenmäßige Dominanz der Frauen unter Dornbirns „Blauen“ von 60 % und mehr in keiner Weise wider. Dies gilt es bei den folgenden Ausführungen im Hinterkopf zu behalten. Lediglich bei acht der 39 Frauen konnte ein Beruf ausgeforscht werden. Zwei davon waren Lehrerinnen, eine Verkäuferin und eine weitere Haushälterin. Zudem gab es jeweils eine Sparkassa- und Industriebeamtin, eine Bürokräftin, die sich später als Schriftleiterin hervortat, und eine Caféhaus-Besitzerin. Des Weiteren ist von 213 Männern der Beruf bekannt. Bei 51 der 221 Personen ist von Angestellten, Buchhaltern oder Privat- und Fabrikbeamten die Rede. Nur bei weniger als der Hälfte von diesen 51 konnte der Arbeitgeber ermittelt werden. Deren größere Zahl war folglich keiner bestimmten Berufssparte und Branche zuzuordnen. Wie sich die verbleibenden Mitglieder der Dornbirner Großdeutschen, deren Berufe ermittelt werden konnten, prozentuell auf die einzelnen Berufssparten<sup>514</sup> verteilten, ist in Grafik 1 dargestellt.

Knapp die Hälfte der Dornbirner Großdeutschen war in der Sparte Industrie und Gewerbe beschäftigt, etwas über ein Viertel im Bereich Handel und Verkehr. Auf den Rängen drei und vier der bei den „Blauen“ am stärksten vertretenen Sparten folgten Freie Berufe und der öffentliche Dienst. In Ersterer war knapp jeder Zehnte Dornbirner Großdeutsche beschäftigt, in Zweiterer rund jeder Dreizehnte. Ungleich schwächer vertreten war die Sparte Land- und Forstwirtschaft. In diesem Bereich arbeitete nur jeder dreiunddreißigste „blaue“ Dornbirner. Im Folgenden wird die Spartenzugehörigkeit der Dornbirner Großdeutschen mit der der dortigen Gesamtbevölkerung verglichen. Derart zeigt sich – zu sehen in der Grafik 2 –, ob einzelne Sparten bei Dornbirns „Blauen“ über- oder unterrepräsentiert waren.

Im Geld-, Kredit- und Versicherungswesen arbeiteten gerade einmal 2,78 % der Dornbirner Großdeutschen. Dennoch war diese Sparte bei ihnen über dreimal häufiger – dieser Wert beläuft sich auf 3,16 – vertreten als im Dornbirner Durchschnitt. Unter den „Blauen“ ebenfalls deutlich überrepräsentiert waren die Sparten Öffentlicher Dienst, Freie

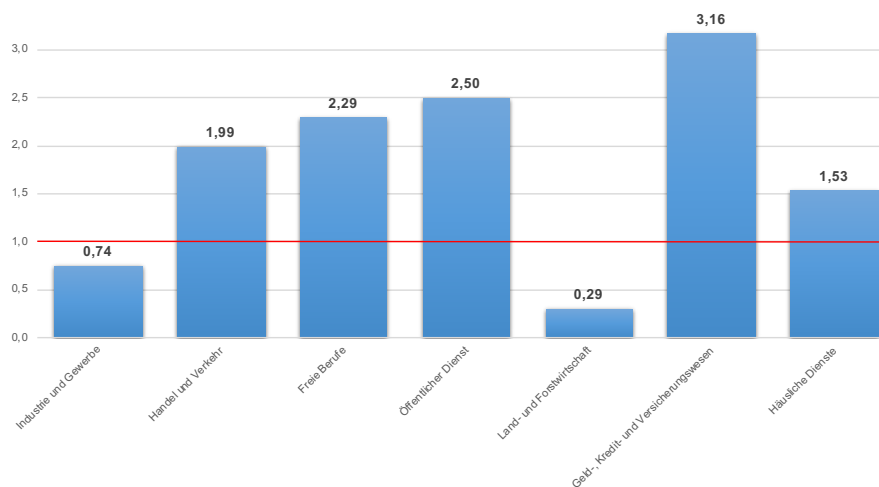
Grafik 1: Verteilung der Dornbirner Großdeutschen auf Berufssparten





Berufe sowie Handel und Verkehr. Dort arbeiteten die hiesigen Großdeutschen zwei- bis zweieinhalb Mal häufiger als die restliche Bevölkerung Dornbirns. Am anderen Ende des Spektrums befand sich die Land- und Forstwirtschaft. In dieser Berufssparte Beschäftigte waren in der Dornbirner Ortspartei nur rund ein Viertel so häufig vertreten wie im städtischen Durchschnitt. Was aufgrund Grafik 1 womöglich überrascht: Personen, die ihrer Arbeit in der Sparte Industrie und Gewerbe nachgingen, waren bei den „Blauen“ unterrepräsentiert. Während in Dornbirn insgesamt 66,85 % der Erwerbstätigen in dieser Sparte tätig waren, stellten sie bei den Großdeutschen „nur“ etwa die Hälfte der Mitglieder. Zurückzuführen ist diese Unterrepräsentanz auf die geringe Verankerung der Großdeutschen in der Arbeiterschaft. Gerade einmal 4,57 % der Dornbirner „Blauen“ waren Arbeiter. Einen Eindruck davon, welch großes Segment für die Großdeutschen weitgehend Brachland darstellte, vermittelt ein Blick auf Dornbirns sechs größte Textilfabriken. Alleine F.M. Hämmerle, F.M. Rhomberg, Herrburger & Rhomberg, J.M. Fußenegger, Benedikt Mäser und Philipp Mäser beschäftigten 1934

Grafik 2: Verhältnis der Berufssparten bei den Dornbirner Großdeutschen im Vergleich zur Gesamtheit der Dornbirner Berufstätigen

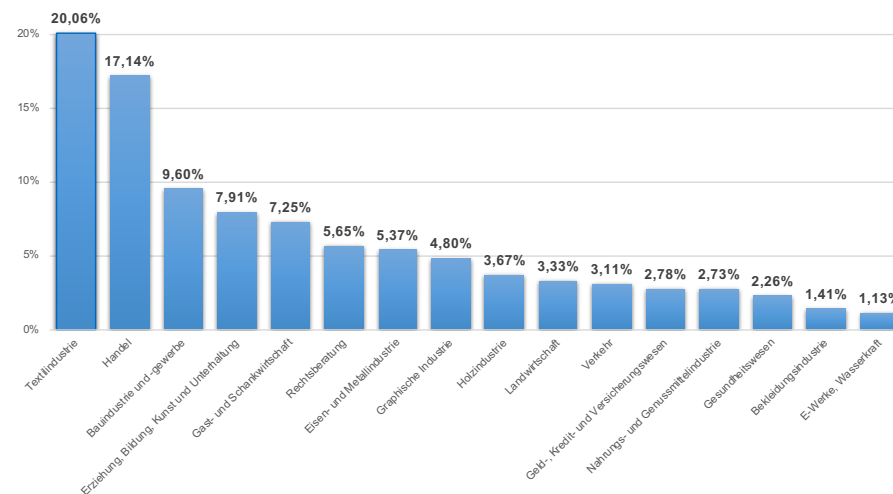


insgesamt 2.530 Arbeiter. Damit stellten sie 89,91 % der Gesamtbelegschaft.<sup>515</sup>

Die geringe Arbeiter-Präsenz beschränkte sich jedoch nicht allein auf die Ortsgruppe Dornbirns. Auch in anderen Gemeinden zeigte sich ein ähnliches Bild. Deutlich wird das anhand der Vorarlberger Arbeiterkammerwahlergebnisse. 1921 kamen die Deutschnationalen bei den Arbeitern auf 4,0 % der Stimmen, 1926 gar nur mehr auf 3,2 %.<sup>516</sup> Auch die folgenden Jahre brachten in dieser Hinsicht keine Besserung. Es würde bei ihnen völlig an einer Erfassung der Arbeiter fehlen, so ihr Fazit Ende 1930.<sup>517</sup>

Ungleich präsenter waren die Dornbirner Großdeutschen in den Führungsetagen. Mitglieder der Fabrikantenfamilien Hämmerle und Rhomberg tummelten sich zuhauf in ihren Reihen. Ebenfalls vertreten: der Wirkwarenfabrikant Herbert Mäser und der Wäschefabrikant Johann Riedl. Zudem gehörten führende Angestellte der Textilfirmen den Dornbirner „Blauen“ an. Der Prokurist Ludwig Wratzfeld, der Weberleiter Julius Hefel und Vitus Zehrer, Leiter der Export-Versand-Ab-

Grafik 3: Verteilung der Dornbirner Großdeutschen auf Berufsbranchen



teilung, waren bei F.M. Rhomberg beschäftigt. Adolf Thiem wiederum arbeitete als Leiter der Musterweberei für F.M. Hämmerle. Auch jenseits der Textilbranche zählten die Großdeutschen namhafte Dornbirner zu ihren Mitgliedern. Ignaz Rüscher, von 1903 bis 1908 erster Obmann des Vorarlberger Industriellenbundes und bis vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges Chef der Rüscher-Werke,<sup>518</sup> gehörte den „Blauen“ ebenso an wie die Brauereibesitzer Eugen und Oswald Huber. Ebenfalls ein ausgewiesener Großdeutscher: Gießereibesitzer Alexander Seewald. Auch Kaspar Böhler, Lackfabrikant, und Ludwig Bröll, Inhaber der mechanischen Spannstabfabrik Emil Bröll, waren ihre Parteifreunde, desgleichen Heinrich Ginzel, Direktor der Konsumgenossenschaft und des Verbandes der Vorarlberger Konsumvereine.

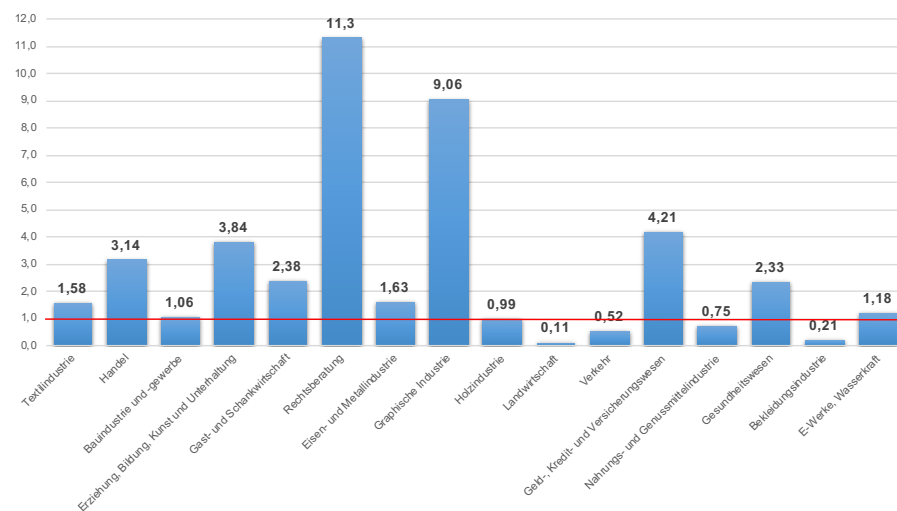
Auch Gastwirte bekannten sich vielfach zu den „Blauen“. Immerhin arbeiteten – wie anhand der Grafik 3 ersichtlich – 7,25 % der Dornbirner Großdeutschen in dieser Branche. Stark verankert waren die Großdeutschen ferner bei den Handelstreibenden. Einige seien namentlich erwähnt: Gebhard Rein, seines Zeichens Goldschmied und Uhrma-

cher, der mit Keramik-, Glas- und Porzellanwaren handelnde Otto Mäser, Holzhändler Anton Rief, Schreinermeister und Möbelhändler Albert Niederer sowie der Mehlhändler Julius Köb. Des Weiteren gehörten Lebensmittelhändler Viktor Spiegel, Weingroßhändler Josef Weiß, Josef Häfele, er im Schuhhandel aktiv, Textilwarenhändler Edwin Winder und Fahrrad- und Maschinenhändler Beda Widmer den Großdeutschen an. Insgesamt arbeiteten 17,14 % der Dornbirner „Blauen“ in dieser Branche. Nur in der Textilindustrie waren mit 20,06 % noch mehr Großdeutsche beschäftigt.

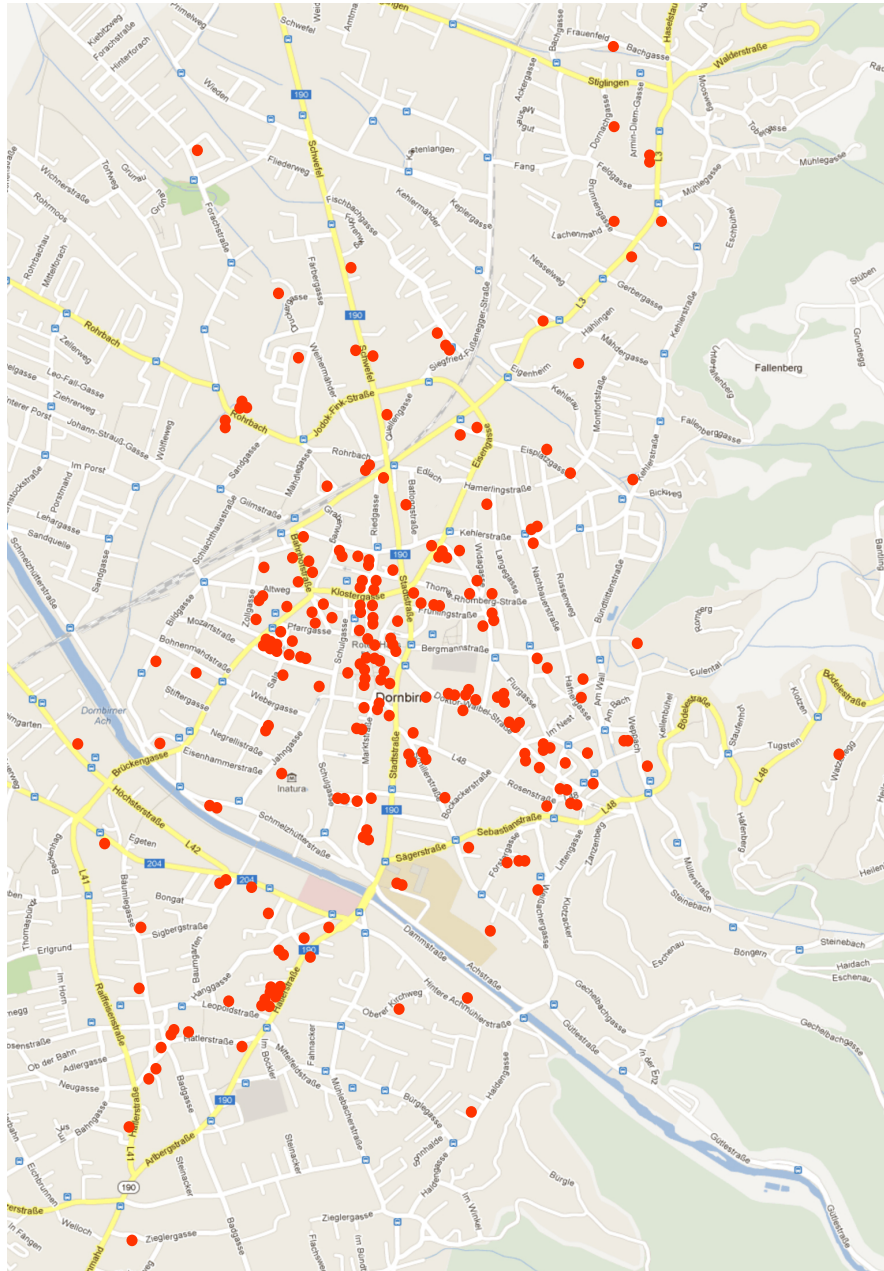
Im Vergleich zur Textilindustrie und dem Handel nehmen sich die Zahlen für die Branche Rechtsberatung bescheiden aus. 5,65 % der Dornbirner Großdeutschen waren Rechtsanwälte oder Rechtsanwaltsanwärter. Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man deren Präsenz innerhalb der „blauen“ Dornbirner mit jener in ganz Vorarlberg vergleicht. Grafik 4 verdeutlicht, dass die „blaue“ Ortsgruppe der größten Stadt Vorarlbergs über elf Mal mehr – genau 11,3 – dort Beschäftigte als im Landesdurchschnitt aufwies. Unter den großdeutschen Mitgliedern deutlich überrepräsentiert waren auch die Branchen Grafische Industrie, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen sowie Erziehung, Bildung, Kunst und Unterhaltung. In Ersterer arbeiteten die Großdeutschen neun Mal häufiger als im Landesdurchschnitt, in Zweiterer und Dritterer knapp über bzw. knapp unter vier Mal so oft. Handelstreibende folgten mit einer Überrepräsentanz von etwas mehr als dem Dreifachen.

Diese Ausführungen verdeutlichen, dass die Sozialstruktur der „blauen“ Ortsgruppe Dornbirn in der Zwischenkriegszeit weitgehend jener des Konstitutionellen Vereins zwischen 1871 bis 1912<sup>519</sup> entsprach. Anders formuliert: Den Großdeutschen gelang es nicht, sich in der Zwischenkriegszeit neue Mitgliedersegmente zu erschließen. Sie blieben stark verankert im Wirtschaftsbürgertum mit Fabrikanten und Kaufleuten. Eine weitere Stütze der Großdeutschen blieb der „Bildungsadel“, sprich Lehrer bzw. Professoren, Advokaten und Ärzte. In aller Kürze: Sie blieben zum Gutteil eine Honoratiorenpartei.

Grafik 4: Verhältnis der Berufsbranchen bei den Dornbirner Großdeutschen im Vergleich zur Gesamtheit der Berufstätigen Vorarlbergs



Grafik 5: Die Wohnorte der Dornbirner Großdeutschen



## Die Verteilung der Großdeutschen auf das Stadtgebiet

In diesem Kapitel soll die Frage beantwortet werden, wo in Dornbirn die großdeutschen Mitglieder ihr Zuhause hatten. Die roten Punkte auf der links abgebildeten Karte geben deren Wohnorte wieder.<sup>520</sup> Anhand dieser wird deutlich, dass die Großdeutsche Volkspartei nicht nur – wie bereits erwähnt – eine Partei der Städte und Marktgemeinden war. Nein, in Dornbirn kam es insbesondere im Zentrum der Stadt zu einer starken Konzentration großdeutscher Mitglieder. Am Marktplatz und der anschließenden Marktstraße waren sie zuhauf beheimatet, ebenso in der Bahnhof<sup>521</sup>, der Mozart- und Dr. Waibel-Straße. Auch in der Ried- und Eisengasse sowie der Schillerstraße wohnte eine größere Anzahl von Großdeutschen. Jenseits des Dornbirner Stadtkerns waren noch mehrere von ihnen in der Hatlerstraße zuhause. Leichte Konzentrationen von „Blauen“ gab es zudem in den alten Stadtteilkernen des Hatler- und Oberdorfs.

Diese örtliche Konzentration von Großdeutschen schlug sich in den Wahlergebnissen nieder. Die „Blauen“ reüssierten insbesondere in den innerstädtischen Wahlsprenkeln 2 bis 4. Im Wahlsprenkel 4 – im Wesentlichen gebildet von den Wohngebieten Marktplatz, Eisen- und Jahngasse, Teilen der Marktstraße, Rohrbach und Schwefel – fuhren sie ihr bestes in Dornbirn jemals erzieltetes Teilergebnis ein. Anlässlich der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung im Jahr 1919 kamen sie dort auf 33,33 % der Stimmen. Darüber hinaus war dies der Wahlsprenkel, der den Großdeutschen, überblickt man alle neun von ihnen alleine in Angriff genommenen Wahlen der Zwischenkriegszeit,<sup>522</sup> mit 26,10 % die höchste durchschnittliche Zustimmungsrates bescherte. Im Wahlsprenkel 3 – an größeren Straßen umfasste er die Kanal-gasse, Mozartstraße, Weber-, Schul- und Riedgasse – und Wahlsprenkel 2 – hier seien die Thomas Rhomberg-, Bergmann-, Dr. Waibel- und Rosenstraße, die Langegasse sowie die Nachbauer-, Bündtlitten- und Moosmahlstraße genannt – als ihren nächstbesten Sprengeln kamen sie auf 23,97 % respektive 23,49 %. Am für die „Blauen“ negativen Ende der Skala rangierte der Wahlsprenkel 7. Dieser – gebildet unter anderem von der Hinteren

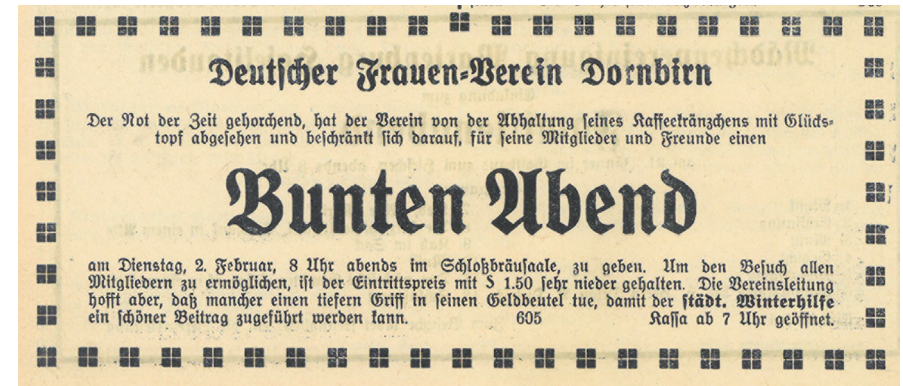
Achmühler- und Mühlebacherstraße sowie der Bürgle-, Halden- und Haslachgasse – trug ihnen bei Alleinkandidaturen im Durchschnitt 6,36 % ein.

### Die Konkurrenz wird stärker – die Jahre 1931 und 1932

#### Der Deutsche Frauenverein Dornbirn 1931 und 1932

Am 2. Februar 1931 war es ein weiteres Mal soweit: Der Deutsche Frauenverein Dornbirn lud zu seinem traditionellen Kaffeekränzchen in den Saal des Schlossbräu ein.<sup>523</sup> Wie schon in früheren Jahren kam der Gewinn der Ferienkolonie Maien, dem Altersheim und dem Frauenhilfsverein zugute. Einen weiteren Teil des Erlöses nutzte die Frauenortsgruppe, um ihren bedürftigen Mitgliedern Kurse verbilligt anzubieten.<sup>524</sup> Das Kaffeekränzchen vermittelt damit den Eindruck von business as usual – doch dem war nicht so. Die Weltwirtschaftskrise machte sich deutlich bemerkbar. In früheren Jahren war das Kaffeekränzchen eine von mehreren gesellschaftlichen Großveranstaltungen gewesen. Nun bildete es die einzige derartige Zusammenkunft. Zudem organisierten die großdeutschen Frauen 1931 zum letzten Mal für viele Jahre ein Kaffeekränzchen. Im darauffolgenden Jahr sahen sie der *Not der Zeit gehorchend* von einer weiteren Ausgabe ihrer Traditionsveranstaltung ab. Stattdessen gaben sie es mit einem Bunten Abend eine Nummer kleiner. Der damit erzielte Gewinn floss der städtischen Winterhilfe zu.<sup>525</sup>

An Gesellschaftlichem bot die Frauenortsgruppe daneben weitere Ausflüge an. Beschränkten sich diese in den Jahren davor auf Spaziergänge in Dornbirn, wurden nun trotz schwieriger Wirtschaftslage fernere Ziele angesteuert. Der Deutsche Frauenverein Dornbirn plante – genügend Beteiligung vorausgesetzt – eine Autofahrt nach Chur. Anmeldungen hierfür nahmen Fr. Stefanie Rüschi sowie Agnes Rüschi, Silvia und Babette Hämmerle entgegen.<sup>526</sup> 1932 folgten zwei weitere Ausfahrten per Auto, zuerst nach Brand, später nach Schruns.<sup>527</sup> Ebenfalls 1932 machte der Deutsche Frauenverein Dornbirn seine Mitglieder auf eine Führung durch das naturkundliche Heimatmuseum aufmerksam. Durch die



Ausstellung führte kein Geringerer als Siegfried Fussenegger,<sup>528</sup> der mit seiner naturkundlichen Sammlung den Grundstein für das Museum gelegt hatte.

Des Weiteren bot der Frauenverein Kurse an, allerdings weder so zahlreich noch so vielfältig wie in den zwölf Jahren davor. Den schlechten Zeiten entsprechend widmete man sich ausschließlich Nützlichem. 1931 und 1932 wurden folglich nur mehr Kleidernähkurse angeboten. Bei Marie Schwarzhans, Schulgasse 31, konnten sich die Frauen für die Kurse anmelden. Schwarzhans fungierte zudem als einzige Kursleiterin. War auch das Angebot, das die Frauenortsgruppe ihren Mitgliedern unterbreitete, deutlich geschrumpft – was blieb war das Frauenturnen.<sup>529</sup>

Noch zu erörtern gilt es die Frage, ob den Deutschen Frauenvereinen durch die erstarkenden Nationalsozialisten ein größerer Nachteil entstand, sie massiv Mitglieder einbüßten. Dazu die klare Antwort: nein. Bis Mitte 1932 gehörten vorarlbergweit gerade einmal 13 Frauen NS-Ortsgruppen an, in Dornbirn war es mit Maria Raab eine.<sup>530</sup> Von keiner der 13 Frauen ist bekannt, dass sie in früheren Jahren einem Deutschen Frauenverein angehört hatte. Zudem dürften die Dornbirner NS-Frauensschaft und der Bund deutscher Mädel, von denen im Dezember 1932 und Februar 1933 die Rede war,<sup>531</sup> nur wenig Zugkraft entwickelt haben. Aktivitäten der beiden Vereine aus dieser Phase sind nicht überliefert.



### Der Deutsche Volksverein Dornbirn 1931 und 1932

Der nationale Urnengang 1930 war vorüber, nicht aber die Weltwirtschaftskrise. Diese wirkte sich negativ auf die organisatorischen Möglichkeiten des Deutschen Volksvereins Dornbirn aus. Er, der nach Ansicht von Dr. Helmut Lanzl zu dieser Zeit organisatorisch ohnehin schlechter aufgestellt war als die großdeutschen Männerortsgruppen von Bregenz und Lustenau,<sup>532</sup> lud 1931 und 1932 ausschließlich zu Veranstaltungen mit politischem Inhalt ein.<sup>533</sup> Große gesellschaftliche Feste wie Julfeiern und Deutsche Abende, in früheren Jahren mehrfach wiederkehrend, blieben nun aus. Damit versiegte eine Einnahmequelle des Vereins. Das war umso problematischer, als die Großdeutschen bei der Nationalratswahl 1930 einen finanziell großen, gar zu großen Aufwand betrieben hatten. Die Folge: Schulden. Noch über ein Jahr nach der Wahl konstatierte Vorarlbergs großdeutsche Landesorganisation, derentwegen dringend notwendige Arbeiten nach wie vor in nur stark eingeschränkter Form verrichten zu können.<sup>534</sup>

Dementsprechend erwies sich der Schwung, den der Wahlerfolg nach sich zog, als Schwünglein. Mit Lochau und Hörbranz konstituierten sich Anfang 1931 zwei „blaue“ Ortsgruppen<sup>535</sup>, allerdings solche der kleineren Sorte. Lochau hatte zu Beginn etwas *über 30 Mitglieder*<sup>536</sup> und der Gründungsversammlung in Hörbranz wohnten neun Personen bei.<sup>537</sup> Überdies hatten einige dieser rund 40 Mitglieder davor bereits der großdeutschen Ortsgruppe Bregenz angehört.

Für den Deutschen Volksverein Dornbirn ist davon auszugehen, dass die Mitgliederzahl 1931 – ganz im Einklang mit der Entwicklung der Großdeutschen Volkspartei Vorarlberg<sup>538</sup> – konstant blieb, er also weiter an die 300 Männer zählte. Hierfür spricht die weiterhin höchst angespannte Wirtschaftslage samt stark steigenden Arbeitslosenzahlen,<sup>539</sup> die einen Verein mit einer großen Zahl an Arbeitgebern attraktiv erscheinen ließ.

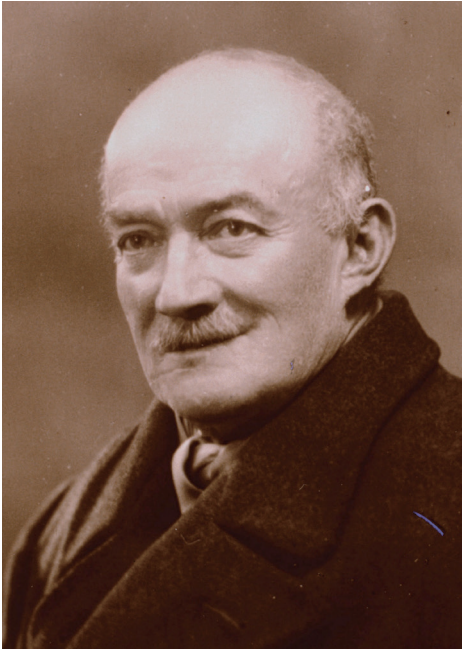
Ende 1931 verließ Landesparteiobmann Wehner der seit vielen Jahren bestehenden Skepsis der Vorarlberger Landesorganisation gegenüber der großdeutschen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene mehrfach pointiert Ausdruck. Seiner Überzeugung nach könne die Partei nur

gehalten werden, wenn die Großdeutschen aus der Regierung ausstiegen und einen *scharfen Trennungsstrich* zu den Christlichsozialen zögen. Sollte dieser Schritt nicht in absehbarer Zeit gesetzt sein, würde die „blaue“ Landesorganisation Vorarlberg aus der Reichspartei austreten, so seine Drohung.<sup>540</sup> Waren die Vorarlberger Großdeutschen in früheren Jahren mit ihrer distanzierten Haltung zur Regierungsbeteiligung Minderheit – nun hatte sich das Blatt gedreht. Zurückzuführen ist dieser Sinneswandel auf die finanzielle Schieflage der Creditanstalt und ihre Folgen. Die Rettung der Bank hatte ein Budgetloch gerissen. Wo sparen? – Dies bei der Beamtschaft, also großdeutschen Klientel zu tun, lag nahe.<sup>541</sup> Zudem knüpfte Frankreich an eine neuerliche Kreditvergabe an Österreich die Bedingung, die Zollunionspläne mit Deutschland aufzugeben. Diese scheiterten daraufhin im Spätsommer 1931. Diese Gemengelage ließ die großdeutsche Parteiführung zur Überzeugung gelangen, dass ein Weiterverbleib in der Regierung untragbar wäre. Die „Blauen“ verließen Anfang 1932 die Regierung. Derart vergrößerten sie ihren politischen Handlungsspielraum. Eine kantigere Politik wurde möglich.

Dieser Befreiungsschlag änderte aber nur wenig daran, dass der Aufschwung anderen beschieden war, namentlich der NSDAP. Den Vorarlberger Nationalsozialisten, zu Beginn 1931 183 Mitglieder stark,<sup>542</sup> gehörten Mitte 1932 550 Parteigänger an. Den „Braunen“ war es demnach nicht gelungen, bis dahin großdeutsche Parteimitglieder en masse für sich zu gewinnen. Dem Autor sind 22 Männer bekannt, die in neun Orten Vorarlbergs bis in den Frühsommer 1932 diesen Wechsel vollzogen, zwei davon in Dornbirn. Damit bekannten sich Mitte 1932 in etwa 2 % bis 2,5 % all jener Männer, die in früheren Jahren den Vorarlberger Großdeutschen angehört hatten, per Mitgliedschaft zur NSDAP.<sup>543</sup>

Der Deutsche Volksverein Dornbirn setzte den aufstrebenden Nationalsozialisten mit ihrer Dynamik und Frische eine Verjüngung an der Spitze der Ortsgruppe entgegen. Hans Martin erklärte auf der Jahreshauptversammlung des Vereins am 9. März 1932, nach vierzigjähriger Tätigkeit für die Ortsgruppe den Ruhestand antreten zu wollen. Augenzwinkernd gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dass ihm der Verein bei diesem Vorhaben nicht mehr Schwierigkeiten mache als der Landes-

Abb. 28: Dr. Anton Zumtobel war bis 1930 Landesparteiobmann der Vorarlberger Großdeutschen und bis 1932 Landtagsabgeordneter



schulrat, der sein Gesuch um Pensionierung überraschend schnell erledigt habe. Diesmal sollte sich sein Wunsch erfüllen. Rudolf Salzmann war bereit, das Amt des Obmanns zu übernehmen. Ihm wurde attestiert, sich trotz seines geringen Alters bereits in mehreren nationalen Vereinen als fleißige Kraft bewährt zu haben. Seine Wahl erfolgte einstimmig. Damit war der Generationenwechsel perfekt. Der 64-jährige Hans Martin legte die Geschicke des Vereins in die Hände des 1901 geborenen und damit knapp halb so alten Salzmann. Im An-

schluss hielt Schriftleiter Dr. Längle ein Referat, das darauf abzielte, den Anwesenden Mut zu machen, ihren Glauben an die Zukunft der Großdeutschen Volkspartei zu stärken. Vorhersagen vom baldigen Zerfall der Großdeutschen tat er als *töricht* ab.<sup>544</sup> Zurecht? Es sollte nur etwas mehr als ein Jahr dauern, bis diese Frage beantwortet war.

Knapp zwei Monate nach dieser Jahreshauptversammlung ging eine Ära zu Ende. Mit Schreiben vom 8. Mai 1932 legte Dr. Anton Zumtobel nach 13 Jahren sein Landtagsmandat nieder. Landeshauptmann Ender reagierte mit Bedauern auf das Ausscheiden des Dornbirners. Bei ihm habe es sich um einen *wertvollen Mitarbeiter* des Finanzausschusses gehandelt. Auch Zumtobels Tätigkeit im volkswirtschaftlichen Ausschuss blieb nicht unerwähnt. Ender attestierte dem nunmehr ehemaligen großdeutschen Landtagsabgeordneten, *für alle Angelegenheiten, die rein wirtschaftlicher Natur waren, ein natürliches, hervorragendes Verständnis gehabt*<sup>545</sup> zu haben und zudem objektiv an die Sache herangegangen zu sein.<sup>546</sup>

Was Zumtobel veranlasste, seinen Rückzug aus dem Landtag anzutreten, liegt weitgehend im Dunkeln. Das christlichsoziale Vorarlberger Volksblatt spekulierte, dass es Zumtobel darum ging, noch rechtzeitig das sinkende Schiff „Großdeutsche Volkspartei“ zu verlassen.<sup>547</sup> Die „Blauen“ dementierten das. Sie selbst sprachen von *persönliche(n) Gründe(n)*, welche den Dornbirner zu diesem Schritt bewogen hätten. Am 28. Mai 1932 kürte die großdeutsche Landesparteileitung den Lustenauer Bürgermeister und ehemaligen Nationalratsabgeordneten Karl Bösch zum Nachfolger Zumtobels. Die Wahl soll einstimmig erfolgt sein.<sup>548</sup>

### Die Landtagswahl 1932

Die Spatzen pfffen es im Jahr 1932 von den Dächern: Das politische Klima hatte sich zugunsten der Nationalsozialisten gewandelt. Die Vorarlberger Landesregierung versuchte, diesem „braunen“ Aufschwung durch Verbote entgegenzuwirken. So untersagte sie eine von der NSDAP für den 1. und 2. Oktober 1932 geplante großangelegte „Grenzlandkundgebung“ in Dornbirn.<sup>549</sup> Des Weiteren reagierten die Christlichsozialen mit Blick auf die nächste Landtagswahl, indem sie das Wahlalter von 20 auf 21 Jahre erhöhten. Daneben war absehbar, dass die NSDAP durch die Not der Wintermonate noch weiter gestärkt und sich dies im Wahlergebnis zum regulären Termin im Frühjahr 1933 widerspiegeln würde. Um das zu verhindern, fand der XIII. Vorarlberger Landtag – gleich den beiden Gesetzgebungsperioden davor – ein vorzeitiges Ende. Zum Wahltag wurde der 6. November 1932 bestimmt.

Somit hatten sich die Vorarlberger Großdeutschen früher als erwartet über die Konstellation klar zu werden, mit der sie in die Wahlauseinandersetzung gehen wollten. Eine gemeinsame Kandidatur mit den Christlichsozialen schlossen sie von vornherein aus, gleiches galt für die Sozialdemokraten. Die Variante einer Wahlgemeinschaft mit dem Landbund war den „Blauen“ zumindest eine Diskussion wert. Letztlich verwarfen sie aber diese Idee. Aufgrund der Zustimmung des Landbundes zur Anleihe von Lausanne<sup>550</sup> schien den Großdeutschen eine solche Kooperation diesmal *untragbar*. An Wahlgemeinschaften blieb damit noch eine Option, eine solche mit den Hitler-Nationalsozialisten. Die

Großdeutschen unterbreiteten den „Braunen“ ein dementsprechendes Angebot, was diese mit einer deutlichen Abfuhr quittierten.<sup>551</sup> Die Großdeutsche Volkspartei Vorarlberg bestritt die Landtagswahl damit abermals im Alleingang. Die Erstellung der Wahlwerberlisten erwies sich als unproblematisch, da sich nur ihr Erstgereihter des Bezirks Feldkirch Chancen auf den Einzug in den Landtag ausrechnen konnte, und für diese Stelle Karl Bösch – ihr damals einziger Landtagsabgeordneter – außer Streit stand.<sup>552</sup> An Dornbirnern fanden sich drei Männer auf dem großdeutschen Wahlvorschlag wieder: Der Gießereibesitzer Alexander Seewald kandidierte an zweiter Stelle im Wahlbezirk Feldkirch, Adolf Hemrich, als Privatbeamter ausgewiesen, an Position fünf. Hermann Rhomberg, seines Zeichens Fabrikbesitzer, schien auf Listenplatz sieben auf.

Insgesamt kandidierten in den drei Wahlbezirken Vorarlbergs 26 Personen für die Großdeutschen. Gleich wie bei der Landtagswahl 1928 waren zwei davon Frauen, jedoch keine aus Dornbirn. Mit der Kandidatur zweier Frauen übertrafen die „Blauen“ die Konkurrenz zahlenmäßig ein weiteres Mal. Lediglich die Sozialdemokraten boten bei dieser Wahl noch eine Frau auf, die restlichen Parteien, sprich Christlichsoziale, Landbündler und Nationalsozialisten, verzichteten gänzlich darauf.

Im April 1932 hatten in Wien, Niederösterreich und Salzburg Landtagswahlen stattgefunden. Für die Großdeutschen endeten diese mit einem Fiasko. Sie, die in den drei Bundesländern anlässlich der Nationalratswahl 1930 noch 9,71 % erzielt hatten, erhielten nunmehr 1,42 %.<sup>553</sup> Zwischen einem Drittel und der Hälfte ihrer vormaligen Wähler votierte nun für die Nationalsozialisten.<sup>554</sup> Damit kam der Landtagswahl im „Ländle“ für die Großdeutschen richtungsweisende Bedeutung zu – und das über Vorarlberg hinaus. Würde das Ergebnis des Urnengangs ihre Marginalisierung fortschreiben oder einen Kontrapunkt zu dieser Entwicklung setzen?

Trotz der offenkundigen Bedeutung der Wahl stellten sich Vorarlbergs Großdeutschen wiederum nur wenige Einheimische als Redner zur Verfügung. Hatten sich 1928 sechs Männer dazu bereiterklärt, waren es diesmal deren sieben. Dornbirn stellte erstmals keinen Redner,

wohl ein Indiz dafür, dass die dortigen „Blauen“ kaum mehr glaubten, der eigenen Partei mit persönlichem Engagement zu einem respektablem Ergebnis verhelfen zu können. Oder waren sie gar nicht mehr interessiert an deren Wohlergehen? Auch das wird auf manchen zugetragen haben. Ein Beispiel dafür, wie Engagement geht, hätten sich die Dornbirner Großdeutschen an einem ihrer Abtrünnigen nehmen können, nämlich an Albert Niederer. Er, der im Ebnit das Gasthaus Zum Hohen Freschen betrieb, hielt dort eine Wahlveranstaltung zugunsten seiner neuen politischen Heimat, der NSDAP, ab. Hier forderte er die Anwesenden auch zum Besuch einer weiteren Veranstaltung der Partei in der Stadt auf. Übrigens: Albert Niederer soll mit seinem Engagement für die „Braunen“ nicht alleine gewesen sein. Auch seine Familienangehörigen sollen sich in diesem Geist betätigt und so den Nationalsozialismus ins Ebnit gebracht haben.<sup>555</sup>

Weit mehr als die Vorarlberger Großdeutschen trug deren Reichspartei der Bedeutung dieser Wahl Rechnung. Sie zeigte Präsenz. Neben „Hochkarätären“ wie Reichsparteiobmann Hermann Foppa und Minister a.D. Dr. Hans Schürff trat auch Nationalratsabgeordneter Rudolf Zarboch als Wahlredner in Erscheinung. Zudem trug Schriftleiter und Wanderredner Gustav Maschke mit 14 Auftritten zum Wahlkampf bei. Nebst der Unterstützung durch die Reichspartei gab es auch Beistand aus Deutschland. Dr. Walter Hölscher aus Ulm trat an vier Abenden als Redner auf.<sup>556</sup> Insgesamt hielten die Großdeutschen im Vorfeld der Vorarlberger Landtagswahl 1932 rund 35 Wahlveranstaltungen ab.

In Dornbirn trat die Mehrzahl der eben Genannten auf. Den „blauen“ Wahlkampfauftakt bildete eine öffentliche Vereinsversammlung des Deutschen Volksvereins Dornbirn. Sie ging am 18. Oktober 1932 im Mohren-Saal über die Bühne.<sup>557</sup> Daran schlossen sich drei Sprechabende an, abgehalten im zweiten bis vierten Bezirk. Die Veranstaltung im zweiten Bezirk fand im Gasthaus Zum Löwen statt, jene für den dritten im Gasthaus Herburger. Beim Sprechabend für den vierten Bezirk fanden sich Interessierte im Gasthaus Zum Touristen ein.

Bestritten wurden sie von Gustav Maschke. Er sprach zum Thema „Die Wege Österreichs aus der Krise“.<sup>558</sup> Den krönenden Abschluss

der Veranstaltungen in Dornbirn bildete ein Auftritt des ehemaligen Ministers Dr. Hans Schürff am 2. November 1932 im Mohren-Saal. Er, zusammen mit Karl Bösch den Abend bestreitend, verwendete seine Ausführungen dazu, um die Frage „Kann die österreichische Wirtschaft gerettet werden?“ zu beantworten. Schürff war gleich Hermann Foppa ein Publikumsmagnet. Die beiden sollen in Dornbirn, Lustenau und Bregenz vor Hunderten von Leuten gesprochen haben.<sup>559</sup>

Die Geschäftsstelle des Deutschen Volksvereins Bregenz zeigte sich wie schon im Nationalratswahlkampf 1930 sehr aktiv. Im Vorfeld der Landtagswahl 1932 verzeichnete sie einen Ein- und Ausgang von über 30.000 Poststücken.<sup>560</sup> Zentral für die Wahlarbeit des Bezirks Feldkirch war eine Wahlkanzlei, die sich im rückwärtigen Gebäude der Buchhandlung in der Dornbirner Marktstraße 8 befand. Deren Eröffnung fand am 15. Oktober 1932 statt. Die Parteimitglieder konnten die Wahlkanzlei persönlich aufsuchen, sich mit ihr aber auch telefonisch in Verbindung setzen. Ihre Telefonnummer: 120.<sup>561</sup>

Mit ihren Wahlkampfthemen zielten die Großdeutschen auf die Mobilisierung ihrer Kernwähler ab. Sie präsentierten sich als bürgerlich-deutschnationale Wirtschaftspartei.<sup>562</sup> Ihr politischer Kampf richtete sich insbesondere gegen Christlichsoziale und Nationalsozialisten. Um die Wirtschaftstreibenden für sich zu gewinnen, kritisierten die „Blauen“ – gleich wie 1928 – die Finanzverwaltung des Landes als zu wenig sparsam.

Die vom Land erwirtschafteten Finanzüberschüsse galten ihnen nicht als Indiz für eine gelungene Haushaltsführung, sondern als Produkt der *Steuerschraube*, welche die Christlichsozialen der Wirtschaft angelegt hätten.<sup>563</sup> Ihren Charakter als Wirtschaftspartei unterstrichen sie, indem sie im Wahlkampf auf die massive Präsenz von Handels-, Gewerbe- und Industrievertretern auf ihrer Wahlwerberliste hinwiesen.<sup>564</sup> Tatsächlich gehörten – wenn auch ohne Chance, ein Mandat zu erobern – 34,6 % der großdeutschen Landtagskandidaten dem Handel und Gewerbe an, ein Wert, den keine andere Partei aufwies.<sup>565</sup>

Daneben betonten die „Blauen“ im Wahlkampf ihre Bürgerlichkeit. Diesen Begriff luden sie mit Eigenschaften wie Besonnenheit,



Berechenbarkeit und Kontinuität auf. Das hohe Durchschnittsalter der großdeutschen Kandidaten – es betrug 49,5 Jahre<sup>566</sup> –, ansonsten der Partei womöglich als Überalterung ausgelegt, konnte so als personifizierter Beweis interpretiert werden, tatsächlich für eben diese Werte zu stehen. Darüber hinaus erklärten sie eine solch wertebasierte Politik, die sich in sachlicher Arbeit und bürgerlicher Landtagskontrolle manifestiert, zum für schlechte Zeiten weit geeigneteren Politikstil als die nationalsozialistische Radikalopposition.<sup>567</sup>

Des Weiteren hoben die Großdeutschen im Wahlkampf ihre deutschnationale Einstellung hervor. Damit signalisierten sie dem Bevölkerungsteil mit ausgeprägter Affinität zu Deutschland, in ihnen einen vehementen Fürsprecher für den Anschluss an den nördlichen Nachbarn zu haben, ein Votum für die Nationalsozialisten hierfür also nicht notwendig sei. Quasi als Beweis für ihre einwandfrei deutschnationale Gesinnung führten die Großdeutschen ihre ablehnende Haltung gegenüber der Lausanner Anleihe an – von ihnen dargestellt als christlichsozialer Versuch, den Anschluss an Deutschland zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern und Österreich zu einer Kolonie Frankreichs zu machen.<sup>568</sup> Die eigene Gesinnung in dieser Frage damit außer Zweifel gestellt, versuchten die „Blauen“ mit ihrer Wahlpropaganda überdies, Zweifel an der deutschnationalen Einstellung der Nationalsozialisten zu wecken. Hierfür wiesen sie mehrfach auf die Teilnahme von Nationalsozialisten aus Deutschland an der faschistischen Zehnjahresfeier in Bozen hin. In deren Verlauf sollen „Braune“ auf der untersten Stufe



des faschistischen Siegesdenkmals posiert haben, einem Denkmal, um das die Bozner selbst, da von ihnen gehasst, einen *weiten Bogen* machen würden.<sup>569</sup> Zudem versuchten die Großdeutschen den Nationalsozialisten beizukommen, indem sie die „Braunen“ in ihrer Wahlagitation zu einer sozialistischen, ja gar kommunistischen Gruppierung erklärten.<sup>570</sup>

Am Wahltag votierten vorarlbergweit 5.159 Personen für die Großdeutschen. Damit kamen sie auf einen Stimmenanteil von 6,75 %. Gegenüber dem Urnengang 1928 bedeutete das einen Verlust von 2,10 %. Das Minus der Christlichsozialen Partei gegenüber der vorigen Landtagswahl belief sich auf 2,71 %. Damit verlor sie drei Mandate. Neu hatte sie deren 18. Ein für die „Schwarzen“ günstigeres Bild ergab sich beim Vergleich mit der Nationalratswahl 1930. Deren Resultat – damals allerdings als schwach empfunden – vermochten sie mit 56,75 % zu wiederholen. Zurückzuführen ist das auf die weitgehende Resistenz ihrer Wählerschaft gegenüber den Nationalsozialisten. Nur geschätzte 2 %<sup>571</sup> bis 4 %<sup>572</sup> stimmten neu für die „Braunen“.

Eine deutlich gravierendere Abwanderung zu den Nationalsozialisten hatten die Sozialdemokraten hinzunehmen. In Dornbirn, Bregenz und Hard,<sup>573</sup> aber auch Lustenau und Fußach werden ehemalige sozialdemokratische Wähler wesentlich zum dortigen Erstarken der „Braunen“ beigetragen haben. Für Vorarlberg insgesamt wird vermutet, dass die „Roten“ 10 %<sup>574</sup> bis 11 %<sup>575</sup> jener, die bei der Landtagswahl 1928 und Nationalratswahl 1930 für sie gestimmt hatten, an die Nationalsozialisten verloren. Des Weiteren verzeichneten die Sozialdemokraten Einbußen wegen der Kommunisten. Für Letztere, die 1928 nicht zur Wahl angetreten und 1930 168 Stimmen erzielt hatten, votierten nun 2.614 Vorarlberger oder 3,42 %. Aufgrund dieser deutlichen Abwanderung in gleich zwei Richtungen hatten sich die Sozialdemokraten, denen bei der vorigen Landtags- und Nationalratswahl jeweils rund 21 % der gültigen Stimmen zugekommen waren, 1932 mit 15,60 % zu begnügen. Das schlechteste Resultat der Zwischenkriegszeit hatte für die Vorarlberger Sozialdemokratie den Verlust von zwei ihrer bisherigen sechs Landtagsitze zur Folge.

Neben den Sozialdemokraten hatte auch der Landbund deutliche

Einbußen hinzunehmen. Statt der 9,62 % – von ihm erzielt bei der letzten Landtagswahl 1928 – kam er auf 6,96 %. Das Gros seiner Verluste wird der NSDAP zugutegekommen sein. Zudem dürfte er, glaubt man den Presseorganen von „Blauen“ und „Schwarzen“, in den Städten an die Großdeutschen Stimmen abgegeben haben.<sup>576</sup> Die „Grünen“, davor mit zwei Mandataren im Landtag vertreten, gewannen so nur mehr einen Landtagssitz.

Wie in krisenhaften Zeiten oftmals zu sehen, wurden die politischen Ränder gestärkt. Am linken Rand hatten die Kommunisten einen beträchtlichen Stimmenzuwachs erzielt, rechts außen gelang dies in noch deutlich ausgeprägterer Form den Nationalsozialisten. Während die Nationalsozialisten um Hitler bei der Landtagswahl 1928 nicht angetreten waren<sup>577</sup> und bei der Nationalratswahl 1930 mit einem Votum von 1,14 % hatten vorlieb nehmen müssen, kamen sie 1932 auf einen Stimmenanteil von 10,52 %. Damit zogen sie erstmals – und das mit zwei Mann – ins Vorarlberger Landesparlament ein. Trotz dieses sprunghaften Anstiegs der Nationalsozialisten machte sich bei deren politischen Kontrahenten Erleichterung breit.<sup>578</sup> Der Grund dafür: Bei den Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg im April 1932 waren die Nationalsozialisten im Durchschnitt auf 16,35 %<sup>579</sup> der Stimmen gekommen. Das hatte einen noch stärkeren Zuspruch im „Ländle“ erwarten lassen.

Um wieder auf die Großdeutschen zu sprechen zu kommen: Diese hatten gegenüber dem Urnengang 1928 landesweit besagte 2,10 % verloren – und waren höchst zufrieden. Das „blaue“ Presseorgan nannte das Ergebnis *prächtig*.<sup>580</sup> Rudolf Salzmann, Obmann des Deutschen Volksvereins Dornbirn, brachte den – wie es hieß – *berechtigten Stolz* seiner Männerortsgruppe auf den Erfolg zum Ausdruck.<sup>581</sup>

Zentral für ihre überschwängliche Stimmung war der neuerliche Gewinn eines Landtagssitzes. Dieser konnte im Bezirk Feldkirch erobert werden. Karl Bösch blieb Landtagsabgeordneter. Im Vorfeld der Wahl hatten die Großdeutschen ihre Zweifel gehabt, ob ihnen ein abermaliger Mandatsgewinn beschieden sein würde. Ernst Vogel, Landesgeschäftsführer der Vorarlberger „Blauen“, ging nicht davon aus. Seiner Meinung

nach würde die Wahl lediglich dazu dienen, die *Häupter unserer Lieben* zu zählen.<sup>582</sup>

Der von Dornbirn geleistete Beitrag zum Gewinn des Mandats konnte sich durchaus sehen lassen, oder fiel – besser gesagt – weniger bescheiden aus als andernorts. Den Großdeutschen kamen in Vorarlbergs größter Stadt 9,26 % der gültigen Stimmen zu. Gegenüber der Landtagswahl 1928 hatten sie damit 2,46 % eingebüßt. Ein für die Dornbirner „Blauen“ verhältnismäßig positives Bild ergibt sich beim Blick auf die Stimmenverluste. Landesweit votierten bei diesem Urnengang besagte 5.159 Personen für sie. Gegenüber der vorigen Landtagswahl büßten sie damit 1.590 oder knapp 24 % der Stimmen ein. In Dornbirn votierten 839 Personen für die „Blauen“. Bei 201 Stimmen weniger als 1928 betrug ihr Minus vergleichsweise bescheidene rund 19 %. Zudem lag das großdeutsche Ergebnis in Dornbirn, anders als 1928, um 0,45 % über dem Bezirksergebnis.

Aufgrund der erstarkten Nationalsozialisten – sie erzielten in Dornbirn 13,48 % der gültigen Stimmen – liegt es nahe, die beträchtlichen großdeutschen Verluste mit dem erstmaligen Antreten der Hitler-Nationalsozialisten bei einer Vorarlberger Landtagswahl zu erklären. Ein Blick auf die Wahlsprengel mit überdurchschnittlichen NS-Ergebnissen – es sind dies die Sprengel 1, 2, 3, 4, 9 und 13, wo sie im Mittel auf 17,97 % kamen – weist in diese Richtung. Dort, wo die „Blauen“ 1928 16,24 % der Stimmen erhalten hatten, kamen sie neu auf 12,58 %. Deren Verlust belief sich damit auf 3,66 %. In den übrigen Sprengeln, sprich jenen mit unterdurchschnittlichen Ergebnissen für die „Braunen“, hatten die Großdeutschen ein Minus von 1,57 % hinzunehmen.

## Die „Blauen“ in ständestaatlicher Zeit

### Die Selbstaufgabe

Unmittelbar nach der Landtagswahl 1932 umgarnte die Großdeutsche Volkspartei Vorarlberg ihre deutschnationalen Kontrahenten, insbesondere die „Braunen“. Sie erklärte, den Erfolg Letzterer *von ganzem Herzen* zu begrüßen. Den in der Endphase mit harten Bandagen geführten Wahlkampf der Nationalsozialisten gegen die „Blauen“ taten sie mit einem *Schwamm drüber!* ab. Ziel ihrer Charmeoffensive war ein gemeinsamer Landtagsklub der drei deutschnationalen Parteien. Davon versprachen sich die Großdeutschen einen Sitz in der Landesregierung und den Anspruch auf einen Platz in jedem Ausschuss.<sup>583</sup> Der Köder war ausgelegt, alleine die Fische bissen nicht an. Der gemeinsame Landtagsklub kam nicht zustande.

Wenige Monate später, am 3. April 1933, fiel der Schritt, den die „Blauen“ auf die Nationalsozialisten zumachten, deutlich größer aus. An diesem Tag verkündete Vorarlbergs großdeutsches Presseorgan, per sofort nicht mehr von den „Ländle“-Großdeutschen, sondern von der Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft herausgegeben zu werden. Statt Sprachrohr der „Blauen“ zu sein, sollte das Vorarlberger Tagblatt *künftig allen völkischen Kreisen, welche gleich der Großdeutschen Volkspartei den Kampf für den Anschluß Oesterreichs an das deutsche Mutterland als ihre oberste Aufgabe betrachten, zur Verfügung*<sup>584</sup> stehen. Der Herausgeberwechsel brachte eine sofortige Neuausrichtung mit sich. Eine verstärkte, sehr wohlwollende Berichterstattung über die Politik der Deutschen Nationalsozialisten setzte ein. Um Hitler wurde Personenkult betrieben. Vom Vorarlberger Tagblatt als einer Zeitung der Großdeutschen Volkspartei konnte bereits wenige Tage nach deren Verzicht auf das Herausgaberecht nicht mehr gesprochen werden. Dr. Anton Zumtobel reklamierte diese Neuausrichtung des Vorarlberger Tagblatt für sich. Er habe sie *nicht nur gebilligt sondern bestimmt, so seine Formulierung*.<sup>585</sup>

Was bewog die Großdeutschen zu diesem Herausgeberwechsel?

Eine zunehmend NS-affine Gesinnung, die sich in den letzten Monaten bei wesentlichen Proponenten der Großdeutschen wie eben Zumtobel eingestellt hatte, begünstigte diesen Schwenk. Daneben sprachen finanzielle Erwägungen für die Neuausrichtung des Blatts. Bei der Parzeiteitung einer sterbenden politischen Gruppierung waren rückläufige Abnehmerzahlen und eine damit einhergehende finanzielle Schieflage absehbar. Das Vorarlberger Tagblatt als Sprachrohr aller Deutschnationalen versprach dagegen Neuabonnenten. Die Strategie erwies sich als erfolgreich. 1935 erschien das Vorarlberger Tagblatt in einer Stärke von 5.000 Exemplaren.<sup>586</sup>

Die Großdeutschen sicherten so die Zukunft „ihrer“ Zeitung, gestanden damit aber auch ein, nicht mehr an eine Zukunft ihrer bisherigen politischen Heimat zu glauben – und das keine fünf Monate nach dem unerwartet guten Abschneiden bei der Landtagswahl. Was war geschehen? Mehrere Gründe sind zu nennen, unter anderem jener, dass Vorarlbergs großdeutsche Männerortsgruppen zunehmend Mitglieder an die Nationalsozialisten verloren. Im Zeitraum von Juni 1932 bis Mai 1933 werden sich zwischen 155 und 185 vormals „blaue“ Männer den Nationalsozialisten angeschlossen haben.<sup>587</sup> Die nationalsozialistische Ortsgruppe Dornbirns wuchs in diesem Zeitraum von 79<sup>588</sup> auf 137 Mitglieder an. Vorarlbergweit dürfte es Mitte 1933 in etwa 1.000 „alte Kämpfer“ gegeben haben.<sup>589</sup>

Der Exodus, den die „Blauen“ hinzunehmen hatten, war also beträchtlich, nicht aber exorbitant stark. Viele „gestandene“ Großdeutsche wird die Radikalität der Nationalsozialisten von diesem Schritt Abstand nehmen haben lassen. Zwar forderten Vorarlbergs Großdeutsche von ihrer Reichspartei über die Jahre hinweg mehrfach eine „kantigere“ Politik ein, sprachen sich aber zugleich gegen die von den Nationalsozialisten betriebene Totalopposition aus.<sup>590</sup> Die Großdeutschen favorisierten eine gemäßigttere Politik. Das ist auch auf das gesetztere Alter der „blauen“ Mitglieder im Vergleich zur NS-Konkurrenz zurückzuführen. Während die Nationalsozialisten in Vorarlberg 1932 im Durchschnitt knapp 33 Jahre zählten,<sup>591</sup> betrug das Durchschnittsalter bei den Großdeutschen zu diesem Zeitpunkt 47 Jahre.<sup>592</sup> Noch etwas reifer waren die

„blauen“ Mitglieder in Dornbirn: Sie hatten 1933 im Durchschnitt knapp über 51 Lebensjahre „auf dem Buckel“.<sup>593</sup> Diesem deutlichen Altersunterschied zwischen Großdeutschen und Nationalsozialisten kommt insofern Bedeutung zu, als der Wendepunkt zwischen einer über- und unterdurchschnittlichen Beteiligung einzelner Altersgruppen bei den Nationalsozialisten bei etwa 35 Jahren lag.<sup>594</sup>

Auch der fehlende Nachwuchs wog schwer. Über die Jahre hinweg hatten Vorarlbergs „Blaue“, die selbst keine eigene Jugendorganisation unterhielten, mit Hilfe von Pfadfindern und später deutschnationalen Mittelschulverbindungen Nachwuchs zu rekrutieren versucht. Des Weiteren setzten die Großdeutschen auf „ihre“ Ferienkolonien, die Dornbirner speziell auf das Ferienheim Maien bei Schwarzenberg. Last, but not least nutzten die Großdeutschen die deutschnationalen Turnvereine zur Gewinnung von Jugendlichen – und das mit vergleichsweise gutem Erfolg. Insbesondere beim Versuch der „Blauen“, sich ein Netz an Vertrauensmännern aufzubauen, waren die Turnvereine den Großdeutschen hilfreich. Speziell mit den jungen Turnern machten sie dabei *beste Erfahrungen*. Diese positiven Eindrücke ließen die Vorarlberger „Blauen“ in späteren Jahren nicht mehr die Pfadfinder, sondern den Deutschen Turnerbund 1919 als ihre Jugendorganisation bezeichnen. Für die Großdeutschen umso bitterer: 1930 hatten sie zu konstatieren, dass ihnen dieses Reservoir der Jugendrekrutierung von der NSDAP streitig gemacht wurde, es dieser gelang, in den Turnvereinen Fuß zu fassen. Ihnen selbst fehle es dagegen *völlig an einer Erfassung der Jugend*.<sup>595</sup> Diese großdeutsche Einsicht ging Hand in Hand mit der Beobachtung, dass sich die Jugend *in größerem Maße* den Hitler-Nationalsozialisten zuwende.<sup>596</sup> An dieser für die „Blauen“ niederschmetternden Lage sollte sich in den folgenden Jahren nichts mehr ändern. Im Oktober 1932 blieb den Vorarlberger Großdeutschen nur, den „Braunen“ zugute zu halten, die Jugend zur nationalen Mitarbeit bewogen zu haben. Sie selbst gestanden sie eine ausschließlich passive Rolle zu. Sie hätten abzuwarten, bis die Jugend einsehe, was gut – sprich die Großdeutsche Volkspartei – und was nur eine *Fata Morgana* – also die NSDAP – sei.<sup>597</sup>

Zwei weitere Punkte, welche die Großdeutschen zur Kapitulation

bewogen, sind mit Hitlers „Machtergreifung“ in Deutschland am 30. Jänner 1933 verbunden. Durch dieses Ereignis verloren wohl viele Vorarlberger „Blaue“ endgültig den Glauben, dass ihre Partei in der Zukunft mehr als eine nur marginale Rolle im deutschnationalen Lager spielen könne. Entsprechend schwand der Wille, diese aufrecht zu erhalten. Der Ausgang der deutschen Reichstagswahl vom 5. März 1933 tat sein Übriges dazu. Im Frühjahr 1933 kamen die Nationalsozialisten auf 43,91 % der Stimmen. Damit übertrafen sie ihr nur vier Monate davor erzielt Resultat um 10,82 %. Auch Österreich war von diesem „braunen“ Sog erfasst. Das ließ die am 23. April 1933 durchgeführte Gemeinderatsergänzungswahl in Innsbruck offenkundig werden. Die Nationalsozialisten erhielten mit 41,2 % die meisten Stimmen aller Parteien. Damit eroberten sie neun der insgesamt 20 Mandate. Die Großdeutschen, die bis dahin ein Fünftel der 40 Gemeindevertreter gestellt hatten, konnten dagegen keinen Sitz erobern und wurden folglich halbiert.<sup>598</sup>

Ihre völlige Marginalisierung vor Augen, sprachen sich die Großdeutschen für eine Zusammenarbeit aller Deutschnationalen aus, so auch in Dornbirn. Dort wünschte man sich im Zuge der Jahreshauptversammlung der Deutschen Männerortsgruppe Ende März 1933 die *Aufrichtung einer starken nationalen Front*. Hauptaufgabe der nationalen Bewegung in Österreich sollte es sein, die *Gleichschaltung* mit dem Deutschen Reich herbeizuführen. Diesem Ziel und dem Anschluss an das Deutsche Reich wollte die Großdeutsche Volkspartei ihre engeren parteipolitischen Interessen unterordnen. Im Kleinen wollte auch der Deutsche Volksverein Dornbirn an dieser Annäherung mitarbeiten. Obmann Rudolf Salzmann gab seinem Wunsch Ausdruck, dass die nunmehr geknüpfte Beziehung zwischen den Deutschnationalen Lindaus – einige von ihnen wohnten der Jahreshauptversammlung bei – und dem Dornbirner Volksverein weiterhin gepflegt werde.<sup>599</sup> Die Hoffnung, derart geeint dem zunehmend autoritär regierenden Bundeskanzler Dollfuß besser Paroli bieten zu können, wird den Wunsch nach dem Zusammenschluss der Deutschnationalen befeuert haben. Zudem durften die Großdeutschen darauf spekulieren, sich auf diese Weise zumindest ein wenig Einfluss zu sichern.

Die „Machtergreifung“ Hitlers bewog – für die Großdeutsche Volkspartei besonders schwerwiegend – auch eine sehr finanzstarke Klientel, sich von den „Blauen“ ab- und den Nationalsozialisten zuzuwenden. Unter ihnen befanden sich Dornbirner Industriellenfamilien wie F.M. Hämmerle, F.M. Rhomberg sowie Herrburger und Rhomberg. Ihr politischer Schwenk hin zu den „Braunen“ bot ihnen, die ohnehin schon recht enge Wirtschaftsbeziehungen zum nördlichen Nachbarn unterhielten, die Aussicht auf weitere lukrative Geschäfte mit dem Deutschen Reich.<sup>600</sup> Die Großdeutschen waren damit uninteressant geworden. Deshalb dürften auch die finanziellen Zuwendungen, mit denen die Industriellen bis dahin zum Budget der „Blauen“ beigetragen hatten, versiegt sein.

Den Großdeutschen liefen die Mitglieder weg, auch solche mit großem Einfluss und schwerem Geldbeutel. Ihnen fehlte es an Nachwuchs und ihre finanzielle Lage war prekär. Zusammengefasst: Die Situation der Großdeutschen Volkspartei Vorarlberg war ausweglos. Das fand Ausdruck im Verzicht der „Blauen“ auf die Herausgabe des Vorarlberger Tagblatt, ihrer einstigen *Waffe* im Kampf gegen die politischen Mitbewerber. Aber nicht nur. Einen Monat später, man schrieb den 3. Mai 1933, fasste die Vorarlberger Landesparteileitung einstimmig folgenden Beschluss:

*Der Deutsche Volksverein für Vorarlberg als Großdeutsche Landespartei erklärt seinen Austritt aus der Großdeutschen Volkspartei für Oesterreich. Um für die Ausübung der Mandate in Land und Gemeinden die formale Grundlage im allgemeinen deutsch-völkischen Interesse zu erhalten, hält der Deutsche Volksverein für Vorarlberg seine Orts- und Frauenvereine aufrecht, erklärt, dass die Zugehörigkeit zu diesen Vereinen von ihm aus kein Hindernis für die Zugehörigkeit zur NSDAP. Hitlerbewegung bildet, und empfiehlt auch den Eintritt in diese, da diese Bewegung die hauptsächlichen Forderungen der Großdeutschen Volkspartei, besonders den Anschlusswillen und den Antisemitismus, gleichfalls vertritt.*<sup>601</sup>

Mag auch der Austritt aus der großdeutschen Reichspartei de facto nicht relevant gewesen sein – die Vorarlberger Landesorganisation pflegte dessen ungeachtet weiterhin den Kontakt zur Reichspartei<sup>602</sup> –,



der Rest war es sehr wohl: Er kam einer Selbstaufgabe gleich. In späteren Jahren erklärte Dr. Anton Zumtobel, sowohl den Austritt aus der Reichspartei als auch die Passage zum Umgang mit den Nationalsozialisten *veranlasst* zu haben.

Die Hitler-Nationalsozialisten, die bis dahin sämtliche großdeutsche Angebote, ob solche zur Wahlgemeinschaft oder zu einer Kooperation im Landtag, abgelehnt hatten, begrüßten den Beschluss ohne Zögern. Durch diesen würde *vielen wertvollen nationalen Kräften [...] auch innerlich der Weg zur NSDAP freigemacht*,<sup>604</sup> so ihre Erwartung. Nüchtern ausgedrückt: Vorarlbergs Nationalsozialisten durften mit Neumitgliedern blau-brauner Couleur rechnen.

### Die Deutschen Frauenvereine 1933 bis 1938

In der ersten Zeit nach der großdeutschen Selbstaufgabe im Mai 1933 gingen die Aktivitäten der „blauen“ Frauenvereine zurück. Der Deutsche Frauenverein Bregenz stellte etwa fest, dass *die Zeiten, da vom Verein alle möglichen Kurse abgehalten wurden, die sich aus der Mitgliedschaft regen Besuches erfreuten, [...] vorbei (sind)*.<sup>605</sup> Weniger dramatisch stellte sich die Lage in Dornbirn dar. Das seit 1931 ohnedies nicht mehr breitgefächerte Kursangebot fand seine Fortsetzung. Als Kursleiterin fungierte – wie schon die Jahre davor – Marie Schwarzthans. 1933 bis 1938 wurde den Mitgliedern mit Kleider-, Wäsche- und Flickkursen<sup>606</sup> abermals ausschließlich für den Alltag Nützliches geboten. Das lag insofern nahe, als sich die österreichische Wirtschaft vergleichsweise langsam erholte, die Zeiten für viele schwierig blieben. Ein Indikator dafür ist die Arbeitslosenquote: Sie lag zwischen 1933 und 1937 nie unter 20 %, überschritt diese Marke sogar mehrfach deutlich.<sup>607</sup>

Soziales Engagement tat damit not. Nachdem 1932 alle Parteien gemeinsam zur Winterhilfe für Dornbirn beigetragen hatten, wollte der Deutsche Frauenverein 1933 einen eigenen Weg gehen. Hierfür ersuchte er um Bewilligung für eine Haussammlung an. Die Vorarlberger Sicherheitsdirektion glaubte, dass diese Aktion insbesondere zur Vertuschung

von Versammlungen und Besprechungen der illegalen NSDAP dienen sollte. Daher blieb die Bewilligung aus.<sup>608</sup>

Daneben offerierte der Deutsche Frauenverein Dornbirn seinen Mitgliedern jährlich einen, mehrfach zwei Ausflüge. Friseurgattin Karolina Koch nahm die Anmeldungen dafür entgegen. Die Ausflugsziele lagen allesamt in Vorarlberg. An näheren Destinationen wurden Fraxern und Röthis angefahren. Ein Halbtagsausflug im Juni 1936 hatte die Schattenburg in Feldkirch zum Ziel. Dort gab es ein Zusammentreffen aller Deutschen Frauenvereine des Landes. Damit ist klar, dass die Frauenortsgruppen auch noch in dieser Spätphase den Kontakt zueinander pflegten. Auch der Bregenzerwald mit Bezau und Schröcken wurde angesteuert, ebenso die Walgaugemeinden Schnifis und Bludenz. Weitere Ausflugsfahrten führten die deutschnationalen Frauen nach Tschagguns, Gaschurn und Zürs.<sup>609</sup>

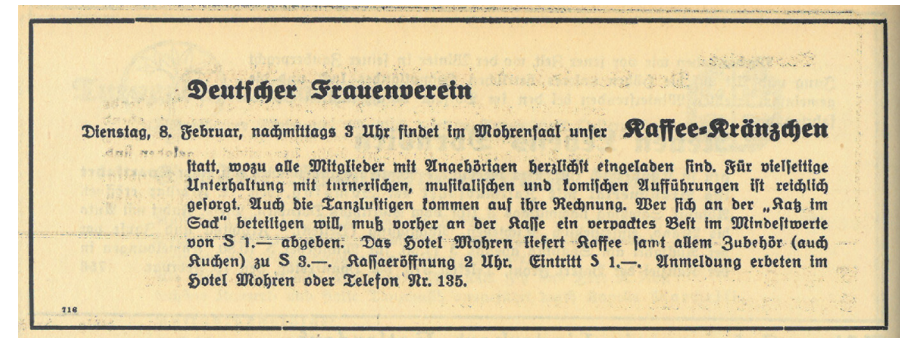
Alles ging seine gewohnten Wege – vermeintlich. Vielmehr hatte sich der Charakter der Deutschen Frauenvereine wesentlich verändert. Die ehemals großdeutsch ausgerichteten Ortsgruppen, mit Sicherheit auch jene von Dornbirn, mutierten – wenn auch nicht offiziell – zu nationalsozialistischen Frauenvereinen. Wie kam es dazu? Einen Eindruck davon vermitteln die Geschehnisse in Bregenz. Dort – wie auch in anderen Orten des Landes – gingen die Behörden nach dem am 19. Juni 1933 verhängten Verbot der NSDAP gegen deren Organisationen vor. Mehrfach waren sie damit erfolgreich. Teilnehmer an illegalen NS-Aktionen erhielten „exemplarische Strafen“. Dieser Druck vonseiten der Behörden zeitigte Wirkung.

Die NS-Frauenschaft der Landeshauptstadt blieb über mehrere Jahre hinweg eine Kleinstorganisation von nicht mehr als zehn aktiven Mitgliedern.<sup>610</sup> Auch Versuche einer Reorganisation blieben weitgehend erfolglos. Luise Schmid, die bis Anfang 1933 dem Deutschen Frauenverein Bregenz vorgestanden hatte und im Februar 1937 mit der Gauführung der NS-Frauenschaft betraut wurde, hatte einzuräumen, trotz *besten Willens* sowie *grosser Arbeitsfreudigkeit* innert fünf Monaten keine *Durchorganisierung* erreicht zu haben. Zudem blieb die von Schmid laut Einschätzung der Behörde zur Schulungsreferentin bestimmte Martha

Kinz mit ihrer Tätigkeit auf die Landeshauptstadt beschränkt.<sup>611</sup> Den „Lohn“, den Schmid für diese ihre Bemühungen erhielt: eine Haftstrafe von sechs Wochen.<sup>612</sup>

War deutschnational gesinnten Frauen damit der Weg in NS-Organisationen versperrt, jener zu den großdeutschen Frauen stand offen – und wurde beschritten. Die Vorteile der Deutschen Frauenvereine: Sie waren nicht nur deutschnational und gut organisiert, sondern eben auch legal. Deren Neumitglieder waren offenkundig im Durchschnitt ziemlich jung. Die Bregenzer Frauenortsgruppe jedenfalls sprach von *jungen Kräften*, die sich von 1934 bis 1938 zur Mitarbeit gemeldet hätten.<sup>613</sup> Aufgrund der in früheren Jahren fehlenden Attraktivität der „Blauen“ für die Jugend ist klar, dass diese nationalsozialistischer Gesinnung waren. Infolge dieses Zuzugs NS-affiner Frauen verzeichneten die ehemals großdeutschen Frauenvereine Mitgliederzuwächse. Jener von Hohenems wies im Oktober 1933 rund 120 Mitglieder auf, im Jänner 1935 200. Der Frauenortsgruppe Bludenz gehörten im September 1935 ebenfalls 200 Mitglieder an. Damit hatte sie in drei Jahren um 30 Personen zugelegt. Der Deutsche Frauenverein Dornbirn wird demnach ebenfalls ein Mitgliederplus verzeichnet haben.

Die Nationalsozialistinnen unterwanderten die Deutschen Frauenvereine, übernahmen sie nicht von der Spitze her. Hier ist wieder die Landeshauptstadt anzuführen. Im März 1933 – und damit vor dem Verbot der Nationalsozialisten – hatten die Mitglieder des Deutschen Frauenvereins Bregenz einen engeren und weiteren Ausschuss gewählt.<sup>614</sup> Im darauffolgenden Jahr bestätigten sie die beiden Gremien zur Gänze.<sup>615</sup> Mit der Bereitschaft, Teil der Ausschüsse zu bleiben, sicherten die seit großdeutschen Zeiten bei den Frauenortsgruppen aktiven Damen der Organisation ihre großbürgerlich-gemäßigte Fassade. Diese Fassade scheint sich bezahlt gemacht, die Behörden ein wenig milder gestimmt zu haben. Ein Beispiel dazu aus Hohenems: Dort gaben Zeugen im Oktober 1933 zu Protokoll, dass der Deutsche Frauenverein seit einiger Zeit unter ihm nahestehenden Kreisen eine *rege nationalsozialistische Tätigkeit* entfaltet hätte. Im nächsten Satz attestierten sie den leitenden Funktionärinnen der Ortsgruppe, selbst *nicht in bedenklicher Weise* hervorgetreten



zu sein.<sup>616</sup> Die Behörde sah sich daraufhin nicht genötigt, massiv einzuschreiten.

Und wie sah es in Dornbirn mit den politischen Aktivitäten des Deutschen Frauenvereins aus? Hierzu liegen keine Informationen vor, sehr wohl aber zu einzelnen vormals großdeutschen Frauen. In Reaktion auf Visagesuche kam es zu kurzen Einschätzungen der Reiselustigen durch die Behörde. Dabei die ganz große Ausnahme: Martina Moosbrugger. Ihr attestierte die zuständige Stelle eine vaterländische Einstellung. Weit eher die Regel waren Kommentare, welche die Antragstellerinnen im Dunstkreis der NSDAP ansiedelten oder ihnen eine nationale Einstellung zuschrieben. Zur Vergabe der Visa kam es dennoch, sofern sie sich politisch nicht betätigt oder nichts zu Schulden kommen hatten lassen. Auf weniger Wohlwollen vonseiten der BH Feldkirch stieß Dora Hämmerle. Sie hatte um ein Visum wegen Konsultierung eines Spezialarztes in Lindau angesucht. Der Behörde galt sie zwar als *politisch unbeanstandet*, ihre Einstellung sei jedoch von jeher national gewesen. Auch gäbe es wohl keinen Zweifel, dass sie der NS-Bewegung Sympathie entgegenbrächte. Zudem schenkte ihr die BH keinen Glauben, was den Zweck der Reise anging. Vielmehr vermutete sie, dass Dora Hämmerle einen Vergnügungsausflug nach München machen wolle. Daraus wurde nichts. Sie erhielt kein Visum.<sup>617</sup>

Deutlich schärfer gingen die Behörden gegen Erika Rhomberg vor. Sie, die, unterstützt von ihrer Mutter Auguste<sup>618</sup> – einem ehemaligen Ausschussmitglied des Deutschen Frauenvereins Dornbirn und

der großdeutschen Landesfrauenorganisation<sup>619</sup> –, zugunsten der Nationalsozialisten aktiv war,<sup>620</sup> kam in Haft.<sup>621</sup> Noch härter traf es Ida Bammert-Ulmer. Nach einer 14-tägigen Haftstrafe wurde die gebürtige Dornbirnerin, seit ihrer Heirat aber Schweizer Staatsbürgerin, mit einem zehnjährigen Aufenthaltsverbot in Österreich belegt.<sup>622</sup>

Diese NS-Aktivitäten wurden von den Behörden aber nicht mit dem Deutschen Frauenverein Dornbirn in Verbindung gebracht. Schwerwiegende Konsequenzen vonseiten des Staates blieben folglich aus. Wohl operierten die Behörden nach dem Motto „Besser NS-affine Frauen im legalen Frauenverein als im Untergrund“. Eine legale Organisation war leichter handzuhaben als im Untergrund tätige Zellen. Zudem barg die Illegalität die Gefahr von Radikalisierung. Hiervon konnte beim Deutschen Frauenverein Dornbirn wie auch seinen Schwesterorganisationen nicht die Rede sein. Zur Kulanz der Behörden gegenüber den Deutschen Frauenvereinen wird ferner beigetragen haben, dass diese nicht auf Konfrontationskurs zur Staatsgewalt gingen. Vielmehr zeigten sie sich kompromissbereit. Als die Behörden Ende 1936 die Deutschen Frauenvereine dazu aufforderten, ihre Satzungen zu ändern,<sup>623</sup> kamen sie dem nach. Statt wie bis dahin auf *deutschvölkischer Grundlage* zu stehen,<sup>624</sup> waren sie nun *völkisch und vaterländischer Gesinnung*. Auch gaben sie den in Satzungen bis dahin festgeschriebenen politischen Anspruch – zumindest offiziell – auf.<sup>625</sup> Derart gelang es den vormals großdeutschen Frauenortsgruppen bis zum „Anschluss“ an Deutschland, nicht verboten zu werden.

Knapp davor, im Februar 1938, lud die deutschnationale Frauenortsgruppe Dornbirns unter ihrer Obfrau Martina Moosbrugger<sup>626</sup> die Mitglieder samt Angehörigen nach siebenjähriger Pause wieder zu einem Kaffeekränzchen ein. Das Hotel Mohren sorgte für die Verpflegung. Für einen Preis von drei Schilling pro Person wurde *Kaffee samt allem Zubehör*, auch Kuchen, offeriert.<sup>627</sup> Dieses Kaffeekränzchen war zugleich das letzte Lebenszeichen des Deutschen Frauenvereins Dornbirn.

## Die großdeutschen Mandatare und Männerortsgruppen 1933 bis 1938

Vorarlbergs großdeutsche Männerorganisation nahm in der Zeit nach der Selbstaufgabe im Mai 1933 einen Abschied in Etappen. Auf der Ebene der von großdeutschen Parteigängern besetzten Bürgermeisterämter nahm dieser Abschied in Lustenau seinen Anfang. Laut dem dortigen Bürgermeister Karl Bösch verfolgten die Christlichsozialen ab Sommer 1933 systematisch seine Absetzung. Dabei gingen sie mit Anzeigen sowohl beim Heimatdienst als auch bei der Landesregierung gegen den Großdeutschen vor.<sup>628</sup> Mit diesen wollte der politische Gegner Bösch's Nähe zu den Nationalsozialisten beweisen und so seine Absetzung erreichen. Der Landesregierung erschienen diese Vorwürfe für eine Amtsenthhebung jedoch nicht ausreichend, Bösch blieb.<sup>629</sup> Was Lustenaus Christlichsoziale mit ihren Vorstößen nicht erreicht hatten, brachten indirekt ihre Parteikollegen auf Bundesebene zustande. Am 12. Februar 1934 erließ die Bundesregierung eine Verordnung, der zufolge der Sozialdemokratischen Partei jede Betätigung in Österreich verboten war. Dieses Verbot schloss auch die Ausübung ihrer Mandate mit ein. Aufgrund dieser Verordnung kam Karl Bösch seine Mehrheit in der Lustenauer Gemeindevertretung abhandeln. Um seiner Abwahl durch die nun christlichsoziale Majorität zuvorzukommen, entschloss sich Bösch am darauffolgenden Tag, sein Amt als Bürgermeister von Lustenau niederzulegen.<sup>630</sup> Ruhe gab es für Bösch, der mit seinen Nerven *zu Ende* und *überaus nervös* war, deswegen aber keine. Stattdessen wurde er am 2. April 1934 in „Schutzhaft“ genommen.<sup>631</sup> Seine Parteikollegen setzten in der Folge alle Hebel in Bewegung, um Bösch freizubekommen – und das mit Erfolg. Am 27. April 1934 nahm Bösch wieder an einer Landtags-sitzung teil.

Ein deutlich ruhigeres Los als Karl Bösch war den beiden anderen großdeutschen Parteigängern im Amt eines Bürgermeisters beschieden. Der Harder Johann Mager trat Mitte 1936 nach 30 Jahren aus gesundheitlichen Gründen zurück.<sup>632</sup> Ferdinand Achberger stand Hörbranz bis in den Juli 1938 als Bürgermeister vor.<sup>633</sup>

In Dornbirn stellte der 14. Februar 1934 ein einschneidendes





Aufgrund solcher Einschränkungen war an eine geregelte Tätigkeit nicht zu denken.

Um trotz größter Vorsicht nicht dennoch von den Behörden verboten zu werden, entschloss sich die großdeutsche Männerortsgruppe von Bludenz im Mai 1934, ihrer Organisation einen vollkommen unpolitischen „Anstrich“ zu verpassen. Hierfür änderte sie ihren Namen von „Deutschfreiheitlicher Verein Bludenz“ in „Verein deutsches Haus in Bludenz“ ab. Zudem gab sie den bis dahin in den Statuten verankerten Anspruch, politische Zwecke zu verfolgen, auf. Es erscheint naheliegend, dass sich die Dornbirner Großdeutschen in gleicher Absicht des Vereins Deutsches Haus bedienten. Ein Indiz dafür: Als der Deutsche Volksverein Dornbirn im Mai 1938 aufgelöst werden sollte, schien er im Vereinsregister gar nicht mehr auf.<sup>645</sup> Während die großdeutsche Männerortsgruppe offenkundig in den Jahren davor aufgelöst worden war, bestand das Deutsche Haus in Dornbirn fort, konnte also so manchem „Blauen“ Zufluchtsort sein.

Als Obmann des Deutschen Hauses fungierte über all die Jahre Dr. Anton Zumtobel. Im Dezember 1938 ließ der Verein sein Vermögen der Stadt Dornbirn zukommen. Diese sollte es später dem Vereinszweck gemäß verwenden. Die Anregung, derart zu verfahren, hatte Dr. Paul Waibel – vormals großdeutscher Ortsparteiobmann und nach dem 13. März 1938 kommissarischer Bürgermeister Dornbirns – gegeben. Damit stellte das Deutsche Haus, von dem ohnedies für die Jahre zuvor keine Tätigkeit überliefert ist, diese offiziell ein.<sup>646</sup>

Jenseits der großdeutschen Parteigliederung erregten vormalige „Blaue“ durchaus Aufsehen. Mit dem erklärten Ziel, Mur-Geschädigten in Vandans zu helfen, suchten Dornbirns Deutschnationale – namentlich der führende Nationalsozialist Anton Plankensteiner und die ehemaligen Großdeutschen Viktor Hämmerle und Dr. Anton Zumtobel – um die Bewilligung einer eigenen landesweiten Sammlung an. Die Landesregierung hieß es grundsätzlich nicht gut, neben der offiziellen Landessammlung eine politisch motivierte Spendenaktion durchzuführen. Dennoch gab sie dem Ansinnen am 21. August 1933 statt, allerdings unter Bedingungen. So sollte sich deren Sammeltätigkeit auf deutschna-

tional Gesinnte beschränken. Des Weiteren war vorgegeben, die zusammengetragenen Gelder dem Landeshilfskomitee zur Verteilung auf alle Geschädigten zu überlassen oder wenigstens in Absprache mit diesem die Zuweisungen vorzunehmen. Damit sollte verhindert werden, dass Spenden aus dieser Sammlung alleine Deutschnationalen zugutekommen würden.

In Vorbereitung auf die Spendenaktion erhielten die Ortssammelleiter ein Merkblatt. Dieses nannte es *unbedingt verboten*, die Spendenaktion mit politischer Betätigung zu verknüpfen. Und doch gab es sogleich Verstöße dagegen. Laut Landesregierung wurde nicht nur unter Deutschnationalen gesammelt. Zudem mutierte die Sammlung aus ihrer Sicht zu einer nationalsozialistischen Propagandaaktion. Dass ihre Kulanz in Sachen Sammlungsbewilligung mit einem abermals aufgemalten großen Hakenkreuz auf dem Breiten Berg in Dornbirn beantwortet wurde, brachte das Fass aus Sicht der Landesregierung zum Überlaufen. Sie zog die Bewilligung zurück.<sup>647</sup>

Am ehemaligen großdeutschen Landesparteiobmann Zumtobel stießen sich die Behörden auch in der Folgezeit. Im Jänner 1934 wurden dessen Kanzlei und Privatwohnung durchsucht. Zumtobel kam für zwei Tage in Untersuchungshaft. Die Gendarmerie stellte eine verschlossene Kassa – deren Inhalt erwies sich später als unbedenklich – und Munition sicher. Im Zuge dieser Vorgänge machte Zumtobel keinen Hehl daraus, nannte es aufgrund seiner über Jahrzehnte an den Tag gelegten politischen Einstellung gar natürlich, den Nationalsozialisten wohlwollend gegenüberzustehen. Die von den „Braunen“ angewandten Methoden könne er, Zumtobel, aber, obwohl er sie missbillige, nicht verhindern, da er nicht organisiert sei. Seine Strafe: 200 Schilling.<sup>648</sup>

Zwei Monate später, im März 1934, wurde gegen ihn und Hans Nägele eine Strafzahlung in Höhe von 1.000 Schilling verhängt. Zu zahlen hatten die beiden die Strafe als führende Köpfe der Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft. Deren Erzeugnis, das Vorarlberger Tagblatt, galt den Behörden als getarnte NS-Zeitung.<sup>649</sup> Hierzu ein Exkurs: Wie bereits erwähnt verzichteten die Großdeutschen Anfang April 1933 auf das Herausgaberecht des Vorarlberger Tagblatt. Die Zeitung erhielt

sogleich eine NS-freundliche Ausrichtung. Der Ständestaat reagierte mit Beschlagnahmungen und Vorzensur.<sup>650</sup> Teilen Vorarlbergs Vaterländischer Front waren diese Sanktionen aber noch zu wenig. Der Ruf nach einem gänzlichen Verbot des Vorarlberger Tagblatt wurde laut.<sup>651</sup> Die Behörden zogen das tatsächlich öfters in Erwägung, da ihnen das Vorarlberger Tagblatt trotz Vorzensur als Zeitung mit *staatsfeindliche(n) Tendenzen* galt.<sup>652</sup> Sie beanstandeten aber nicht nur das Vorarlberger Tagblatt, sondern auch die Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft. Von deren 64 Arbeitern und Angestellten waren lediglich drei bei der Vaterländischen Front, dagegen vier wegen nationalsozialistischer Betätigung vorbestraft. Es soll in Vorarlberg und Tirol kein zweites Unternehmen mit einer *derartige(n) Einstellung* gegeben haben.<sup>653</sup>

Letztlich kam das Vorarlberger Tagblatt einigermaßen glimpflich davon, hatte „lediglich“ hohe Geldstrafen zu bezahlen. Die ins Auge gefasste Maßnahme, die Zeitung durch eine Überwachungsperson in der Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft auf Regierungslinie zu bringen,<sup>654</sup> dürfte dagegen nicht umgesetzt worden sein. Das Vorarlberger Tagblatt hielt sich während der gesamten ständestaatlichen Ära. Nach dem Einmarsch Hitlers in Österreich war es für Jahre die einzige Vorarlberger Tageszeitung. Ende April 1945 erschien ihre letzte Nummer.

Dr. Anton Zumtobel blieb auch in weiterer Folge unter Beobachtung der Behörden. Im Dezember 1934 hatte die BH Feldkirch festzuhalten, Zumtobel keine politische Betätigung nachweisen zu können. Er stehe bei der vaterländisch gesinnten Bevölkerung aber im Verdacht, heimlicher Förderer der NSDAP zu sein. Indiz dafür war der Behörde, dass sich Zumtobel stets in deutschnationalen Kreisen bewege, bei vaterländischen Anlässen dagegen nie zu sehen sei.<sup>655</sup>

Im September 1937 entzog die Behörde Zumtobel die Ausreisebewilligung für Deutschland. Sie mutmaßte, dass er den Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg besuchen könnte. Zumtobel wandte sich hierauf schriftlich an die BH Feldkirch. Er stelle seine völkische Gesinnung nicht in Abrede, wisse aber dennoch, wie er sich als Österreicher zu verhalten habe. Dies würde auch von *höherer Stelle* anerkannt, so Zumtobel, wäre er doch sonst nicht vor kurzer Zeit über Vorschlag von Stadtrat

Eduard Ulmer – dem Landesleiter der Vaterländischen Front – zum stellvertretenden Vorsitzenden der Dornbirner Sparkassa und deren Direktion gewählt worden. In weiterer Folge verwies er auf seine Geschäfte, die *freien Verkehr* erfordern würden.<sup>656</sup> Der Gendarmerieposten Dornbirn nannte Zumtobel in einer Stellungnahme einen NS-Sympathisanten, ein prominenter Nationalsozialist sei er aber nicht, *da er selbst unter seinen Parteigenossen nur geduldet wird und auch dort als Querulant bekannt ist.*<sup>657</sup> Zumtobels Argument, aufgrund seiner Geschäfte ins Ausland reisen zu müssen, erachtete die Behörde als stichhaltig. Kurze Zeit später hatte Zumtobel seine Reisefreiheit wieder.<sup>658</sup>

Im Jänner 1938 schließlich wurde Zumtobel eine Geldstrafe in der Höhe von 500 Schilling zugunsten des Armenfonds Dornbirn auferlegt. Stein des Anstoßes war diesmal ein von der Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft herausgegebener Wandkalender. Diesen zierte ein Bild von Herbert Reyl-Hanisch. Darauf zu sehen war dessen Neffe Bernhard Matt als Holzfäller mit braunem Hut. Pikant daran: Eben dieser Bernhard Matt war wegen *politischer Umtriebe* wiederholt verurteilt worden, unter anderem erst kurze Zeit vor Herausgabe des Kalenders wegen führender Betätigung in der illegalen Hitlerjugend. Der Kalender soll in vaterländischen Kreisen *große Erregung* und *allgemeines öffentliches Aergernis* hervorgerufen haben.<sup>659</sup>

Zumtobel als langjähriger Landesparteiobmann und Landtagsabgeordneter der Großdeutschen Volkspartei konnte sich einer gesteigerten Aufmerksamkeit der Behörden sicher sein. Und wie sah es bei weniger prominenten vormaligen „Blauen“ aus? Auf sie mag die Staatsgewalt in geringerem Maße ein Auge geworfen haben, aber: Grundsätzlich wurden sie alle verdächtigt, „Braune“ zu sein. Die BH Feldkirch etwa meinte, dass alle großdeutschen Parteimitglieder Dornbirns den Nationalsozialisten wohlwollend gegenüberstünden.<sup>660</sup> Laut dem Vorarlberger Sicherheitsdirektor Bechinie waren Dornbirns Großdeutsche *fast in ihrer Gesamtheit* zu den Nationalsozialisten gewechselt.<sup>661</sup> Das Gendarmeriepostenkommando Hard wiederum stellte zu einer politisch unbescholtenen Person fest: *Derselbe gehörte der ehemaligen großdeutschen Partei an und ist deshalb nat. soz. eingestellt.*<sup>662</sup>

Die Behörden setzten die Großdeutschen also weitgehend mit den Nationalsozialisten gleich. Bei der Landtagswahl im November 1932 hatten die beiden Parteien in Dornbirn insgesamt 2.060 Stimmen erhalten. Hinzu kamen der Landbund mit 620 und die Sozialdemokratie mit 1.863 Stimmen. Alle NS-Überläufer? Den Behörden schien es offenkundig so. Die gewaltigen Einflussmöglichkeiten, die die Staatsmacht Dornbirns NS-affinen Industriefamilien zuschrieb,<sup>663</sup> werden diese Wahrnehmung verstärkt haben. Alleine so ist es zu erklären, dass der Gendarmerieposten Dornbirn im Juni 1933 bei knapp 17.000 Einwohnern von der unreal hohen Zahl von 6.000 bis 8.000 Nationalsozialisten ausging. Die Bezirkshauptmannschaft sprach zur gleichen Zeit von 3.000 bis 4.000 Dornbirner „Braunen“. Das zeigt, wie wenig die Behörden über die tatsächliche Stärke der Nationalsozialisten Bescheid wussten.<sup>664</sup> Zum Vergleich: Laut Listen der Entnazifizierungsbehörden wies Dornbirn 344 illegale Parteimitglieder auf.<sup>665</sup>

Aufgrund dieser weitgehenden Gleichsetzung von Großdeutschen und Nationalsozialisten lag es für die Behörden nahe, neben Dr. Anton Zumtobel auch andere begüterte ehemalige Dornbirner „Blaue“ zu Kompensationszahlungen für durch NS-Terror verursachte Schäden heranzuziehen, so etwa Edwin Schedler<sup>666</sup> und Eugen Rhomberg.<sup>667</sup>

Die vormaligen Großdeutschen Dr. Erich Feierle und Ernst Gross wiederum galten den Behörden als *geistige Führer der NSDAP*. Auch sie erhielten Strafzahlungen. Gross hatte überdies sechs Wochen Arrest zu verbüßen.<sup>668</sup> Danach dürfte er in ein Anhaltelager – von ständestaatlicher Seite auch „Konzentrationslager“ genannt<sup>669</sup> – gekommen sein. Auch Feierle drohte die Einlieferung in ein solches Lager.<sup>670</sup>

Des Weiteren sprach die Staatsmacht im Zusammenhang mit den früheren großdeutschen Parteigängern Max Wehinger, Julius Hefel, Vitus Zehrer und Adolf Hemrich von extrem eingestellten, unbelehrbaren und fanatischen Nationalsozialisten.<sup>671</sup> Den früheren Obmann des Deutschen Volksvereins Dornbirn und späteren NS-Bürgermeister Dr. Paul Waibel ordnete die Behörde dagegen nicht den Fanatikern zu. Zu Zeiten, als die NSDAP legal war, habe er dieser angehört. Auch hege er nach wie vor Sympathien für diese Partei. Seit deren Verbot könne ihm

aber keine politische Betätigung nachgewiesen werden. Waibel gehöre, so die Behörde abschließend, zweifellos nicht jenem extremen Personenkreis an, der die gegenwärtige Methode gutheiße.<sup>672</sup> Dementsprechend blieb Waibel beinahe unbehelligt, hatte lediglich einen Tag im Arrest zu verbringen.<sup>673</sup> Daneben finden sich in den Akten weitere ehemals in der Großdeutschen Volkspartei Organisierte, welche die Behörden gleich Waibel als NS-Sympathisanten einstufen.<sup>674</sup>

Diese Ausführungen verdeutlichen, dass sich so mancher Großdeutsche den Nationalsozialisten zuwandte, die Intensität, mit der das geschah, von Fall zu Fall variierte oder zumindest von den Behörden so wahrgenommen wurde. Anderen attestierte die Staatsmacht nach Visaansuchen dagegen, *politisch unbeanstandet* zu sein. Auch würden gegenüber den einzelnen Antragsstellern *keine Bedenken vorliegen*, die Visa folglich erteilt werden.<sup>675</sup>

Last, but not least sei noch die mit Abstand größte Gruppe vormalig „blauer“ Parteigänger genannt, nämlich jene, deren Handlungen in ständestaatlicher Zeit keinen Niederschlag in Akten fanden. Wie viele von ihnen hatten sich innerlich den Nationalsozialisten zugewandt? Wie viele von ihnen verharreten, nachdem deren alte politische Heimat nur noch in schwachen Ausläufern bestand, in ihrer politischen Heimatlosigkeit? Das zu beantworten käme reiner Spekulation gleich. Deshalb wird davon abgesehen.

## Zusammenfassung

Die Deutsche Volkspartei für Vorarlberg gehörte dem deutschnationalen Parteienspektrum an. Im Herbst 1920 wurde sie Teil der Großdeutschen Volkspartei, einem österreichweiten Zusammenschluss 17 deutschnationaler Gruppen. Deren Programm nannte den Anschluss an Deutschland ihren *unverrückbare(n) Leitstern*. In wirtschaftlichen Fragen vertraten die „Blauen“ – so eine andere Bezeichnung für diese deutschnationale Gruppierung – mit Ausnahme der unmittelbaren Nachkriegszeit liberale Positionen. Als Ideal des menschlichen Zusammenlebens schwebte ihnen

die sogenannte „Volksgemeinschaft“ vor. Mit diesem Begriff artikulierten die „Blauen“ ihren Vertretungsanspruch für das deutsche Volk beziehungsweise Personen „deutscher Rasse“.<sup>676</sup> Zugleich beinhaltete die Volksgemeinschafts-Ideologie die Abwehr „volksfremder, schädlicher Einflüsse“.<sup>677</sup> Dementsprechend war der Antisemitismus ein konstitutives Merkmal großdeutscher Ideologie.

Bis gegen Ende des Ersten Weltkriegs ruhte die politische Tätigkeit. Eines der ersten Zeichen neu aufkeimender Aktivität in Vorarlberg setzte der Deutschfreiheitliche Verein Dornbirn – der spätere Deutsche Volksverein Dornbirn – mit dem am 11. August 1918 gemeinsam mit den Christlichsozialen begangenen Deutschen Volkstag.<sup>678</sup> Auf den 12. Oktober 1918 luden Dornbirns „Blaue“ zur Jahreshauptversammlung ein. Dr. Franz Josef Feierle wurde zum Obmann gekürt, Hans Martin zu dessen Stellvertreter. Letzterer prägte das Bild des Deutschen Volksvereins Dornbirn bis in die beginnenden 1930er Jahre wesentlich mit.

Aus dem neu eingeführten allgemeinen Frauenwahlrecht erwuchs den Großdeutschen Handlungsbedarf. Ihre Antwort darauf: Deutsche Frauenvereine. In Dornbirn konstituierte sich dieser am 26. Jänner 1919. Dessen Anziehungskraft war enorm. Bereits bei seiner Gründung zählte die Ortsgruppe mehr Mitglieder als Dornbirns deutschnationaler Männerverein.<sup>679</sup> Die folgenden Jahre sollten daran nichts ändern. Nicht nur, dass die Frauenortsgruppe der mitgliederstärkere Verein blieb, sie war auch der deutlich aktivere. Sie setzte politische Aktivitäten und offerierte eine Vielzahl von Kursen, veranstaltete – oft Hand in Hand mit dem Deutschen Volksverein – gesellige Abende und leistete Sozialarbeit. Solches hätte sich Dornbirns deutschnationale Männerortsgruppe zum Vorbild nehmen können – tat es aber nicht. Sie beschränkte sich weitgehend auf die Politik. Ihr wesentlicher Service stellte eine Bibliothek dar.

Im ersten Halbjahr 1919 hatten sich die Deutschnationalen gleich ihren politischen Kontrahenten ersten Bewährungsproben zu stellen. Innerhalb dreier Monate standen ein nationaler Urnengang sowie die Landtags- und Gemeinderatswahlen an. Deren Ausgänge verdeutlichten, dass die Großdeutschen auf allen Ebenen klar abgeschlagen hinter Christlichsozialen und Sozialdemokraten lediglich die drittstärkste

politische Kraft bildeten. Zuweilen wurden sie sogar vom Landbund von diesem dritten Rang verdrängt. Im Landtag stellten sie bis 1928 zwei Abgeordnete, danach einen. Während 13 Jahren saß Dr. Anton Zumtobel für die Deutschnationalen im Landtag. Zudem stand der Dornbirner den Vorarlberger Großdeutschen von 1912 bis 1930 vor. Damit war er deren zentrale Figur. Zumtobel schreckte nicht davor zurück, parteiintern mit harten Bandagen zu kämpfen. Insbesondere mit seinem großdeutschen „Parteifreund“ und Landtagsabgeordneten Franz Natter aus Bregenz focht er so manchen Strauß aus.

Auch in Dornbirn verloren die Großdeutschen über die Jahre hinweg Mandate in der Stadtvertretung. 1919 errangen sie acht Sitze, 1924 waren es noch deren sechs. Die rückläufigen Mandatsgewinne legen es nahe: Deren Rückhalt in der Bevölkerung schmolz. Die drei Wahlen im Frühjahr 1919 bescherten ihnen auf allen drei Ebenen ihre Spitzenresultate, die sie in der Folge nicht mehr zu erreichen vermochten.

Zentral für den großdeutschen Abwärtstrend waren die 1922 unterzeichneten Genfer Protokolle, die sie als christlichsozialer Juniorpartner in der Bundesregierung mittrugen. Die Anleihe brachte 650 Millionen Goldkronen,<sup>680</sup> allerdings unter – insbesondere für die „Blauen“ – harten Bedingungen. Für die Laufzeit der Anleihe von 20 Jahren galt ein Anschlussverbot Österreichs an Deutschland. Überdies sollten 100.000 Beamte entlassen werden. Diese wiederum waren für die Großdeutschen eine wichtige Wählergruppe und zudem zahlreich in ihren Ortsgruppen vertreten. Im Deutschen Volksverein Dornbirn etwa waren öffentlich Bedienstete zweieinhalb Mal häufiger vertreten als in der dortigen Gesamtbevölkerung. Die stärksten Mitgliedergruppen in Dornbirn bildeten aber die in der Textilindustrie und im Handel Tätigen. Die Sozialstruktur der „blauen“ Ortsgruppe Dornbirns entsprach in der Zwischenkriegszeit weitgehend jener des Konstitutionellen Vereins zwischen 1871 und 1912.<sup>681</sup> Anders formuliert: Den Großdeutschen gelang es nicht, sich in der Zwischenkriegszeit neue Segmente zu erschließen. Sie blieben zum Gutteil eine Honoratiorenpartei.

Zudem fehlte es ihnen an Nachwuchs. Über die Jahre hinweg versuchten die „Blauen“, die selbst keine eigene Jugendorganisation



unterhielten, auf verschiedene Arten, diesem Problem Herr zu werden. Zunächst setzten die Großdeutschen auf die Pfadfinder, später auf die deutschnationalen Mittelschulverbindungen. Auch hofften sie auf „ihre“ Ferienkolonien, die Dornbirner speziell auf das Ferienheim Maien bei Schwarzenberg. Last, but not least nutzten die Großdeutschen die deutschnationalen Turnvereine zur Rekrutierung von Jugendlichen – und das mit vergleichsweise gutem Erfolg. Für die Großdeutschen umso bitterer: 1930 hatten sie zu konstatieren, dass ihnen diese Art der Jugendgewinnung von den Nationalsozialisten streitig gemacht wurde, es diesen gelang, in den Turnvereinen Fuß zu fassen. Damit hatten die „Blauen“ Ende 1930 einzugestehen, dass es ihnen *völlig an einer Erfassung der Jugend*<sup>682</sup> fehle.

Im Frühjahr 1933 fehlte es der Großdeutschen Volkspartei an Nachwuchs und finanziellen Mitteln. Zudem liefen ihr die Mitglieder weg, auch solche mit großem Einfluss. Deren Situation stellte sich als ausweglos dar.

Das fand Ausdruck im Verzicht der „Blauen“ auf die Herausgabe des Vorarlberger Tagblatt, ihrer einstigen *Waffe* im Kampf gegen die politischen Mitbewerber. Darüber hinaus traten Vorarlbergs Großdeutsche am 3. Mai 1933 aus der „blauen“ Bundespartei aus. Zudem erklärten sie, dass eine Mitgliedschaft bei ihnen kein Hindernis für eine Zugehörigkeit bei der NSDAP sei. Vielmehr empfahlen sie den Beitritt zu den „Braunen“. Das kam einer Selbstaufgabe gleich.

Zur Selbstaufgabe kam der Druck vonseiten des Ständestaats. Die einzelnen großdeutschen Parteigliederungen der Männer traten folglich nach dem Mai 1933 so gut wie nicht mehr in Erscheinung. Die „blauen“ Männerortsgruppen waren vorwiegend damit beschäftigt, sich selbst vor dem Verbot zu schützen. Handlungsspielraum hatten sie kaum noch. Um dem Verbot zu entgehen, dürfte sich der Deutsche Volksverein Dornbirn einer auch in Bludenz angewandten Finte bedient haben, nämlich die eigentliche Ortsgruppe aufzugeben und sich des Vereins Deutsches Haus zu bedienen. Dieser bestand bis in den Dezember 1938, ohne jedoch überlieferte Aktivitäten gesetzt zu haben.

Der Deutsche Frauenverein Dornbirn bot den Mitgliedern in

dieser Schlussphase noch ein eingeschränktes Kursangebot. Daneben unternahmen die Frauen jährlich einen, mehrfach zwei Ausflüge. Mit der Bereitschaft, Teil der Ausschüsse zu bleiben, sicherten die seit großdeutschen Zeiten bei den Frauenortsgruppen aktiven Damen der Organisation ihre großbürgerlich-gemäßigte Fassade, und das, obwohl die Vereine in dieser Phase von NS-affinem Nachwuchs unterwandert wurden. Dank dieser Fassade, ihrer Vorsicht und der Bereitschaft zur Statutenänderung wurde keiner der Deutschen Frauenvereine im Ständestaat verboten. Im Februar 1938 lud die deutschnationale Frauenortsgruppe Dornbirns ihre Mitglieder samt Angehörigen nach siebenjähriger Pause wieder zu einem Kaffeekränzchen ein. Dieses Kaffeekränzchen war zugleich das letzte Lebenszeichen der Dornbirner „Blauen“.

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Zu seiner Person vgl. Hämmerle 1982, S. 107 sowie [https://vorarlberg.at/web/landtag/-/zumobel-anton-franz-anton-dr-jur?article\\_id=379755](https://vorarlberg.at/web/landtag/-/zumobel-anton-franz-anton-dr-jur?article_id=379755) (12.12.2019).
- <sup>2</sup> Vgl. Bundschuh 1990, S. 40–42.
- <sup>3</sup> Vgl. Weitensfelder 2001, S. 459.
- <sup>4</sup> Vgl. Weitensfelder 2008, S. 18.
- <sup>5</sup> Vgl. Weitensfelder 2002, S. 80 f.
- <sup>6</sup> Vgl. Bundschuh 1990, S. 46–48.
- <sup>7</sup> Vgl. Bilgeri 1982, S. 374.
- <sup>8</sup> Vgl. Weitensfelder 2008, S. 125.
- <sup>9</sup> Vgl. Weitensfelder 2008, S. 19 und 21.
- <sup>10</sup> Kriechbaumer 2001, S. 434.
- <sup>11</sup> Vgl. Berenger 1996, S. 732.
- <sup>12</sup> Vgl. Weitensfelder 2008, S. 126 f.
- <sup>13</sup> Weitensfelder 2008, S. 126.
- <sup>14</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 26. Juni 1937, S. 3.
- <sup>15</sup> Vgl. VLB, Kleine Schriften, 100/13.
- <sup>16</sup> Vgl. Weitensfelder 2002, S. 80.
- <sup>17</sup> Vgl. StAD, C.1997.023: Bericht von Ignaz Rüschi, Obmann des Konstitutionellen Vereins Dornbirn. In: Protokollbuch Konstitutioneller Verein Dornbirn, Protokoll der 74. Hauptversammlung am 24. November 1900.
- <sup>18</sup> Vgl. Schneider 2005, S. 153.
- <sup>19</sup> Vgl. Meyers Großes Konversations-Lexikon, Band 20. Leipzig 1909, S. 237. <http://www.zeno.org/Meyers-1905/A/Volkspartei> (abgerufen am 4. November 2017).
- <sup>20</sup> Vgl. Weitensfelder 2008, S. 129.
- <sup>21</sup> Vgl. StAD, C.1997.023: Bericht von Ignaz Rüschi, Obmann des Konstitutionellen Vereins Dornbirn. In: Protokollbuch Konstitutioneller Verein Dornbirn, Protokoll der 74. Hauptversammlung am 24. November 1900.
- <sup>22</sup> Vgl. Weitensfelder 2008, S. 130 f.
- <sup>23</sup> Vgl. Vögel 1961, S. 102.
- <sup>24</sup> Vgl. Weitensfelder 2008, S. 133.
- <sup>25</sup> Vgl. Berchtold 1967, S. 446.
- <sup>26</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 16. Oktober 1920, S. 2 und 20. Mai 1927, S. 2.
- <sup>27</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 35 / R I – 12: Referat Dinghofers auf dem 7. Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Innsbruck, 5. und 6. Juni 1926, S. 14.
- <sup>28</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 4. Mai 1925 von Grahammer an die großdeutsche Reichsparteileitung mit zwei vom Landesparteitag 1925 angenommenen Entschlüssen.
- <sup>29</sup> Vgl. Bachinger 1990, S. 187–189 und 195.
- <sup>30</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 31. März 1930, S. 3.
- <sup>31</sup> Vgl. Gehmacher 1988, S. 66.
- <sup>32</sup> Vgl. Ackerl 1990, S. 153.

- <sup>23</sup> Vgl. Berchtold 1967, S. 478.
- <sup>34</sup> Vorarlberger Tagblatt, 8. Jänner 1919, o. S.
- <sup>35</sup> ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 27. Jänner 1923 von Bachmann an die großdeutsche Hauptgeschäftsstelle
- <sup>36</sup> Pauley 1993, S. 230.
- <sup>37</sup> Vgl. Wanner 2014, S. 27.
- <sup>38</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 25. Februar 1919, S. 6.
- <sup>39</sup> Vgl. Vorarlberger Volksfreund, 10. August 1918, S. 7.
- <sup>40</sup> Vgl. Böhler 2002, S. 149.
- <sup>41</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 13. Oktober 1918, S. 593.
- <sup>42</sup> Vgl. Vorarlberger Volksfreund, 22. Oktober 1918, S. 3.
- <sup>43</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 8. Dezember 1918, S. 710.
- <sup>44</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 15 f.
- <sup>45</sup> Vgl. Ebenhoch 1986, S. 17 f.
- <sup>46</sup> Vgl. Ebenhoch 1986, S. 15.
- <sup>47</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 59 f.
- <sup>48</sup> Vgl. Lustenauer Gemeindeblatt, 19. Jänner 1919, S. 34.
- <sup>49</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 26. Jänner 1919, S. 65.
- <sup>50</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 29. Jänner 1919, S. 2.
- <sup>51</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Vereine, Schachtel 8: Deutscher Frauenverein Dornbirn. Leitsätze und Forderungen.
- <sup>52</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 16. Juni 1920, S. 1.
- <sup>53</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. April 1919, S. 4.
- <sup>54</sup> In einer früheren Arbeit ging der Autor für die Frühphase von vorarlbergweit rund 1.200 organisierten großdeutschen Frauen aus (vgl. Vogel 2004, S. 74). Dieser Einschätzung lagen 1938 veröffentlichte Zahlen zugrunde, laut denen der Deutsche Frauenverein Dornbirn kurz nach der Gründung über 300 Mitglieder hatte (vgl. Feierabend, 20. Jahrgang (1938), S. 274). Zahlen aus der Anfangsphase der Frauenortsgruppe sprechen dagegen – wie oben angeführt – von 471 Mitgliedern.
- <sup>55</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 14. April 1920, S. 1.
- <sup>56</sup> Vgl. Die deutsche Frau, 2. Jahrgang (1921), S. 75.
- <sup>57</sup> Vgl. Weitensfelder 2002, S. 40.
- <sup>58</sup> Eine Kochkiste ist ein wärmegeprägter Behälter. In diesen werden Töpfe mit erhitzten Speisen eingestellt. Diese Speisen garen in weiterer Folge ohne weitere Energiezufuhr über Stunden fertig.
- <sup>59</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 25. Mai 1919, S. 423.
- <sup>60</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 9. November 1919, S. 860.
- <sup>61</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 14. Dezember 1919, S. 951.
- <sup>62</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 23. Februar 1919, S. 146.
- <sup>63</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 70.
- <sup>64</sup> Vgl. Ebenhoch 1986, S. 64 f. und 67–69.
- <sup>65</sup> Vgl. Ebenhoch 1986, S. 74.
- <sup>66</sup> Vgl. Gehmacher 1988, S. 70 f.

<sup>67</sup> Vgl. Die deutsche Frau, S. 54 und 75.  
<sup>68</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 25. Februar 1925, S. 4; 16. Februar 1926, S. 6 und 8. Jänner 1927, S. 5.  
<sup>69</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 1. Oktober 1923, S. 3 und 1. April 1930, S. 1.  
<sup>70</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 23. Februar 1919, S. 148.  
<sup>71</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 5. Oktober 1919, S. 763.  
<sup>72</sup> Vgl. Die deutsche Frau, 2. Jahrgang (1921), S. 75.  
<sup>73</sup> Vgl. Gemeindeblatt Dornbirn, 28. September 1919, S. 749.  
<sup>74</sup> Vgl. Die deutsche Frau, 2. Jahrgang (1921), S. 75.  
<sup>75</sup> Vgl. Gehmacher 1988, S. 60.  
<sup>76</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 26. Jänner 1919, S. 67.  
<sup>77</sup> Vgl. <https://lexikon.dornbirn.at/startseite/personen/buerger-bauern-originale/ruef-toni/> (abgerufen am 18. November 2018).  
<sup>78</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 16. Juni 1920, S. 1.  
<sup>79</sup> Vorarlberger Tagblatt, 16. Juni 1920, S. 1.  
<sup>80</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 89 f.  
<sup>81</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 16. Juni 1920, S. 1, und Vorarlberger Volksblatt, 16. Februar 1919, S. 1.  
<sup>82</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 16. Juni 1920, S. 1.  
<sup>83</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 12. Jänner 1919, S. 28; 19. Jänner 1919, S. 47; 26. Jänner 1919, S. 67 und 2. Februar 1919, S. 90.  
<sup>84</sup> Vgl. Ebenhoch 1986, S. 21.  
<sup>85</sup> Vgl. Vorarlberger Wacht, 13. Februar 1919, S. 1 f.  
<sup>86</sup> Vgl. Bundschuh 2004, S. 40.  
<sup>87</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 194 f.  
<sup>88</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 14. Jänner 1919, S. 3; 7. Februar 1919, S. 1 und 16. Februar 1919, S. 1.  
<sup>89</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 8. Jänner 1919, S. 1.  
<sup>90</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 1. Jänner 1919, S. 5; 14. Jänner 1919, S. 3; 22. Jänner 1919, S. 2; 9. Februar 1919, S. 2 und 14. Feber 1919, S. 1.  
<sup>91</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 192.  
<sup>92</sup> Vorarlberger Tagblatt, 30. Jänner 1919, S. 1.  
<sup>93</sup> Vgl. Schneider/Erber 2013, S. 34.  
<sup>94</sup> Vorarlberger Tagblatt, 16. Februar 1919, S. 1.  
<sup>95</sup> Vgl. Weber 1993, S. 93.  
<sup>96</sup> Vorarlberger Tagblatt, 14. Februar 1919, S. 7.  
<sup>97</sup> Vorarlberger Tagblatt, 25. Jänner 1919, S. 3.  
<sup>98</sup> Vorarlberger Volksblatt, 10. Jänner 1919, S. 1.  
<sup>99</sup> Vorarlberger Volksblatt, 16. Februar 1919, S. 1.  
<sup>100</sup> Vorarlberger Tagblatt, 21. Februar 1919, S. 1.  
<sup>101</sup> Vorarlberger Tagblatt, 20. Februar 1919, S. 1.  
<sup>102</sup> Zu Feierle vgl. [https://vorarlberg.at/web/landtag/-/feierle-franz-josef-dr-jur?article\\_id=361634](https://vorarlberg.at/web/landtag/-/feierle-franz-josef-dr-jur?article_id=361634) (12.12.2019).

<sup>103</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 16. Juni 1920, S. 1.  
<sup>104</sup> Vorarlberger Tagblatt, 8. April 1919, S. 3.  
<sup>105</sup> Vgl. Götsch 1993, S. 10 f.  
<sup>106</sup> Vorarlberg sollte im Austausch dafür dringend benötigte Heulieferungen erhalten.  
<sup>107</sup> Vgl. Böhler 2002, S. 152 f.  
<sup>108</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 13. April 1919, S. 284 f. und 20. April 1919, S. 306 und 314.  
<sup>109</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 8. April 1919, S. 3; 26. April 1919, S. 1 und 27. April 1919, S. 1.  
<sup>110</sup> Vgl. Vorarlberger Volksblatt, 6. April 1919, S. 1.  
<sup>111</sup> Vorarlberger Volksblatt, 27. März 1919, S. 1.  
<sup>112</sup> Vorarlberger Tagblatt, 8. Jänner 1919, o. S.  
<sup>113</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 4. Mai 1919, S. 1 und 16. Juni 1920, S. 1.  
<sup>114</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 4. Mai 1919, S. 6.  
<sup>115</sup> Vorarlberger Tagblatt, 29. April 1919, S. 1.  
<sup>116</sup> Es waren dies die damaligen Städte Dornbirn, Bregenz, Feldkirch und Bludenz sowie die Marktgemeinden Lustenau, Hohenems, Hard, Götzis und Rankweil.  
<sup>117</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 29. April 1919, S. 1.  
<sup>118</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 140.  
<sup>119</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Schachtel 703 / Untermappe: Landtagswahlen 1919: Brief vom 1. August 1919 vom Landesgerichtspräsidenten an den Obmann des Deutschen Volksvereins.  
<sup>120</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 11. Mai 1919, S. 382 f. und 18. Mai 1919, S. 410.  
<sup>121</sup> Vgl. Vorarlberger Wacht, 16. Mai 1919, S. 3 und 17. Mai 1919, S. 1.  
<sup>122</sup> Vorarlberger Volksblatt, 18. Mai 1919, S. 1.  
<sup>123</sup> Vgl. Vorarlberger Volksblatt, 20. Mai 1919, S. 4.  
<sup>124</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 15. Februar 1919, S. 1 f.  
<sup>125</sup> Vgl. Dolezal 2017, S. 574.  
<sup>126</sup> Vgl. Bauern-Blatt, 8. Oktober 1920, S. 2.  
<sup>127</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 9. Februar 1919, S. 104 f. und 16. Februar 1919, S. 122 f.  
<sup>128</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 27. April 1919, S. 331.  
<sup>129</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 18. Mai 1919, S. 405.  
<sup>130</sup> Zu Alleinkandidaturen der „Blauen“ kam es in Dornbirn, Bregenz, Feldkirch, Bludenz und Hohenems, ferner in Lustenau, Höchst, Götzis, Rankweil und Lauterach.  
<sup>131</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 8. Juni 1919, S. 452.  
<sup>132</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 25. Mai 1919, S. 416.  
<sup>133</sup> Vgl. Pichler 2015, S. 152 f.  
<sup>134</sup> Vgl. Höbelt 2018, S. 150.  
<sup>135</sup> Vgl. Ableitinger 2017, S. 20.  
<sup>136</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 25. August 1920 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.

<sup>137</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 21. September 1920, S. 1.  
<sup>138</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 25. September 1920, S. 1.  
<sup>139</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 21. Jänner 1921, S. 1.  
<sup>140</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 3. Oktober 1920, S. 625.  
<sup>141</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 16. September 1920, S. 1.  
<sup>142</sup> Vorarlberger Tagblatt, 16. September 1920, S. 2.  
<sup>143</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 10. Oktober 1920, S. 640.  
<sup>144</sup> Vgl. Vorarlberger Wacht, 15. Oktober 1920, S. 2.  
<sup>145</sup> Vgl. Dolezal 2017, S. 580.  
<sup>146</sup> Vgl. Lichtblau 1995, S. 461 f.  
<sup>147</sup> Vgl. Vogel 2003, S. 277–279.  
<sup>148</sup> Vgl. Vorarlberger Wacht, 19. September 1920, S. 1.  
<sup>149</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., Nationalsozialistische Parteistellen, Kt. 38: Sozialdemokratisches Flugblatt „Männer und Frauen des arbeitenden Volkes! Heimkehrer!“.  
<sup>150</sup> Vgl. Denscher 1981, S. 96.  
<sup>151</sup> Vgl. Vogel 2003, S. 282 f.  
<sup>152</sup> In diesen Zahlen nicht enthalten ist der Ausgang der Wahl im Dornbirner Wahlsprengel 3. Für diesen liegt kein nach Geschlechtern getrenntes Wahlergebnis vor. Hier nicht berücksichtigt werden konnten die Dornbirner Wahlsprengel 3 und 9. Für Ersteren gibt es – wie bereits erwähnt – keinen nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Wahlausgang. Bei Letzterem traten Unstimmigkeiten auf, sodass die dort abgegebenen Stimmen nicht gewertet wurden.  
<sup>153</sup> Vgl. Ucar, Karl, Demokratie und Wahlrecht in Österreich, S. 405.  
<sup>154</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 25. August 1920 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.  
<sup>155</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 27. September 1921, S. 1.  
<sup>156</sup> Vgl. Ebenhoch 1986, S. 26 und 36.  
<sup>157</sup> Vgl. Die deutsche Frau, 29. Mai 1921, S. 75.  
<sup>158</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 33 / R I – 12: Bericht des Reichsfrauenausschusses. In: Der dritte Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei, 1922, S. 21A.  
<sup>159</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 12. April 1921, S. 1.  
<sup>160</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. April 1919, S. 4.  
<sup>161</sup> Vgl. Die deutsche Frau, 2. Jahrgang (1921), S. 75.  
<sup>162</sup> Vgl. Die deutsche Frau, 4. Jahrgang (1923), S. 86.  
<sup>163</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 5. Februar 1922, S. 57.  
<sup>164</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 31. Jänner 1926, S. 74, 30. Jänner 1927, S. 88, 29. Jänner 1928, S. 98 und 3. Februar 1929, S. 109.  
<sup>165</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 23. Jänner 1921, S. 43 und 30. Jänner 1921, S. 57.  
<sup>166</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 21. Oktober 1920, S. 729.  
<sup>167</sup> Vgl. Die deutsche Frau, 4. Jahrgang (1923), S. 86.  
<sup>168</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 19. Dezember 1920, S. 792.  
<sup>169</sup> Vgl. Die deutsche Frau, 2. Jahrgang (1921), S. 75.  
<sup>170</sup> Vgl. Die deutsche Frau, 2. Jahrgang (1921), S. 75.  
<sup>171</sup> Die deutsche Frau, 2. Jahrgang (1921), S. 75.

<sup>172</sup> Vgl. Die deutsche Frau, 2. Jahrgang (1921), S. 75.  
<sup>173</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 6. Februar 1921, S. 68 und 20. Februar 1921, S. 92.  
<sup>174</sup> Vgl. Böhler 2002, S. 157.  
<sup>175</sup> Die deutsche Frau, 4. Jahrgang (1923), S. 86 f.  
<sup>176</sup> Vgl. Vogel 2003, S. 35–38.  
<sup>177</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 21. Jänner 1921, S. 1.  
<sup>178</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 14. April 1920, S. 1.  
<sup>179</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 41 / R I – 14d: Verhandlungsschrift der Länderkonferenz am 12. Jänner 1924.  
<sup>180</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 21. Jänner 1921, S. 1.  
<sup>181</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 33 / R I – 12: Geschäftsbericht der Großdeutschen Volkspartei für die Zeit vom 28. Juni 1921 bis zum 27. Mai 1922, S. 27.  
<sup>182</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 20. November 1921, S. 571, 15. Oktober 1922, S. 439 und 22. Oktober 1922, S. 454.  
<sup>183</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 23. Jänner 1921, S. 43.  
<sup>184</sup> Vorarlberger Tagblatt, 15. Juli 1919, S. 1.  
<sup>185</sup> Vorarlberger Tagblatt, 8. Jänner 1919, o.S.  
<sup>186</sup> Vgl. VLB, Kleine Schriften, 82/21: Bücherverzeichnis des Deutschfreiheitlichen Vereines Dornbirn 1913.  
<sup>187</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 14. April 1920, S. 1.  
<sup>188</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 15. Juni 1919, S. 481.  
<sup>189</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 5. Oktober 1919, S. 762.  
<sup>190</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 21. Jänner 1921, S. 1.  
<sup>191</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 20. Februar 1921, S. 91.  
<sup>192</sup> Während dieser Phase konnten die Leser die davor entlehnten Bücher an selbiger Adresse, also der Schillerstraße 4, nun allerdings in der Parteikanzlei Dornbirns Großdeutscher, abgeben (vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 14. August 1921, S. 409).  
<sup>193</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 25. Dezember 1921, S. 625.  
<sup>194</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 17. März 1922, S. 3.  
<sup>195</sup> Jahre später, nämlich im Spätherbst 1925, eröffnete Viktorin, nunmehr zum Steueramtsdirektor aufgestiegen und in Pension, sein eigenes – wie es hieß behördlich befugtes – Steuerauskunfts- und Beratungsbüro. Es befand sich in der Dornbirner Marktstraße 7 (vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 8. November 1925, S. 814).  
<sup>196</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 23. Jänner 1921, S. 43.  
<sup>197</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 15. Juni 1919, S. 481.  
<sup>198</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 15. Juni 1920, S. 1.  
<sup>199</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 21. Jänner 1921, S. 1.  
<sup>200</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 14. April 1920, S. 1.  
<sup>201</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 21. Jänner 1921, S. 1.  
<sup>202</sup> Vgl. Beer/Gnan/Valderrama 2016, S. 14 f.  
<sup>203</sup> Vgl. Iber 2016, S. 571 f.  
<sup>204</sup> Vgl. Beer/Gnan/Valderrama 2016, S. 15.  
<sup>205</sup> Vgl. Iber 2016, S. 573 f.



- 206 Vgl. Zöllner, Erich/Schüssel, Therese, Das Werden Österreichs, S. 238.
- 207 Vgl. Beer/Gnan/Valderrama 2016, S. 16.
- 208 Vgl. Kienböck, Victor, Das österreichische Sanierungswerk, S. 55.
- 209 Vgl. Vogel 2003, S. 317 f.
- 210 Vgl. Butschek 2011, S. 202 f.
- 211 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 24. März 1923, S. 5.
- 212 Vgl. Weis 1996, S. 164.
- 213 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 33 / R I – 12: Bericht der Hauptgeschäftsstelle. In: Der dritte Reichsparteitag der GDVP, 1922, S. 14.
- 214 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Landesparteileitung am 21. Februar 1924.
- 215 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 19. Mai 1922, S. 3.
- 216 Vgl. Die deutsche Frau, 5. Jahrgang (1924), S. 107.
- 217 Vgl. Vogel 2004, S. 217 f.
- 218 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 51 / R I – 80: Brief von Anfang August 1923 von Zumtobel an die Großdeutsche Volkspartei Vorarlberg.
- 219 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 40 / R I – 14: Verhandlungsschrift über die Sitzung des Parteivorstands am 29. Oktober 1923.
- 220 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 40 / R I – 14: Verhandlungsschrift über die Sitzung des Parteivorstands am 29. Oktober 1923.
- 221 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 5. Mai 1925, S. 3.
- 222 Vgl. Vogel 2003, S. 295 f.
- 223 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 17. August 1923, S. 1; 20. August 1923, S. 1 und 19. Oktober 1923, S. 3; Salzburger Volksblatt, 16. August 1923, S. 2, zit. nach: Voithofer 1999, S. 229 und ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 29 / R I – 3: Text eines Referats über „Die Geschichte der Bestrebungen nach Herstellung einer nationalen Einheitsfront“, gehalten von einer nicht näher benannten Person, vermutlich Ende des Jahres 1926.
- 224 Vgl. Vogel 2003, S. 303.
- 225 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Bericht über die Sitzung der Landesparteileitung am 29. August 1923.
- 226 Vgl. Bauern-Blatt, 7. September 1923, S. 1.
- 227 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 5. Mai 1925, S. 2 f.
- 228 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 14. Oktober 1923, S. 532.
- 229 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 7. September 1923, S. 1.
- 230 Vorarlberger Tagblatt, 18. Oktober 1923, S. 4.
- 231 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 18. Oktober 1923, S. 4.
- 232 VLA, Vorarlberger Landesregierung, Präsidium (1924), Zl. 486: Brief vom 25. Juni 1924 vom Vorarlberger Landeshauptmann Ender an das Unterrichtsministerium.
- 233 Vgl. Vorarlberger Volksblatt, 9. Februar 1924, S. 2.
- 234 Vgl. VLA, Vorarlberger Landesregierung, Präsidium (1924), Zl. 486: Brief vom 25. Juni 1924 vom Vorarlberger Landeshauptmann Ender an das Unterrichtsministerium.
- 235 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 17. Oktober 1923, S. 4 und 18. Oktober 1923, S. 4; Vorarlberger Volksblatt, 23. Oktober 1923, S. 1.
- 236 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 1. Oktober 1923, S. 2.
- 237 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 3. Oktober 1923, S. 1.
- 238 ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 39 / R I – 13: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Reichsparteileitung am 5. September 1923.
- 239 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 41 / R I – 14 d: Aufzeichnungen über die Sitzung mit den Vertretern der Länder aus dem westlichen Wahlkreisverband am 20. September 1923.
- 240 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 27. Oktober 1923, S. 1 f.
- 241 Vgl. Gefeiertes Mietrecht, gefürchtetes MRG. Blog Martin Putschög, 16. September 2012. <http://derstandard.at/1345166337506/Gefeiertes-Mietrecht-gefuerchtetes-MRG> (abgerufen am 6. Dezember 2017).
- 242 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 3 / ohne Signatur: Verhandlungsschrift über die Sitzung des Verbandes der Abgeordneten der Großdeutschen Volkspartei am 13. Oktober 1922.
- 243 Vgl. Vogel 2015, S. 52.
- 244 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 48 / R I – 52: Brief vom 17. Juni 1926 vom Niederösterreichischen Verband des Alpenländischen Haus- und Grundbesitzer-Bundes an die Reichsparteileitungen der Christlichsozialen und Großdeutschen.
- 245 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 22. April 1922, S. 2.
- 246 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 3 / ohne Signatur: Verhandlungsschrift über die Sitzung des Verbandes der Abgeordneten der Großdeutschen Volkspartei am 13. Oktober 1922.
- 247 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 47 / R I – 38: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Landesparteileitung am 10. September 1924.
- 248 Vgl. Welte 2017, S. 478.
- 249 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Landesparteileitung am 27. Oktober 1923.
- 250 Vgl. Vorarlberger Landtag. Stenographische Sitzungsberichte, 13. Sitzung des Vorarlberger Landtags am 30. Dezember 1921, S. 3–9, 13–16 und 22–25.
- 251 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Landesparteileitung am 27. Oktober 1923.
- 252 ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Landesparteileitung am 3. November 1923.
- 253 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Landesparteileitung am 3. November 1923.
- 254 ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 34 / R I – 12: Rede Dietrichs auf dem 6. Reichsparteitag 1925.
- 255 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 27. Februar 1928, S. 1.
- 256 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 6. Februar 1924 von der großdeutschen Hauptgeschäftsstelle an die Vorarlberger Landesparteileitung.
- 257 Vgl. Vorarlberger Wacht, 13. Februar 1924, S. 2 f.
- 258 Götzis wird zweifach genannt, sowohl bei der Absicht, eine Wahlgemeinschaft mit den Sozialdemokraten zu bilden als auch eine solche mit dem Landbund einzu-

gehen. Um einer Irritation deswegen vorzubeugen das Folgende: In Götzis scheint es Bestrebungen gegeben zu haben, eine gemeinsame Liste von Großdeutschen, Landbündlern und Sozialdemokraten zu erstellen. Letztlich lehnten die Götzner „Roten“ ab. (vgl. Vorarlberger Tagblatt, 11. Februar 1924, S. 2).

259 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 27. Jänner 1924, S. 51 und 3. Februar 1924, S. 67.

260 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Landesparteileitung am 21. Februar 1924.

261 Um einer Irritation, die sich beim Lesen einer anderen Lektüre ergeben könnte, vorzubeugen, sei hier Folgendes bekräftigt: Anders als von Pichler behauptet (vgl. Pichler 2015, S. 195), war Matthias Längle nicht christlichsozialer Bürgermeister von Bludenz, sondern übte dieses Amt als großdeutscher Parteigänger aus. Längle hatte im Februar 1921 seinen „blauen“ Parteikollegen Dr. Otto Bertel als Stadtoberhaupt von Bludenz beerbt. Zur Landtagswahl 1923 führte Längle die großdeutsche Wahlwerberliste im Bezirk Bludenz an, allerdings ohne Chance, in den Landtag einzuziehen.

262 Zu Solokandidaturen der Großdeutschen kam es in Dornbirn, Bregenz, Bludenz, Lustenau, Lauterach, Schruns und Höchst.

263 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 34 / R I – 12: Berichte der Landesparteileitungen. In: Protokolle zum 6. Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei, 1925.

264 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 28. Februar 1924 von der großdeutschen Hauptgeschäftsstelle an Miltschinsky, Köhler, Maschke, Ehart und Dr. Wagner.

265 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 17. Februar 1924, S. 90.

266 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Landesparteileitung am 21. Februar 1924.

267 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 2. März 1924, S. 120.

268 Vgl. Bundschuh 1990, S. 167.

269 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 32 / I – 12: Verhandlungsschrift des zweiten Reichsparteitages der Großdeutschen Volkspartei in Wien, 27. und 28. Juni 1921, S. 21 f.

270 Vgl. Ableitinger 2017, S. 22.

271 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 24. Februar 1922, S. 2.

272 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 18. September 1922, S. 1.

273 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Landesparteileitung am 21. Februar 1924.

274 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 39 / R I – 13: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Reichsparteileitung am 30. Mai 1924.

275 Vgl. Mayrhofer 1970, S. 102.

276 Vgl. Deutschösterreichische Tages-Zeitung, 3. Juni 1924.

277 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 51 / R I – 74: Brief vom 8. Mai 1925 von Anton Zumtobel an Bundesgeschäftsführer Ehrlich.

278 Vgl. Schausberger 2010, S. 220.

279 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 22. April 1925, S. 1 f.

280 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 51 / R I – 74: Brief vom 24. April 1925 von Bundesgeschäftsführer Ehrlich an Georg Dietrich.

281 ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 51 / R I – 74: Brief vom 8. Mai 1925 von Anton Zumtobel an Bundesgeschäftsführer Ehrlich.

282 Vgl. Höbelt 2018, S. 109 f.

283 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 51 / R I – 74: Brief vom 25. Juni 1925 von Georg Dietrich an Bundesgeschäftsführer Ehrlich.

284 Vgl. Gschwandtner 2015, S. 39 f.

285 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 39 / R I – 13: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Reichsparteileitung am 16. Oktober 1926.

286 Vorarlberger Tagblatt, 4. Dezember 1923, S. 3.

287 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 4. Dezember 1923, S. 3.

288 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 8. März 1924, S. 3 f.

289 Vorarlberger Tagblatt, 20. Dezember 1924, S. 4.

290 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 20. Dezember 1924, S. 4.

291 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 1. Februar 1925, S. 78.

292 Vgl. VLA, BH Feldkirch, Reg. XIX (1925), Zl.: 367.

293 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 32 / I – 12: Verhandlungsschrift des zweiten Reichsparteitages der GDVP in Wien, 27. und 28. Juni 1921, S. 139.

294 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 34 / R I – 12: Protokolle des 5. Reichsparteitags der Großdeutschen Volkspartei in Klagenfurt: Tagung zur Beratung gemeindepolitischer Fragen; Deutschösterreichische Tages-Zeitung, 3. Juni 1924.

295 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Verhandlungsschrift über die Gründungsversammlung des Gemeindevertreterverbandes für Vorarlberg.

296 Vgl. Privatarchiv Wanner, Handschriftliches Notizbuch.

297 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 15. Dezember 1924 von Hugo Grahhammer an die großdeutsche Reichsparteileitung.

298 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Verhandlungsschrift über die Gründungsversammlung des Gemeindevertreterverbandes für Vorarlberg.

299 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 2. März 1925 von Hugo Grahhammer an die großdeutsche Reichsparteileitung und Beilage zum Brief vom 4. Mai 1925 von Hugo Grahhammer an die großdeutsche Reichsparteileitung.

300 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Tätigkeitsbericht der Vorarlberger Landesorganisation aus Anlass des Reichsparteitages der Großdeutschen Volkspartei 1925.

301 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 29. Mai 1925, S. 1.

302 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 35 / R I – 12: Verhandlungsschrift über die Tagung des Verbandes der großdeutschen Landtagsabgeordneten anlässlich des Reichsparteitags der Großdeutschen Volkspartei 1926.

303 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 34 / R I – 12: Geschäftsbericht des Parteivorstands 1925/26. 7. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Innsbruck, 4. bis 6. Juni 1926, S. 16.

304 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 36 / R I – 12: Berichte der Landesparteileitungen. In: Tätigkeitsbericht. 9. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Bregenz, 8. bis 10. Juni 1928, S. 31.

305 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 16. März 1929, S. 3.

- 306 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 34 / R I – 12: Tätigkeitsbericht Vorarlbergs anlässlich des 4. Reichsparteitages
- 307 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 5. Mai 1925, S. 3.
- 308 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 30. November 1925 von Hugo Grahammer an die großdeutsche Bundesgeschäftsstelle.
- 309 Vgl. Ackerl 1967, S. 78.
- 310 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 30. November 1925 von Hugo Grahammer an die großdeutsche Bundesgeschäftsstelle.
- 311 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 2. Juni 1926 von Heinrich Clessin an die großdeutsche Bundesgeschäftsstelle.
- 312 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 34 / R I – 12: Geschäftsbericht des Parteivorstands 1925/26. 7. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Innsbruck, 4. bis 6. Juni 1926, S. 16.
- 313 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 20. September 1920 von Anton Zumtobel an die großdeutsche Reichsparteileitung und Vgl. Feierabend, 20. Jahrgang (1938), S. 279.
- 314 <https://portal.dnb.de/opac.htm?method=simpleSearch&cqlMode=true&query=nid%3D127677682> (abgerufen am 25. Oktober 2018).
- 315 Vgl. Gehmacher 1988, S. 60.
- 316 Vgl. Ebenhoch 1986, S. 58.
- 317 Vgl. Die deutsche Frau, 4. Jahrgang (1923), S. 86.
- 318 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. März 1937, S. 2.
- 319 Vgl. Die deutsche Frau, 4. Jahrgang (1923), S. 86.
- 320 Vgl. Die deutsche Frau, 5. Jahrgang (1924), S. 107.
- 321 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 22. November 1924, S. 10.
- 322 Vgl. Die deutsche Frau, 9. Jahrgang (1928), S. 49 und Feierabend, 20. Jahrgang (1938), S. 280.
- 323 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 34 / R I – 12: Verhandlungsschrift über die Sitzung des Reichsfrauenausschusses am 5. Juni 1926, Blatt 28 f.
- 324 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 35 / R I – 12: Geschäftsbericht des Parteivorstands 1925 / 26. 7. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Innsbruck, 4. bis 6. Juni 1926, S. 16.
- 325 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 18. Juli 1923, S. 3.
- 326 Vgl. Die deutsche Frau, 5. Jahrgang (1924), S. 107 und 6. Jahrgang (1925), S. 39.
- 327 Vgl. Schularchiv Bundesgymnasium Dornbirn, Konferenzprotokoll vom 5. Juni 1925, zit. nach: Stärk 1991, S. 189.
- 328 Vgl. Pichler 2015, S. 127.
- 329 Die deutsche Frau, 6. Jahrgang (1925), S. 39.
- 330 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 11. Jänner 1925, S. 21 und Die deutsche Frau, 6. Jahrgang (1925), S. 39.
- 331 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 30. April 1925, S. 4.
- 332 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 34 / R I – 12: Verhandlungsschrift über die Sitzung des Reichsfrauenausschusses am 5. Juni 1926, Blatt 15.
- 333 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 19. Mai 1922, S. 3.
- 334 Vgl. Die deutsche Frau, 5. Jahrgang (1924), S. 107.
- 335 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 35 / R I – 12: Brief vom 13. Juni/Juli 1927 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.
- 336 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 35 / R I – 12: Brief vom 13. Juni/Juli 1927 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.
- 337 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 28. Jänner 1923, S. 40.
- 338 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 8. Jänner 1927, S. 5.
- 339 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 17. Oktober 1926, S. 815.
- 340 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 21. September 1920, S. 2.
- 341 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 28. Jänner 1923, S. 40.
- 342 Vgl. Vorarlberger Tagblatt 8. 1. 1927, S. 5.
- 343 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 6. April 1924, S. 223 und 1. Juni 1924. S. 375.
- 344 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 18. Februar 1923, S. 69.
- 345 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 26. Oktober 1924, S. 658.
- 346 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 11. Oktober 1925, S. 737.
- 347 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 28. Mai 1926, S. 6.
- 348 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 35 / R I – 12: Brief vom 13. Juni/Juli 1927 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.
- 349 Vgl. [https://vorarlberg.at/web/landtag/-feierle-franz-josef-dr-jur?article\\_id=361634](https://vorarlberg.at/web/landtag/-feierle-franz-josef-dr-jur?article_id=361634) (abgerufen am 6. Juni 2019).
- 350 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 21. September 1920, S. 2.
- 351 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 24. November 1928, S. 4.
- 352 Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Sign. 22/Vorarlberg, GZ 198.363/1935: Schriftstück über die staatsfeindliche Einstellung der Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft in Dornbirn.
- 353 Vgl. Hämmerle 1969, S. 58, sowie: Nägele 1970, S. 87.
- 354 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 24. November 1928, S. 4.
- 355 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 24. November 1923, S. 4.
- 356 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 24. November 1928, S. 4.
- 357 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 27. September 1921, S. 1.
- 358 Vgl. Vogel 2004, S. 34 f.
- 359 Im Zuge einer Tagung österreichischer Zeitungsfachleute 1928 soll das Vorarlberger Tagblatt als eben solche bezeichnet worden sein (vgl. Nägele 1970, S. 87).
- 360 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 34 / R I – 12: Geschäftsbericht des Parteivorstands 1925 / 26. 7. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Innsbruck, 4. bis 6. Juni 1926, S. 16.
- 361 Dessen Lohn wurde von der Reichspartei bezahlt.
- 362 Dieser Zettelkasten diente offenkundig den großdeutschen Agitatoren zur Vorbereitung auf ihre Reden.
- 363 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 33 / R I – 12: Auszüge aus den Berichten über die Tätigkeit der Landesparteileitungen. In: Der dritte Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei, 1922, S. 27.

- <sup>364</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 31. März 1927, S. 1.
- <sup>365</sup> Vgl. Ackerl 1967, S. 210 und Denscher 1981, S. 171 f.
- <sup>366</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 15. April 1927, S. 1.
- <sup>367</sup> Vgl. Kriechbaumer 2017, S. 141.
- <sup>368</sup> Vgl. Voithofer 1999, S. 263 f.
- <sup>369</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 35 / R I – 12: Bericht des Parteivorstands, erstattet von Geschäftsführer Peter Leisz. In: Geschäftsbericht des Parteivorstands 1926/27, 8. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Wien, 17. bis 19. Juni 1927, S. 6.
- <sup>370</sup> Vgl. Voithofer 1999, S. 264.
- <sup>371</sup> Vgl. Vorarlberger Volksblatt, 29. März 1927, S. 1.
- <sup>372</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 247.
- <sup>373</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 31. März 1927, S. 1 f.
- <sup>374</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 10. April 1927, S. 331.
- <sup>375</sup> Vgl. Vogel 2003, S. 338 f.
- <sup>376</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 10. April 1927, S. 331.
- <sup>377</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 16. April 1927, S. 1.
- <sup>378</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 251 f.
- <sup>379</sup> Hinter dieser Bezeichnung verbarg sich die gemeinsame Kandidatur der auf Hitler eingeschworenen Nationalsozialisten mit dem „Bund der Freien“ von Hans Kipper.
- <sup>380</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 13. April 1927, S. 1 f.; 21. April 1927, S. 1 und 23. April 1927, S. 1 f.
- <sup>381</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 15. Mai 1927, S. 465.
- <sup>382</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 24. April 1927, S. 395.
- <sup>383</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 13. April 1927, S. 1 und Vorarlberger Volksblatt, 29. März 1927, S. 1.
- <sup>384</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 13. April 1927, S. 1.
- <sup>385</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 41 / R I – 14 d: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Länderkonferenz der Großdeutschen Volkspartei am 21. August 1923.
- <sup>386</sup> Vgl. VLA, Vorarlberger Landesregierung, Präsidium (1928), Zl.: 321: Brief vom 16. August 1927 von Landeshauptmann Ender an das Bundesministerium für Unterricht wegen der Verleihung eines Titels.
- <sup>387</sup> Vgl. Weis 1994, S. 55.
- <sup>388</sup> Vgl. Goldinger/Binder 1992, S. 136.
- <sup>389</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 40 / R I – 14: Verhandlungsschrift über die Sitzung des Parteivorstands am 22. März 1928.
- <sup>390</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. März 1928, S. 6.
- <sup>391</sup> ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 36 / R I – 12: Brief vom 26. März 1928 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.
- <sup>392</sup> Vgl. Innsbrucker Nachrichten, 28. Februar 1928, S. 2.
- <sup>393</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 36 / R I – 12: Brief vom 27. Februar 1928 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.
- <sup>394</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 40 / R I – 14: Verhandlungsschrift über die Sitzung des Parteivorstands am 22. März 1928.
- <sup>395</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 11. März 1928, S. 258.
- <sup>396</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 11. März 1928, S. 253.
- <sup>397</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., Christlichsoziale Partei. Parlamentsklub, Kt. 67: Christlich-soziales Flugblatt „Wähler und Wählerinnen!“.
- <sup>398</sup> Vgl. Vorarlberger Volksblatt, 17. Februar 1928, S. 1.
- <sup>399</sup> Vgl. Vorarlberger Wacht, 25. Februar 1928, S. 2 und 8. März 1928, S. 2.
- <sup>400</sup> Vgl. Der Landbündler für Tirol und Vorarlberg, 3. März 1928, S. 1.
- <sup>401</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 27. Februar 1928, S. 1, 16. März 1928, S. 1 und 16. März 1928, S. 5 f.; VLB, Kleine Schriften, 113/11: Großdeutsches Flugblatt „Klerikale Augenauswischerei“.
- <sup>402</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. März 1928, S. 2, 16. März 1928, S. 1 und 17. März 1928, S. 1.
- <sup>403</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. März 1928, S. 1 und 16. März 1928, S. 1; VLB, Kleine Schriften, 113/11: Großdeutsches Flugblatt „Landtags-Wähler und -Wählerinnen!“.
- <sup>404</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 17. März 1928, S. 1.
- <sup>405</sup> VLB, Kleine Schriften, 113/11: Großdeutsches Flugblatt „Landtags-Wähler und -Wählerinnen!“.
- <sup>406</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 8. März 1928, S. 1, 10. März 1928, S. 1, 13. März 1928, S. 1 und 17. März 1928, S. 1.
- <sup>407</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 18. März 1928, S. 290.
- <sup>408</sup> Vgl. Der Landbündler für Tirol und Vorarlberg, 24. März 1928, S. 1.
- <sup>409</sup> Vgl. Gasselich 1933, S. 234 und Wandruszka 1977, S. 595.
- <sup>410</sup> Vgl. Deutsche Arbeiter-Presse, 7. April 1928, S. 6.
- <sup>411</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 36 / R I – 12: Brief vom 27. Februar 1928 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.
- <sup>412</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 36 / R I – 12: Brief vom 26. März 1928 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.
- <sup>413</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 36 / R I – 12: Brief vom 26. März 1928 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.
- <sup>414</sup> Vorarlberger Tagblatt, 31. März 1930, S. 2.
- <sup>415</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 31. März 1930, S. 2.
- <sup>416</sup> Vgl. Vogel 2003, S. 52–54.
- <sup>417</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 21. Jänner 1929, S. 7 und ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 15 / ohne Signatur: Pressemitteilungen der Großdeutschen Volkspartei, 24. Jänner 1929, S. 3.
- <sup>418</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. Februar 1929, S. 7.
- <sup>419</sup> Lediglich in Bregenz und Feldkirch kam es zu einer gemeinsamen Kandidatur dieser beiden Parteien.
- <sup>420</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. Februar 1929, S. 6.
- <sup>421</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 37 / R I – 12: Berichte der Landesparteileitungen. In: Tätigkeitsbericht. 10. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Wien, 3. bis 5. Mai 1929, S. 14.
- <sup>422</sup> Vgl. Vogel 2015, S. 132 f.



423 Weitere Orte mit „blau“-„grüner“ Wahlgemeinschaft waren Bregenz, Höchst, Götzis und Schruns.

424 Vgl. Böhler 2002, S. 166.

425 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 40 / R I – 14: Verhandlungsschrift über die Sitzung des Parteivorstandes am 8. Februar 1929.

426 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. Februar 1929, S. 6.

427 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 4. Februar 1929, S. 2.

428 Vorarlberger Tagblatt, 5. Februar 1929, S. 6.

429 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 19. Jänner 1929, S. 3.

430 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 30. Jänner 1929, S. 6 und 2. Februar 1929, S. 6.

431 Vgl. Vorarlberger Wacht, 5. Februar 1929, S. 1.

432 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 4. Februar 1929, S. 2.

433 Die nachfolgenden Prozentwerte geben die Zustimmung für die „Schwarzen“ in den oben genannten zehn Gemeinden exklusive Hard wieder. Hard konnte nicht berücksichtigt werden, da die Christlichsozialen dort bei der Gemeinderatswahl 1924 in einer Wahlgemeinschaft angetreten waren.

434 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 37 / R I – 12: Bericht der Landesparteileitungen. In: Tätigkeitsbericht. 10. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Wien, 3. bis 5. Mai 1929, S. 14.

435 Vgl. Bundschuh 1988, S. 8, 18 und 23.

436 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 10. Februar 1929, S. 127.

437 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 20. April 1929, S. 3.

438 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 24. Februar 1929, S. 166.

439 Vgl. Böhler 2002, S. 159.

440 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 21. Dezember 1930, S. 1.295.

441 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 6. Februar 1928, S. 3.

442 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 3. Februar 1929, S. 109.

443 Vgl. VLA, Vorarlberger Landesregierung, Abt. I a (1928), Zl. 181: Brief des Deutschen Frauenvereins Dornbirn an die Vorarlberger Landesregierung und VLA, BH Feldkirch, Abt. III – Polizei (1930), Zl. 6: Brief des Deutschen Frauenvereins Dornbirn mit der Bitte um Taxfreiheit für seinen Glückstopf.

444 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 12. Februar 1928, S. 152.

445 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 11. März 1928, S. 252 und 17. Februar 1929, S. 152.

446 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 30. September 1928, S. 971.

447 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 23. Juni 1929, S. 673 und 15. September 1929, S. 916.

448 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 10. März 1929, S. 213.

449 Vgl. Die deutsche Frau, 13. Jahrgang (1932), S. 41.

450 Vgl. Wiener Neueste Nachrichten, 12. Juni 1928.

451 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 3. Juni 1928, S. 601.

452 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 19. August 1928, S. 824.

453 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 20. April 1929, S. 3.

454 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 26. Jänner 1930, S. 79 und 30. März 1930, S. 307;

Vorarlberger Tagblatt, 20. April 1929, S. 3 und 31. Jänner 1930, S. 6.

455 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 20. April 1929, S. 3.

456 Vgl. Böhler 2002, S. 162.

457 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 31. Jänner 1930, S. 6.

458 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 20. April 1929, S. 3.

459 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 37 / R I – 12: Bericht der Landesparteileitungen. In: Tätigkeitsbericht. 10. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Wien, 3.–5. Mai 1929, S. 13.

460 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 20. April 1929, S. 3.

461 Vgl. Weidenholzer 1981, S. 20.

462 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 26. März 1932, S. 4.

463 Vgl. Vorarlberger Tagblatt 28. Mai 1926, S. 6.

464 Vorarlberger Tagblatt, 20. April 1929, S. 3.

465 Vgl. Böhler 2005, S. 148.

466 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 20. April 1929, S. 3.

467 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. April 1930, S. 6.

468 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 31. März 1930, S. 1 f.

469 ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 31. März 1930 von Zumtobel an die Reichsparteileitung.

470 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 23. Dezember 1930, S. 1.

471 Vgl. Hubert 1990, S. 366 f.

472 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 41 / R I – 14 d: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Länderkonferenz am 15. November 1930.

473 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 13. Oktober 1930, S. 2.

474 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 41 / R I – 14 d: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Länderkonferenz am 15. November 1930.

475 Vgl. Der Landbündler für Tirol und Vorarlberg, 9. Oktober 1930, S. 2.

476 Vgl. Vorarlberger Volksblatt, 15. November 1930, S. 9 .

477 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 30. März 1931, S. 1.

478 Schober führte die Kandidatenliste in allen Wahlkreisen Österreichs an. Diesen Kandidaturen kam allerdings nur symbolische Bedeutung zu. Mit ihnen sollte die Zugkraft der Liste „Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund“ gesteigert werden.

479 Vgl. Feierabend, 20. Jahrgang (1938), S. 274.

480 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 22. Oktober 1930, S. 1 f.

481 Vgl. Haas 1979, S. 110 und Hubert 1990, S. 377 f. und 478 f.

482 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 41 / R I – 14 d: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Länderkonferenz am 15. November 1930.

483 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 14. März 1931, S. 5.

484 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 38 / R I – 12: Bericht der Landesparteileitungen. In: Tätigkeitsbericht, 12. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Wien, 4. bis 6. Dezember 1931, S. 11.

485 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 8. November 1930, S. 1 f.

486 Vgl. Denscher 1981, S. 292.

487 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 29. September 1930, S. 1.  
488 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 7. November 1930, S. 4 und 8. November 1930, S. 1.  
489 Vgl. Wandruszka 1983, S. 302.  
490 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 8. November 1930, S. 1.  
491 Vgl. Botz 1983, S. 305.  
492 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 13. Oktober 1930, S. 1, 6. November 1930, S. 5 und 7. November 1930, S. 4.  
493 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 13. Oktober 1930, S. 1 und 7. November 1930, S. 4.  
494 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 41 / R I – 14 d: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Länderkonferenz am 15. November 1930.  
495 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 13. Oktober 1930, S. 1.  
496 ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 41 / R I – 14 d: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Länderkonferenz am 15. November 1930.  
497 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 9. November 1930, S. 1.090.  
498 Vgl. Vogel 2004, S. 269.  
499 Ihre erste Ortsgruppe in Dornbirn hatten die Nationalsozialisten im Februar 1924 gegründet. Diese zerfiel, nachdem sich 1926 die Partei in eine Hitlerbewegung und die Schulz-Nationalsozialisten gespalten hatte. Zum Datum der zweiten Ortsgruppengründung gibt es unterschiedliche Hinweise. NS-Parteiannalen nennen den 6. November 1930 als zweites Gründungsdatum (vgl. Böhler 2002, S. 172 f.). Im Dornbirner Gemeindeblatt werden dagegen *Nationalsozialisten! und die es werden wollen* zur Ortsgruppengründung am 16. November 1930 ins Gasthaus zur Flur eingeladen (vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 16. November 1930, S. 1.119).  
500 Vgl. Falter/Hänisch 1988, S. 226.  
501 Vgl. Starhemberg 1991, S. 93 f.  
502 Vgl. Vorarlberger Wacht, 11. November 1930, S. 1.  
503 Vgl. Hoffmann 2013, S. 120.  
504 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 10. November 1930, S. 1 f.  
505 Schober ließ am 15. Juli 1927, dem Tag, als der Wiener Justizpalast in Brand stand, auf die Demonstranten schießen. Die Opferzahlen: 89 Tote und 1.600 Verletzte.  
506 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 41 / R I – 14 d: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Länderkonferenz am 15. November 1930; ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 39 / R I – 13 a: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Reichsparteileitung am 30. November 1930.  
507 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 41 / R I – 14 d: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Länderkonferenz am 15. November 1930.  
508 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 15. Juli 1919, S. 1.  
509 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 31. März 1930, S. 2.  
510 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 18. Juni 1927, S. 1.  
511 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 39 / R I – 13 a: Verhandlungsschrift über die Sitzung der Reichsparteileitung am 19. Mai 1931.  
512 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt.37: Tätigkeitsbericht des Parteivorstands für den 10. Ordentlichen Reichsparteitag, zit. nach: Weis 1994, S. 48.

513 Vgl. Vogel 2003, S. 115–119.  
514 Die Zuordnung der Berufe zu den einzelnen Sparten und Branchen wie auch deren Einteilung erfolgte analog zu dem bei der Volkszählung 1934 verwendeten Schema (vgl. Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934 [= Statistik des Bundesstaates Österreich, Heft 10]).  
515 Vgl. Böhler 2002, S. 188.  
516 Vgl. Höbelt 2018, S. 383.  
517 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Bericht aus Vorarlberg vom 16. Dezember 1930.  
518 Vgl. Matt 2017, S. 12 und 23.  
519 Vgl. Schneider 2005, S. 151 f.  
520 Drei Wohnorte befinden sich außerhalb des gewählten Kartenausschnitts. Ein Mitglied wohnte in der Parzelle Hohlen, eines im Ortsteil Rickatschwende, ein anderes schließlich im Gütle.  
521 Damals trug die heutige Bahnhofstraße den Namen „Adolf Rhomberg-Straße“.  
522 Die Großdeutschen wagten bei der Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung, den Nationalratswahlen 1920 und 1923, den vier in der Zwischenkriegszeit abgehaltenen Landtagswahlen und den Gemeinderatswahlen der Jahre 1919 und 1924 Solokandidaturen.  
523 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 1. Februar 1931, S. 112.  
524 Vgl. VLA, BH Feldkirch, Abt. III (1931), Stammzahl 6, Zl.: 5: Ansuchen um Bewilligung eines Glückstopfs.  
525 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 24. Jänner 1932, S. 66 und 31. Jänner 1932, S. 82.  
526 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 31. Mai 1931, S. 604.  
527 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 29. Mai 1932, S. 522 und 24. Juli 1932, S. 692.  
528 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 22. Mai 1932, S. 502.  
529 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 4. Oktober 1931, S. 966.  
530 Vgl. TLA, NSDAP (Hitlerbewegung), Gauleitung Westgau beziehungsweise Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Mitgliederverzeichnis der NSDAP (Hitlerbewegung).  
531 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 25. Dezember 1932, S. 1.305 und 26. Februar 1933, S. 181.  
532 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Bericht aus Vorarlberg vom 16. Dezember 1930 von Lanzl.  
533 Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 14. Februar 1932, S. 133; 10. April 1932, S. 342 und 12. Juni 1932, S. 569.  
534 Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 38 / R I – 12: Bericht der Landesparteileitungen. In: Tätigkeitsbericht. 12. Ordentlicher Reichsparteitag der Großdeutschen Volkspartei in Wien, 4. bis 6. Dezember 1931, S. 12.  
535 Vgl. VLA, Vorarlberger Landesregierung, Abt. I a (1933), Zl.: 2.419: Schreiben vom 20. Jänner 1931 an das Amt der Landesregierung zwecks Anmeldung eines Vereins; Vorarlberger Tagblatt, 2. Feber 1931, S. 4 und VLA, Vorarlberger Landesregierung, Abt. I a (1931), Zl.: 666.  
536 Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2. Februar 1931, S. 4;

<sup>537</sup> Vgl. VLA, BH Bregenz, Vereine, Schachtel 1: Schreiben vom 1. April 1931 vom Deutschen Volksverein Hörbranz an die BH Bregenz.

<sup>538</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 81–83.

<sup>539</sup> Vgl. Butschek 2011, S. 213.

<sup>540</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Mappe 39, R I – 13 a: Reichsparteileitungs-Protokolle 1928 bis 1932, Verhandlungsschrift vom 14. November 1931.

<sup>541</sup> Vgl. Höbelt 2018, S. 238 f. und 241.

<sup>542</sup> Vgl. Mitgliederaufstellung Gauleitung Innsbruck, Abt. VI, an Landesleitung Linz, 6. Juni 1932. TLA, NSDAP (Hitlerbewegung) Gauleitung Westgau bzw. Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Karton 1, Mappe 1, zit. nach: Albrich/Meixner 1995, S. 155.

<sup>543</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 83 f.

<sup>544</sup> Vorarlberger Tagblatt, 11. März 1932, S. 6.

<sup>545</sup> Vorarlberger Landtag. Stenographische Sitzungsberichte, 1. Sitzung des Vorarlberger Landtags am 20. Juni 1932, S. 7.

<sup>546</sup> Vgl. Vorarlberger Landtag. Stenographische Sitzungsberichte, 1. Sitzung des Vorarlberger Landtags am 20. Juni 1932, S. 7.

<sup>547</sup> Vgl. Vorarlberger Volksblatt, 14. Mai 1932, S. 11.

<sup>548</sup> Vgl. Alpenland, 4. Juni 1932.

<sup>549</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 25. September 1932, S. 874.

<sup>550</sup> Diese Anleihe brachte Österreich 300 Millionen Schilling ein. Im Gegenzug verpflichtete sich Österreich, auf den Anschluss an und die Zollunion mit Deutschland zu verzichten. Zudem hatte Österreich in die Überwachung seiner Staatsfinanzen einzuwilligen.

<sup>551</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 5. Oktober 1932, S. 3.

<sup>552</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 4. Oktober 1932 von Vogel an Leisz.

<sup>553</sup> Vgl. Schausberger 1995, S. 166 und 190.

<sup>554</sup> Vgl. Höbelt 2018, S. 262.

<sup>555</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Abt. III, Politische Expositur Dornbirn, Schachtel 1235 (1933), Zl. 120: Schreiben vom 19. Oktober 1933 vom Dornbirner Bürgermeister an Dr. Straub.

<sup>556</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 17. Oktober 1932, S. 2.

<sup>557</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 16. Oktober 1932, S. 969.

<sup>558</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 23. Oktober 1932, S. 992.

<sup>559</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 3. November 1932, S. 1–3.

<sup>560</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 11. März 1933, S. 4.

<sup>561</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 16. Oktober 1932, S. 970.

<sup>562</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 8. Oktober 1932, S. 1; 17. Oktober 1932, S. 2; 25. Oktober 1932, S. 5; 3. November 1932, S. 1; 4. November 1932, S. 2 und 5. November 1932, S. 1.

<sup>563</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 25. Oktober 1932, S. 5; 2. November 1932, S. 4; 3. November 1932, S. 2 und 4. November 1932, S. 2.

<sup>564</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 31. Oktober 1932, S. 1.

<sup>565</sup> Vgl. Schausberger 1995, S. 214.

<sup>566</sup> Vgl. Schausberger 1995, S. 216.

<sup>567</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 25. Oktober 1932, S. 5 und 31. Oktober 1932, S. 1.

<sup>568</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 25. Oktober 1932, S. 5.

<sup>569</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 3. November 1932, S. 2 und 4. November 1932, S. 1.

<sup>570</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 31. Oktober 1932, S. 1; 2. November 1932, S. 4; 3. November 1932, S. 1 und 4. November 1932, S. 2.

<sup>571</sup> Vgl. Hänisch 1995, S. 500.

<sup>572</sup> Vgl. Wanner 1983, S. 1.024.

<sup>573</sup> Vgl. Dreier 1984, S. 321 und 323 f.

<sup>574</sup> Vgl. Wanner 1983, S. 1.024.

<sup>575</sup> Vgl. Hänisch 1995, S. 500.

<sup>576</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 7. November 1932, S. 1; Vorarlberger Volksblatt, 11. November 1932, o.S.

<sup>577</sup> Bei der Landtagswahl 1928 hatten die Schul-, nicht aber die Hitler-Nationalsozialisten kandidiert.

<sup>578</sup> Vgl. Vorarlberger Volksblatt, 7. November 1932, S. 1; Vorarlberger Wacht, 8. November 1932, S. 2.

<sup>579</sup> Vgl. Schausberger 1995, S. 166 und 190.

<sup>580</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 7. November 1932, S. 1.

<sup>581</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 27. März 1933, S. 6.

<sup>582</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 4. Oktober 1932 von Vogel an Leisz.

<sup>583</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 7. November 1932, S. 1 und 11. November 1932, S. 1.

<sup>584</sup> Vorarlberger Tagblatt, 3. April 1933, S. 1.

<sup>585</sup> ÖStA, A.d.R., Bundesministerium für Inneres, Gauakten (EA-Erfassungsanträge), Zl.: 574/357 (Dr. Anton Zumtobel).

<sup>586</sup> Vgl. Heide 1935, S. 153.

<sup>587</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 85 f.

<sup>588</sup> Vgl. TLA, NSDAP (Hitlerbewegung), Gauleitung Westgau beziehungsweise Gauleitung Tirol und Vorarlberg, Mitgliederverzeichnis der NSDAP (Hitlerbewegung), Ortsgruppe Dornbirn.

<sup>589</sup> Vgl. Albrich/Meixner 1995, S. 160.

<sup>590</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 25. Oktober 1932, S. 5.

<sup>591</sup> Vgl. Albrich 1995, S. 75.

<sup>592</sup> Vgl. Vogel 2004, S. 87.

<sup>593</sup> Der Autor errechnete diesen Durchschnittswert anhand jener Mitglieder, von denen ihm sowohl das Geburtsdatum als auch das Sterbedatum, das nach 1932 zu liegen hatte, bekannt sind. Dabei handelt es sich um 93 Personen.

<sup>594</sup> Vgl. Botz 1981, S. 180.

<sup>595</sup> ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Bericht aus Vorarlberg vom 16. Dezember 1930, verfasst von Dr. Helmut Lanzl.

<sup>596</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 23. Dezember 1930, S. 2.

<sup>597</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 17. Oktober 1932, S. 2.

- <sup>598</sup> Vgl. Riedmann 1983, S. 988 f.
- <sup>599</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 27. März 1933, S. 7.
- <sup>600</sup> Vgl. Walsler 1989, S. 28.
- <sup>601</sup> Vorarlberger Tagblatt, 8. Mai 1933, S. 3.
- <sup>602</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 26 Juni 1933 von Wehner an die großdeutsche Reichsparteileitung.
- <sup>603</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., Bundesmin. f. Inneres, Gauakten (EA-Erfassungsanträge), Zl.: 574/357 (Dr. Anton Zumtobel).
- <sup>604</sup> Vorarlberger Tagblatt, 9. Mai 1933, S. 3.
- <sup>605</sup> Die deutsche Frau, 15. Jahrgang (1934), S. 97.
- <sup>606</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 15. Jänner 1933, S. 42; 23. April 1933, S. 413; 4. Juni 1933, S. 552; 24. Dezember 1933, S. 1.144; 13. Mai 1934, S. 413; 14. Oktober 1934, S. 863; 30. Dezember 1934, S. 1.209; 5. Jänner 1936, S. 11; 13. September 1936, S. 824; 10. Jänner 1937, S. 22; 26. September 1937, S. 729 und 6. Februar 1938, S. 101.
- <sup>607</sup> Vgl. Butschek 2011, S. 213 und 235.
- <sup>608</sup> Vgl. Böhler 2005, S. 101 f.
- <sup>609</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 3. Juni 1934, S. 487; 30. September 1934, S. 813; 12. Mai 1935, S. 414; 6. Oktober 1935, S. 852; 14. Juni 1936, S. 578; 5. Juli 1936, S. 640; 12. Juli 1936, S. 663; 19. Juli 1936, S. 682; 20. Juni 1937, S. 568 und 24. Oktober 1937, S. 931.
- <sup>610</sup> Vgl. VLA, Vorarlberger Landesregierung, Präsidium (1937), Zl.: 36: Brief vom 30. Oktober 1937 vom Bregenzer Bezirkshauptmann Seeberger an den Sicherheitsdirektor für das Land Vorarlberg, sowie: BH Bregenz, Abt. III (1937), Zl.: 2.750: Politischer und wirtschaftlicher Situationsbericht vom 20. Oktober 1937.
- <sup>611</sup> Vgl. VLA, Vorarlberger Landesregierung, Präsidium (1937), Zl.: 36: Brief vom 17. November 1937 vom Bregenzer Bezirkshauptmann Seeberger an die Bundespolizeidirektion.
- <sup>612</sup> Vgl. VLA, Vorarlberger Landesregierung, Präsidium (1937), Zl.: 36: Straferkenntnis Luise Schmid.
- <sup>613</sup> Vgl. Feierabend, 20. Jahrgang (1938), S. 288.
- <sup>614</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 17. März 1933, S. 7.
- <sup>615</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 13. Juni 1934, S. 5.
- <sup>616</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Abt. III, Politische Expositur Dornbirn (1933), Zl. 69: Niederschrift zweier Zeugenaussagen vom 11. Oktober 1933.
- <sup>617</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Schachtel 1.192, Grenzübertritt nach Deutschland 1933 bis 1935.
- <sup>618</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., Bundesministerium für Inneres, Gauakten (EA-Erfassungsanträge), Zl.: 397/429 (Auguste Rhomberg).
- <sup>619</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 18. Juli 1923, S. 3.
- <sup>620</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Schachtel 1.192, Grenzübertritt nach Deutschland 1933 bis 1935 und ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Kt. 5.171 (1935 bis 1936), Sign. 22/Vorarlberg: Brief vom 26. Juni 1935 vom Sicherheitsdirektor an das Bundeskanzleramt.
- <sup>621</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Kt. 5.171 (1935 bis 1936), Sign. 22/Vorarlberg: Brief vom 26. Juni 1935 vom Sicherheitsdirektor an das BKA.
- <sup>622</sup> Vgl. Stoppel 2000, S. 72–77.
- <sup>623</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Vereine, Schachtel 8: Notiz des Dornbirner Bürgermeisters zuhanden der BH Feldkirch.
- <sup>624</sup> Vgl. VLA, BH Bregenz, Vereine, Schachtel 2: Satzungen des Deutschen Frauenvereins Bregenz & Umgebung (1920).
- <sup>625</sup> Vgl. VLA, Vorarlberger Landesregierung, Abt. I a (1936), Zl.: 2.539: Satzungen des Deutschen Frauenvereins Hard (1936).
- <sup>626</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch., Abt. III (1938), Schachtel 1.229, Zl.: 639.
- <sup>627</sup> Vgl. Dornbirner Gemeindeblatt, 6. Februar 1938, S. 104.
- <sup>628</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 30. Jänner 1934, S. 6.
- <sup>629</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 10. Jänner 1934, S. 6 f.
- <sup>630</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 15. Februar 1934, S. 6.
- <sup>631</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Eilbrief vom 5. April 1934 von Alfred Wehner.
- <sup>632</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 17. Juni 1936, S. 5.
- <sup>633</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 25. Juli 1938, S. 5.
- <sup>634</sup> Vgl. Böhler 2002, S. 202.
- <sup>635</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 1. März 1934, S. 6.
- <sup>636</sup> Vgl. Böhler 2002, S. 202.
- <sup>637</sup> Vgl. Vorarlberger Landtag. Stenographische Sitzungsberichte, 6. Sitzung des Vorarlberger Landtags am 2. August 1933, S. 180.
- <sup>638</sup> Vgl. Vorarlberger Landtag. Stenographische Sitzungsberichte, 7. Sitzung des Vorarlberger Landtags am 10. August 1933, S. 233.
- <sup>639</sup> Vgl. Egger 1984, S. 259.
- <sup>640</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 22. März 1935 von Leisz an Wehner.
- <sup>641</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 22. Mai 1935 von Wehner an Leisz.
- <sup>642</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 22. Jänner 1934 von Längle an Leisz.
- <sup>643</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Brief vom 26. Jänner 1934 von Leisz an Längle.
- <sup>644</sup> Vgl. VLA, Vorarlberger Landesregierung, Abt. I a (1936), Zl.: 2.208.
- <sup>645</sup> Vgl. VLA, BH Dornbirn, Schachtel 1, Vereine Dornbirn 1920 bis 1944, Untermappe 2 (Dornbirn Auflösung), Zl. 26.
- <sup>646</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Schachtel 8, Vereine: Schreiben des Vereins Deutsches Haus vom 5. Februar 1940.
- <sup>647</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 19. August 1933, S. 4; Vorarlberger Tagblatt, 26. August 1933, S. 1 und 28. August 1933, S. 1.
- <sup>648</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Abt. III, Politische Expositur Dornbirn, (1934), Zl. 490.
- <sup>649</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Sign. 22/Vorarlberg, Mappe 5.170: Gegenstand:



Nägele und Zumtobel. Ersatzleistung für besondere Sicherheitsauslagen und für Schäden aus Terrorakten – Berufung.

<sup>650</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 18. Dezember 1943, S. 4 f.

<sup>651</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., Christlichsoziale Partei – Parlamentsklub, Kt. 83 / Untermappe: Zeitungsausschnitte 1933: Sturmflagge. Flugblatt der vaterländischen Front, erschienen am 3. Juni 1933, herausgegeben und verlegt vom Vorarlberger Preßverein.

<sup>652</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Sign. 22/Vorarlberg, GZ 198.363/1935: Brief vom 7. September 1935 vom Regierungskommissär für die Privatwirtschaft von Tirol und Vorarlberg an das Generalstaatskommissariat in Wien.

<sup>653</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Sign. 22/Vorarlberg, GZ 198.363/1935: Brief vom 22. Oktober 1935 vom Regierungskommissär für die Privatwirtschaft von Tirol und Vorarlberg an das Generalstaatskommissariat in Wien.

<sup>654</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Sign. 22/Vorarlberg, GZ 198.363/1935: Schriftstück über die staatsfeindliche Einstellung der Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft in Dornbirn; Brief vom 7. September 1935 vom Regierungskommissär für die Privatwirtschaft von Tirol und Vorarlberg an das Generalstaatskommissariat in Wien; Brief vom 22. Oktober 1935 vom Regierungskommissär für die Privatwirtschaft von Tirol und Vorarlberg an das Generalstaatskommissariat in Wien; Schriftstück vom 25. Oktober 1935 mit dem Wunsch nach einer Überwachungs-person für die Vorarlberger Buchdruckerei-Gesellschaft.

<sup>655</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Schachtel 1.192, Grenzübertritt nach Deutschland 1933 bis 1935.

<sup>656</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Schachtel 1.221, Untermappe: Ausreise erteilt (1937): Brief vom 18. September 1937 von Zumtobel an die BH Feldkirch.

<sup>657</sup> VLA, BH Feldkirch, Schachtel 1.221, Untermappe: Ausreise erteilt (1937): Bericht des Gendarmeriepostkommandos Dornbirn vom 24. September 1937 an die BH Feldkirch.

<sup>658</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Schachtel 1.221, Untermappe: Ausreise erteilt (1937): Bericht des Gendarmeriepostkommandos Dornbirn vom 24. September 1937 an die BH Feldkirch.

<sup>659</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 23. März 1938, S. 4.

<sup>660</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Abt. III, Politische Expositur Dornbirn, (1934), Zl. 490: Gegenschrift der BH Feldkirch an den Verwaltungsgerichtshof in Wien.

<sup>661</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Sign. 22/Vorarlberg, Mappe 5.170: Bericht des Vorarlberger Sicherheitsdirektors an das BKA.

<sup>662</sup> Vgl. VLA, BH Bregenz, Abt. III (1938), Zl. 212: Bericht des Gendarmeriepostkommandos Hard an die BH Bregenz.

<sup>663</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Sign. 22/Vorarlberg, GZ 166.878/1934: Brief vom 4. Mai 1934 vom Sicherheitsdirektor für das Land Vorarlberg an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit.

<sup>664</sup> Vgl. Albrich/Meixner 1995, S. 158.

<sup>665</sup> Vgl. Böhler 2005, S. 134.

<sup>666</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Abt. III, Politische Expositur Dornbirn (1934): Bericht des Gendarmeriepostens Hatlerdorf vom 21. Juni 1934.

<sup>667</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Sign. 22/Vorarlberg, Mappe 5.170: Bescheid vom 6. Februar 1934.

<sup>668</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Sign. 22/Vorarlberg, Mappe 5.169: Übersicht über Verwaltungsstrafen wegen nationalsozialistischer Umtriebe.

<sup>669</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Abt. III, Schachtel 1221 (1937), Untermappe Überwachung der NS: Meldung eines Dornbirner Kriminalbeamten vom 24. Oktober 1933.

<sup>670</sup> Vgl. ÖStA, A.d.R., BKA – Inneres, Sign. 22/Vorarlberg, Mappe 5.169: Übersicht über Verwaltungsstrafen wegen nationalsozialistischer Umtriebe und Verzeichnis vom 24. November 1933 über all jene Personen, die zur Abschiebung in ein Anhalte-lager in Betracht kommen.

<sup>671</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Abt. III, (1936), Untermappe: Ausreise nach Deutschland; VLA, BH Feldkirch, Abt. III, Schachtel 1221 (1937), Untermappen Ausreisevermerke und Ausreise erteilt; VLA, BH Bregenz, Abt. III (1938), Zl.: 212.

<sup>672</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Schachtel 1.192, Grenzübertritt nach Deutschland 1933 bis 1935.

<sup>673</sup> Vgl. Böhler 2008, S. 62.

<sup>674</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Abt. III, Politische Expositur Dornbirn, (1934), Untermappe: Berichte; VLA, BH Feldkirch, Schachtel 1.192, Grenzübertritt nach Deutsch-land 1933 bis 1935; VLA, BH Feldkirch, Abt. III (Polizei), (1936), Untermappe: Ausreise nach Deutschland; VLA, BH Feldkirch, Abt. III, Schachtel 1221 (1937), Untermappe: Ausreise erteilt und VLA, BH Bregenz, Abt. III (1938), Zl.: 212.

<sup>675</sup> Vgl. VLA, BH Feldkirch, Schachtel 1.192, Grenzübertritt nach Deutschland 1933 bis 1935; VLA, BH Feldkirch, Abt. III (Polizei), (1935) und VLA, BH Feldkirch, Abt. III (Polizei), (1936).

<sup>676</sup> Vgl. Ackerl 1990, S. 153.

<sup>677</sup> Vgl. Berchtold 1967, S. 478.

<sup>678</sup> Vgl. Vorarlberger Volksfreund, 10. August 1918, S. 7.

<sup>679</sup> Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 16. Juni 1920, S. 1.

<sup>680</sup> Vgl. Zöllner, Erich/Schüssel, Therese, Das Werden Österreichs, S. 238.

<sup>681</sup> Vgl. Schneider 2005, S. 151 f.

<sup>682</sup> ÖStA, A.d.R., GDVP, Kt. 31 / R I – 8: Bericht aus Vorarlberg vom 16. Dezember 1930, verfasst von Dr. Helmut Lanzl.

## Abkürzungen

Abt.	Abteilung
A.d.R.	Archiv der Republik
ABS-Rat	Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat
BH	Bezirkshauptmannschaft
BKA	Bundeskanzleramt
f.	folgende
GDVP	Großdeutsche Volkspartei

Hg.	Herausgeber
Kt.	Karton
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o.S.	ohne Seitenangabe
ÖStA	Österreichisches Staatsarchiv
S.	Seite
Sign.	Signatur
StAD	Stadtarchiv Dornbirn
TLA	Tiroler Landesarchiv
Vgl.	vergleiche
VLA	Vorarlberger Landesarchiv
VLB	Vorarlberger Landesbibliothek
Zl.	Zahl

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Ungedruckte Quellen

Privatarchiv Dr. Gerhard Wanner, Feldkirch  
Handschriftliches Notizbuch eines großdeutschen Funktionärs

Stadtarchiv Dornbirn  
Protokollbuch Konstitutioneller Verein Dornbirn, 1871–1906. C.1997.023.

Vorarlberger Landesbibliothek in Bregenz  
Bestand „Kleine Schriften“

### Gedruckte Quellen

Der Geist der Zeit. Politische Aufklärungs- und Streitschriften. Zweites Heft. Parteiprogramme aus Deutschösterreich, hg. von der Deutschnationalen Geschäftsstelle, Wien o.J.  
Verhandlungen der provisorischen Vorarlberger Landesversammlung  
Vorarlberger Landtag. Stenographische Sitzungsberichte

### Periodika

Alpenland  
Bauern-Blatt. Wochenschrift des Unabhängigen Bauernbundes des Vorarlberger Oberlandes  
Der Landbündler für Tirol und Vorarlberg  
Deutsche Arbeiter-Presse  
Deutsche Zeit

Deutschösterreichische Tages-Zeitung  
Die deutsche Frau. Beilage zum Vorarlberger Tagblatt  
Dornbirner Gemeindeblatt  
Feierabend. Wochenbeilage zum Vorarlberger Tagblatt  
Innsbrucker Nachrichten  
Vorarlberger Tagblatt  
Vorarlberger Volksblatt  
Vorarlberger Wacht  
Wiener Neueste Nachrichten

### Literatur

- Ableitinger, Alfred, Politik in Österreich 1918 bis 1938. In: Karner, Stefan (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918 – 1938, Innsbruck 2017, S. 17–48.
- Ackerl, Isabella, Die Großdeutsche Volkspartei 1920 – 1934. Versuch einer Parteigeschichte, Dissertation, Wien 1967.
- Ackerl, Isabella, Thesen zu Demokratieverständnis, parlamentarischer Haltung und nationaler Frage bei der Großdeutschen Volkspartei. In: Drabek, Anna M./Plaschka, Richard G./Rumpler, Helmut (Hg.), Das Parteiwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit, Wien 1990, S. 147–156.
- Albrich, Thomas, Die „alten Kämpfer“. Zum Aufbau, Alters- und Sozialprofil der NSDAP in Tirol und Vorarlberg vor 1933. In: Albrich, Thomas/Matt, Werner (Hg.), Geschichte und Region. Die NSDAP in den 30er Jahren im Regionalvergleich. Forschungsberichte – Fachgespräche. Dokumentation zur internationalen Tagung über die NSDAP in den 30er Jahren im Regionalvergleich, Dornbirner Geschichtstage, 14. bis 16. Oktober 1993, Dornbirn 1995, S. 63–80.
- Albrich, Thomas/Meixner, Wolfgang, Zwischen Legalität und Illegalität. Zur Mitgliederentwicklung, Alters- und Sozialstruktur der NSDAP in Tirol und Vorarlberg vor 1938. In: Zeitgeschichte, 22. Jahrgang (1995), Wien 1995, Heft 5/6, S. 149–187.
- Bachinger, Karl, Die Wirtschaftspolitik der österreichischen Parteien (1918 – 1932). In: Drabek, Anna M./Plaschka, Richard G./Rumpler, Helmut (Hg.), Das Parteiwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit, Wien 1990, S. 187–210.
- Beer, Christian/Gnan, Ernest/Valderrama, Maria Teresa, Die wechselvolle Geschichte der Inflation in Österreich. In: Österreichische Nationalbank (Hg.), 200 Jahre Währungspolitik in Österreich: ausgewählte Themen, Wien 2016.
- Berchtold, Klaus (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868 – 1966, Wien 1967.
- Berenger, Jean, Die Geschichte des Habsburgerreiches 1273 bis 1918, 2. Auflage, Wien u.a. 1996.
- Bilgeri, Benedikt, Geschichte Vorarlbergs, Band IV: Zwischen Absolutismus und halber Autonomie, Wien u.a. 1982.
- Böhler, Ingrid, Dornbirn 1914 – 1945. In: Matt, Werner/Platzgummer, Hanno (Hg.), Geschichte der Stadt Dornbirn, Band II: Von der Frühindustrialisierung bis zur

- Jahrtausendwende, Dornbirn 2002, S. 131–245.
- Böhler, Ingrid, Dornbirn in Kriegen und Krisen: 1914 – 1945 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 23), Innsbruck 2005.
- Böhler, Ingrid, Alte Kämpfer und neue Häuser – Dornbirn als Fallbeispiel einer österreichischen Klein- und Mittelstadt im Nationalsozialismus. In: Mayrhofer, Fritz/Opll, Ferdinand (Hg.), Stadt und Nationalsozialismus, Linz 2008, S. 59–81.
- Botz, Gerhard, Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904 – 1945). In: Ackerl, Isabella/Hummelberger, Walter/Mommsen, Hans (Hg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, 2. Band, Wien 1981, S. 163–193.
- Botz, Gerhard, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938, München 1983.
- Bundschuh, Werner, Heimatgeschichte als Ideologie. Studie zur Darstellung der Geschichte Dornbirns (1850 – 1950), Dissertation, Innsbruck 1988.
- Bundschuh, Werner, Bestandsaufnahme: Heimat Dornbirn 1850 – 1950 (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 8), Bregenz 1990.
- Bundschuh, Werner, Der rote Punkt im schwarzen Meer. Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Dornbirn, Bregenz 2004.
- Butschek, Felix, Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart, Wien u.a. 2011.
- Denscher, Bernhard, Wahlkämpfe in der Ersten Republik. Die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung 1919 und die Nationalratswahlen 1920 – 1930, Dissertation, Wien 1981.
- Dolezal, Martin, Landtagswahlkämpfe in der Ersten Republik. Ein vergleichendes Resümee. In: Dachs, Herbert/Dippelreiter, Michael/Schauberg, Franz (Hg.), Radikale Phrase, Wahlbündnisse und Kontinuitäten. Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1919 bis 1932, Wien u.a. 2017, S. 559–596.
- Dreier, Werner, Vorarlberger Arbeiterbewegung 1918 – 1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Ersten Republik in Vorarlberg, Dissertation, Innsbruck 1984.
- Ebenhoch, Ulrike, Die Stellung der Frau in der Geschichte Vorarlbergs 1914 – 1933 (Vorarlberg in Geschichte und Gegenwart 3), Dornbirn 1986.
- Egger, Gernot, Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934 – 1938. In: Greussing, Kurt (Hg.), Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870 – 1946 (Beiträge zu Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 4), Bregenz 1984, S. 259–280.
- Falter, Jürgen W./Hänisch, Dirk, Wählerfolge und Wählerschaft der NSDAP in Österreich von 1927 bis 1932: Soziale Basis und parteipolitische Herkunft. In: Zeitgeschichte, 15. Jahrgang (1988), Wien 1988, S. 223–244.
- Gasselich, Anton, Landbund für Oesterreich. In: Wache, Karl (Hg.), Deutscher Geist in Oesterreich. Ein Handbuch des völkischen Lebens der Ostmark, Dornbirn 1933, S. 227–240.
- Gehmacher, Johanna, „Völkische Frauenbewegung“. Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich, Wien 1998.
- Goldinger, Walter/Binder, Dieter A., Geschichte der Republik Österreich 1918 – 1938, Wien 1992.
- Götsch, Alois, Die Vorarlberger Heimwehr. Zwischen Bolschewistenfurcht und NS-Terror (Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft 30), Feldkirch 1993.
- Gschwandtner, Martin, Auguste Caroline Lammer (1885 – 1937). Eine Frau in einer Männer-Domäne, Hamburg 2015.
- Haas, Karl, Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. In: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, Wien 1979, S. 97–126.
- Hämmerle, Elisabeth, Die Tages- und Wochenzeitungen Vorarlbergs in ihrer Entwicklung vom Ende der Monarchie bis 1967, Dissertation, Wien 1969.
- Hämmerle, Rudolf, Zumtobel Chronik, Dornbirn 1982.
- Hänisch, Dirk, Wahlentwicklung und Wahlverhalten in der Ersten Republik. In: Talos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 – 1933, Wien 1995, S. 488–503.
- Heide, Walther (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Zeitungen im Ausland, Berlin 1935.
- Höbel, Lothar, Die Erste Republik Österreich (1918 – 1938). Das Provisorium, Wien u.a. 2018.
- Hoffmann, Thomas, Die Nationalratswahlen der Ersten Republik. Eine statistische Studie, Dissertation, Wien 2013.
- Hubert, Rainer, Schober. „Arbeitermörder“ und „Hort der Republik“. Biographie eines Gestrigen, Wien u. a. 1990.
- Iber, Walter M., Währungsreform im Schatten der Sanierung. Zur Einführung des Schillings 1924/25. In: Kohl, Andreas/Ofner, Günther/Karner, Stefan/Halper, Dietmar (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2015, Wien 2016, S. 569–593.
- Kriechbaumer, Robert, Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich von der Jahrhundertwende bis 1945, Wien u.a. 2001.
- Kriechbaumer, Robert, Die Christlichsoziale Partei 1918 bis 1933/34. In: Karner, Stefan (Hg.), Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918 – 1938, Innsbruck 2017, S. 137–150.
- Lichtblau, Albert, Antisemitismus – Rahmenbedingungen und Wirkungen auf das Zusammenleben von Juden und Nichtjuden. In: Talos, Emmerich/Dachs, Herbert/Hanisch, Ernst/Staudinger, Anton (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 – 1933, Wien 1995, S. 454–471.
- Matt, Werner, Die Fabrikantenfamilie Rüscher. In: Fessler, Klaus/Matt, Werner, Rüscher-Werke Dornbirn. Der bedeutendste Metallbetrieb Vorarlbergs im Industriezeitalter, Dornbirn 2017, S. 1–33.
- Mayrhofer, Fritz, Franz Dinghofer – Leben und Wirken (1873 bis 1956). In: Archiv der Stadt Linz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1969, Linz 1970, S. 11–152.
- Nägele, Hans, Buch und Presse in Vorarlberg, Dornbirn 1970.
- Pauley, Bruce F., Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Wien 1993.

- Pichler, Meinrad, Das Land Vorarlberg 1861 bis 2015, Innsbruck 2015.
- Riedmann, Josef, Tirol. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.), Österreich 1918 – 1938. Geschichte der Ersten Republik, Teil 2, Graz u. a. 1983, S. 961–1.010.
- Schausberger, Franz, Ins Parlament, um es zu zerstören. Das „parlamentarische“ Agi(ti)eren der Nationalsozialisten in den Landtagen von Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg nach den Landtagswahlen 1932, Wien u. a. 1995.
- Schausberger, Franz, Rudolf Ramek – Notizen zu einer politischen Biografie. In: Krammer, Reinhard/Kühberger, Christoph/Schausberger, Franz (Hg.), Der forschende Blick: Beiträge zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Festschrift für Ernst Hanisch zum 70. Geburtstag, Wien u.a. 2010, S. 179–228.
- Schneider, Karin, Dornbirner Bürger 1867 – 1914. Zwischen Anspruch und Alltag (Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs N.F. 6), Konstanz 2005.
- Schneider, Karin/Erber, Silvia Maria, Von der politischen Aktion zur letzten Ruhstätte. Feuerbestattung in Vorarlberg zwischen 1903 und 1938. In: Montfort. Zeitschrift für Geschichte Vorarlbergs, 65. Jahrgang (2013), Band 2, S. 31–51.
- Starhemberg, Ernst Rüdiger, Die Erinnerungen, 3. Auflage, Wien u.a. 1991.
- Stärk, Wilhelm, Geschichte der Dornbirner Realschule, Bregenz 1991.
- Stoppel, Manfred, Ida Bammert-Ulmer. Vorarlbergs erste Zeitungsredakteurin, Hard 2000.
- Vogel, Bernd, Die Großdeutsche Volkspartei in Vorarlberg. Ein Beitrag zur Parteigeschichte der Ersten Republik, Dissertation, Wien 2003.
- Vogel, Bernd, Die „Blauen“ der Zwischenkriegszeit. Die Großdeutsche Volkspartei in Vorarlberg (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für sozialwissenschaftliche Regionalforschung 4), Regensburg 2004.
- Vogel, Bernd, Deutschnationalismus in Vorarlberg. Die „Grünen“ der Zwischenkriegszeit (Veröffentlichungen des Instituts für sozialwissenschaftliche Regionalforschung 13), Regensburg 2015.
- Vögel, Franz, Hundert Jahre Vorarlberger Landtag 1861 – 1961. In: Land Vorarlberg (Hg.), Landstände und Landtag in Vorarlberg. Geschichtlicher Rückblick aus Anlass der Wiedererrichtung einer Volksvertretung vor hundert Jahren (1861 – 1961), Bregenz 1961, S. 91–192.
- Voithofer, Richard, Deutschnationale Parteien in der Ersten Republik. Die Großdeutsche Volkspartei in Salzburg 1920 – 1936, Dissertation, Salzburg 1999.
- Walser, Harald, Bombengeschäfte. Vorarlbergs Wirtschaft in der NS-Zeit (Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 6), Bregenz 1989.
- Wandruszka, Adam, Der „Landbund für Österreich“. In: Gollwitzer, Heinz (Hg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. 1977, S. 587–602.
- Wandruszka, Adam, Das „nationale Lager“. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.), Österreich 1918 –1938. Geschichte der Ersten Republik, Teil 1, Graz u.a. 1983, S. 277–315.
- Wanner, Gerhard, Vorarlberg. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hg.), Österreich 1918 – 1938. Geschichte der Ersten Republik, Teil 2, Graz u. a. 1983, S. 1.011–1.041.
- Wanner, Gerhard, Für Gott, Kaiser und Vaterland in die Barbarei. Das erste Kriegsjahr in Vorarlberg 1914. In: Tschegg, Kurt (Hg.), Für Gott, Kaiser und Vaterland. Vorarlberg 1914 – 1918 (Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft 62), Feldkirch 2014.
- Weber, Wolfgang, Die Zeitenwende 1918/1919. In: Vorarlberger Landtag und Vorarlberger Landesregierung (Hg.), 75 Jahre selbständiges Land Vorarlberg (1918 – 1993), Bregenz 1993, S. 91–104.
- Weidenholzer, Josef, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, Wien u.a. 1981.
- Weis, Paul, Die Organisation der Grossdeutschen Volkspartei 1920 – 1934, Diplomarbeit, Wien 1994.
- Weis, Paul, Die Großdeutsche Volkspartei – zwischen Mitglieder- und Wählerpartei. In: Zeitgeschichte, 23. Jahrgang (1996), Heft 5/6, Wien 1996, S. 161–180.
- Weitensfelder, Hubert, Industrie-Provinz. Vorarlberg in der Frühindustrialisierung 1740 – 1870 (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 29), Frankfurt/Main 2001.
- Weitensfelder, Hubert, Fabriken, Kühe und Kasiner: Dornbirn im Zeitraum von 1770 bis 1914. In: Matt, Werner/Platzgummer, Hanno (Hg.), Geschichte der Stadt Dornbirn, Band II: Von der Frühindustrialisierung bis zur Jahrtausendwende, Dornbirn 2002, S. 11–128.
- Weitensfelder, Hubert, „Römlinge“ und „Preußenseuchler“. Konservativ-Christlich-soziale, Liberal-Deutschnationale und der Kulturkampf in Vorarlberg, 1860 bis 1914, Wien u.a. 2008.
- Welte, Thomas, „Es bleibt alles beim Alten“. Landtagswahlkämpfe in Vorarlberg 1919 – 1932. In: Dachs, Herbert/Dippelreiter, Michael/Schauburger, Franz (Hg.), Radikale Phrase, Wahlbündnisse und Kontinuitäten. Landtagswahlkämpfe in Österreichs Bundesländern 1919 bis 1932, Wien u.a. 2017, S. 475–516.

## Bildnachweis

- 1 Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv
- 2 Dornbirner Gemeindeblatt, 8. Dezember 1918, S. 710
- 3 Dornbirner Gemeindeblatt, 26. Jänner 1919, S. 65
- 4 Dornbirner Gemeindeblatt, 28. September 1919, S. 749
- 5 Vorarlberger Tagblatt, 16. Februar 1919, S. 1
- 6 Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv, Sign. 60154-614
- 7 Vorarlberger Tagblatt, 13. April 1919, S. 1
- 8 Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv
- 9 Vorarlberger Tagblatt, 14. Oktober 1920, S. 3
- 10 Vorarlberger Tagblatt, 2. Oktober 1920, S. 1
- 11 Dornbirner Gemeindeblatt, 6. Februar 1921, S. 68
- 12 Dornbirner Gemeindeblatt, 15. Juni 1919, S. 481
- 13 Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv, Sign. 60155-114
- 14 Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv, Foto Heim 132
- 15 Helmut Klapper, Vorarlberger Landesbibliothek (<https://pid.volare.vorarlberg.at/o:166999>)



- 16 Helmut Klapper, Vorarlberger Landesbibliothek (<https://pid.volare.vorarlberg.at/o:167122>)
- 17 Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv, Foto Heim
- 18 Dornbirner Gemeindeblatt, 1. Februar 1925, S. 78
- 19 Dornbirner Gemeindeblatt, 1. Februar 1925, S. 72
- 20 Dornbirner Gemeindeblatt, 1. Juni 1924, S. 370
- 21 Adressbuch der Stadt Dornbirn 1926
- 22 Vorarlberger Tagblatt, 21. April 1927, S. 3
- 23 Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv, Sign. 22551
- 24 Dornbirner Gemeindeblatt, 11. März 1928, S. 252
- 25 Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv, Sign. 61030
- 26 Vorarlberger Tagblatt, 7. November 1930, S. 1
- 27 Dornbirner Gemeindeblatt, 31. Jänner 1932, S. 82
- 28 Stadtarchiv Dornbirn, Fotoarchiv, Sign. 10549
- 29 Vorarlberger Tagblatt, 27. Oktober 1932, S. 4
- 30 Dornbirner Gemeindeblatt, 6. Februar 1938, S. 104

## Personenregister

In das Register wurden die im Text vorkommenden Personennamen aufgenommen. Auch scheinen jene Namen auf, die in den Fußnoten – sofern der Erweiterung des Textes dienend – vorkommen. Ausgenommen von einer Aufnahme sind dagegen Namen, die in den Quellen- und Literaturhinweisen der Fußnoten sowie im Quellen- und Literaturverzeichnis enthalten sind. Ebenfalls nicht berücksichtigt im Register sind jene Personen, denen in der Einleitung Dank für ihre Unterstützung abgestattet wird.

Achberger, Ferdinand 165  
 Albrich, Melitta, spätere Zumtobel 9, 22, 41, 55, 91, 92, 120, 121  
 Albrich, Otto 99  
 Angerer, Hans 90

Badeni, Kasimir Felix 14, 15  
 Bammert-Ulmer, Ida, frühere Ulmer 55, 164  
 Banaletti, Elias 53  
 Bechinie, Ludwig 171  
 Beißwänger, Gustav Balthasar 46  
 Bertel, Otto 44, 186  
 Bertolini, Robert 85  
 Bertolini, Willi 97  
 Bildstein, Theo 95  
 Birnbaumer, Berta 121  
 Blum, Arthur 44

Böhler, Kaspar 138  
 Bösch, Fritz 22  
 Bösch, Karl 45, 51, 53, 71, 89, 103, 147, 148, 150, 153, 165-167  
 Bösch, Katharina 22, 53, 91, 92  
 Brodmann, Johann 114  
 Bröll, Ludwig 44, 60, 138

Clessin, Heinrich 75

Diem, Armin 120  
 Diem, Josef 116, 118  
 Dietrich, Georg 62, 75, 80-82, 108, 123  
 Dollfuß, Engelbert 158

Ehrlich, Robert 82  
 Ellensohn, Hans 27  
 Ender, Otto 67, 102, 109, 146  
 Ertl, Josefine 92  
 Ertl, Paula 22, 55

Feierle, Erich 76, 103, 129, 172  
 Feierle, Franz Josef 15, 19, 34, 35, 41, 44, 56, 60, 65, 72, 73, 78, 85, 98, 99, 174  
 Felder, Franz Michael 21  
 Finckh, Ludwig 93  
 Fink, Jodok 44  
 Foppa, Hermann 149, 150  
 Frank, Felix 75, 80  
 Furegg, Lotte 93  
 Fußenegger, Erwin 19, 99  
 Fußenegger, Karl 15  
 Fussenegger, Siegfried 143

Ganahl, Karl 12  
 Geiger, Franz Karl 96  
 Ginzel, Heinrich 56, 138  
 Grahammer, Hugo 64, 90, 113  
 Gross, Ernst 172

Häfele, Josef 139  
 Hämmerle, Babette 142  
 Hämmerle, Dora 163  
 Hämmerle, Franz 60  
 Hämmerle, Guntram 12

Hämmerle, Martin 60, 65, 85  
Hämmerle, Silvia 22, 53, 142  
Hämmerle, Viktor 26, 27, 54, 94, 168  
Hampel, Ernst 90  
Häupl, Michael 11  
Hefel, Julius 137, 172  
Heinzle, Annemarie 91  
Hemrich, Adolf 34, 45, 65, 79, 107, 128, 129, 148, 172  
Herburger, Leo 14-16  
Hitler, Adolf 9, 64, 131, 153, 155, 158, 159, 170, 190  
Hölscher, Walter 91, 149  
Huber, Eugen 138  
Huber, Oswald 138

Kandl, Hermann 46  
Karrer, Bruno 128, 132  
Kinz, Ferdinand 20, 29, 42-44, 77, 84, 88  
Kinz, Martha 161  
Kipper, Hans 190  
Köb, Julius 139  
Koch, Karolina 161  
Kraft, Emil 80  
Krauland, Gebhardine 34

Längle, Alfred 146, 167  
Längle, Matthias 77, 88, 186  
Lanzl, Helmut 129, 144  
Lecher, Johann 125  
Leisz, Peter 167  
Liebisch, Theodor 55  
Luger, Engelbert 44

Mager, Johann 44, 77, 165  
Marquart, Emma 92  
Martin, Hans 19, 29, 44, 60, 65, 66, 78, 79, 89, 91, 98, 103, 116, 118, 122-126, 129, 145, 146, 166, 174  
Maschke, Gustav 149  
Mäser, Heinrich Markus 105  
Mäser, Herbert 137  
Mäser, Otto 139  
Mataja, Heinrich 81, 82  
Matt, Bernhard 171  
Merz-Thurner, Amalie 53

Mittelberger, Johann Josef 64, 102  
Moosbrugger, Martina 9, 21, 22, 34, 92, 163, 164

Nägele, Hans 169  
Natter, Franz 68, 71-75, 107, 108, 113, 175  
Niederer, Albert 78, 139, 149

Pembauer, Walter 91  
Peter, Adolf 128, 132  
Peter, Andre 125  
Peter, Martha 121  
Pfister, Franz 53  
Pichler, Meinrad 186  
Plakolm, Josef 55  
Plankensteiner, Anton 168

Raab, Maria 143  
Ramek, Rudolf 81  
Rein, Gebhard 138  
Renner, Karl 46  
Reyl-Hanisch, Herbert 171  
Rhomberg, Arthur 84  
Rhomberg, Auguste „Gusti“ 163  
Rhomberg, Erika 163  
Rhomberg, Eugen 172  
Rhomberg, Ferdinand 84  
Rhomberg, Hedwig 55  
Rhomberg, Hermann 125, 148  
Rhomberg, Hubert 44, 78  
Rhomberg, Pia 22  
Rick, Johann 104, 105  
Riedl, Johann 137  
Rinderer, Ludwig 166  
Rott, Elvira 93  
Rüf, Agnes 41, 44, 53, 55, 92, 142  
Rüf, Anton „Toni“ 28, 139  
Rüf, Josef 115, 118, 166  
Rüf, Lotte 120  
Rusch, Albin 99  
Rüsch, Alfred 55  
Rüsch, Ignaz 16, 19, 85, 138  
Rüsch, Stefanie 23, 55, 142

Salzmann, Rudolf 125, 146, 153, 158  
Schedler, Edwin 78, 88, 172  
Scheuermayer, Theodor 128  
Schmid, Alois 58, 59  
Schmid, Hermann 29, 32, 88  
Schmid, Josefine 93  
Schmid, Luise 161, 162  
Schmidt, Josef 77  
Schmidt, Mathäus 12  
Schneider, Emil 42  
Schober, Johannes 10, 79, 80, 126-133, 193, 194  
Schulz, Karl 101, 103, 107, 108, 110, 111, 114, 117, 125, 127, 194, 197  
Schürff, Hans 149, 150  
Schwarzhans, Marie 121, 143, 160  
Seewald, Alexander 138, 148  
Seipel, Ignaz 61, 66, 80, 81, 102, 106  
Sepp, Johann 118  
Sieß, Wilhelm 166  
Smetana, Josef 19  
Sohm, Eugen 108  
Soukup, Elke 22  
Spiegel, Viktor 139  
Spörr, Therese 27  
Stattmüller, Filippine 26  
Stradal, Emmy 52  
Straffner, Sepp 108  
Süß, (?) 59

Thiem, Adolf 138  
Thurnher, Eugen 44, 78  
Türtscher, Friedrich 34, 44, 60, 65, 78, 88

Ulmer, Eduard 171  
Ulmer, Eugen 125  
Ulmer, Ida, spätere Bammert-Ulmer (siehe dort)  
Ulmer, Johann Georg 12  
Ulmer, Karl 56

Viktorin, Emerich 59, 183  
Vogel, Ernst 153

Waber, Leopold 79, 80  
Waibel, Johann Georg 14, 122, 125

Waibel, Paul 125, 126, 166, 168, 172, 173  
Wehinger, Max 172  
Wehner, Alfred 67, 73, 99, 103, 106, 126, 144, 167  
Weiß, Josef 139  
Westerop, Xaver 27, 57, 96  
Widmer, Beda 60, 139  
Winder, Edwin 44, 139  
Wolf, Josefine 34  
Wratzfeld, Ludwig 85, 99, 137  
Wratzfeld, Robert 97

Zarboch, Rudolf 149  
Zehrer, Vitus 44, 65, 137, 172  
Zumtobel, Anton 8, 10, 22, 28, 29, 32, 45, 51, 55, 65-69, 71, 74, 75, 77, 80-83, 85, 86, 88, 95, 98, 99, 101-103, 106-108, 112, 113, 123, 125, 126, 146, 147, 155, 160, 168-172, 175  
Zumtobel, August 26  
Zumtobel, Ernst 57  
Zumtobel, Eugen 125  
Zumtobel, Melitta, frühere Albrich (siehe dort)

Raiffeisenbank  
Im Rheintal



**Wenn´s um Mit.Einander geht,  
ist nur eine Bank meine Bank.**

Gestern ist vorbei. Die Werte zählen noch heute. Innovationskraft und  
Vorausblick, Mut und Modernität, Verantwortungsbewusstsein, Solidarität  
und Menschlichkeit. [www.raibaimrheintal.at](http://www.raibaimrheintal.at).



